



Soziale Arbeit

Institut für Delinquenz und Kriminalprävention

Kriminalitätsoffererfahrungen und Kriminalitätswahrnehmungen in der Schweiz

Ergebnisse einer Befragung

August 2019

Dirk Baier

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	5
2	Entwicklung der Kriminalität im Polizeilichen Hellfeld	9
3	Methode und Stichprobe	19
	<i>Exkurs: Schweizweite Jugendbefragung 2017</i>	24
4	Ergebnisse	27
4.1	Opfererfahrungen	27
4.1.1	Kriminalitätsofererfahrungen	27
	<i>Exkurs: Kritik der Amnesty-International-Studie zur Verbreitung sexueller Gewalt</i>	34
4.1.2	Opfererfahrungen durch den Lebenspartner	36
4.1.3	Opfererfahrungen im Internet	38
4.1.4	Arbeitsbezogene Opfererfahrungen	39
4.1.5	Opfererfahrungen in der Kindheit durch die Eltern	43
4.2	Kriminalitätsbezogene Wahrnehmungen	47
4.2.1	Sorge über Kriminalität	47
4.2.2	Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung	48
4.2.3	Kriminalitätsfurcht	49
4.2.4	Unsicherheitsgefühl	52
4.2.5	Punitivität	55
4.2.6	Medienkonsum und kriminalitätsbezogene Wahrnehmungen	57
4.2.7	Legalisierung vs. Kriminalisierung	60
4.2.8	Einschätzung verschiedener Präventionsmassnahmen	62
	<i>Exkurs: Waffenbesitz</i>	63
4.3	Einstellungen zu Strafgefangenen	65
4.4	Politikbezogene und soziale Einstellungen	68
4.4.1	Institutionsvertrauen und Demokratiezufriedenheit	68
	<i>Exkurs: Einstellungen und Erfahrungen mit der Polizei bzw. Einstellungen zu Bodycams</i>	70
4.4.2	Verschwörungstheorien, Autoritarismus und Anomie	73
4.4.3	Homophobie	75
4.4.4	Linksextreme, rechtsextreme und gewaltbereite extremistische Einstellungen	76
4.4.5	Flüchtlingsbezogene Sorgen	82
4.4.6	Einstellungen zur Erziehung	84
4.4.7	Akzeptanz Moderner Mythen über sexuelle Aggression	85
5	Zusammenfassung	87
	Literatur	93
	Anhang	97

1 Einleitung

Es gibt verschiedene Wege, um Erkenntnisse zum Ausmass der Kriminalität eines Landes zu erarbeiten. Ein erster Weg ist, die jährlich von der Polizei veröffentlichten Kriminalstatistiken heranzuziehen (vgl. u.a. Bundesamt für Statistik 2019). Ein Vorteil der Polizeilichen Kriminalstatistik ist, dass sie seit vielen Jahren vorliegt und damit auch längerfristige Veränderungen abbilden kann. Ein Nachteil ist, dass die in ihr ausgewiesenen Zahlen von verschiedenen Faktoren abhängen. Dies hat zur Folge, dass es sich nicht um eine allumfassende Darstellung der Kriminalität handelt. Die in der Kriminalstatistik ausgewiesenen Zahlen sind damit zwar auch ein Resultat der in einem bestimmten Gebiet zu einer bestimmten Zeit begangenen Straftaten; zusätzlich sind sie aber auch ein Resultat u.a. der Anzeigebereitschaft der Bevölkerung. Zusätzlich nachteilig ist, dass diese Informationsquelle nur wenige Differenzierungen zu den erfassten Opfern und Täterinnen bzw. Tätern zulässt. So sind nur einige ausgewählte demografische Variablen wie das Alter, das Geschlecht und die Nationalität bekannt; weitere Angaben zum Hintergrund der Opfer und Täterinnen bzw. Täter fehlen jedoch.

Der zweite zentrale Weg der Untersuchung des Kriminalitätsaufkommens sind sog. Dunkelfeldstudien. Hierbei handelt es sich um den Einsatz von Methoden der empirischen Sozialforschung, mit dem Ziel, der Polizei nicht bekannte sowie bekannte Fälle (und deren Opfer bzw. Täterinnen und Täter) kriminellen Verhaltens zu untersuchen. Die am häufigsten genutzte Methode ist die Befragung. Dabei wird eine Zufallsauswahl der Bevölkerung zu ihren Opfer-, z.T. auch Täterschaften befragt. Da die zentrale Informationsquelle die befragten Personen sind, bezieht sich Dunkelfeldforschung vor allem auf jene Kriminalitätsformen, zu denen es Personen gibt, die Opfer bzw. Täterinnen und Täter geworden sind bzw. sich als solche einstufen und sich nach einem erlebten Übergriff zu diesem äussern können. Neben dem Anliegen, das tatsächliche Kriminalitätsausmass in Bezug auf die untersuchbaren Delikte zu bestimmen, hat Dunkelfeldforschung u.a. folgende Anliegen: die Untersuchung von Einstellungen und Wahrnehmungen zum Thema Kriminalität (z.B. Kriminalitätsfurcht, Unsicherheitsgefühl), die Untersuchung der Einflussfaktoren von Opfer- und Täterschaften sowie die Untersuchung der Folgen von Opferschaften. Ausserhalb der Schweiz hat diese Art der Untersuchung der Kriminalität längere Tradition. So wird bspw. seit 1973 in den USA der National Crime Victimization Survey, seit 1982 in Großbritannien der British Crime Survey oder seit 2006 in Schweden ein Crime Survey – jeweils in regelmässigen Abständen – durchgeführt. In der Schweiz werden seit Mitte der 1980er Jahre – allerdings in unregelmässigen Abständen – Befragungen zum Kriminalitätsoffererleben durchgeführt (u.a. Biberstein et al. 2016).

Auch der Weg der Dunkelfeldstudien besitzt Nachteile (vgl. u.a. Prätör 2015). Bislang ist bspw. noch nicht geklärt, welche Befragungsmethode die verlässlichsten Ergebnisse liefert, die persönliche, postalische, telefonische oder Online-Befragung. Ein Nachteil ist darüber hinaus im Antwortverhalten der Befragten zu sehen, die Ereignisse vergessen, sie verschweigen oder sich in Bezug auf den Zeitpunkt verschätzen können. Das Antwortverhalten ist zudem von verschiedenen weiteren Faktoren abhängig, so u.a. von der Präsentation der Fragen, der Länge des Fragebogens oder der Verständlichkeit der Fragen. Gerade die Verständlichkeit ist ein zentraler Punkt, wenn es um die Beschreibung von Delikten geht, die in der Befragung erhoben werden sollen. Es können weder die Gesetzestexte noch eine Liste mit Beispielen im Fragebogen präsentiert werden; stattdessen muss eine Umschreibung eines Delikts gefunden werden, die wenig Raum dafür lässt, andere Delikte oder Verhaltensweisen darunter zu subsumieren. Der grösste Nachteil dürfte jedoch darin bestehen, dass viele Personen nicht bereit sind, an Befragungen teilzunehmen. Es gibt gute Gründe, gerade im Bereich der Kriminalitätsforschung davon auszugehen, dass die Nicht-Beteiligung an einer Befragung ein nicht zufälliges Ereignis ist; d.h. es beteiligen sich ganz besondere Bevölkerungsgruppen nicht daran, so z.B. besonders kriminalitätsbelastete Personen oder Personen, die aufgrund erlebter Übergriffe psychisch oder physisch nicht in der Lage sind, an einer Befragung teilzunehmen. Darüber, wie ein solcher „Undercoverage“ von relevanten

Bevölkerungsgruppen die Ergebnisse von Dunkelfeldbefragungen beeinflusst, ist bislang noch wenig bekannt (vgl. u.a. Guzy 2015).

Da die letzte Dunkelfeldbefragung von Erwachsenen in der Schweiz bereits einige Jahre zurückliegt (2015; Biberstein et al. 2016), da diese Befragung nur einen Teil möglicher Delikte betrachtete und da kriminalitätsbezogene Wahrnehmungen nur am Rande untersucht wurden, wurde am Institut für Delinquenz und Kriminalprävention die Entscheidung getroffen, im Jahr 2018 eine umfassende, schweizweit repräsentative Dunkelfeldbefragung durchzuführen. Die anvisierte Dunkelfeldbefragung sollte dabei einerseits die bereits vorhandene Tradition in der Schweiz weiterführen. Andererseits sollten weiterführende Forschungsfragen untersucht werden. Hierzu zählten u.a. folgende Fragen:

1. *Wie häufig werden Erwachsene in der Schweiz Opfer von Straftaten?* Berücksichtigt werden sollte hierbei eine Spannbreite an Straftaten, die Eigentums- ebenso wie Gewalttaten umfassen. Um den Vergleich mit der Polizeilichen Kriminalstatistik zu ermöglichen, sollten diese Straftaten, wenn möglich, in kompatibler Weise erfasst werden.
2. *Welche Personengruppen sind häufiger, welche weniger häufig vom Erleben von Straftaten betroffen?* Die Befragten sollten hinsichtlich des Alters, des Geschlechts und der Herkunft differenziert werden. Bei der Herkunft sollte zugleich nicht nur zwischen Personen Schweizer und Nichtschweizer Staatsangehörigkeit unterschieden werden, sondern hier sollten für die grössten Migrantengruppen Auswertungen erfolgen. Zudem sollte die Möglichkeit regionaler Differenzierungen entlang der Gemeindegrösse oder der Kantone bzw. Sprachregionen der Schweiz bestehen. Weitere Differenzierung bspw. hinsichtlich des Bildungsniveaus oder des sozialen Status sollten ebenfalls ermöglicht werden.
3. *Wie häufig kommt es zur Anzeige erlebter Straftaten?* Befunde zur Anzeigebereitschaft erlauben es, die Grösse des Dunkelfeldes abzuschätzen. Die Anzeigebereitschaft sollte dabei zumindest für Körperverletzungsdelikte erhoben werden.
4. *Welche Folgen hat das Erleben von Straftaten?* Mit den Folgen sind einerseits die materiellen bzw. physischen Folgen gemeint, also das konkrete Schadensbild nach Erleben einer Tat. Im Mittelpunkt der Befragung sollten aber andererseits die psychischen Folgen stehen (z.B. Reduktion der Lebenszufriedenheit).
5. *Welche Erfahrungen haben Erwachsene mit besonderen Formen der Viktimisierung?* Untersucht werden sollten diesbezüglich das Stalking, das Cyberbullying (das sonst immer nur in Bezug auf Jugendliche untersucht wird), die Viktimisierung durch den Lebenspartner sowie arbeitsbezogene Opfererfahrungen. Zu all diesen spezifischen Viktimisierungen liegen für die Schweiz bislang kaum Befunde empirischer Studien vor. Als eine besondere Form der Viktimisierung sollte auch die Erfahrung elterlicher Gewalt in der Kindheit betrachtet werden, verbunden mit der Analyse weiterer Erziehungserfahrungen sowie erziehungsbezogener Einstellungen.
6. *Welche subjektive Wahrnehmung der Kriminalität findet sich unter Erwachsenen der Schweiz?* Angesprochen sind damit nicht die tatsächlichen Erfahrungen, sondern die Eindrücke und Gefühle, die die Menschen mit Blick auf das Thema Kriminalität aufweisen. Diese subjektive Seite der Kriminalität erfährt immer stärkere Aufmerksamkeit in der Kriminalpolitik wie auch der alltäglichen Polizeiarbeit. Folgenden subjektive Einschätzungen sollte sich gewidmet werden: der wahrgenommenen Kriminalitätsentwicklung, der Kriminalitätsfurcht, dem Sicherheitsgefühl und dem Strafbedürfnis (Punitivität). In diesem Zusammenhang sollte ebenfalls untersucht werden, inwieweit die Wahrnehmungen vom Medienkonsum abhängen – zu dieser Frage liegen insbesondere aus Deutschland Studien vor (u.a. Pfeiffer et al. 2005, Baier et al. 2011). Ein Teil der subjektiven Wahrnehmungen ist zudem, wie die Menschen über die Prävention von Kriminalität denken. Aus diesem Grund sollten auch Einschätzungen zu spezifischen Präventionsmassnahmen erfasst werden.

7. *Welche Einstellungen zur Polizei und welche Erfahrungen mit der Polizei haben die Erwachsenen?* Die Polizei ist der zentrale Akteur im Kriminalitätsbereich. Es ist für die Arbeit der Polizistinnen und Polizisten sicherlich nicht unerheblich, welche Einstellungen ihnen entgegengebracht werden, insofern sich Einstellungen in einem konkreten Verhalten niederschlagen können. Aus diesem Grund wurde das Vertrauen in die Polizei (nebst anderen Institutionen) erfasst. Von Interesse sollte aber ebenso sein, welche konkreten Kontakte man mit der Polizei hatte. Zusätzlich sollte sich aus aktuellem Anlass den Einstellungen zu Bodycams gewidmet werden.
8. *Welche politischen Orientierungen finden sich in der Erwachsenenbevölkerung?* Die verschiedenen politischen Extremismen beschäftigen derzeit die Schweizer Gesellschaft. Aus diesem Grund sollten rechts- wie linksextreme Einstellungen in der Befragung erhoben werden. Darüber hinaus sollte sich Einstellungen zur Demokratie und zu verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen sowie weiteren Haltungen (z.B. Anomie, Homophobie) gewidmet werden.
9. *Welche Einstellungen bestehen in der Bevölkerung zu Strafgefangenen?* Der Strafvollzug ist ein Bereich, der immer dann, wenn es zu Vorfällen wie Fluchten oder Rückfällen kommt, in den Fokus der Öffentlichkeit gerät. Untersucht werden sollte u.a., welchen Umgang die Befragten mit Strafgefangenen wünschen, welche Massnahmen sie befürworten und inwieweit sie eine Null-Risiko-Politik unterstützen.
10. *Wie steht die Schweiz zu Kriminalisierung bzw. Legalisierung verschiedener Verhaltensweisen?* Immer wieder werden in der Öffentlichkeit Diskurse darüber geführt, ob es zeitgemäss ist, bestimmte Verhaltensweise unter Strafe zu stellen (z.B. Cannabiskonsum), andere hingegen nicht. Die Befragung sollte daher genutzt werden, um die Einstellungen der Bevölkerung zur Legalisierung bzw. Kriminalisierung verschiedener Verhaltensweisen zu erfassen.
11. *Welche Sorgen finden sich in der Bevölkerung in Bezug auf Flüchtlinge?* In der Zeit ab 2015 sind für die Schweiz zunehmende Zahlen an Flüchtlingen zu beobachten. Auch wenn jüngst diese Zahlen wieder rückläufig sind, spielen Flüchtlinge in politischen Auseinandersetzungen immer wieder eine Rolle. Welche Wahrnehmungen bzgl. der Flüchtlinge in der Bevölkerung vorhanden sind, wurde bislang aber nur selten untersucht.

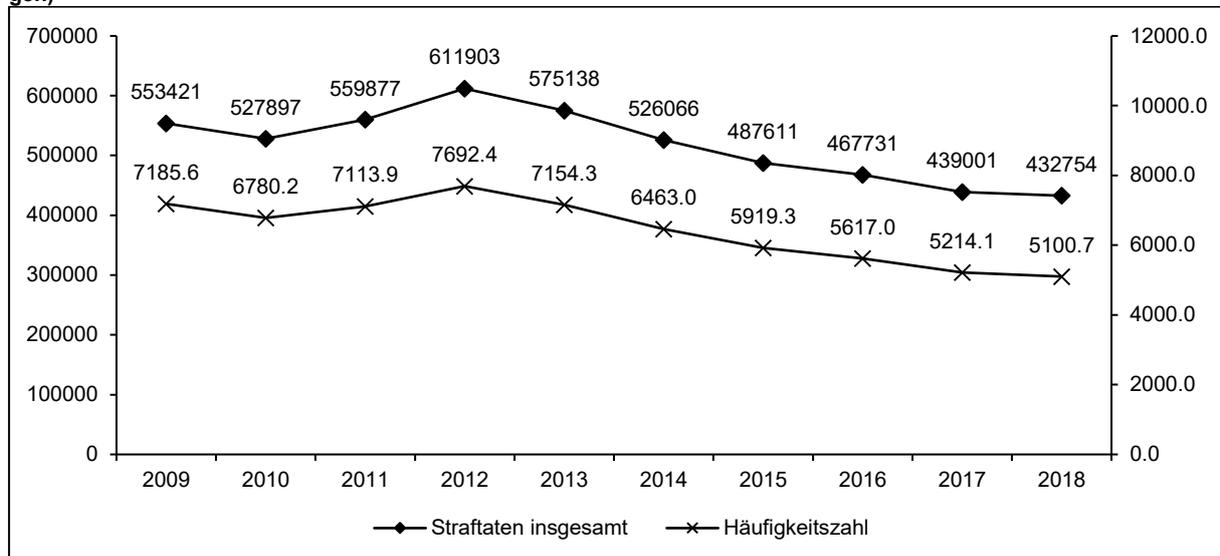
Die nachfolgenden Abschnitte des Berichts werden die Befunde zu diesen Forschungsfragen präsentieren. Bevor die Befunde vorgestellt werden, sollen in Kapitel 2 aber zunächst Auswertungen der Polizeilichen Kriminalstatistik, d.h. des Polizeilichen Hellfelds berichtet werden.

2 Entwicklung der Kriminalität im Polizeilichen Hellfeld

Aussagen über die Entwicklung der Kriminalität lassen sich der jährlich veröffentlichten Polizeilichen Kriminalstatistik entnehmen. Hierbei handelt es sich um eine Anzeigestatistik; d.h. es werden jeweils nur Delikte registriert, die bei der Polizei zur Anzeige gebracht werden bzw. Delikte, die die Polizei im Rahmen ihrer Tätigkeit aufdeckt (und damit zur Anzeige bringt). Nicht zur Anzeige gebrachte Straftaten erscheinen in der Statistik nicht, verbleiben also im sog. Dunkelfeld. Bei der Polizeilichen Kriminalstatistik spricht man dementsprechend auch vom Hellfeld der Kriminalität. Gerade wenn Entwicklungstrends betrachtet werden sollen, ist die Tatsache, dass nur angezeigte Delikte in der Statistik ausgewiesen werden, von Relevanz, insofern Veränderungen im Zeitverlauf einerseits tatsächliche Veränderungen in der Kriminalität einer Gesellschaft widerspiegeln können. Andererseits können die Veränderungen aber auch das Anzeigeverhalten und nicht die tatsächliche Kriminalität betreffen: Ein Anstieg der Anzeigebereitschaft würde mit einem Anstieg der registrierten Kriminalität einhergehen, ein Rückgang mit sinkender Kriminalität. Jenseits der Anzeigebereitschaft sind bezüglich der Interpretation von Entwicklungen der registrierten Straftaten zusätzliche Besonderheiten zu beachten. Die wichtigste ist sicherlich, dass die Veränderungen der Straftaten nicht isoliert von Veränderungen der Bevölkerungszahl betrachtet werden sollten. Ein Anstieg der Bevölkerung geht – unter sonst gleichen Bedingungen – mit einem Anstieg der Straftaten einher. Für die Schweiz ist dies deshalb bedeutsam, weil zwischen 2009 und 2018 die Bevölkerung um 10.2 % gestiegen ist, wie Tabelle A1 im Anhang zeigt: Während 2009 noch 7.7 Millionen Personen zur ständigen Bevölkerung zählten, waren es 2018 bereits fast 8.5 Millionen. Hier und im Folgenden stehen die Jahre ab 2009 im Mittelpunkt der Betrachtung, weil seit diesem Jahr eine schweizweit vereinheitlichte Polizeiliche Kriminalstatistik vorliegt und daher gesamtschweizerische Entwicklungstrends für einzelne Delikte und Deliktbereiche darstellbar sind.

Werden zunächst alle registrierten Straftaten betrachtet, so zeigt Abbildung 1, dass diese zwischen 2009 und 2012 zugenommen haben. Im Jahr 2012 wurden mit 611903 Straftaten im Beobachtungszeitraum die meisten Straftaten registriert. Danach ist ein kontinuierlicher Rückgang festzustellen: Im Jahr 2018 lag die Anzahl registrierter Straftaten bei 432754 und damit um 29.3 % niedriger als 2012. Dargestellt ist in Abbildung 1 neben der absoluten Anzahl an Straftaten insgesamt auch die Häufigkeitszahl. Diese gibt an, wie viele Straftaten pro 100000 Personen der Bevölkerung erfasst wurden. Hierbei handelt es sich also um eine an der Bevölkerung relativierte Zahl, die in Bezug auf den Längsschnittvergleich das Bevölkerungswachstum berücksichtigt. Der Verlauf entspricht weitestgehend dem Verlauf der absoluten Anzahl an Straftaten: Zwischen 2009 und 2012 kam es zu einem Anstieg, der dazu führte, dass im Jahr 2012 auf 100000 Personen der ständigen Wohnbevölkerung 7692.4 Straftaten registriert wurden. Im Anschluss ist die Häufigkeitszahl auf 5100.7 gefallen. Dieser Rückgang fällt mit 33.7 % etwas stärker aus als der Rückgang der absoluten Zahlen, weil der Bevölkerungsanstieg berücksichtigt ist. Seit dem Jahr 2012 sinkt die registrierte Kriminalität in der Schweiz – und dies in einem insgesamt beträchtlichen Ausmass. Die Hintergründe für diesen Rückgang sind in der Schweiz bislang nicht systematisch untersucht worden. Studien aus anderen Ländern verweisen darauf, dass der Kriminalitätsrückgang dort multifaktoriell bedingt ist; wirtschaftlicher Aufschwung, demografischer Wandel, eine verbesserte Polizeiarbeit, der zunehmende Einsatz von (technischen) Sicherungsmassnahmen u.a.m. tragen zum Rückgang bei (u.a. Farrell 2013).

Abbildung 1: Entwicklung der Straftaten insgesamt seit 2009 (Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, eigene Berechnungen)



Eine Betrachtung aller Straftaten verdeckt allerdings, dass sich z.T. in Bezug auf einzelne Delikte abweichende Veränderungen ergeben. Eine differenzierte Betrachtung für verschiedene Delikte erscheint daher notwendig. Im Folgenden werden dabei Delikte aus vier Bereichen betrachtet: Gewaltdelikte, Delikte gegen die sexuelle Integrität, Diebstahl/Sachbeschädigung und Betrug/Cyberkriminalität. Diese Delikte wurden ausgewählt, weil es sich um Delikte handelt, bei denen Personen direkt betroffen sind. Es gibt verschiedene Delikte, bei denen nicht Personen, sondern Organisationen Opfer sind (z.B. Ladendiebstahl, Fahren ohne Fahrschein, Wirtschaftskriminalität); und es gibt opferlose Delikte (z.B. Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz). Zudem handelt es sich um Delikte, die z.T. in der durchgeführten Befragung erhoben worden sind. Zu allen ausgewählten Delikten sind in Tabelle A1 im Anhang die absoluten Zahlen aufgeführt; in den nachfolgenden Abbildungen wird jeweils nur die Häufigkeitszahl betrachtet (Straftaten pro 100000 Personen der Bevölkerung).

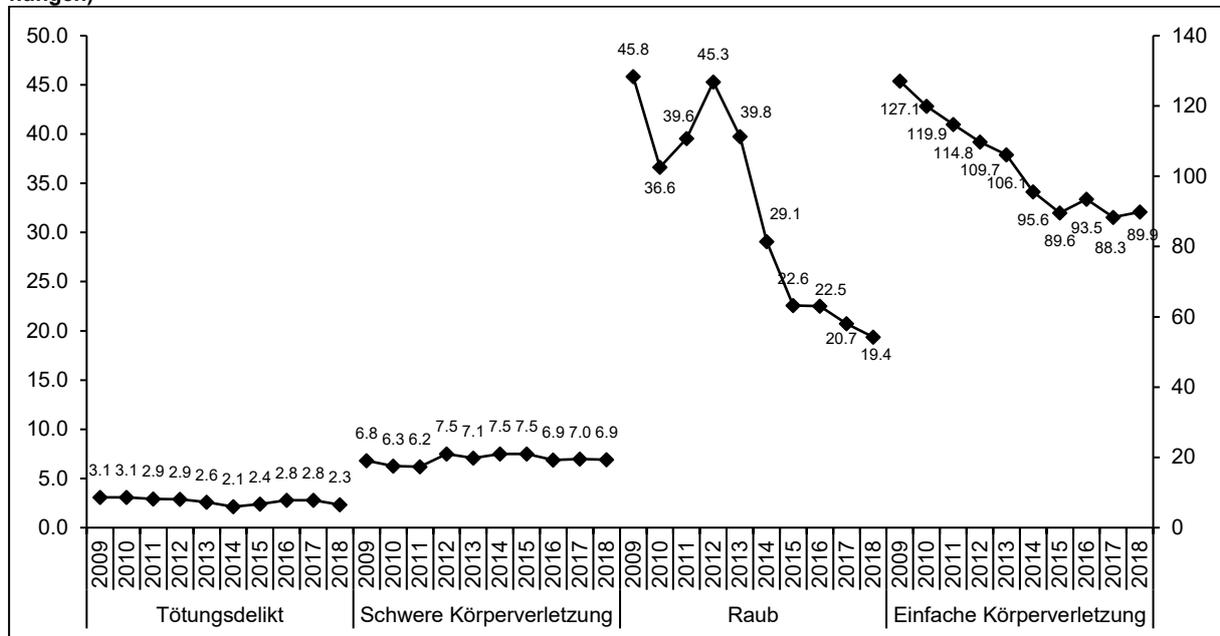
In Abbildung 2 sind ausgewählte Gewaltdelikte dargestellt, wobei mit Blick auf die häufiger vorkommenden Delikte der einfachen Körperverletzungen zu beachten ist, dass für die Darstellung eine zweite Y-Achse eingefügt wurde. Werden zunächst die Tötungsdelikte (inkl. Versuche) betrachtet, so zeigt sich ein leichter Rückgang der Häufigkeitszahl von 3.1 im Jahr 2009 auf 2.3 im Jahr 2018. Die absoluten Zahlen liegen sehr niedrig: Im Jahr 2018 wurden 199 Tötungsdelikte in der Schweiz registriert; bei 50 dieser Delikte handelt es sich um vollendete Tötungsdelikte. Schwere Körperverletzungen¹ sind über die Jahre hinweg unverändert geblieben: Zwar steigen die absoluten Zahlen schwerer Körperverletzungen von etwa 500 in den Jahren 2009 bis 2011 auf mittlerweile ca. 600; bei Berücksichtigung der Bevölkerungszunahme ergibt sich allerdings kein Anstieg mehr. Für Raubtaten (Diebstahl mit Gewalt oder Androhung von Gefahr) zeigt sich ein starker Rückgang der Häufigkeitszahlen: Diese hat sich von 45.8 auf 19.4 um 57.7 % um mehr als die Hälfte verringert. In den letzten Jahren hat sich der Rückgang etwas verlangsamt; es sind aber auch weiterhin noch sinkende Zahlen zu verzeichnen. Ebenfalls ein deutlicher Rückgang ergibt sich für die einfachen Körperverletzungen²: Die Häufigkeitszahl ist von 127.1 auf 89.9 gefallen, d.h. um 29.3 %. Werden die Jahre ab 2015 betrachtet, ist allerdings eher von einer

¹ Entsprechend Art. 122 StGB zählt hierzu: „Wer vorsätzlich einen Menschen lebensgefährlich verletzt, wer vorsätzlich den Körper, ein wichtiges Organ oder Glied eines Menschen verstümmelt oder ein wichtiges Organ oder Glied unbrauchbar macht, einen Menschen bleibend arbeitsunfähig, gebrechlich oder geisteskrank macht, das Gesicht eines Menschen arg und bleibend entstellt, wer vorsätzlich eine andere schwere Schädigung des Körpers oder der körperlichen oder geistigen Gesundheit eines Menschen verursacht.“

² Hierbei handelt es sich um vorsätzliche Schädigungen von Körper und Gesundheit jenseits schwerer Körperverletzungen.

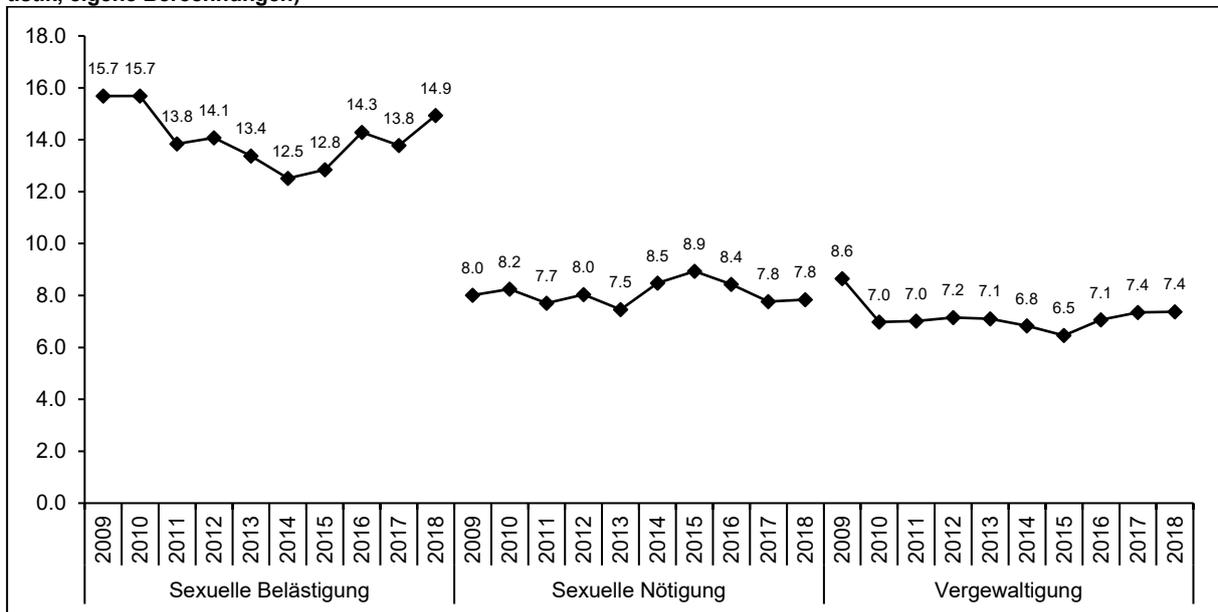
Stabilität der Häufigkeitszahl auszugehen, d.h. der Rückgang hat sich im Zeitraum 2009 bis 2015 ereignet und scheint vorerst an sein Ende gekommen zu sein.

Abbildung 2: Entwicklung ausgewählter Gewaltdelikte seit 2009 (Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, eigene Berechnungen)



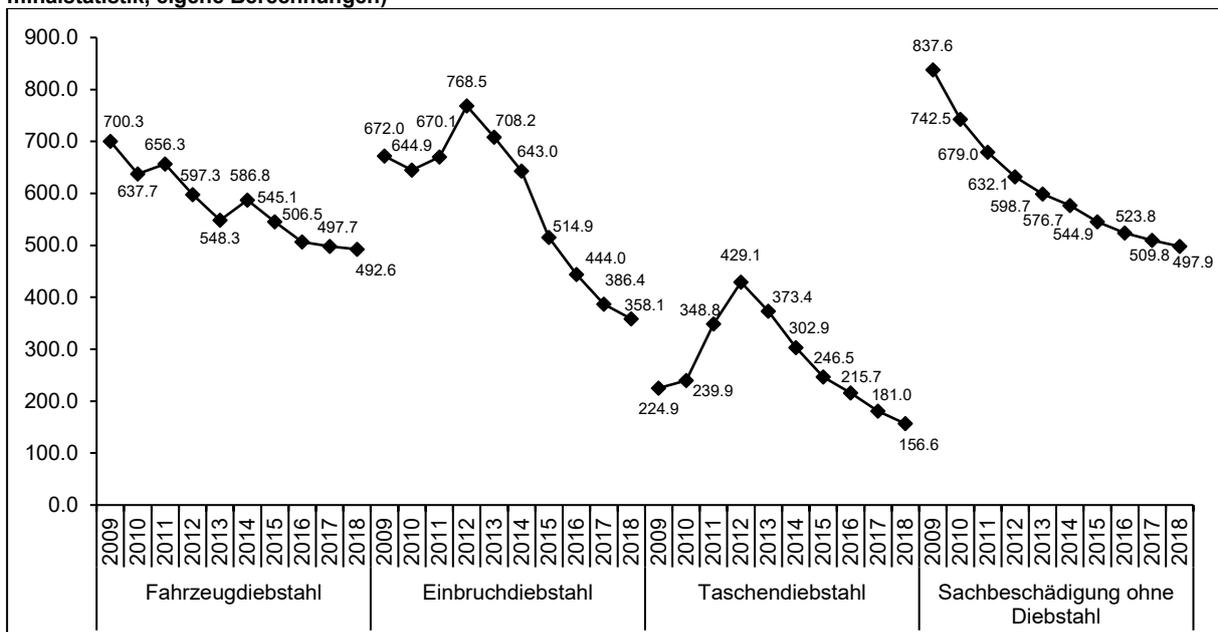
Mit Blick auf Sexualdelikte zeigt Abbildung 3 die Entwicklung der Häufigkeitszahl zu drei Straftaten. Laut Art. 198 StGB handelt es sich bei sexuellen Belästigungen um Taten, die beinhalten, dass vor jemandem, der dies nicht erwartet, eine sexuelle Handlung vorgenommen wird oder dass jemand tätlich oder in grober Weise durch Worte eine Person sexuell belästigt. Bezüglich dieses Delikts ergibt sich eine u-förmige Entwicklung: Zwischen 2009 und 2014 nimmt die Häufigkeitszahl ab, danach ist hingegen wieder eine Zunahme festzustellen (zwischen 2014 und 2018 um 19.3 %). Freilich ist gerade mit Blick auf die jüngere Vergangenheit zu konstatieren, dass die Aufmerksamkeit für sexuelle Belästigungen gestiegen ist (z.B. Me-too-Debatte). Nicht auszuschließen ist daher, dass der Anstieg eine höhere Bereitschaft zur Anzeige entsprechender Erlebnisse indiziert als einen tatsächlichen Anstieg der sexuellen Belästigungen. Hinsichtlich der sexuellen Nötigungen und Vergewaltigungen ergeben sich weitestgehend keine Veränderungen der Häufigkeitszahlen. Die Zahlen der Jahre 2009/2010 liegen vergleichbar hoch wie die Zahlen des Jahres 2018. Die Delikte unterscheidet laut StGB (Art. 189 und 190), dass eine Person zur Duldung einer beischlafähnlichen oder einer anderen sexuellen Handlung genötigt (sexuelle Nötigung) bzw. dass eine Person weiblichen Geschlechts zur Duldung des Beischlafs genötigt wird (Vergewaltigung), wobei jeweils Bedrohungen, Gewaltanwendungen oder psychischer Druck zum Einsatz kommen.

Abbildung 3: Entwicklung ausgewählter Delikte gegen die sexuelle Integrität seit 2009 (Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, eigene Berechnungen)



Für Diebstahlsdelikte und Sachbeschädigungen sind die Entwicklungstrends der Häufigkeitszahlen in Abbildung 4 dargestellt. Für alle Delikte ergeben sich dabei spätestens seit 2012 Rückgänge. Diese fallen wiederum recht deutlich aus: Der Fahrzeugdiebstahl sinkt zwischen 2012 und 2018 um 17.5 %, der Einbruchdiebstahl (Wohnungseinbruch) um 53.4 %, der Taschendiebstahl um 63.5 % und die Sachbeschädigung um 21.2 %; würden bei der Sachbeschädigung und beim Fahrzeugdiebstahl die Vergleiche mit dem Jahr 2009 gezogen, würden die prozentualen Rückgänge noch stärker ausfallen (29.6 % beim Fahrzeugdiebstahl und 40.6 % bei der Sachbeschädigung). Hinzuweisen ist an dieser Stelle darauf, dass der Grossteil der Fahrzeugdiebstähle Fahrräder betrifft. Im Jahr 2018 verteilten sich die Diebstähle bspw. wie folgt: Von 41796 Diebstählen betrafen 33941 Fahrräder, 6284 Motorräder und 1054 Personenwagen.

Abbildung 4: Entwicklung ausgewählter Diebstahlsdelikte und der Sachbeschädigung seit 2009 (Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, eigene Berechnungen)

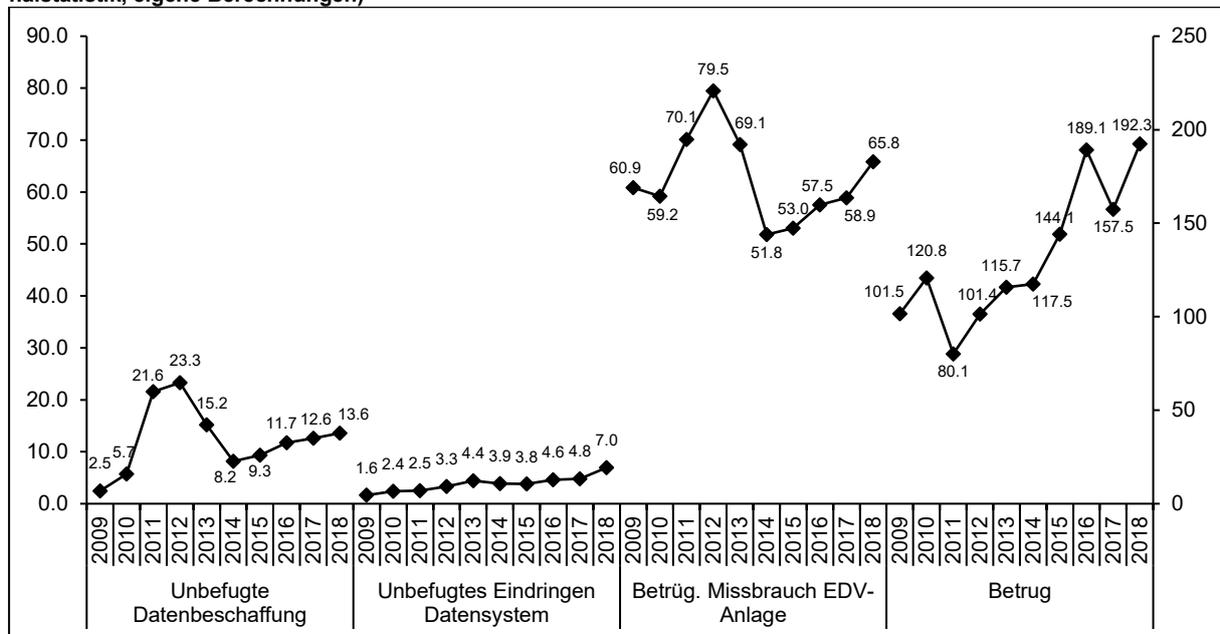


Zuletzt berichtet Abbildung 5 die Entwicklung von Betrugsdelikten, wobei hier u.a. verschiedene Formen der Cyberkriminalität berücksichtigt werden. Entgegen der bisherigen Trends, die weitestgehend auf Rückgang bzw. Stabilität der Kriminalität hindeuteten, werden bei Betrugsdelikten z.T. deutliche Anstiege sichtbar. Es hat den Anschein, als ob klassische Diebstahl- und Raubdelikte zunehmend von Betrugsdelikten ersetzt werden. Dargestellt sind in Abbildung 5 folgende vier Delikte:

- Die unbefugte Datenbeschaffung: Nach Art. 143 StGB zählt hierzu ein Beschaffen von elektronisch oder in vergleichbarer Weise gespeicherten oder übermittelten Daten.
- Das unbefugte Eindringen in Datensysteme: Hierzu zählt nach Art 143bis u.a. das Zugänglichmachen von Passwörtern, Programmen oder anderen Daten.
- Der betrügerische Missbrauch einer EDV-Anlage: Nach Art 147 StGB zählt hierzu die unbefugte Nutzung von Daten zum Zwecke der Vermögensverschiebung.
- Betrug: Entsprechend Art. 146 StGB umfasst dieses Delikt eine Vermögensschädigung durch Vorspiegelung oder Irreführung.

Für das erst- und das drittgenannte Delikte ergeben sich vergleichbare Trends: Nach einem starken Anstieg in der Zeit bis 2013 kommt es zu einem Rückgang; von 2014 bis 2018 steigen die Häufigkeitszahlen aber wieder an, bei der unbefugten Datenbeschaffung um 66.3 %, beim betrügerischen Missbrauch von EDV-Anlagen um 27.0 %. Bei den anderen beiden Delikten ergibt sich mehr oder weniger seit 2009 ein kontinuierlicher Anstieg. Das unbefugte Eindringen in Datensysteme hat seit 2009 um 325.8 % zugenommen, sich also von einem geringen Anfangswert aus mehr als vervierfacht. Der Betrug allgemein ist seit 2009 um 89.4 % gestiegen, hat sich also fast verdoppelt. Die Auswertungen verweisen insofern darauf, dass zwar in vielen wichtigen Kriminalitätsbereichen eher positive Veränderungen stattgefunden haben; der Betrug und computer- bzw. internetbezogene Kriminalitätsformen nehmen aber zu.

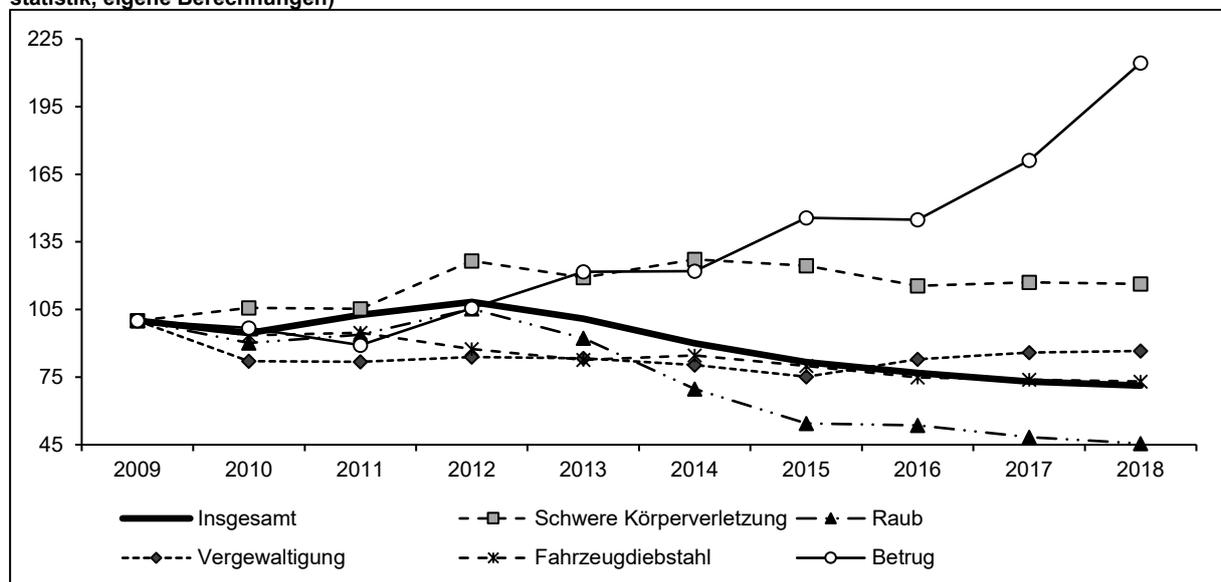
Abbildung 5: Entwicklung von Betrugsdelikten bzw. Delikten der Cyberkriminalität seit 2009 (Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, eigene Berechnungen)



Bislang wurde die Anzahl registrierter Straftaten bzw. die Häufigkeitsziffer zu diesen Straftaten betrachtet. Die Polizeiliche Kriminalstatistik bietet zusätzlich die Möglichkeit, Täter und Opfer – soweit bekannt – gesondert zu betrachten und dabei bspw. Geschlechts- oder Altersunterschiede in den jeweiligen Risiken zu untersuchen. Da in der hier berichteten Befragung nur nach Opferschaften gefragt wurde,

soll sich auf die Analyse der registrierten Opfer konzentriert werden. Dabei ist es nicht notwendig, für alle ausgewählten Straftaten noch einmal die Entwicklung der Opferzahlen zu berichten, weil die Entwicklungstrends weitestgehend denen der Häufigkeitszahlen der registrierten Straftaten entsprechen. In Abbildung 6 wird dies für einige ausgewählte Delikte aufgezeigt. Dabei wird weder die absolute Anzahl an Opfern noch die Opferzahl (Anzahl Opfer je 100000 Einwohner) berichtet – diese Angaben finden sich in Tabelle A2 im Anhang. Stattdessen wird allein die Veränderung seit 2009 betrachtet, d.h. die Opferzahl des Jahres 2009 wird auf 100 gesetzt und die Opferzahlen der nachfolgenden Jahre werden in Relation dazu bestimmt. Diese Darstellung konzentriert sich auf Trends; die Unterschiede in den Opferzahlen (schwere Körperverletzungen und Vergewaltigungen kommen bspw. sehr viel seltener vor als Fahrzeugdiebstähle) werden ausgeblendet. Wird zunächst die Entwicklung der Opferzahl zu allen Straftaten betrachtet („insgesamt“), so wird der Trend zur Häufigkeitszahl aus Abbildung 1 bestätigt: Zwischen 2009 und 2012 kommt es zu einem Anstieg, danach zu einem Rückgang, der dazu führt, dass die Opferzahl des Jahres 2018 34.3 % niedriger liegt als 2012; es gibt aktuell also etwa ein Drittel weniger Opfer krimineller Taten als noch vor sechs Jahren. Zur schweren Körperverletzung und zum Raub werden die Trends aus Abbildung 2 bestätigt: Bei der Körperverletzung ergibt sich 2012 eine mehr oder weniger konstante Opferzahl, beim Raub ist seit 2009 ein starker Rückgang um 54.4 % festzustellen; die Anzahl der Opfer hat sich hier mehr als halbiert. Zu den Vergewaltigungen zeigt sich, wiederum in Übereinstimmung mit den Befunden aus Abbildung 3 (Häufigkeitszahlen), dass es eine Stabilität gibt – zumindest seit dem Jahr 2010. Die Opferzahlen zum Fahrzeugdiebstahl fallen hingegen kontinuierlich; im Jahr 2018 lag die Opferzahl um 26.9 % niedriger als im Jahr 2009. Betrug ist demgegenüber das einzige Delikt, das steigt, ein Befund, der wiederum mit dem zu den Häufigkeitszahlen übereinstimmt (Abbildung 5). Aktuell liegt die Opferzahl beim Betrug 114.4 % höher als 2009; d.h., dass es mehr als doppelt so viele Betrugsoffer gibt wie noch vor zehn Jahren.

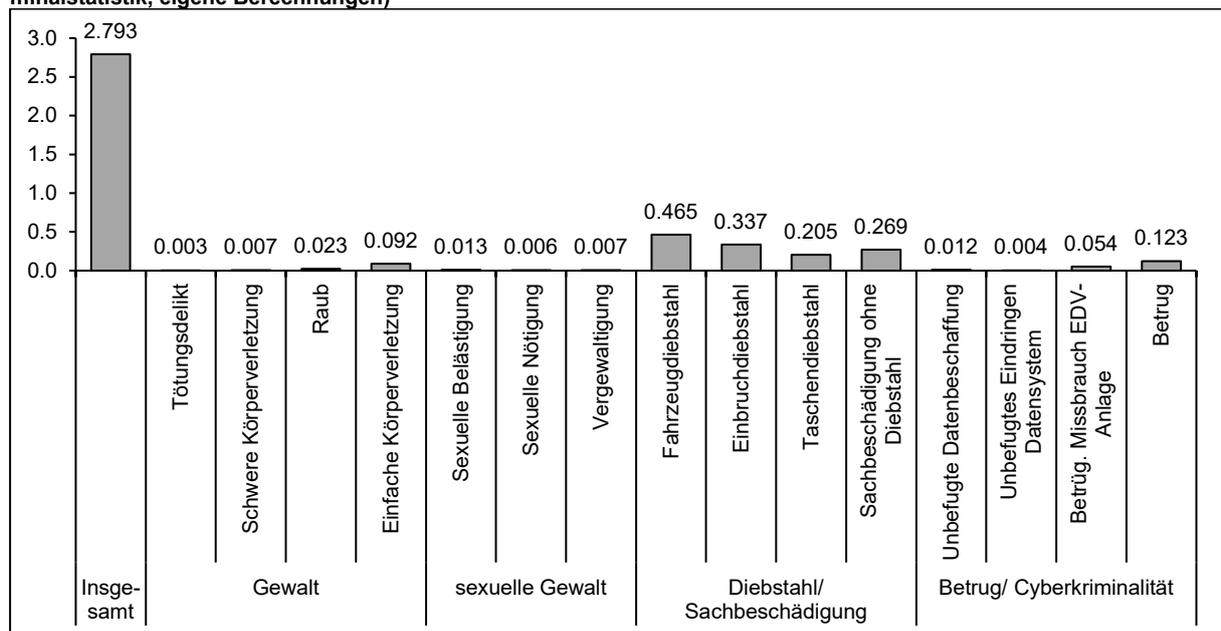
Abbildung 6: Entwicklung von Opferzahlen für ausgewählte Delikte seit 2009 (2009 = 100; Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, eigene Berechnungen)



Neben den Trends, die sich mit der durchgeführten Befragung nicht prüfen lassen – wengleich auch durch den Vergleich mit anderen Befragungen zu früheren Zeitpunkten Trendaussagen getroffen werden können – sind insbesondere Prävalenzraten interessant, die sich auf Basis der Polizeilichen Kriminalstatistik berechnen lassen. Diese sind letztlich nichts anderes als Opferzahlen, d.h. an der Bevölkerung relativierte absolute Zahlen zu Opfern. Prävalenzraten werden aber als Prozentzahlen berechnet, d.h. sie geben unmittelbar Auskunft darüber, wieviel Prozent der Bevölkerung oder einer bestimmten Bevölkerungsgruppe Opfer von Straftaten geworden sind. Die Berechnung von Prävalenzraten erfolgt

hier deshalb, weil die Ergebnisse der Befragung ebenfalls in Form von Prozentzahlen vorgestellt werden. Dadurch ist ein direkter Vergleich zwischen Polizeilicher Kriminalstatistik (Hellfeld) und Befragung, die Hell- und Dunkelfeld untersucht, möglich. Allerdings ist bei der Berechnung von Prävalenzraten auf Basis der Polizeilichen Kriminalstatistik (und deren Vergleich mit Befragungsdaten) zu beachten, dass als Opfer nicht nur natürliche Personen, sondern auch juristische Personen, also z.B. Organisationen, Vereine oder Unternehmen, gezählt werden. Wird das Jahr 2017 betrachtet³, so wurden in der Schweiz in der Kriminalstatistik 244447 Opfer irgendeiner Straftat gezählt. Diese Zahl liegt niedriger als die Zahl der Straftaten insgesamt (439001), weil es opferlose Straftaten gibt oder Opfer nicht zu ermitteln waren. Unter diesen Opfern findet sich eine nicht unerhebliche Anzahl juristischer Personen. Die Anzahl an natürlichen Personen unter diesen registrierten Opfern beträgt letztlich 206932. Werden davon lediglich die ab 18-jährigen Personen betrachtet, so liegt die Anzahl bei 192956 Opfern. Dies Einschränkung wird deshalb vorgenommen, weil in die Befrag ebenfalls nur ab 18-jährige Personen einbezogen wurden. Im Jahr 2017 lag die Anzahl an Personen der ständigen Wohnbevölkerung im Alter ab 18 Jahren bei 6.9 Millionen. Dies bedeutet, dass 2.8 % (192956 von 6.9 Millionen) der Bevölkerung Opfer einer Straftat geworden ist; jährlich wird also etwa jeder 35. Erwachsene in der Schweiz Opfer einer Straftat. Alle diese Zahlen finden sich im Anhang in Tabelle A3. Entsprechende Berechnungen lassen sich für die anderen in die Betrachtung einbezogenen Delikte durchführen. Die daraus resultierenden Prävalenzraten sind in Abbildung 7 dargestellt.

Abbildung 7: Prävalenzraten verschiedener Delikte (Jahr 2017; ab 18-jährige Wohnbevölkerung; Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, eigene Berechnungen)



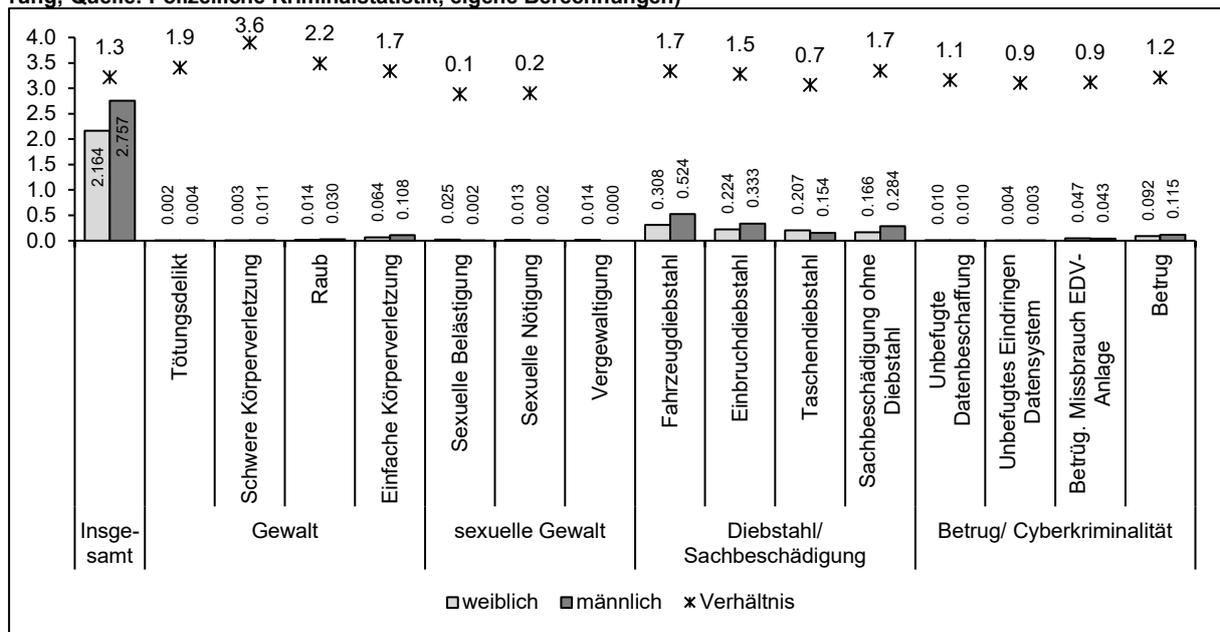
Die berechneten Raten werden in Abbildung 7 in untypischer Weise mit drei Nachkommastellen angegeben, dies deshalb, damit auch die Prävalenzraten zu sehr selten vorkommenden Delikten dargestellt werden können. Die niedrigste Prävalenzrate ist für Tötungsdelikte festzustellen. Diese beträgt 0.003 % (221 Opfer bei 6.9 Millionen Einwohnern); d.h. auf 100000 Personen der Schweizer Bevölkerung werden drei Opfer einer (versuchten) Tötung. Für andere Gewaltdelikte (inkl. sexuelle Gewaltdelikte) finden sich ebenfalls sehr niedrige Prävalenzraten der ab 18-jährigen Bevölkerung. Am häufigsten mit einer Prävalenzrate von 0.092 % finden sich einfache Körperverletzungen. Aber auch hier bedeutet die Zahl, dass lediglich 92 von 100000 Personen der Wohnbevölkerung pro Jahr eine einfache Körperverletzung erleben. Höhere Raten ergeben sich für den Deliktsbereich der Diebstähle und Sachbeschädigungen.

³ Dieses Jahr steht hier im Vordergrund, weil die Befragung Anfang des Jahres 2018 erfolgt ist und die Teilnehmenden gebeten worden sind, die Erfahrungen der letzten zwölf Monate zu berichten, die sich damit weitestgehend auf das Jahr 2017 beziehen.

Immerhin fast 0.5 % (d.h. fünf von tausend Personen der Bevölkerung) berichten pro Jahr der Polizei das Erleben eines Fahrzeugdiebstahls, wobei noch einmal der Hinweis angebracht erscheint, dass sich es sich bei vier von fünf Fällen um Fahrraddiebstahl handelt. Betrugsdelikte und verschiedene Formen der Cyberkriminalität werden wiederum von einem geringeren Anteil der Bevölkerung erlebt als Diebstahlsdelikte. Die Prävalenzraten reichen hier von 0.004 bis 0.123 %. Mit Blick auf den Betrug bedeutet dies, dass ca. eine von tausend Personen in der Schweiz jährlich Opfer eines Betrugs wird.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik erlaubt es, die Prävalenzraten im Vergleich der Geschlechter und verschiedener Altersgruppen zu betrachten. Die den nachfolgenden Auswertungen zugrundeliegenden absoluten Zahlen können den Tabellen A3 und A4 im Anhang entnommen werden. Abbildung 8 stellt die Prävalenzraten zu den verschiedenen Delikten im Geschlechtervergleich dar. Zusätzlich ist das Verhältnis der männlichen zu den weiblichen Personen der Wohnbevölkerung dargestellt. Eine Zahl grösser als eins bedeutet demnach, dass Männer ein höheres Opferrisiko haben, Zahlen kleiner als eins, dass dies für Frauen gilt. Bezogen wird sich wiederum nur auf natürliche Personen; eine Einschränkung auf eine spezifische Altersgruppe erfolgt hingegen nicht. Abbildung 8 weist zunächst darauf hin, dass 2.8 % aller Männer und 2.2 % aller Frauen Opfer irgendeiner Straftat geworden sind. Das Risiko von Männern, Opfer einer Straftat zu werden, liegt 1.3mal so hoch wie das Risiko der Frauen.

Abbildung 8: Prävalenzraten verschiedener Delikte im Geschlechtervergleich (Jahr 2017; ab 18-jährige Wohnbevölkerung; Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, eigene Berechnungen)

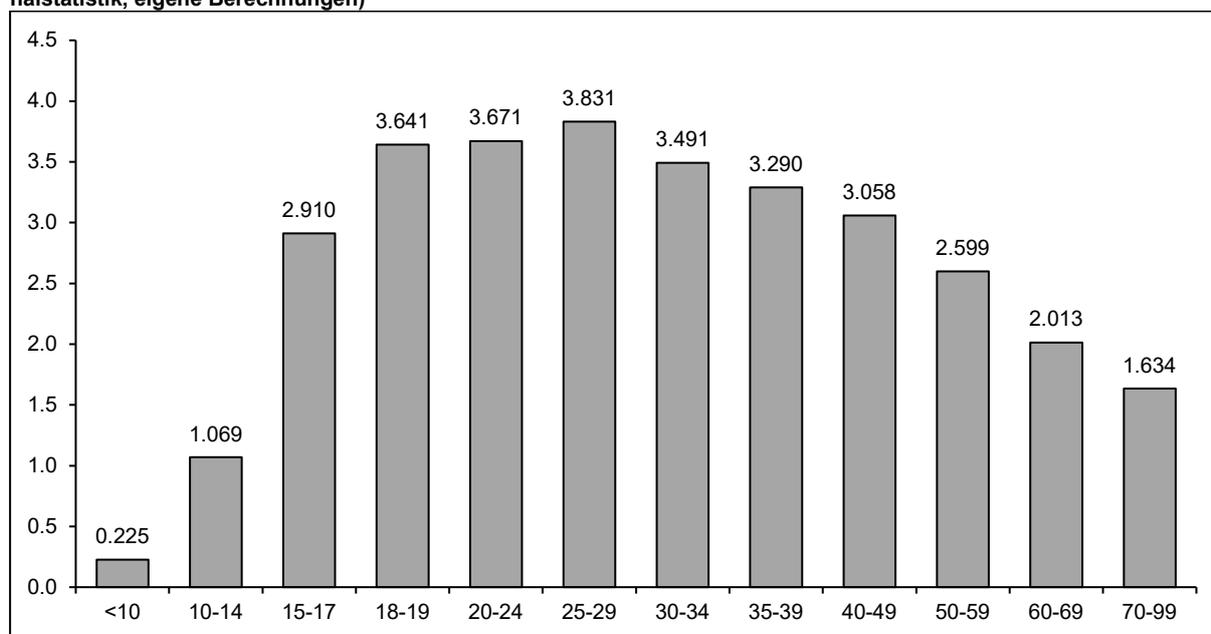


Hinsichtlich der verschiedenen Delikte ergeben sich aber deutlich unterschiedliche Verhältnisse der Risiken. Für alle Gewaltdelikte gilt, dass Männer häufiger Opfer werden als Frauen. Besonders stark ist der Unterschied bei der schweren Körperverletzung: Die Prävalenzrate der Männer übersteigt die der Frauen um das 3.6fache. Bei Sexualdelikten kehrt sich das Risiko um; d.h. hier liegt das Opferrisiko bei Männern um das Fünf- bis Zehnfache niedriger. Zur Vergewaltigung wird kein Verhältnis der Prävalenzraten angegeben, weil die Rate bei Männern definitionsgemäss null beträgt (laut Art. 190 StGB betrifft Vergewaltigung nur Frauen) und daher kein Verhältnis berechenbar ist. Fahrzeugdiebstahl, Einbruchdiebstahl und Sachbeschädigungen erleben Männer anscheinend ebenfalls häufiger als Frauen. Hier ist allerdings zu vermuten, dass die Ergebnisse keine wirklichen Unterschiede im Opferrisiko abbilden, sondern dass es eher Männer als Frauen sind, die i.d.R. einen Haushalt betreffenden Straftaten bei der Polizei anzeigen; eine zusätzliche Erklärung könnte sein, dass Männer eher als Eigentümer fungieren und daher als Geschädigte registriert werden. Beim Taschendiebstahl ergibt sich für Frauen ein höheres

Opferrisiko. Bei den Betrugs- und Cyberkriminalitätsdelikten unterscheiden sich die Opferrisiken nicht in nennenswerter Weise zwischen den beiden Geschlechtern.

Neben dem Geschlechtervergleich ist in Abbildung 9 ein Vergleich der Prävalenzraten für verschiedene Altersgruppen dargestellt, wobei die Straftaten insgesamt betrachtet werden. Das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, ist demnach für unter 10-jährige Personen und 10 bis 14-jährige Personen am geringsten: 0.2 bzw. 1.1 % aller Personen dieser Altersgruppen haben im Jahr 2017 irgendeine Straftat erlebt. Mit dem Älterwerden steigt das Risiko dann deutlich an. Die höchste Prävalenzrate ist für Personen im Alter von 25 bis 29 Jahren festzustellen: 3.8 % dieser Altersgruppe wurden im Jahr 2017 polizeilich als Opfer einer Straftat registriert. Danach sinkt das Risiko der Opferschaft. Von allen Personen in der Schweiz, die 70 Jahre und älter sind, erlebten 1.6 % eine Straftat. Der in Abbildung 9 sichtbar Verlauf des Opferrisikos entspricht der sog. Alters-Kriminalität-Kurve, die auch in Bezug auf Täterschaften zu beobachten ist. Kennzeichen dieser Kurve ist, dass im jüngeren und älteren Alter niedrige Prävalenzen vorhanden sind; im späten Jugend- bzw. frühen Erwachsenenalter hat die Kurve hingegen ihren Höhepunkt.

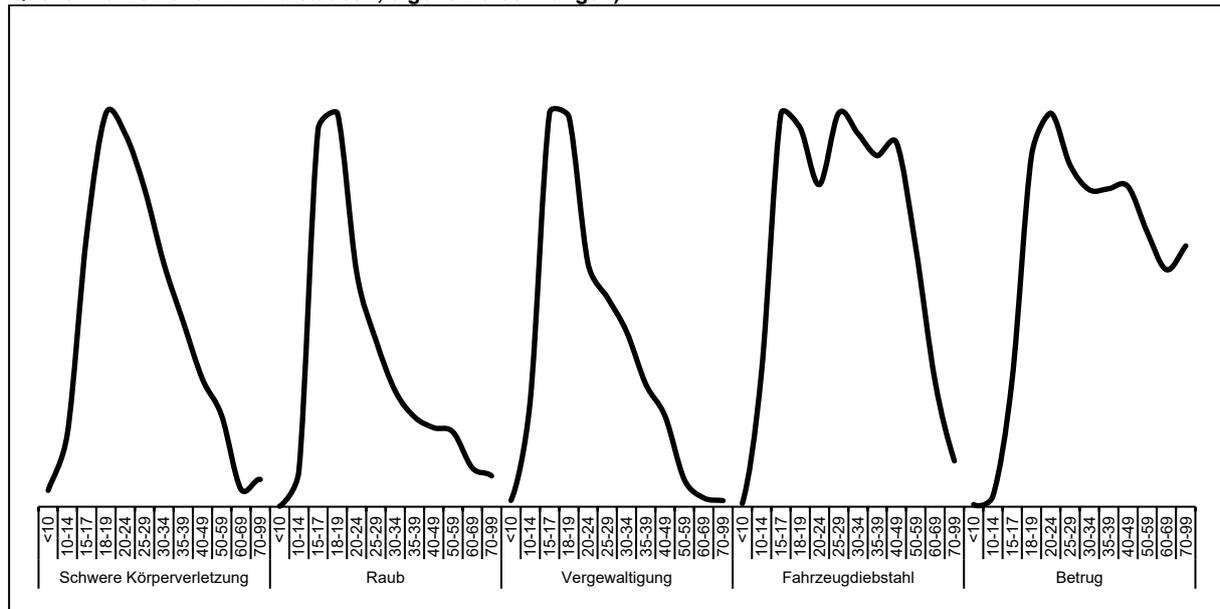
Abbildung 9: Prävalenzraten von Straftaten insgesamt im Altersgruppenvergleich (Jahr 2017; Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, eigene Berechnungen)



Der Verlauf der Alters-Kriminalitäts-Kurve ist aber nicht für alle Delikte gleich, was Abbildung 10 für ausgewählte Delikte verdeutlicht. Um die Verläufe in einer Abbildung darzustellen, wurden diese standardisiert. In einem ersten Schritt wurden altersspezifische Opfer-Prävalenzraten berechnet. Diese fallen sehr unterschiedlich aus: Schwere Körperverletzungen und Vergewaltigungen sind sehr selten – in allen Altersgruppen; Fahrzeugdiebstahl kommt hingegen häufiger vor. In einem zweiten Schritt wurde die höchste Prävalenzrate einer Altersgruppe auf 100 gesetzt und alle anderen Prävalenzraten wurden dazu ins Verhältnis gesetzt. Abbildung 10 gibt damit nicht Auskunft über die Höhe der Prävalenzraten (weshalb auch keine skalierte Y-Achse dargestellt ist); die Abbildung gibt einzig Auskunft über den Verlauf der Alters-Kriminalitäts-Kurve. Dabei ergeben sich erhebliche Unterschiede: Für die verschiedenen Gewaltdelikte findet sich die höchste Rate im Alter von 15 bis 17 Jahren bzw. 18 bis 19 Jahren; die Altersgruppen davor und danach weisen ein weit geringeres Opferrisiko auf. Sehr klar wird dies mit Blick auf Raubdelikte: Das Opferrisiko der 20- bis 24-Jährigen liegt nur noch halb so hoch wie das der 18- bis 19-Jährigen. Bei der schweren Körperverletzung und der Vergewaltigung sinkt das Opferrisiko mit zunehmendem Alter langsamer als beim Raub. Hinsichtlich des Fahrzeugdiebstahls ist hingegen zu beobachten, dass das Opferrisiko für die 15- bis 49-Jährigen weitestgehend konstant hoch bleibt; erst

danach sinkt es deutlich. Auch für den Betrug gilt, dass der Höhepunkt der Alters-Kriminalitäts-Kurve etwas später als bei Gewaltdelikten liegt (20- bis 24-Jährige) und das Risiko mit zunehmendem Alter insgesamt langsamer abnimmt. Im Unterschied zu allen anderen Delikten gilt für den Betrug, dass selbst 60- bis 69-Jährige und ab 70-Jährige ein recht hohes Opferrisiko im Vergleich zu den anderen Altersgruppen aufweisen.

Abbildung 10: Prävalenzraten verschiedener Delikte im Altersgruppenvergleich (höchste Prävalenz = 100; Jahr 2017; Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, eigene Berechnungen)



Die Auswertungen der Polizeilichen Kriminalstatistik zu den ausgewählten Delikten lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Kriminalität sinkt in der Schweiz. Im Vergleich zum Jahr 2012, dem Jahr mit der höchsten Kriminalitätsbelastung, gibt es derzeit ca. ein Drittel weniger Opfer von Straftaten.
2. Rückläufige Entwicklungen lassen sich für verschiedene Kriminalitätsbereiche feststellen, insbesondere beim Diebstahl, beim Raub und bei einfachen Körperverletzungen. Zu anderen Delikten zeigen sich stabile Zahlen in den letzten Jahren (sexuelle Gewaltdelikte, schwere Körperverletzungen). Jenseits davon finden sich aber auch Anstiege, dies vor allem in Bezug auf Betrugsdelikte und Cyberkriminalität.
3. Das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, ist in der Schweiz gering: Pro Jahr wird etwa jede 35. Person in der Schweiz Opfer einer in der Polizeilichen Kriminalstatistik registrierten Straftat. Der Verweis auf die registrierte Kriminalität ist deshalb wichtig, weil davon auszugehen ist, dass tatsächliche Prävalenzrate höher als 2.8 % ausfällt, insofern es ein mehr oder weniger grosses Dunkelfeld gibt, dem sich mittels Befragungen gewidmet werden kann.
4. Das Risiko, Opfer einer Gewalttat zu werden, liegt weit niedriger als das Risiko, Opfer eines Diebstahls zu werden. Während einfache Körperverletzungen bspw. nur ca. eine von tausend Personen erlebt, erleben fünf von tausend Personen Fahrzeugdiebstähle.
5. Die Opferrisiken unterscheiden sich für die Geschlechter und die Altersgruppen. Männer werden häufiger Opfer insbesondere von Gewaltdelikten, Frauen von Sexualdelikten. Mit Blick auf das Alter gilt, dass ältere Jugendliche und junge Erwachsene das höchste Risiko des Erlebens von Straftaten aufweisen. Der Verlauf der Alters-Kriminalitäts-Kurve unterscheidet sich jedoch für verschiedene Delikte. Insbesondere Betrugsdelikte werden auch von älteren Personen noch recht häufig erlebt.

3 Methode und Stichprobe

Ein Anliegen der Befragung war, repräsentative Ergebnisse für die Schweiz zu Kriminalitätsoffererfahrungen und kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen zu erarbeiten. Um eine repräsentative Stichprobe der Schweizer Bevölkerung zu erheben, stehen verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung. In der Vergangenheit wurde in Deutschland bspw. auf telefonische Befragungen zurückgegriffen (Birkel et al. 2014, Rieckmann/Kraus 2015). Diese Befragungsform hat verschiedene Nachteile, so u.a. eine eher geringe Rücklaufquote, eine begrenzte Fragebogenlänge sowie höhere Kosten. Online-Befragungen, die gerade vor dem Hintergrund einer steigenden Internetausstattung der Haushalte attraktiv erscheinen, haben den Nachteil, dass Personen, die kein Internet nutzen, von vornherein ausgeschlossen werden; hierzu gehören insbesondere ältere Personen, deren Kriminalitätsoffererfahrungen aber zweifellos wichtig für ein Gesamtbild sind. Eine weitere Alternative ist die Methode der persönlichen face-to-face-Befragungen durch geschulte Interviewerinnen und Interviewer, in der bspw. nach einem bestimmten Verfahren Personen bzw. Haushalte ausgewählt werden. Die Kosten sind bei dieser Befragungsmethode besonders hoch. Vor diesem Hintergrund erschien der Einsatz einer postalischen Befragung sinnvoll. In Deutschland durchgeführte sog. Viktimisierungsbefragungen haben gezeigt, dass postalische Befragungen durchaus hohe Rücklaufquoten erzielen und bei sensiblen Themen eingesetzt werden können (vgl. u.a. Baier 2015, Landeskriminalamt Niedersachsen 2015). Allerdings gelten postalische Befragungen „im Vergleich zu face-to-face und telefonischen Befragungen als Mittel der zweiten Wahl. Nicht nur, dass man ihnen niedrigere Rücklaufquoten unterstellt. Man vermutet auch erhebliche Verzerrungen in der sozialen Zusammensetzung“ (Reuband 2001, S. 307). Wie Reuband (2001, 2015) auf Basis verschiedener Studien belegt, sind diese Vorbehalte gegen postalische Befragungen aber weitestgehend unzutreffend. Mittels unterschiedlicher Massnahmen lassen sich über diesen Weg hochwertige Stichproben erreichen. Als eine wichtige Massnahme gilt der Einsatz von Anreizen. Entsprechend der Meta-Analyse von Edwards et al. (2002) sind es vor allem Geldanreize, die die Rücklaufquote und damit auch die Stichprobenqualität erhöhen. Weitere sinnvolle Massnahmen sind u.a. der Einsatz eines eher kurzen, interessanten Fragebogens sowie der Einsatz von Erinnerungsaktionen (Edwards et al. 2002, Reuband 2001).

Das Ziel, in der Schweiz eine repräsentative postalische Befragung von ab 18-jährigen Erwachsenen durchzuführen, liesse sich einerseits dadurch erreichen, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus einer sogenannten Urliste per Zufall bestimmt werden. Diese Liste existiert: Das Bundesamt für Statistik hat ein Register der in der Schweiz gemeldeten Personen, inkl. Wohnortadresse. Dieses kann zur Durchführung von Befragungen genutzt werden. Eine Anfrage zur Ziehung einer Stichprobe aus diesem Register wurde im Vorfeld der Befragung aber durch das Bundesamt abgelehnt. Aus diesem Grund wurde eine andere Strategie verfolgt. Über ein Register eines Teils der Schweizer Wohnbevölkerung verfügen Unternehmen, die u.a. für Marketingzwecke mit Adressen handeln. Um eine repräsentative Stichprobe zu ziehen, wurde daher mit dem Unternehmen AZ Direct zusammengearbeitet, die über 6.3 Millionen Personenadressen verfügen. Dies bedeutet, dass nicht die gesamte Schweizer Wohnbevölkerung in diesem Adressregister geführt wird, aber zumindest ein grosser Anteil. In Bezug auf den Rücklauf wurde mit einer Quote von ca. 20 % kalkuliert. Dies liegt unterhalb der Quoten, die in Deutschland bei vergleichbaren Studien erreicht wurden. Allerdings konnte bei der hier vorgestellten Studie nicht auf monetäre Anreize zurückgegriffen werden, da sie aus Eigenmitteln des Instituts für Delinquenz und Kriminalprävention (ZHAW) finanziert wurde; zudem erfolgte sie nicht im öffentlichen Auftrag (z.B. eines Amtes oder der Polizei), was sich ebenfalls rücklaufreduzierend auswirkt. Ein Merkmal der Stichprobe sollte sein, dass potenziell Vergleiche zwischen den Kantonen möglich sind. Dies setzt eine Mindestanzahl an ca. 20 Befragten voraus, was bedeutet, dass bei einer Rücklaufquote von 20 % mindestens 100 Personen in die Stichprobe aufgenommen werden müssen. Zu berücksichtigen ist dabei zugleich, dass Kantone mit höherer Einwohnerzahl anteilmässig mehr Befragte aufweisen sollten als bevölkerungsmässig kleinere Kantone. Erworben wurden bei AZ Direct schliesslich 10749 Adressen; die Verteilung

der Adressen auf die Kantone ist in Tabelle 1 dargestellt. Pro Kanton wurden zwischen 150 und 1761 Adressen (bzw. Personen) per Zufall in die Stichprobe aufgenommen. Die Adressen wurden zwei Mal benutzt: Erstens zum Anschreiben und Versenden der Fragebögen, zweitens zum Versenden eines Erinnerungsschreibens. Nach dieser Nutzung wurden die Adressen gelöscht. Eine Verbindung zwischen der Adresse und dem Fragebogen war nicht möglich; insofern handelte es sich um eine anonyme Befragung, weil auch im Fragebogen selbst keine Namen und Adressen erhoben wurden.

Da zusätzlich zu den Wohnadressen der in die Stichprobe aufgenommenen Personen deren Sprachpräferenz bekannt war, konnte darauf verzichtet werden, dem Anschreiben mehrere Fragebogenversionen beizulegen. Stattdessen erhielten die ausgewählten Personen ein deutsches, französisches oder italienisches, einseitiges Anschreiben zusammen mit einem deutschen, französischen oder italienischen Fragebogen, der insgesamt 16 Seiten umfasste. Zusätzlich wurden dem Fragebogen als kleiner Anreiz ein Kugelschreiber sowie ein adressierter Rückumschlag beigelegt. Die Fragebögen wurden in der Woche vom 19.2.2018 verschickt. Etwa drei Wochen später, in der Woche vom 8.3.2018, wurde zusätzlich ein Erinnerungsschreiben verschickt.

Tabelle 1: Rücklauf der Befragung nach Kanton (Quelle: Bundesamt für Statistik, eigene Berechnungen)

	Anzahl Adressen in ursprünglicher Stichprobe	Anzahl an Adressen ohne verzogen, verstorben usw.	Anzahl Befragte	Rücklaufquote	Bevölkerungszahl 2017 (18- bis 85-jährige)	Anteil 18- bis 85-jährige Bevölkerung 2017	Anteil in Stichprobe	Verhältnis Stichprobe zu Bevölkerung
Aargau	783	764	175	22.9	536864	7.9	8.3	1.0
Appenzell Aus.	150	148	29	19.6	43970	0.6	1.4	2.2
Appenzell Inn.	150	145	22	15.2	12675	0.2	1.0	5.3
Basel-Landschaft	343	335	61	18.2	230744	3.4	2.9	0.9
Basel-Stadt	237	231	50	21.6	157622	2.3	2.4	1.0
Bern	1234	1208	271	22.4	829579	12.2	12.8	1.0
Fribourg	360	354	62	17.5	246895	3.6	2.9	0.8
Genf	576	553	87	15.7	390644	5.8	4.1	0.7
Glarus	150	147	27	18.4	32484	0.5	1.3	2.7
Graubünden	241	235	45	19.1	161695	2.4	2.1	0.9
Jura	150	147	36	24.5	57681	0.9	1.7	2.0
Luzern	478	463	89	19.2	324565	4.8	4.2	0.9
Neuchâtel	212	208	43	20.7	139753	2.1	2.0	1.0
Nidwalden	150	149	21	14.1	35131	0.5	1.0	1.9
Obwalden	150	146	25	17.1	30025	0.4	1.2	2.7
Schaffhausen	150	149	31	20.8	65524	1.0	1.5	1.6
Schwyz	186	185	31	16.8	127139	1.9	1.5	0.8
Solothurn	323	321	56	17.4	219190	3.2	2.7	0.8
St. Gallen	597	583	109	18.7	402188	5.9	5.2	0.9
Thurgau	320	315	59	18.7	218956	3.2	2.8	0.9
Tessin	430	420	106	25.2	286320	4.2	5.0	1.2
Uri	150	148	22	14.9	28930	0.4	1.0	2.3
Waadt	914	887	180	20.3	621909	9.2	8.5	0.9
Wallis	404	396	67	16.9	274602	4.0	3.2	0.8
Zug	150	147	30	20.4	100367	1.5	1.4	0.9
Zürich	1761	1740	377	21.7	1205282	17.8	17.9	1.0
insgesamt	10749	10524	2111	20.1	6780734	100.0	100.0	-

Von den 10749 Adressen war eine kleine Anzahl ungültig; zu 225 Adressen wurde mitgeteilt, dass die angeschriebene Person verzogen, verstorben usw. ist. Dies bedeutet letztlich, dass 10524 Personen an der Befragung hätten teilnehmen können. Auswertbare Fragebögen lagen zu 2111 Personen vor. Dies bedeutet, dass eine Rücklaufquote von 20.1 % erreicht wurde. Dies ist eine für postalische Befra-

gungen durchschnittliche Rücklaufquote. Zu beachten ist gleichwohl, dass fast vier von fünf angeschriebenen Personen nicht an der Befragung teilgenommen haben. Gewisse Verzerrungen in der Zusammensetzung der Stichprobe sind daher zu erwarten.

Tabelle 1 gibt die Anzahl Adressen wieder, an die Fragebögen verschickt wurden, sowie die Anzahl an Adressen, die für die Rücklaufberechnung letztlich berücksichtigt werden können (abzüglich verzogene, verstorbene usw. Personen). Zusätzlich ist die Anzahl an Befragten dargestellt, die sich an der Befragung beteiligt haben und die sich daraus ergebenden Rücklaufquoten. Die Rücklaufquote variiert zwischen 14.1 % (Nidwalden) und 25.2 % (Tessin). Pro Kanton wurden mindestens 20 Befragte erreicht: In den Kantonen Appenzell Ausserrhoden und Innerrhoden, Glarus, Nidwalden, Obwalden und Uri wurden zwischen 21 und 29 Befragte erreicht.

Neben Angaben zum Rücklauf enthält Tabelle 1 ebenfalls Angaben darüber, inwieweit die letztlich erreichte Stichprobe von 2111 Befragten die Verhältnisse der Grundgesamtheit abbildet. Hierzu wurde der Bevölkerungsstatistik je Kanton die Anzahl an Personen im Alter von 18 bis 85 Jahren entnommen. Die Befragung war hinsichtlich des Alters nicht nach oben begrenzt; der älteste Teilnehmer wies aber ein Alter von 85 Jahren auf, weshalb zum Vergleich mit der Grundgesamtheit nur die 18- bis 85-jährigen berücksichtigt werden. Entsprechend der abgebildeten Bevölkerungsanteile weist der Kanton Zürich mit 17.8 % den höchsten Bevölkerungsanteil auf, der Kanton Bern mit 12.2 % den zweithöchsten. Den geringsten Bevölkerungsanteil stellt der Kanton Appenzell Innerrhoden mit 0.2 %. Die Stichprobenanteile entsprechen den Bevölkerungsanteilen weitestgehend: In 18 von 26 Fällen liegt das Verhältnis zwischen Stichprobenanteil und Bevölkerungsanteil zwischen 0.7 und 1.2, was bedeutet, dass Stichprobenanteil und Bevölkerungsanteil nahe beieinanderliegen. In Bezug auf acht Kantone übersteigt der Stichprobenanteil den Bevölkerungsanteil um mindestens das 1.6-fache (bis hin zum 5.3-fachen). Hierbei handelt es sich um bevölkerungsmässig kleinere Kantone, die bewusst bei der Stichprobenziehung überrepräsentiert wurden. Insofern die Stichprobe hinsichtlich der Kantonszusammensetzung nicht exakt den Verhältnissen in der Grundgesamtheit entspricht, ist eine sog. Anpassungsgewichtung bei der Auswertung der erhobenen Daten vorzunehmen. Dies bedeutet, dass die Antworten von Befragten aus Kantonen, die in der Stichprobe überrepräsentiert sind, mit geringerem Gewicht in die Auswertungen eingehen als die Antworten von Befragten aus Kantonen, die in der Stichprobe unterrepräsentiert sind.

Abweichungen von den Verhältnissen in der Grundgesamtheit ergeben sich zugleich nicht nur mit Blick auf die Kantonszusammensetzung der Stichprobe. Tabelle 2 zeigt, dass dies auch mit Blick auf die Geschlechts- und Alterszusammensetzung der Fall ist. In der 18- bis 85-jährigen Bevölkerung der Schweiz finden sich 50.4 % Frauen und 49.6 % Männer. In der Stichprobe ist der Anteil weiblicher Befragter aber nur 43.4 %. Frauen sind demnach in der Stichprobe unterrepräsentiert. Dies gilt auch für jüngere Befragte: In der Grundgesamtheit haben 37.7 % ein Alter zwischen 18 und 40 Jahren; in der Stichprobe beträgt deren Anteil nur 18.6 %. Jüngere Befragte wurden zu wenig, ab 41-jährige Befragte hingegen zu häufig erreicht. Dass an dieser Stelle nur drei Altersgruppen unterschieden werden, ist damit zu begründen, dass die Altersverteilung auch für die einzelnen Kantone geprüft wurde. Um dabei ausreichend Fallzahlen pro Gruppe zur Verfügung zu haben, ist eine weniger differenzierte Altersbetrachtung notwendig; bei den im Ergebnisteil präsentierten Auswertungen werden z.T. weitere Altersgruppen unterschieden.

Tabelle 2: Vergleich der Grundgesamtheit und der Stichprobe hinsichtlich Geschlechts- und Alterszusammensetzung (Quelle: Bundesamt für Statistik, eigene Berechnungen)

		Bevölkerungszahl 2017 (18- bis 85-jährige)	Anteil 18- bis 85-jährige Bevölkerung 2017	Anteil in Stichprobe
Geschlecht	weiblich	3415377	50.4	43.4
	männlich	3365357	49.6	56.6
Alter	18 bis 40	2557238	37.7	18.6
	41 bis 60	2470514	36.4	45.5
	61 bis 85	1752982	25.9	35.9

Diese Unterschiede zwischen Grundgesamtheit und Stichprobe lassen sich mittels eines Anpassungsgewichts ausgleichen. Hinsichtlich der Gewichtung ist aber einschränkend festzuhalten, dass sich diese immer auf die erreichten Befragten bezieht. Es wird also bspw. davon ausgegangen, dass die erreichten 18- bis 40-jährigen vergleichbar sind mit den nicht erreichten 18- bis 40-jährigen. Diese Annahme kann empirisch nicht geprüft werden. Deutlich wird aber, dass die Anpassungsgewichtung nur der zweitbeste Weg darstellt; der beste Weg wäre, zu verhindern, dass die Stichprobenszusammensetzung von den Verhältnissen in der Grundgesamtheit abweicht, was u.a. mittels materieller Anreize möglich ist, die in der vorliegenden Studie nicht zum Einsatz kommen konnten. Für die vorliegende Stichprobe wurde ein Anpassungsgewicht berechnet, das die Merkmale Kanton, Geschlecht und Altersgruppe berücksichtigt. Dies bedeutet, dass für insgesamt 156 Befragtengruppen Gewichte berechnet und in den Datensatz integriert wurden (26 Kantone mal 2 Geschlechter mal 3 Altersgruppen); sämtliche nachfolgend präsentierten Auswertungen erfolgen anhand gewichteter Daten. Durch die Anpassungsgewichtung entspricht die Kantons-, Alters- und Geschlechtsverteilung in der Stichprobe exakt der Verteilung in der Schweiz.

Die gewichtete Stichprobe kann wie folgt beschrieben werden:

- **Geschlecht:** 50.4 % der Befragten sind weiblich, 49.6 % männlich.
- **Alter:** Das Durchschnittsalter beträgt 49.3 Jahre (Minimum: 18 Jahre, Maximum: 85 Jahre).
- **Stadt-Land:** 37.0 % der Befragten leben in einer ländlichen Region (unter 5000 Einwohner), 33.9 % in einer kleinstädtischen Region (unter 20000 Einwohner), 29.1 % in einer städtischen Region (ab 20000 Einwohner).
- **Herkunft:** 77.8 % der Befragten haben keinen Migrationshintergrund, 22.2 % haben entsprechend einen Migrationshintergrund. Zur Bestimmung des Migrationshintergrunds wurde erfragt, wo die Befragten geboren wurden und welche Staatsangehörigkeit sie haben. Wenn angegeben wurde, dass man nicht in der Schweiz geboren wurde bzw. eine andere als die Schweizer Staatsangehörigkeit hat, wurde von einem Migrationshintergrund ausgegangen. Der Anteil an Befragten mit Migrationshintergrund in der Stichprobe liegt niedriger als der Migrantenanteil Schweiz, der in der öffentlichen Statistik ausgewiesen wird (2017: 37.2 %⁴). Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, dass die Bestimmung des Migrationshintergrundes nicht exakt mit der Definition der öffentlichen Statistik übereinstimmt. Andererseits deutet der Unterschied an, dass in der Befragung Personen mit Migrationshintergrund unterrepräsentiert sind, d.h. zu selten teilgenommen haben. Die grösste Migrantengruppe in der Stichprobe wird durch Befragte aus Deutschland gestellt (4.5 %). Die zweitgrösste Gruppe bilden italienischstämmige Befragte (4.3 %); die drittgrösste Gruppe süd- bzw. osteuropäische Personen⁵ (3.4 % aller Befragten). Weitere Gruppen, die unterschieden wurden, sind: französischstämmige Befragte (2.8 %), Befragte aus Ländern des restlichen Europas (2.8 %)⁶, Befragte aus anderen Ländern (2.6 %) und portugiesische Befragte (1.9 %).

⁴ Vgl. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/migration-integration/nach-migrationsstatuts.html>

⁵ Zu dieser Gruppe wurden Befragte aus folgenden Ländern zusammengefasst (Aufzählung erfolgt absteigend entsprechend der Häufigkeit des Vorkommens): Serbien, Kosovo, Mazedonien, Bosnien, Polen, Kroatien, Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Russland, ehem. Jugoslawien, Tschechische Republik, Ukraine, Slowakei, Griechenland, Slowenien.

⁶ Hierzu gehören folgende Herkunftsländer: Spanien, Österreich, Grossbritannien, Belgien, Finnland, Schweden, Niederlande, Dänemark, Luxemburg.

- **Bildungsabschluss:** 4.1 % der Befragten haben einen niedrigen Bildungsabschluss (keinen Abschluss), 40.9 % einen mittleren Abschluss (Sekundar-, Real-, Bezirksschulabschluss) und 55.0 % einen hohen Abschluss (Maturität, Studium).
- **Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen:** 3.6 % der Befragten berichten davon, dass sie selbst aktuell arbeitslos sind oder Arbeitslosengeld bzw. Sozialhilfe beziehen.
- **Erwerbsstatus:** Etwas mehr als die Hälfte der Befragten (53.3 %) ist Vollzeit erwerbstätig (80 bis 100 %), weitere 17.1 % sind Teilzeit erwerbstätig (unter 80 %, stundenweise). 20.9 % gaben an, pensioniert zu sein; bei 3.5 % handelte es sich um Hausfrauen bzw. –männer. Arbeitslos waren 1.5 % der Befragten. Die Arbeitslosenquote liegt damit niedriger als die offizielle Quote für die Schweiz, die 2018 bei 2.6 % lag, was darauf schliessen lässt, dass arbeitslose Personen in der Stichprobe unterrepräsentiert sind.⁷
- **Region:** 70.2 % der Befragten leben in der deutschsprachigen Schweiz, 25.2 % in der französischsprachigen Schweiz und 4.6 % in der italienischsprachigen Schweiz. Um die Zugehörigkeit zu einer Sprachregion zu bestimmen, wurden Angaben zum Wohnkanton und zur Sprache des Fragebogens herangezogen.
- **Religion:** 37.8 % der Befragten gaben an, katholisch zu sein, 27.9 % evangelisch. Keiner Religion gehören 27.1 % der Befragten an, entsprechend 7.2 % einer anderen Religion.

In Tabelle 3 sind verschiedene sozio-demografische Indikatoren für die einzelnen Herkunftsgruppen dargestellt. Zu beachten ist, dass bei allen Gruppen mit Migrationshintergrund weniger als 100 Befragte für die Auswertungen zur Verfügung stehen, d.h. die Fallzahlen begrenzt sind (und damit die Aussagekraft der Daten). Der Anteil männlicher Befragter unterscheidet sich nicht signifikant zwischen den Gruppen; gleichwohl ist zu beachten, dass dieser Anteil bei Befragten aus Süd-/Osteuropa am niedrigsten ausfällt. Für die anderen Merkmale sind hingegen signifikante Unterschiede festzustellen. Das geringste Durchschnittsalter weisen Befragte aus Süd-/Osteuropa auf, das älteste Befragte ohne Migrationshintergrund. Befragte aus Süd-/Osteuropa sind am häufigsten in grossstädtischen Regionen wohnhaft. Hinsichtlich der Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen zeigt sich, dass portugiesischstämmige Befragte die höchste Rate aufweisen (17.9 %), gefolgt von französischstämmigen Befragten (8.6 %). Die beiden zusätzlich in Tabelle 3 abgebildeten Indikatoren lassen sich nur für die Migrantengruppen bestimmen, da Befragte ohne Migrationshintergrund alle in der Schweiz geboren sind und alle eine Schweizer Staatsangehörigkeit besitzen. Befragte mit deutschem und portugiesischem Migrationshintergrund sind am seltensten in der Schweiz geboren, italienischstämmige Befragte am häufigsten. Über die Schweizer Staatsangehörigkeit verfügen 61.4 % der Befragten mit Migrationshintergrund. Für deutschstämmige und portugiesischstämmige Befragte ist dies wiederum am seltensten der Fall.

Tabelle 3: Sozio-demografische Zusammensetzung nach Herkunftsgruppe (in %, gewichtete Daten)

	Anteil männliche Befragte	Durchschnittsalter	Anteil wohnhaft in städtischer Region (ab 20000 Einwohner)	Anteil abhängig von staatlichen Transferleistungen	Anteil in Schweiz geboren	Anteil Schweizer Staatsangehörigkeit
ohne Migrationshintergrund	50.4	50.19	27.7	2.8	-	-
mit Migrationshintergrund	47.6	45.85	34.1	6.2	26.1	61.4
Deutschland	54.3	48.22	30.1	3.2	8.8	39.8
Italien	48.4	48.82	25.8	3.3	59.3	61.5
Frankreich	49.2	46.30	36.2	8.6	36.2	70.7
Portugal	48.7	40.24	45.9	17.9	10.3	35.1
Süd-/Osteuropa	38.4	38.62	47.8	5.5	16.9	78.8
restliches Europa	50.0	48.73	25.4	6.9	24.6	58.9
andere	41.8	46.85	35.2	7.3	12.7	90.0

fett: Unterschiede signifikant bei $p < .05$

⁷ <https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/seco/nsb-news.msg-id-73605.html>

Nicht dargestellt in Tabelle 3 ist die Zugehörigkeit der einzelnen Migrantengruppen zu den Sprachregionen der Schweiz. Befragte mit deutschem Migrationshintergrund leben demnach zu 95.7 % in der deutschsprachigen Schweiz, italienischstämmige Migranten zu 22.0 % in der italienischsprachigen und zu 28.6 % in der französischsprachigen Schweiz. Befragte mit französischem Migrationshintergrund leben zu 78.0 % in der französischsprachigen Schweiz (20.3 % deutschsprachige Schweiz), Befragte aus Portugal zu 74.4 % in der französischsprachigen Schweiz (20.5 % deutschsprachige Schweiz). Befragte aus Süd- bzw. Osteuropa sind meist in der deutschsprachigen Schweiz wohnhaft (77.8 %; 19.4 % französischsprachige Schweiz).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass mittels einer postalischen Befragung eine repräsentative Stichprobe der Schweizer Bevölkerung anvisiert wurde. Der Rücklauf betrug 20.1 %; 2111 Befragte wurden letztendlich erreicht, wobei pro Kanton zwischen 21 und 377 Personen für Auswertungen zur Verfügung stehen. Erreicht wurden insgesamt deutlich zu wenig jüngere Personen wie auch weibliche Personen. Mittels Gewichtung der Daten lässt sich dies zwar für die Auswertungen korrigieren. Zugleich ist aber eine eingeschränkte Repräsentativität der Stichprobe zu konstatieren. Die nachfolgenden Analysen werden daher sowohl für die Gesamtstichprobe als auch differenziert für weibliche und männliche Befragte sowie für die verschiedenen Altersgruppen durchgeführt. Zusätzlich ergeben sich Abweichungen bzgl. des Migrantenanteils und des Anteils arbeitsloser Personen im Vergleich mit der Grundgesamtheit; beide Anteile fallen in der Stichprobe etwas zu gering aus.

Exkurs: Schweizweite Jugendbefragung 2017

Die durchgeführte Erwachsenenbefragung beansprucht Repräsentativität für die ab 18-jährige Wohnbevölkerung der Schweiz. Wie die Auswertungen zur Polizeilichen Kriminalstatistik gezeigt haben, ist aber auch die jüngere Bevölkerung häufig Opfer von Straftaten. Für diese Altersgruppe der durchschnittlich 17-jährigen Personen wurde kürzlich eine schweizweite Befragung zu teilweise ähnlichen Themen wie bei der Erwachsenenbefragung durchgeführt (Manzoni et al. 2018). Diese Befragung wird im Folgenden an verschiedenen Stellen vergleichend herangezogen, weshalb kurz deren methodische Anlage erläutert werden soll.

Thematisch fokussierte die Jugendbefragung den politischen Extremismus, wobei gleichfalls zahlreiche weitere Themen erfragt wurden. Durchgeführt wurde eine ca. 45-minütige Online-Befragung während des Schulunterrichts, die von geschulten Interviewerinnen und Interviewern bzw. Lehrkräften administriert wurde. Im Vorfeld wurde entschieden, die Altersgruppe der durchschnittlich 17-jährigen Jugendlichen zu erreichen, weil in dieser etwas älteren Jugendgruppe erwartet werden konnte, dass eine mehr oder wenige stabile politische Orientierung ausgebildet ist.

Für die Befragung wurde keine schweizweite Repräsentativität beansprucht, da diese bei 26 Kantonen nur mit hohem Aufwand zu erreichen wäre. Stattdessen wurde die Befragung in zehn Kantonen durchgeführt, die hinsichtlich ihrer geografischen Lage (deutschsprachige, französischsprachige und italienischsprachige Schweiz), ihres städtischen bzw. ländlichen Charakters sowie ihres Anteils an Musliminnen und Muslimen die Variabilität der Schweiz abbildet.⁸ Die Datenerhebung fand im Zeitraum von April bis Dezember 2017 statt.

Einbezogen wurden folgende Schulformen: Berufsschule (inkl. Berufsmaturität), Übergangsausbildung⁹, Gymnasium und Fach-/Wirtschaftsmittelschule. In der Berufsmaturität und der Fachmittelschule

⁸ Die Kantone waren: Zürich, St. Gallen, Solothurn, Bern, Luzern, Basel-Landschaft, Wallis, Fribourg, Genf und Tessin.

⁹ Diese Schulform besuchen weitestgehend solche Jugendliche, die nach Abschluss der neunten Jahrgangsstufe keine Berufsausbildung beginnen konnten.

kann eine Maturität erworben werden, die zu einem Studium an Hochschulen berechtigt. Je nach Kanton wurden die für eine Befragungsteilnahme vorgesehenen Klassen je Schulform per Zufallsziehung bestimmt oder es wurden alle Schulen gebeten, an der Befragung teilzunehmen (und danach jede zweite bzw. dritte Klasse in die Stichprobe aufgenommen).

In den zehn Kantonen wurden insgesamt 232 Schulen angesprochen, sich an der Befragung zu beteiligen; nur 123 Schulen und damit etwa die Hälfte (53.0 %) sind der Bitte nachgekommen. In den Schulen, die einer Beteiligung zustimmten, wurden insgesamt 722 Klassen für Befragungen ausgewählt. 127 Klassen lehnten eine Befragung aus verschiedenen Gründen ab; 595 Klassen standen für eine Befragung zur Verfügung. In diesen wurden 9293 Schülerinnen und Schüler unterrichtet, von denen 8317 und damit 89.5 % an der Befragung teilgenommen haben. Wenn es möglich war, in einer Klasse eine Befragung durchzuführen, dann konnten also neun von zehn Schülerinnen und Schüler dieser Klasse erreicht werden. Wird die Gesamt-Rücklaufquote berechnet, dann ergibt sich eine Quote von 39.1 % (inkl. ablehnende Schulen und Klassen).

Hinsichtlich der Zusammensetzung der Stichprobe zeigt sich, dass das Ziel, im Durchschnitt 17-jährige Jugendliche zu befragen, erreicht wurde: 55.8 % der Jugendlichen weisen ein Alter von 17 oder 18 Jahren auf; 22.5 % sind jünger, 21.7 % älter. Etwa die Hälfte der Befragten Jugendlichen ist männlich (49.7 %). Von allen Befragten besuchen 52.0 % die Berufsschule, 12.3 % die Fach-/Wirtschaftsmittelschule bzw. Berufsmaturität, 26.4 % ein Gymnasium und 9.3 % eine Übergangsausbildung.

4 Ergebnisse

4.1 Opfererfahrungen

4.1.1 Kriminalitätsoffererfahrungen

Im Fragebogen wurden insgesamt 19 Einzeldelikte erhoben, d.h. die Befragten sollten zu diesen Delikten mitteilen, ob sie diese schon jemals (Lebenszeitprävalenz) oder in den letzten zwölf Monaten (12-Monats-Prävalenz) erlebt haben. Der Wortlaut der verschiedenen Delikte ist in Tabelle 4 festgehalten. Zusätzlich zu den Einzeldelikten werden verschiedene Indexe präsentiert (fett hervorgehoben). Bei diesen Indexen wird berücksichtigt, ob eine befragte Person mindestens ein Delikt der entsprechenden Kategorie erlebt hat oder nicht.

Wird zunächst der Fahrzeugdiebstahl betrachtet, so zeigt sich eine hohe Prävalenzrate insbesondere für den Fahrraddiebstahl: Im bisherigen Leben haben 35.6 % aller Befragten mindestens einmal einen Fahrraddiebstahl erlebt, in den zurückliegenden zwölf Monaten waren es immerhin 2.8 %. Die Raten zum Zweirad- und Pkw-Diebstahl sind demgegenüber sehr gering, vor allem mit Blick auf die letzten zwölf Monate (0.3 bzw. 0.5 %).

Ein spezifischer Diebstahlsbereich stellt der Wohnungseinbruch dar. Einen versuchten oder einen vollendeten Einbruch haben immerhin 22.1 % der Befragten in ihrem bisherigen Leben erfahren. In Bezug auf die letzten zwölf Monate liegt die Rate bei 2.5 %, wobei deutlich wird, dass der versuchte Einbruch häufiger vorkommt als der vollendete Einbruch, den 1.1 % der Befragten berichten. Weitere Formen des Diebstahls (inkl. Taschendiebstahl) haben 6.0 % aller Befragten in den letzten zwölf Monaten erlebt.

Mit Bezug auf das bisherige Leben zeigt sich daneben, dass Körperverletzungen keine Seltenheit sind, insofern 15.7 % der Befragten davon berichten. In den zurückliegenden zwölf Monaten haben 2.1 % der Befragten eine Körperverletzung erlebt, wobei es sich dabei meist um Körperverletzungen durch einzelne Personen handelt.

Vom Erleben eines Raubs berichten 0.4 % der Befragten, von sexueller Belästigung 1.9 % und von sexueller Nötigung bzw. Vergewaltigung 0.2 % – jeweils bezogen auf die letzten zwölf Monate. Zusätzlich erfragt wurde das Erleben von Stalking, zu dem es bislang keinen eigenen gesetzlichen Rahmen gibt und das daher strenggenommen nicht als strafbares Delikt gilt. Die Befunde verdeutlichen zugleich, dass es sich dabei um ein recht häufig vorkommendes Verhalten handelt: 16.6 % der Befragten berichten mit Bezug auf ihr bisheriges Leben von Stalking, 4.3 % mit Bezug auf die zurückliegenden zwölf Monate.

Als weiteres Delikt wurde die Sachbeschädigung im Fragebogen abgefragt, zu der wiederum recht hohe Prävalenzraten festzustellen sind (12-Monats-Prävalenz: 10.4 %). Gleiches gilt für verschiedene hier als Cyberkriminalität bezeichnete Delikte. Fast ein Drittel der Befragten (32.9 %) gab das Erleben mindestens eines entsprechenden Delikts im bisherigen Leben an, 11.5 % in den letzten zwölf Monaten. Besonders häufig werden dabei der Datenverlust und der Datenmissbrauch berichtet. Andere Formen des Betrugs jenseits des Internets sind ebenfalls recht verbreitet: 3.5 % der Befragten gaben an, in den zurückliegenden zwölf Monaten mindestens eine Form des Betrugs erlebt zu haben.

Tabelle 4: Prävalenzraten verschiedener Delikte (in %, gewichtete Daten)

	Formulierung im Fragebogen	Lebenszeitprävalenz	12-Monats-Prävalenz
Fahrraddiebstahl	Wurde Ihnen Fahrrad gestohlen?	35.6	2.8
mot. Zweirad-Diebstahl	Wurde Ihnen Moped, Mofa, Scooter (Motorroller) oder Motorrad gestohlen?	6.4	0.3
PKW-Diebstahl	Wurde Ihnen PKW, Kleintransporter oder anderes motorisiertes Fahrzeug gestohlen?	3.4	0.5
Fahrzeugdiebstahl	-	38.7	3.5
Einbruchdiebstahl vollendet	Jemand ist meine Wohnung eingebrochen und hat etwas gestohlen.	16.2	1.1
Einbruchdiebstahl versucht	Jemand hat versucht, in meine Wohnung einzubrechen bzw. ist eingebrochen, hat aber nichts gestohlen.	10.6	1.6
Einbruchdiebstahl	-	22.1	2.5
sonstiger Diebstahl	Wurden Ihnen Gegenstände, Geld oder andere Zahlungsmittel (z.B. Kreditkarte) gestohlen (ohne in Ihre Wohnräume einzubrechen oder Gewalt anzuwenden)?	37.6	6.0
Körperverletzung Waffe	Wurden Sie mit Waffe oder Gegenstand absichtlich verletzt?	3.1	0.3
Körperverletzung mehrere Personen	Wurden Sie durch mehrere Personen absichtlich verletzt (ohne Waffe)?	5.1	0.3
Körperverletzung einzelne Person	Wurden Sie durch einzelne Person absichtlich verletzt (ohne Waffe)?	12.9	2.0
Körperverletzung	-	15.7	2.1
Raub	Hat Ihnen jemand mit Gewalt etwas entrisen oder unter Androhung von Gewalt etwas weggenommen?	5.4	0.4
sexuelle Belästigung	Ich wurde gegen meinen Willen sexuell bedrängt (z. B. begrabtscht).	16.8	1.9
sexuelle Nötigung/ Vergewaltigung	Jemand hat mich mit Gewalt oder durch Androhung von Gewalt zu sexuellen Handlungen oder zur Duldung von sexuellen Handlungen gezwungen.	4.7	0.2
Stalking	Hat Sie eine Person (z.B. Ex-Partner, Bekannter, Fremder) wiederholt belästigt oder verfolgt (z.B. unerwünscht telefonisch kontaktiert; unerwünscht Briefe, E-Mails, SMS oder andere Mitteilungen geschrieben; gegen Ihren Willen versucht, in Ihrer Nähe zu sein; Ihnen aufgelauert)?	16.6	4.3
Sachbeschädigung	Hat jemand Sachen, die Ihnen gehörten, beschädigt oder zerstört (z.B. Graffiti an Hauswand, Kratzer an Fahrzeug, Zerstören des Briefkastens)?	33.2	10.4
Datenverlust durch Viren etc.	Mein Computer wurde z. B. durch Viren, Trojaner oder Würmer dermassen infiziert, dass dadurch Datenverluste oder finanzielle Schäden entstanden.	20.1	5.6
Datenmissbrauch	Meine persönlichen Daten wurden bei Nutzung des Internets missbraucht (z. B. Identitätsdiebstahl, Kreditkartendaten, Missbrauch eines Benutzer-, Spiele- oder Mailkontos) nicht beim Onlinebanking.	14.4	5.6
Angriff Onlinebanking	Mein Onlinebanking wurde angegriffen.	2.0	0.7
Internetbetrug	Ich wurde bei Nutzung des Internets betrogen und erlitt dadurch einen finanziellen Schaden.	7.6	3.2
Cyberkriminalität	-	32.9	11.5
Betrug (nicht Internet)	Ich wurde nicht bei Nutzung des Internets, sondern auf einem anderen Wege betrogen und erlitt dadurch einen finanziellen Schaden.	10.4	3.5

Werden die 12-Monats-Prävalenzraten mit den Raten der Polizeilichen Kriminalstatistik verglichen (s.o. Abbildung 7), so ergeben sich durchweg deutlich höhere Raten in der Befragung. Besonders grosse Diskrepanzen finden sich u.a. bei sexuellen Belästigungen oder bei Delikten der Cyberkriminalität. Die Diskrepanzen haben mindestens drei Gründe: Erstens wird nicht jedes Delikt bei der Polizei zur Anzeige gebracht und damit in der Kriminalstatistik gezählt. In der vorliegenden Befragung wurde zumindest für die Körperverletzungsdelikte erhoben, wie häufig diese angezeigt werden; die Anzeigeraten liegen deutlich unter einhundert Prozent (s.u.). Zweitens decken sich die Definition von Straftaten im Strafgesetzbuch und die Umschreibung der Straftaten in einer Befragung immer nur zum Teil. Dies führt gewöhnlich dazu, dass Befragte auch solche Erlebnisse berichten, die einen Straftatbestand nicht erfüllen würden,

d.h. bspw. eher leichtere Delikte. Drittens ist davon auszugehen, dass sich jene Personen eher an einer Befragung beteiligen, die Erlebnisse mit Straftaten aufweisen, für die das Thema der Befragung also relevanter ist. Personen ohne Viktimisierungserfahrungen nehmen hingegen seltener teil. Dies führt letztlich zu einer Überschätzung der Prävalenzraten.

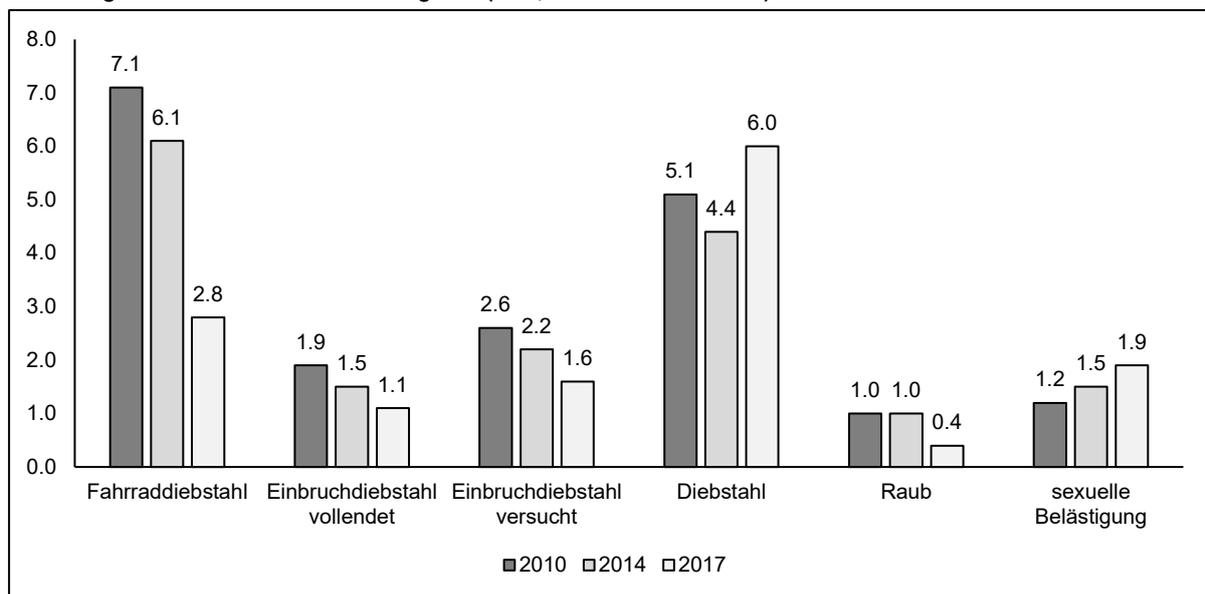
Auch in der Vergangenheit wurden in der Schweiz repräsentative Bevölkerungsbefragungen zum Erleben verschiedener Delikte durchgeführt. Biberstein et al. (2016) berichten Ergebnisse von Befragungen aus den Jahren 2011 und 2015, in denen teilweise vergleichbare Delikte erfragt wurden. Auch wenn die methodische Anlage dieser Studien von der hier berichteten Studie abweicht (telefonische bzw. Online-Befragung anstatt postalische Befragung; Nutzung der Adressdatenbank des Bundesamts für Statistik anstatt Zusammenarbeit mit Adresshändler), sollen einige Auswertungen miteinander in Bezug gesetzt werden. Hierfür werden in Abbildung 11 die Prävalenzraten für sechs Delikte miteinander verglichen. In Bezug auf die Studie von Biberstein et al. (2016) werden dabei Jahresprävalenzraten aufgeführt, da die Befragungen konkret Kalenderjahre erhoben haben; in Bezug auf die hier vorgestellte Befragung werden die 12-Monats-Prävalenzraten abgebildet, die, da die Befragung Anfang 2018 erfolgte, weitestgehend Prävalenzraten für das Jahr 2017 darstellen.

Für den Fahrraddiebstahl zeigt sich dabei ein deutlicher Rückgang der Prävalenzraten. Diese Entwicklung stimmt mit den Entwicklungen im Hellfeld überein, fällt aber im Vergleich der Befragungen deutlich stärker aus. Hierin könnte sich spiegeln, dass in der vorliegenden Befragung zu wenig junge Menschen erreicht wurden, die stärker von Fahrraddiebstahl betroffen sind, so dass die Prävalenzrate des Jahres 2017 unterschätzt wird. Im Vergleich der Befragungen ergibt sich ebenfalls ein Rückgang der Einbruchsprävalenzraten, was sich mit den Entwicklungen in der Polizeilichen Kriminalstatistik deckt. Für den Diebstahl zeigt sich hingegen ein Anstieg, was nicht mit der Kriminalstatistik kompatibel ist. Neben Stichprobenbesonderheiten ist an dieser Stelle auch darauf hinzuweisen, dass der Wortlaut zur Erhebung des Delikts in der Befragung von Biberstein et al. (2016) vom Wortlaut der hier vorgestellten Befragung abweicht, was auch verantwortlich für bestimmte Widersprüche sein kann.¹⁰ Die Prävalenzraten zum Raub sind im Vergleich der Befragungen rückläufig, was dem Trend in der Kriminalstatistik entspricht. Im Polizeilichen Hellfeld zeigt sich daneben einen Anstieg der sexuellen Belästigungen. Dieser wurde auch mit einer zunehmenden Anzeigebereitschaft in Verbindung gebracht. Da sich im Vergleich der Befragungen im Dunkelfeld aber ebenfalls ein Anstieg der Prävalenzraten zeigt, dürfte die Erklärung nicht primär im Anzeigeverhalten zu suchen sein; hier scheint es tatsächlich eine Zunahme zu geben, die aber möglicherweise auch mit einer generell zunehmenden Sensibilisierung in Zusammenhang steht, die dazu führt, dass entsprechende Erlebnisse häufiger als Belästigung empfunden und entsprechend in einer Befragung angegeben werden.¹¹

¹⁰ Der Wortlaut war: „Es gibt viele Arten von Diebstahl des persönlichen Eigentums, wie Taschendiebstahl oder Diebstahl des Geldbeutels, der Tasche, von Bekleidung, Schmuck, Sportausrüstung. Dies kann am Arbeitsplatz, in der Schule, in einem Lokal, in öffentlichen Verkehrsmitteln, beim Sport oder auf der Strasse geschehen. Waren Sie persönlich (niemand anderer aus Ihrem Haushalt) in den letzten fünf Jahren, also seit 2010, Opfer eines solchen Diebstahls?“

¹¹ In Bezug auf die Befragungen von Biberstein et al. (2016) ist darauf hinzuweisen, dass sexuelle Übergriffe erfasst wurden, die auch Nötigungen und Vergewaltigungen einschliessen. Der Wortlaut war: „Es gibt Leute, die aus sexuellen Gründen manchmal andere Menschen in einer anstössigen oder belästigenden Art anfassen, berühren oder sogar tödlich angreifen. Dies kann zuhause geschehen oder anderswo, zum Beispiel in einem Lokal, auf der Strasse, in der Schule, in öffentlichen Verkehrsmitteln, im Kino, beim Sport oder am Arbeitsplatz. Hat jemand in den letzten fünf Jahren, also seit 2010, Ihnen persönlich (nicht jemand anderem aus Ihrem Haushalt) so etwas angetan?“

Abbildung 11: Prävalenzraten im Zeitvergleich (in %; Biberstein et al. 2016)



In Tabelle 5 werden Prävalenzraten zu verschiedenen Delikten in Bezug auf verschiedene Befragten- gruppen berichtet. Ausgewählt wurden die Indexe bzw. bei Einzeldelikten jene Delikte mit höheren Prä- valenzraten (Ausnahme: sexuelle Nötigung/Vergewaltigung). Der Vergleich der beiden Geschlechter zeigt, dass männliche Befragte signifikant häufiger von Fahrzeugdiebstählen und dem Erleben von Cy- berkriminalität berichten als weibliche Befragte. Bei zwei weiteren Delikten kehrt sich dieser Effekt um: Von sexuellen Belästigungen und Stalkingerfahrungen berichten weibliche Befragte signifikant häufiger als männliche Befragte. Bei allen anderen Delikten findet sich kein signifikanter Geschlechterunter- schied.

Die Altersgruppen unterscheiden sich mit Blick auf sechs Delikte signifikant voneinander. Fahrzeug- diebstahl wird mit 4.7 % am häufigsten von der Altersgruppe der 41- bis 60-jährigen und mit 1.3 % am seltensten von der Altersgruppe der 61- bis 85-jährigen berichtet. Ein vergleichbares Muster zeigt sich mit Blick auf die Cyberkriminalität, die die mittlere Altersgruppe am häufigsten, die älteste Altersgruppe am seltensten erlebt. Bei Körperverletzungen, sexuellen Belästigungen, Sachbeschädigungen und Be- trugsdelikten gilt hingegen, dass die jüngste Altersgruppe die höchste Prävalenzrate aufweist. Für die anderen Delikte zeigen sich keine signifikanten Altersgruppenunterschiede.

Tabelle 5: 12-Monats-Prävalenzraten verschiedener Delikte nach Geschlecht, Alter und Migrationshintergrund (in %; ge- wichtete Daten; fett: Unterschiede signifikant bei $p < .05$)

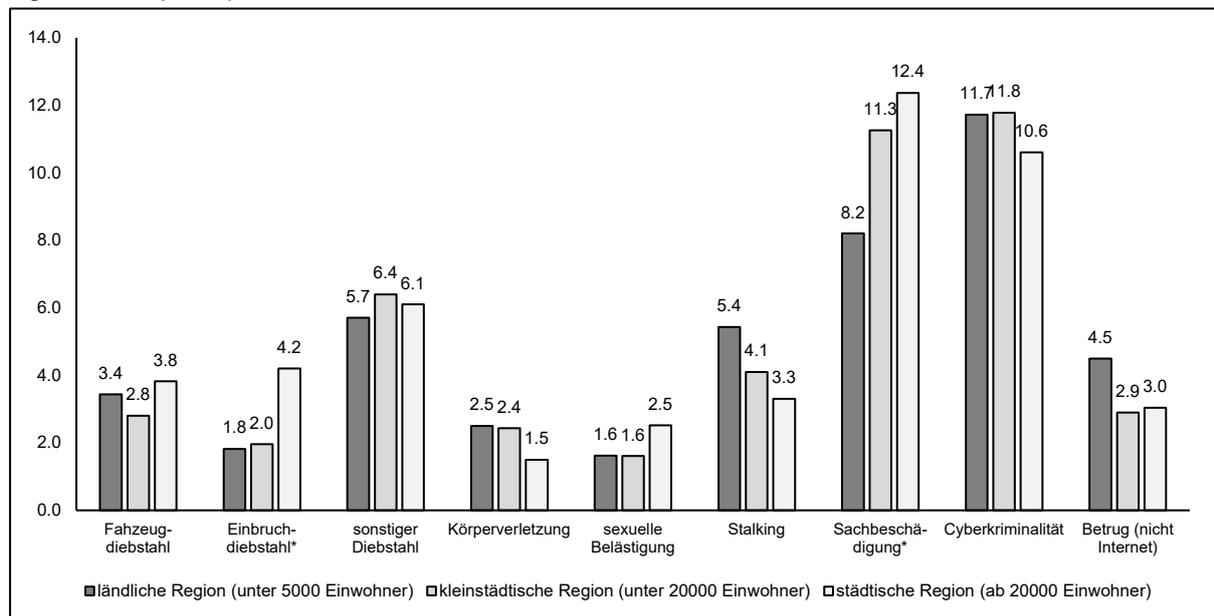
	Weib- lich	Männ- lich	18 bis 40	41 bis 60	61 bis 85	ohne Migrations- hintergrund	mit Migrations- hintergrund
Fahrzeugdiebstahl	2.3	4.7	3.8	4.7	1.3	2.8	5.8
Einbruchdiebstahl	2.4	2.6	2.8	2.2	2.5	1.9	4.8
sonstiger Diebstahl	5.1	6.9	6.2	6.4	5.2	5.8	7.0
Körperverletzung	2.0	2.3	3.5	2.0	0.2	1.8	3.4
sexuelle Belästigung	3.4	0.4	2.9	1.5	0.8	1.8	2.0
sexuelle Nötigung/Vergewaltigung	0.3	0.1	0.1	0.3	0.2	0.1	0.2
Stalking	5.6	3.0	4.6	4.8	3.2	4.4	3.7
Sachbeschädigung	10.4	10.3	12.5	10.9	6.3	9.7	12.5
Cyberkriminalität	8.4	14.5	12.1	12.9	8.4	12.0	9.9
Betrug (nicht Internet)	2.8	4.3	4.3	4.0	1.6	2.7	6.6

Wenn mit Blick auf die Herkunft der Befragten signifikante Unterschiede existieren, dann nehmen diese durchweg dieselbe Richtung an: Befragte mit Migrationshintergrund sind häufiger Opfer als Befragte ohne Migrationshintergrund. Entsprechend der Ergebnisse ist dies für den Fahrzeugdiebstahl, den Einbruchdiebstahl, die Körperverletzungen und den Betrug der Fall. Befragte ohne Migrationshintergrund berichten häufiger, von Cyberkriminalität betroffen zu sein; der Unterschied wird aber nicht als signifikant ausgewiesen.

Mit Blick auf einzelne Delikte sind auch Vergleiche mit der schweizweiten Jugendbefragung möglich. Diese zeigen deutlich auf, dass die Viktimisierung im Jugendalter besonders verbreitet ist. Während in der vorliegenden Befragung bspw. 2.1 % angaben, eine Körperverletzung in den zurückliegenden zwölf Monaten erlebt zu haben, sind es in der Jugendbefragung 17.5 %. Beim Raub liegt die Rate in der Jugendbefragung bei 5.3 % (Erwachsene: 0.4 %), bei der Sachbeschädigung bei 20.5 % (Erwachsene: 10.4 %). Gerade Formen physischer Übergriffe stellen damit Erfahrungen dar, die vornehmlich das Jugendalter betreffen.

Daneben berichtet Abbildung 12 die 12-Monats-Prävalenzraten im Stadt-Land-Vergleich. Sowohl der Einbruchdiebstahl als auch die Sachbeschädigung sind demnach in städtischen Gebieten verbreiteter als in kleinstädtischen oder ländlichen Gebieten – die Unterschiede werden bei diesen Delikten als signifikant ausgewiesen. Bei allen anderen Delikten liegen die Raten der verschiedenen Gebiete hingegen eng beieinander. Dabei gibt es auch Delikte, die in ländlichen Gebieten verbreiteter sind als in städtischen Gebieten (Körperverletzungen, Stalking, Betrug; nicht signifikant).

Abbildung 12: 12-Monats-Prävalenzraten verschiedener Delikte nach Stadt-Land (in %; gewichtete Daten; * Unterschiede signifikant bei $p < .05$)



Die Sprachregionen der Schweiz unterscheiden sich mit einer Ausnahme nicht signifikant hinsichtlich der Prävalenzraten. Nur in Bezug auf die Cyberkriminalität ergeben sich signifikante Unterschiede: In der deutschsprachigen Schweiz berichten 10.3 % vom Erleben eines entsprechenden Delikts. In der französischsprachigen Schweiz ist die Rate mit 14.0 % deutlich höher, ebenso wie in der italienischsprachigen Schweiz mit 15.6 %.

Für fünf Delikte bzw. Indexe wurden signifikante Unterschiede zwischen den Kantonen gefunden. In Tabelle 6 sind diese Delikte und die entsprechenden Prävalenzraten dargestellt. Für den Fahrzeugdiebstahl ergeben sich dabei erhöhte Raten in den Kantonen Appenzell Innerrhoden, Basel-Landschaft und

Neuenburg; in anderen Kantonen wurde von keinem Befragten ein Fahrzeugdiebstahl berichtet (Appenzell Ausserrhoden, Nidwalden, Obwalden, Schwyz, St. Gallen, Uri, Zug). Einbruchdiebstahlerlebnisse finden sich am häufigsten in den Kantonen Genf, Schaffhausen und Jura, Stalkingerlebnisse in den Kantonen Basel-Landschaft, Graubünden und Schaffhausen. Sachbeschädigungen wurden am häufigsten von Befragten aus Genf, Nidwalden und Zug berichtet, Cyberkriminalität von Befragten aus Graubünden, Schaffhausen und Genf. Bei all diesen kantonsbezogenen Auswertungen ist aber zu beachten, dass die Stichproben z.T. sehr klein sind und damit einzelne Personen mit Viktimisierungserfahrungen die Prävalenzraten stark beeinflussen können. Um verlässliche kantonsvergleichende Auswertungen durchzuführen, bräuchte es damit z.T. deutlich grössere Stichproben.

Tabelle 6: 12-Monats-Prävalenzraten verschiedener Delikte nach Kanton (in %; gewichtete Daten)

	Fahrzeugdiebstahl	Einbruchdiebstahl	Stalking	Sachbeschädigung	Cyberkriminalität
Aargau	1.7	2.3	2.3	12.3	8.1
Appenzell Ausserrhoden	0.0	0.0	0.0	3.4	0.0
Appenzell Innerrhoden	9.1	0.0	4.8	5.0	0.0
Basel-Landschaft	8.2	3.3	9.8	15.5	13.1
Basel-Stadt	8.0	4.0	6.0	18.4	12.0
Bern	4.1	1.5	2.3	9.2	8.7
Freiburg	3.2	1.6	6.5	4.9	16.1
Genf	8.0	8.2	7.1	22.0	17.2
Glarus	3.7	3.7	0.0	14.8	11.5
Graubünden	2.2	0.0	11.1	4.7	24.4
Jura	2.8	5.6	5.7	5.6	2.9
Luzern	1.1	3.4	4.6	10.2	11.4
Neuenburg	9.3	0.0	4.9	10.3	4.8
Nidwalden	0.0	0.0	0.0	23.8	0.0
Obwalden	0.0	0.0	8.3	9.1	12.0
Schaffhausen	3.2	6.5	16.1	12.9	19.4
Schwyz	0.0	0.0	0.0	7.1	3.4
Solothurn	3.7	0.0	3.7	5.6	7.4
St. Gallen	0.0	0.0	5.8	7.7	7.4
Thurgau	1.7	1.7	5.2	7.0	13.6
Tessin	1.0	1.9	4.0	6.8	6.7
Uri	0.0	0.0	0.0	4.5	0.0
Waadt	2.2	3.9	4.5	10.3	15.3
Wallis	4.7	0.0	3.1	10.6	9.2
Zug	0.0	0.0	0.0	24.1	0.0
Zürich	4.5	4.0	2.7	8.8	15.2

fett: drei höchste Prävalenzraten des jeweiligen Delikts

In Bezug auf Körperverletzungen wurde die Befragung zusätzlich genutzt, um weitere Informationen bspw. zur Anzeige zu erheben. Hierfür wurden die Befragten, die in den zurückliegenden zwölf Monaten irgendeine der drei genannten Formen von Körperverletzungen erlebt haben, gebeten, sich an das zuletzt erlebte Delikt zurückzuerinnern. Zu diesem Delikt sollten dann verschiedene Fragen beantwortet werden. Da es sich beim zuletzt erlebten Delikt um eine Zufallsauswahl aller Delikte handelt, können die Angaben prinzipiell generalisiert werden. Problematisch ist allerdings, dass insgesamt nur wenig Befragte eine Körperverletzung erlebt haben und daher nur wenige Befragte Auskunft über ihr zuletzt erlebtes Delikt geben konnten. Aus Tabelle 7 geht hervor, dass insgesamt 94 Befragte Angaben machten, dabei meist zu Körperverletzungen durch einzelne Personen. Bei etwa jeder vierten Körperverletzung (24.4 %) musste eine ärztliche Behandlung erfolgen; besonders häufig ist dies bei Körperverletzungen mit Waffen der Fall. In etwas über der Hälfte der Körperverletzungen ist die Täterin bzw. der

Täter bekannt (55.9 %); bei Körperverletzungen mit Waffen traf dies sogar auf 85.7 % der Täterinnen und Täter zu, wobei die insgesamt geringe Anzahl von sieben Fällen zu beachten ist. Zu etwa der Hälfte der Täterinnen und Täter wurde berichtet, dass es sich um Personen mit (vermuteten) Migrationshintergrund handelt (47.9 %); die grösste Gruppe bilden dabei Täterinnen und Täter aus dem Kosovo (insgesamt elf Nennungen), aus der Türkei und aus Deutschland (jeweils 4 Nennungen). Täterinnen und Täter mit Migrationshintergrund wurden dabei am häufigsten in Bezug auf Körperverletzungen mit Waffen berichtet; bei diesem Delikt gab zudem kein Opfer an, nicht gewusst zu haben, welche nationale Herkunft die Täterin bzw. der Täter hat. Bei den anderen beiden Formen der Körperverletzung wurde hingegen recht häufig mitgeteilt, dass die vermutete nationale Herkunft der Täterin bzw. des Täters nicht bekannt ist. Entsprechend den Auswertungen gilt zudem, dass nur etwa jede dritte Körperverletzung zur Anzeige gebracht wird (30.7 %). Dabei fällt die Anzeigerate bei Körperverletzungen mit Waffe am höchsten, bei Körperverletzungen durch einzelne Personen am niedrigsten aus.

Für die Körperverletzungen durch einzelne Personen wurde zudem untersucht, ob die Anzeigerate in einer Beziehung mit den anderen Merkmalen des letzten Opfererlebens steht. Dabei hat sich gezeigt, dass für die Anzeigerate irrelevant ist, ob eine Behandlung durch einen Arzt notwendig war oder nicht: Wenn keine Behandlung notwendig war, liegt die Rate bei 23.5 %, wenn sie notwendig war, bei 25.0 %. Von Bedeutung sind hingegen zwei andere Merkmale: Wenn man die Täterin bzw. den Täter kannte, wird sie bzw. er deutlich seltener angezeigt als wenn man sie bzw. ihn nicht kannte (15.4 zu 40.0 %); und wenn eine Täterin/ein Täter einen (vermuteten) Migrationshintergrund aufwies, wird sie/er häufiger angezeigt als wenn sie/er keinen (vermuteten) Migrationshintergrund aufwies (30.8 zu 13.8 %). Die Bekanntheit der Täterin/des Täters sowie ihre/seine Herkunft beeinflusst damit, ob eine Anzeige erfolgt oder nicht. Dies bedeutet gleichzeitig, dass im Polizeilichen Hellfeld Täterin und Täter mit persönlicher Beziehung zum Opfer (Freunde, Familie usw.) unterrepräsentiert, Täterinnen und Täter mit Migrationshintergrund überrepräsentiert sind – zumindest im Bereich der Körperverletzungen. Da diese Ergebnisse aber bislang noch auf recht wenig Befragten beruhen, wäre es notwendig, sie anhand umfangreicherer Stichproben und in Bezug auf andere Delikte zu prüfen.

Tabelle 7: Angaben zur zuletzt erlebten Körperverletzung (in %; gewichtete Daten)

	N	Verletzung musste ärztlich behandelt werden	Täter/in bekannt	Täterherkunft: unbekannt	Täterherkunft: (vermutlich) Migrationshintergrund	Anzeige erstattet
Körperverletzung Waffe	7	66.7	85.7	0.0	85.7	85.7
Körperverletzung mehrere Personen	13	21.4	35.7	25.0	66.7	37.5
Körperverletzung einzelne Person	75	21.6	57.1	20.3	40.5	23.9
Körperverletzung	94	24.4	55.9	19.1	47.9	30.7

Eine zusätzliche Auswertung widmet sich der Frage möglicher Folgen von Opfererfahrungen. An einer Stelle im Fragebogen wurden die Befragten gebeten, auf einer Skala von „1 – überhaupt nicht zufrieden“ bis „10 – sehr zufrieden“ anzugeben, wie zufrieden sie mit ihrem Leben insgesamt sind. Eine Annahme ist, dass aufgrund von erlebten Viktimisierungen die Lebenszufriedenheit sinkt. Tabelle 8 prüft diese Annahme in zwei Schritten: Im ersten Schritt werden die Befragten miteinander verglichen, die in den zurückliegenden zwölf Monaten ein Delikt nicht erlebt bzw. erlebt haben (t-Test). An diese bivariate Prüfung schliesst sich eine multivariate Prüfung mittels einer OLS-Regression an, in die alle Viktimisierungen sowie zusätzlich die Variablen Geschlecht, Alter und Migrationshintergrund eingehen (nicht dargestellt). Für insgesamt zwölf der 19 Delikte zeigt sich bivariat ein signifikanter Zusammenhang, der durchweg gleichgerichtet ist: Befragte, die ein Delikt in den letzten zwölf Monaten erlebt haben, weisen eine niedrigere Lebenszufriedenheit auf als Befragte, die das entsprechende Delikt nicht erlebt haben. Besonders gross ist der Unterschied bei Körperverletzungen mit Waffen: Die Lebenszufriedenheit der Gruppe ohne Viktimisierungserfahrung liegt im Durchschnitt bei 8.18, die Lebenszufriedenheit der Gruppe mit einem solchen Erlebnis nur etwa halb so hoch (4.23). Keinen signifikanten Zusammenhang

mit der Lebenszufriedenheit weisen die Delikte Zweiraddiebstahl, Einbruchdiebstahl (vollendet und versucht), Körperverletzung durch mehrere Personen, Raub, Angriff Onlinebanking und Internetbetrug auf. Bei der Körperverletzung durch mehrere Personen sowie beim Raub weisen die Mittelwerte darauf hin, dass ein Erleben die Zufriedenheit senkt; da aber die Fallzahl zu den Personen mit Opfererleben gering ausfällt, werden die Unterschiede nicht als signifikant ausgewiesen. Die zusätzlich durchgeführte Regressionsanalyse zeigt einerseits, welche der bivariat gefundenen Zusammenhänge bei Berücksichtigung weiterer Faktoren und Erlebnisse bestehen bleiben. Andererseits erlauben es die Ergebnisse, eine Reihenfolge der für die Lebenszufriedenheit bedeutsamsten Opfererfahrungen zu bilden. Entsprechend der Ergebnisse zeigt sich, dass die stärkste negative Auswirkung auf die Lebenszufriedenheit vom Erleben von Körperverletzungen mit Waffen ausgeht. Die zweitwichtigste Opfererfahrung stellt das Stalking dar, dass die Lebenszufriedenheit bedeutsam reduziert. An dritter Stelle finden sich drei Delikte: Das Erleben von Fahrraddiebstahl, von sexueller Belästigung und von Datenmissbrauch reduzieren die Lebenszufriedenheit. Zuletzt lässt sich noch ein geringfügig schwächerer Effekt in Bezug auf die Sachbeschädigung feststellen. Für die anderen Delikte ergeben sich multivariat keine Zusammenhänge mehr mit der Lebenszufriedenheit, mit einer Ausnahme: Das Erleben von versuchten Einbrüchen erhöht als einziges Delikt signifikant die Lebenszufriedenheit. Dieser Effekt ist überraschend, lässt sich aber möglicherweise damit erklären, dass ein Einbruch verhindert werden konnte und dies Vertrauen und Selbstwirksamkeit aufzubauen helfen kann.

Tabelle 8: Zusammenhänge zwischen 12-Monats-Prävalenz und Lebenszufriedenheit (Mittelwerte; gewichtete Daten; fett: Unterschiede signifikant bei $p < .05$)

	nicht erlebt	erlebt	Beta
Fahrraddiebstahl	8.19	7.40	-.05 *
mot. Zweirad-Diebstahl	8.16	8.78	.02
PKW-Diebstahl	8.17	7.23	-.02
Einbruchdiebstahl vollendet	8.17	8.29	.04
Einbruchdiebstahl versucht	8.17	7.70	.06 *
sonstiger Diebstahl	8.19	7.86	-.01
Körperverletzung Waffe	8.18	4.23	-.14 ***
Körperverletzung mehrere Personen	8.17	7.75	.00
Körperverletzung einzelne Person	8.19	6.94	-.04
Raub	8.18	6.64	.00
sexuelle Belästigung	8.18	7.21	-.05 †
sexuelle Nötigung/Vergewaltigung	8.17	5.71	.02
Stalking	8.21	7.31	-.07 **
Sachbeschädigung	8.20	7.81	-.04 †
Datenverlust durch Viren etc.	8.19	7.82	-.01
Datenmissbrauch	8.19	7.90	-.05 *
Angriff Onlinebanking	8.17	8.18	.00
Internetbetrug	8.18	7.93	-.01
Betrug (nicht Internet)	8.19	7.60	.00

*** $p < .001$, ** $p < .01$, * $p < .05$, † $p < .10$

Exkurs: Kritik der Amnesty-International-Studie zur Verbreitung sexueller Gewalt

Kürzlich hat eine Befragungsstudie, die Amnesty International Schweiz zusammen mit gfs.bern durchgeführt hat, ebenfalls Befunde zur Verbreitung sexueller Gewalt präsentiert, die allerdings deutlich von den hier präsentierten Befunden abweichen.¹² Dass sexuelle Gewalt und sexuelle Belästigung mittels

¹² „In der Schweiz mussten 22 Prozent ab dem Alter von 16 Jahren selber bereits ungewollte sexuelle Handlungen erleben“ (https://www.amnesty.ch/fr/themes/droits-des-femmes/violence-sexuelle/docs/2019/violences-sexuelles-en-suisse/sexuelle_gewalt_amnesty_international_gfs-bericht.pdf, S. 14).

Befragungen untersucht werden, ist notwendig, weil das Dunkelfeld hoch ist. Hierauf weisen die Ergebnisse der Amnesty-Studie erneut hin: 10 % der Opfer sexueller Gewalt melden ihr Erlebnis der Polizei; die überwältigende Mehrheit der Taten wird nicht angezeigt. Weitere Ergebnisse der Studie sind aber aus verschiedenen Gründen mit Vorsicht zu betrachten.

So vermeidet der Ergebnisbericht nahezu konsequent die Nutzung des Begriffs „repräsentativ“ – nur in Zusammenhang mit dem Thema Gewichtung wird er erwähnt. Grund hierfür ist, dass die Studie tatsächlich nicht repräsentativ ist. Dabei orientiert sie sich an einer europaweiten Befragung zum gleichen Thema.¹³ Diese Orientierung betrifft aber nur die eingesetzten Fragen, nicht die methodische Herangehensweise. Die europäische Studie hat entweder über die Ziehung von Befragten aus einem zentralen Register oder durch ein sog. Random-route-Verfahren (Auswahl von Wohnadressen auf Basis eines vorher festgelegten Laufwegs) die Grundlage für eine repräsentative Studie geschaffen: die Zufallsziehung von Befragten. Die vorliegende Studie von gfs.bern kombiniert die Zufallsstichprobe, die mit 100 telefonisch befragten Frauen sehr klein ausfällt, mit einer sog. Online-Gelegenheitsstichprobe, die „über die Kanäle von Amnesty International Schweiz beworben wurde“ – was immer dies im Detail bedeutet. Sollte bei einem solch sensiblen Thema eigentlich auf Telefoninterviews verzichten und stattdessen auf persönliche Interviews mit anonymer schriftlicher Zusatzbefragung zurückgegriffen werden¹⁴, so ist die Gelegenheitsstichprobe (die letztlich 89 % der Gesamtstichprobe ausmacht) problematisch, weil sie zu einer Überschätzung führt, insofern an einer entsprechenden Befragung jene Personen teilnehmen, die Interesse am Thema haben, weil sie selbst unmittelbar oder mittelbar Erfahrungen damit aufweist.

Diese Selbstselektion ist auch nicht mittels Gewichtung zu beheben. Die Gewichtung dient in der Meinungsforschung dazu, Daten im Nachhinein repräsentativ zu machen. Was kompliziert klingt, ist recht simpel: Angenommen, in einer Stichprobe an weiblichen Befragten befinden sich nur 15 % Frauen im Alter bis 30 Jahren, in der Gesamtbevölkerung beträgt deren Anteil aber 30 %, dann wird jede befragte jüngere Frau mit dem Wert 2 in den Auswertungen berücksichtigen (jede ältere Frau entsprechend mit einem niedrigeren Wert). Problem dabei ist: Gewichtet werden nur die Frauen, die befragt wurden, d.h. es wird davon ausgegangen, dass die erreichten Frauen auch die Frauen abbilden, die nicht erreicht wurden. Dies ist aber bei einer Gelegenheitsstichprobe zweifelhaft, da die nicht teilnehmenden Frauen höchstwahrscheinlich weniger Erfahrungen mit bspw. sexueller Gewalt aufweisen. Gewichtung reproduziert also nur die Daten, die bereits existieren. Viel wichtiger wäre es, von Beginn an eine Zufallsziehung vorzunehmen und dann alles zu versuchen, dass sich die ausgewählten Personen an der Befragung beteiligen, dass also ein hoher Rücklauf erzielt wird. Ein solches Vorgehen ist aber letztlich ressourcenaufwändig, das von Amnesty gewählte Vorgehen hingegen preiswerter und dazu geeignet, dass zu untersuchende Phänomene zu überschätzen.

Diese Überschätzung setzt sich dadurch fort, dass im Bericht durchweg Lebenszeitprävalenzen berichtet werden. Dies bedeutet, dass die Befragten die gesamte Zeit ihres Lebens seit dem 16. Lebensjahr resümiert haben. 50-jährige Frauen, die in ihrer Jugend sexuelle Gewalt erfahren haben, sprechen also über Erlebnisse der 1980er Jahre. An keiner Stelle wird dies deutlich gemacht; so hätte bspw. nach dem Jahr der letzten Viktimisierung gefragt werden können. Der Eindruck, der dabei entsteht, ist, dass das Risiko sexueller Opfererfahrung aktuell und für jede Frau enorm hoch ist. Die europäische Studie weicht auch hier von der Schweizer Studie ab: Sie stellt zusätzlich zu den Lebenszeitprävalenzen 12-Monatsprävalenzraten vor, die deutlich niedriger ausfallen und damit die Relevanz des Phänomens aktuell verdeutlichen können.

Eingewendet werden könnte, dass durch den Vergleich der Altersgruppe, der sich im Bericht findet, eine Art Aktualitätsbezug hergestellt wird. Dies ist aber zu bezweifeln. So wird bspw. der überraschende Befund berichtet, dass 16- bis 39-jährige etwa doppelt so häufig in ihrem Leben ungewollte sexuelle

¹³ Vgl. <https://fra.europa.eu/en/publication/2014/violence-against-women-eu-wide-survey-main-results-report>

¹⁴ Vgl. für ein solches Vorgehen z.B. Stadler et al. (2012).

Handlungen erlebt haben wie ab 65-jährige. Die Schweiz wird also immer unsicherer für junge Frauen? Ein ähnlich überraschendes Ergebnis hat auch die europäische Studie zutage gefördert, die u.a. zeigte, dass die skandinavischen Länder hohe Viktimisierungsraten im Vergleich zu bspw. osteuropäischen Ländern aufweisen. Die Erklärung für diese Ergebnisse ist: Die Beantwortung der Fragen ist von subjektiven Interpretationen abhängig. Junge Menschen oder Menschen in Skandinavien sind sensibilisierter für die Thematik, stufen Übergriffe eher als Belästigung ein, sagen häufiger, dass etwas gegen ihren Willen geschehen ist. Werden viele junge Leute erreicht, was mit einer Online-Gelegenheitsstichprobe der Fall ist, werden damit mehr sensibilisierte Personen erreicht, was wiederum zu einer Überschätzung führt.

Letztlich sind all diese Punkte, die zu überhöhten Prävalenzraten führen, bei der Interpretation der Zahlen zu beachten; z.T. wird dies von den Autorinnen und Autoren auch kurz erwähnt. Wissenschaftlich unhaltbar ist aber letztlich, auf Basis dieser Raten eine Hochrechnung anzustellen.¹⁵ Mittels nicht repräsentativ erhobener Daten dürfte keine solche Hochrechnung vorgenommen werden. Einzige Absicht dieses Schritts dürfte sein, Alarmismus zu verbreiten, d.h. hier kulminieren die verschiedenen Überschätzungen, die durch das methodische Vorgehen bedingt sind, in einer unfassbaren Zahl, die von den Autorinnen und Autoren nur dadurch fassbar gemacht wird, dass der Vergleich mit der Einwohnerzahl Zürichs gezogen wird. Es wäre hier mindestens notwendig gewesen, die Schätzungen mittels Konfidenzintervallen anzugeben, d.h. eine Spannbreite an möglichen Opferzahlen – mit Stichproben wird immer nur auf eine Spannbreite an Zuständen in der Grundgesamtheit geschätzt. Besser wäre es aber in jedem Fall gewesen, auf diesen Schritt komplett zu verzichten.

Die weiter oben berichteten Ergebnisse der durchgeführten postalischen Befragung sind im Vergleich zur Amnesty-Studie in zweifacher Weise instruktiv: Erstens zeigt sie, dass das aktuelle Risiko der sexuellen Viktimisierung in der Schweiz insgesamt eher niedrig liegt: Von allen weiblichen Befragten (ab 18-jährige Personen) gaben 3.4 % an, in den letzten 12 Monaten sexuell belästigt worden zu sein, 0.3 % haben eine sexuelle Nötigung/Vergewaltigung im selben Zeitraum erlebt. Zweitens beschränkt sie sich nicht nur auf weibliche Befragte, sondern zeigt, dass sexuelle Übergriffe auch Männer betrifft: So gaben 0.4 % der männlichen Befragten an, sexuell belästigt worden zu sein. Männer werden in der Studie von gfs.Bern und Amnesty International zwar nicht explizit, aber implizit nur als Täter betrachtet.

4.1.2 Opfererfahrungen durch den Lebenspartner

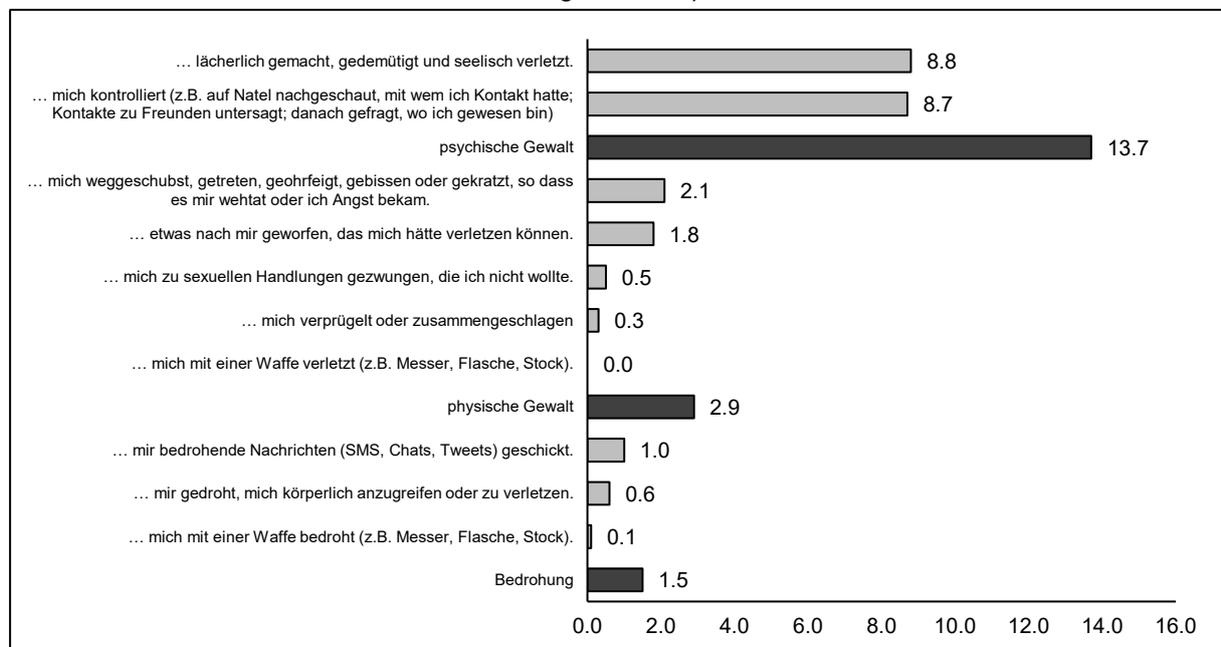
Häusliche Gewalt stellt einen Bereich von Opfererfahrungen dar, der zunehmend Aufmerksamkeit erhält. Unter häuslicher Gewalt wird „die Anwendung oder Androhung von Gewalt unter Paaren in bestehender oder aufgelöster ehelicher oder partnerschaftlicher Beziehung, zwischen Eltern (auch Stief-/Pflegeeltern) und Kind oder zwischen weiteren Verwandten verstanden“ (Bundesamt für Statistik 2019, S. 39). Im Jahr 2017 wurden in der Polizeilichen Kriminalstatistik über 17000 Straftaten zu diesem Deliktsbereich zugeordnet. Zu den häufigsten Einzeldelikten zählen dabei Tötlichkeiten, Drohungen, Beschimpfungen und einfache Körperverletzungen. Nahezu drei Viertel aller Taten spielen sich dabei zwischen Lebenspartnern bzw. ehemaligen Lebenspartnern ab; bei den restlichen Fällen sind Kinder oder andere Verwandte involviert. Da insbesondere Gewalt und Aggressionen zwischen Partnerinnen und Partnern von Relevanz zu sein scheinen, wurden in die vorliegende Befragung auch einige Items integriert, die Opfererfahrungen durch den Lebenspartner messen. Zu beachten ist dabei, dass die entsprechenden Fragen nur von Personen zu beantworten waren, die in den zurückliegenden zwölf Monaten einen Lebenspartner hatten und mit diesem zusammen in einem Haushalt lebten. Dies trifft auf 1503

¹⁵ Diese lautet: „Werden die 22 Prozent auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet bedeutet dies, dass um die 800'000 Frauen bereits von ungewollten sexuellen Handlungen betroffen waren. Von allen befragten Frauen haben zwölf Prozent Geschlechtsverkehr gegen den eigenen Willen erlebt. Dies entspricht rund der Bevölkerung der Stadt Zürich“ (<https://www.amnesty.ch/de/themen/frauenrechte/sexuelle-gewalt/dok/2019/sexuelle-gewalt-in-der-schweiz-neue-representative-zahlen>).

Befragte der Stichprobe zu. Alle in diesem Abschnitt präsentierten Auswertungen beziehen sich damit auf Befragte mit Lebenspartner, mit denen ein Haushalt geteilt wird.

Mit folgender Einleitung wurden diese Personen nach den Opfererfahrungen durch den Lebenspartner gefragt: „Das Zusammenleben mit einem Partner kann sehr schön sein. Unabhängig davon gibt es aber auch Situationen, in denen es Streitereien gibt. Waren Sie von einer der folgenden Handlungen durch Ihren Lebenspartner in den letzten 12 Monaten betroffen?“ Mit nein bzw. ja konnten die in Abbildung 13 dargestellten Aussagen beantwortet werden. Dass der Partner den Befragten lächerlich gemacht hat o.ä. bestätigen mit 8.8 % die meisten Befragten; fast genauso viele Befragte gaben an, dass der Partner Kontrollaktivitäten ausgeführt hat. Beide Verhaltensweisen wurden zu einem Index „psychische Gewalt“ zusammengefasst, der angibt, ob mindesten eine dieser beiden Verhaltensweisen mindestens einmal in den zurückliegenden zwölf Monaten erlebt wurde; 13.7 % der Befragten bestätigten, dass dies der Fall gewesen ist.

Abbildung 13: Erleben von Partnergewalt in den letzten zwölf Monaten (in %; gewichtete Daten; nur Personen, die in letzten 12 Monaten mit Partner in Haushalt zusammengelebt haben)



Aus dem Bereich der physischen Gewalt wurden fünf Opfererlebnisse erfragt. Vom Schubsen, Treten usw. berichten 2.1 % der Befragten, 1.8 % davon, dass der Partner etwas nach ihnen geworfen hat. Zu sexuellen Handlungen wurden 0.5 % der Befragten gezwungen, verprügelt wurden 0.3 %. Davon, mit einer Waffe verletzt worden zu sein, berichtet niemand. Mindestens einen dieser übergriffe erlebten 2.9 % der Befragten in den letzten zwölf Monaten.

Zudem gaben 1.5 % an, irgendeine Form der Bedrohung erlebt zu haben. Bedrohende Nachrichten kommen dabei häufiger vor als verbale Drohungen bzgl. eines körperlichen Angriffs oder Bedrohungen mit einer Waffe.

Für die drei Indexe (psychische Gewalt, physische Gewalt, Bedrohung) wurde zudem geprüft, inwieweit verschiedene Gruppen an Befragten signifikant häufiger bzw. seltener Viktimisierungen berichten. Dabei hat sich gezeigt, dass es bzgl. des Geschlechts keine signifikanten Unterschiede gibt, weibliche und männliche Befragte also gleichhäufig die verschiedenen Erlebnisse berichten. Werden die einzelnen Verhaltensformen betrachtet, zeigt sich einzig, dass das lächerlich machen o.ä. von Frauen signifikant

häufiger als von Männern erlebt wird. Befragte mit Migrationshintergrund und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich ebenfalls nicht hinsichtlich ihrer Prävalenzraten; Gewalt in Paarbeziehungen ist also unabhängig von der Herkunft. Die Differenzierung nach der regionalen Herkunft (ländlich, kleinstädtisch, städtisch) erbringt ebenfalls keine signifikanten Unterschiede; Partnergewalt kommt im ländlichen Raum damit vergleichbar häufig vor wie im städtischen Raum. Für die psychische und die physische Gewalt ergeben sich aber signifikante Unterschiede im Vergleich der Altersgruppen: 18- bis 40-jährige berichten häufiger vom Erleben dieser Gewaltformen als 41- bis 60-jährige und diese wiederum häufiger als 61- bis 85-jährige.¹⁶

Geprüft wurde zudem, ob es signifikante Zusammenhänge zwischen dem Erleben von Partnergewalt und der Lebenszufriedenheit gibt. Für die psychische Gewalt und die Bedrohung ist dies der Fall: Befragte, die Opfer von psychischer Gewalt und Bedrohungen geworden sind, berichten eine niedrigere Lebenszufriedenheit als Befragte, die diese Formen der Viktimisierung nicht erleben mussten.

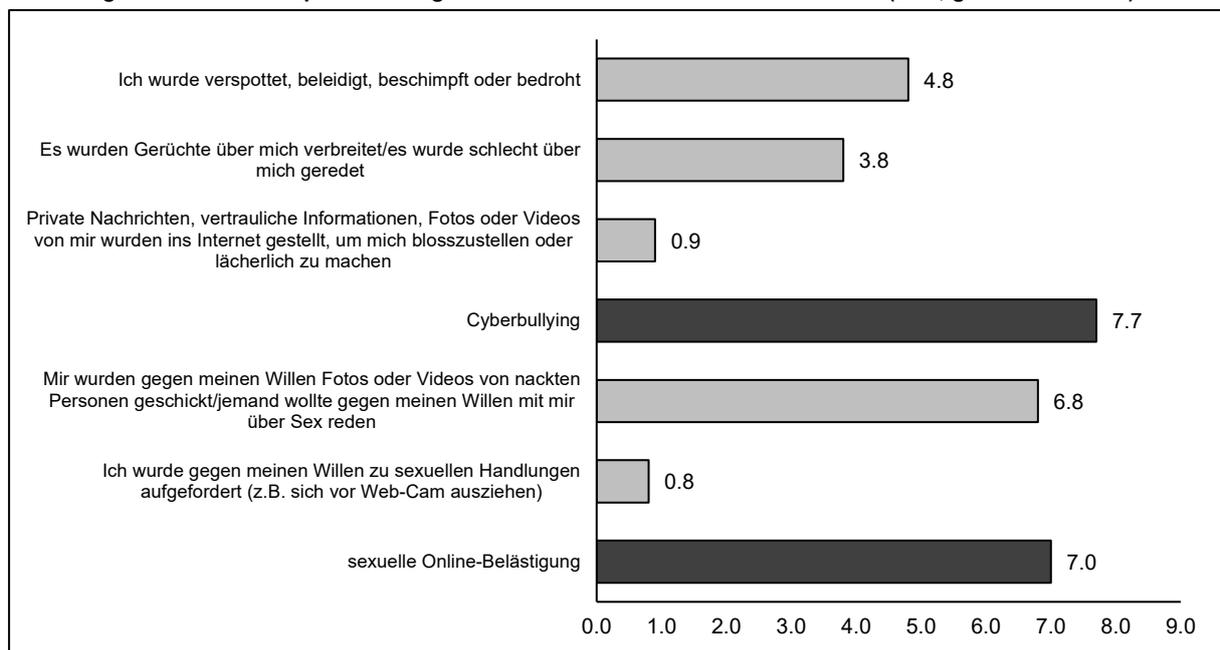
4.1.3 Opfererfahrungen im Internet

Als eine weitere spezifische Form der Viktimisierung wurden Opfererfahrungen im Internet (sog. Cyberbullying) erhoben. Dabei wurden die Befragten zunächst gebeten, mitzuteilen, wie häufig sie das Internet nutzen. Insgesamt nur 4.4 % teilten mit, dass sie nie das Internet nutzen würden; 95.6 % nutzen es entsprechend mindestens selten. Da der Anteil Nicht-Nutzer derart gering ausfällt, beziehen sich die nachfolgenden Auswertungen auf alle Befragte. Befragte, die nie das Internet nutzen, können keine Cyberbullying-Erfahrungen machen und werden dementsprechend zur Nein-Gruppe gezählt. Von allen Befragten gaben 76.1 %, dass sie täglich das Internet nutzen; 14.1 % nutzen es mehrmals in der Woche.

Die Befragten wurden gebeten, mitzuteilen, ob sie fünf verschiedene Verhaltensweisen bei der Nutzung des Internets in den letzten zwölf Monaten erlebt haben (Abbildung 14). Als Antwortkategorien standen „nie“, „1- oder 2mal“, „3- bis 12mal“ und „mehrmals pro Monat/häufiger“ zur Verfügung. Da die beiden letztgenannten Antworten nur sehr selten genutzt wurden, wird an dieser Stelle nur zwischen dem Erleben und dem Nicht-Erleben eines Verhaltens unterschieden. Vom Verspotten o.ä. berichteten 4.8 % der Befragten, vom Verbreiten von Gerüchten 3.8 %. Dass private Nachrichten o.ä. verschickt wurden, um den Befragten blosszustellen o.ä., wurde zu 0.9 % bestätigt. Mindestens eine Form dieses Cyberbullying-Verhaltens erlebten 7.7 % der Befragten in den letzten zwölf Monaten. Die zwei zusätzlich in Abbildung 14 aufgeführten Formen umfassen weniger Cyberbullying als sexuelle Online-Belästigung. Dies wird zugleich von einem ähnlich hohen Anteil der Befragten berichtet (7.0 %). Dabei kommt das Zuschicken von sexuellem Material bzw. das Reden über sexuelle Inhalte deutlich häufiger vor als die Aufforderung, sexuelle Handlungen zu begehen.

¹⁶ Die Sprachregionen unterscheiden sich nicht in Bezug auf die psychische und physische Gewalt. Einzig bei der Bedrohung findet sich ein signifikanter Unterschied (deutschsprachige Schweiz: 1.1 %, französischsprachige Schweiz: 3.0 %, italienischsprachige Schweiz: 0.0 %).

Abbildung 14: Erleben von Opfererfahrungen im Internet in den letzten zwölf Monaten (in %; gewichtete Daten)



Weibliche Befragte berichten signifikant seltener als männliche Befragte davon, Cyberbullying erlebt zu haben (5.3 zu 10.1 %); bei der sexuellen Online-Belästigung findet sich kein signifikanter Unterschied. Die drei Altersgruppe unterscheiden sich in Bezug auf alle zwei untersuchten Formen der Online-Viktimisierung signifikant voneinander: Das Cyberbullying wird von den jüngeren Befragten mit 12.7 % am häufigsten, von den älteren Befragten mit 2.2 % am seltensten berichtet (mittlere Altersgruppe: 6.2 %). Die sexuelle Online-Belästigung ist hingegen bei der mittleren Altersgruppe am verbreitetsten (8.6 %), gefolgt von der jüngsten Altersgruppe (7.2 %; ältestes Gruppe: 4.5 %). Auch in der schweizweiten Jugendbefragung wurde das Erleben von Cyberbullying erhoben; hier gaben 16.4 % an, solche Erfahrungen in den zurückliegenden zwölf Monaten gemacht zu haben. Jüngere Menschen sind also in besondere Weise Angriffen im Internet ausgesetzt. Die unerwünschte Konfrontation mit sexuellen Inhalten ist dagegen auch bei älteren Altersgruppen verbreiteter. Neben diesen Altersunterschieden wurden auch Unterschiede zwischen Befragten mit und ohne Migrationshintergrund sowie Unterschiede zwischen den Gebietskategorien (ländlich, städtisch) geprüft. Dabei haben sich keine signifikanten Unterschiede gezeigt, d.h. diese verschiedenen Befragtengruppen sind in etwa gleichhäufig Cyberbullying und sexueller Online-Belästigung ausgesetzt. Erwähnenswert ist daneben, dass in der italienischsprachigen Schweiz signifikant häufiger als in der deutschsprachigen und der französischsprachigen Schweiz vom Erleben von Cyberbullying, nicht vom Erleben sexueller Online-Belästigung berichtet wird (15.6 % vs. 7.5 bzw. 6.8 %).

Für beide Formen der Viktimisierung im Internet ergeben sich signifikante Zusammenhänge mit der Lebenszufriedenheit, derart, dass das Erleben dieses Verhaltens mit einer geringeren Lebenszufriedenheit einhergeht. Für das Cyberbullying fällt der Zusammenhang dabei etwas stärker aus als für das Erleben sexueller Online-Belästigung.

4.1.4 Arbeitsbezogene Opfererfahrungen

Ein weiterer Schwerpunkt der Befragung lag auf Opfererfahrungen im Arbeitsleben. Hierfür wurden die Befragten zunächst gebeten, anzugeben, ob sie in den letzten zwölf Monaten einer Erwerbsarbeit nachgegangen sind. Als Erwerbsarbeit zählte dabei auch, wenn nur einzelne Stunden gearbeitet wurde. Von

allen Befragten gaben 81.8 %, dass sie erwerbstätig waren; dementsprechend gingen 18.2 % keine Erwerbstätigkeit nach. Diese Befragten werden bei den nachfolgenden Auswertungen ausgeschlossen, d.h. es wird sich nur auf die Personen bezogen, die erwerbstätig waren (1632 Befragte).

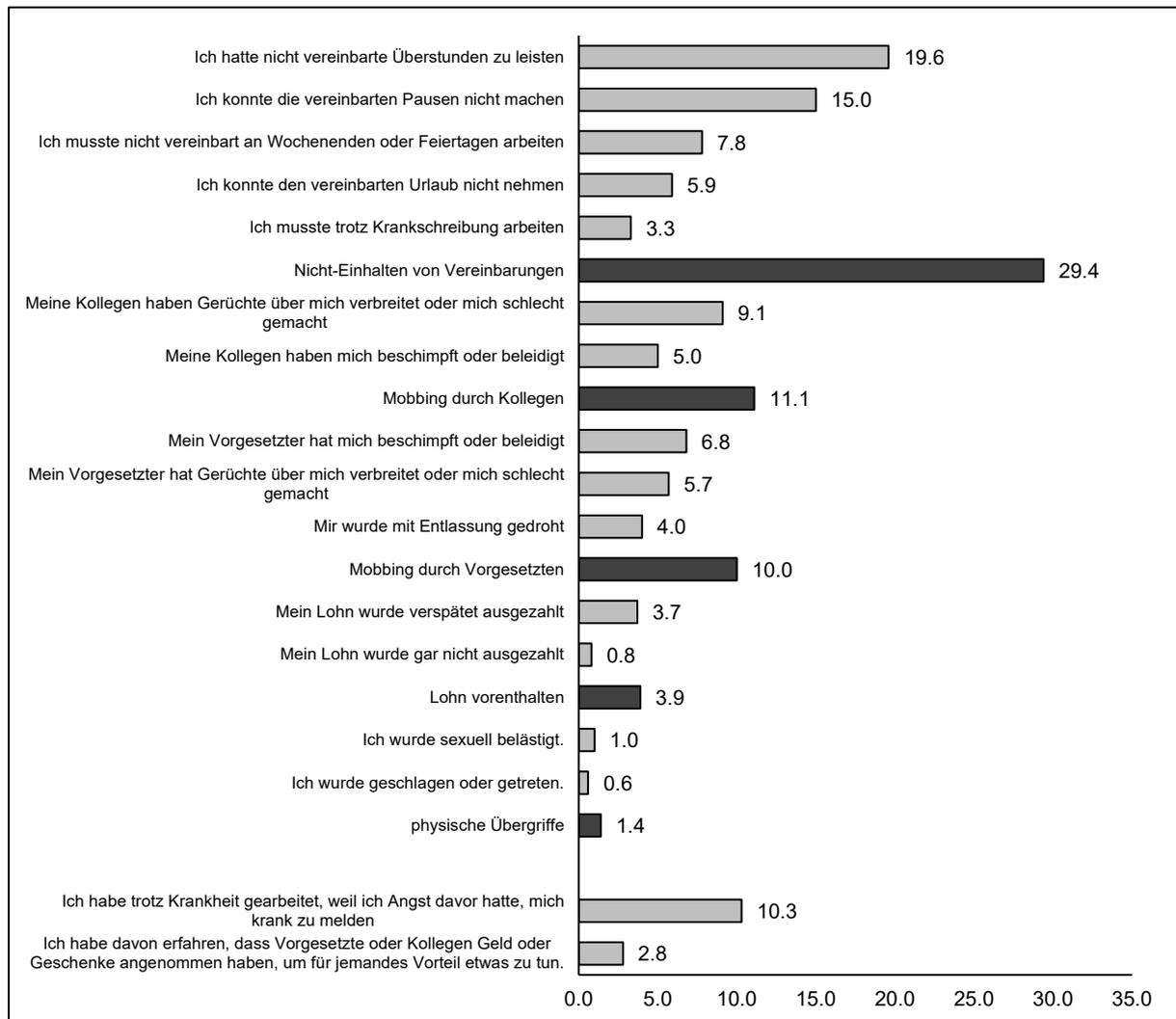
Erfragt wurden insgesamt 16 Formen der Viktimisierung, wobei auch Erlebnisse abgefragt wurden, die keinen Übergriff darstellen – Viktimisierung wurde insofern recht breit definiert. In Abbildung 15 sind die verschiedenen Opfererfahrungen dargestellt, wobei der Anteil an Befragten abgebildet ist, die solch ein Verhalten in den zurückliegenden zwölf Monaten erlebt haben – die Antwortvorgaben lauteten „nein“ bzw. „ja“. Von allen Befragten gaben 11.1 % an, dass sie Mobbinghandlungen von Seiten der Kollegen erlebt haben. Das Verbreiten von Gerüchten wurde hierfür ebenso berücksichtigt wie das Beschimpfen oder Beleidigen; erstgenanntes Verhalten kommt dabei häufiger vor (9.1 %) als letztgenanntes Verhalten (5.0 %). Ein nahezu ebenso hoher Anteil an Befragten (10.0 %) gab an, Mobbingverhalten von Seiten des Vorgesetzten erlebt zu haben. Zusätzlich zu den beiden Aussagen, die in Bezug auf die Kolleginnen und Kollegen zu beantworten waren, sollte angegeben werden, ob ein Befragter eine Drohung mit Entlassung erlebt hat. Da entsprechende Drohungen nur von Vorgesetzten ausgeführt werden können, geht dieses Verhalten in den Index „Mobbing durch Vorgesetzten“ ein. Zu beachten ist in Bezug auf die beiden Mobbing-Indexe, dass berücksichtigt wird, ob ein Befragter mindestens einmal eine zu dem Index gehörende Verhaltensweise erfahren hat. Strenggenommen wird damit noch kein Mobbing abgebildet, da dieses eine dauerhafte Konfrontation mit negativen Handlungen voraussetzt.

Daneben gaben 1.4 % der Befragten an, dass sie physische Übergriffe erlebt haben. Sexuelle Belästigungen kommen dabei etwas häufiger vor als Übergriffe im Sinne des Schlagens oder Treten.

Alle anderen in Abbildung 15 aufgeführten Verhaltensweisen beinhalten keine direkten verbalen oder physischen Formen aggressiven Verhaltens. Sie zeigen aber die Spannbreite möglicher negativer Erfahrungen auf, denen Erwerbstätige im Berufsleben ausgesetzt sein können. Recht verbreitet ist, dass Befragte nicht vereinbarte Überstunden leisten müssen (19.6 %) oder vereinbarte Pausen nicht machen können (15.0 %). Das an Wochenenden oder Feiertagen gearbeitet werden muss oder Urlaube nicht genommen werden können, wird ebenfalls von einem substantziellen Anteil der Befragten berichtet. Zusätzlich gaben 3.3 % an, dass sie arbeiten mussten, obwohl sie krank gewesen sind. All diese Formen negativer Erlebnisse wurden zum Index „Nicht-Einhalten von Vereinbarungen“ zusammengefasst. Mindestens ein Erlebnis der zugehörigen Verhaltensweisen berichten 29.4 % der Befragten. Fast jeder dritte Erwerbstätige ist also hiermit im Arbeitsleben konfrontiert. Für das Arbeitsleben ist daneben der Lohn von zentralem Stellenwert. Immerhin 3.7 % der Befragten gaben an, dass sie in den zurückliegenden zwölf Monaten mindestens einmal ihren Lohn verspätet ausgezahlt bekommen haben; bei 0.8 % wurde der Lohn mindestens einmal nicht ausgezahlt. Das Vorenthalten von Lohnzahlungen erlebten insgesamt 3.9 % der Befragten.

Zusätzlich wurden noch zwei Verhaltensweisen abgefragt, die sich keinem übergeordneten Index zuordnen lassen. Dass Befragte aus Angst gearbeitet haben, obwohl sie krank gewesen sind, wird von 10.3 % berichtet. Hinweise auf Korruption haben 2.8 % der Befragten in den zurückliegenden zwölf Monaten erhalten.

Abbildung 15: Erleben von arbeitsbezogenen Opfererfahrungen in den letzten zwölf Monaten (in %; gewichtete Daten; nur Befragte, die einer Erwerbsarbeit nachgehen)



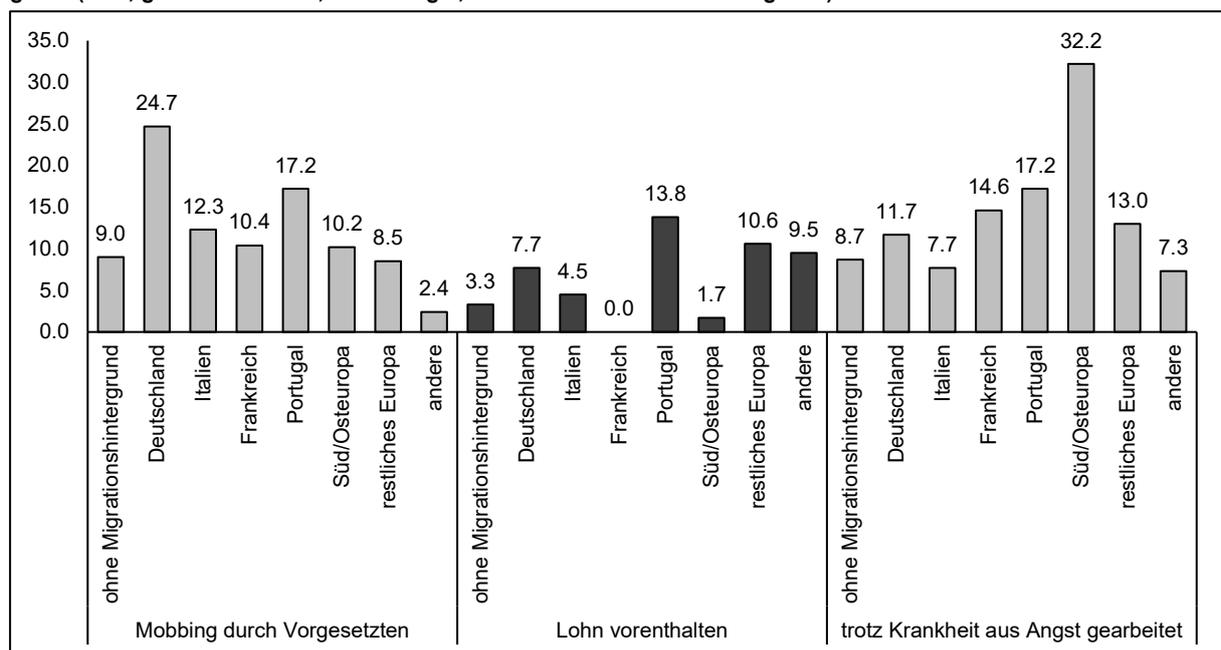
Der Vergleich verschiedener Befragtengruppen ergibt eine Reihe signifikanter Unterschiede, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:

- Mit Blick auf das Geschlecht zeigt sich, dass weibliche Befragte signifikant häufiger Mobbing durch Vorgesetzte berichten als männliche Befragte (11.7 zu 8.5 %); gleiches gilt hinsichtlich der physischen Übergriffe (2.7 zu 0.4 %) und des Arbeitens trotz Krankheit (14.5 zu 6.4 %). Beim Nicht-Einhalten von Vereinbarungen findet sich in Bezug auf den Index kein Unterschied; allerdings zeigt sich für das Item „Ich konnte die vereinbarten Pausen nicht machen“, dass Frauen signifikant häufiger betroffen sind als Männer (19.0 zu 11.3 %).
- Die Altersgruppen unterscheiden sich bei vier Indexen bzw. Items: Das Nicht-Einhalten von Vereinbarungen, das Mobbing durch Kollegen, das Mobbing durch Vorgesetzten und das Arbeiten trotz Krankheit wird dabei von den beiden jüngeren Altersgruppen (18- bis 40-jährige, 41- bis 60-jährige) signifikant häufiger berichtet als von der älteren Altersgruppe. Dieser Effekt ist, wie bereits erwähnt, nicht darauf zurückzuführen, dass die ältere Altersgruppe seltener einer Erwerbstätigkeit nachgegangen ist, da die Auswertungen auf Befragte eingeschränkt wurden, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

- Stadt-Land-Unterschiede existieren nur wenige. Das Nicht-Einhalten von Vereinbarungen und das Vorenthalten des Lohns kommt aber in städtischen Gebieten signifikant häufiger vor als in ländlichen Gebieten (dazwischen: kleinstädtische Gebiete).¹⁷
- Im Vergleich der Befragten ohne und mit Migrationshintergrund ergeben sich drei signifikante Unterschiede: Befragte mit Migrationshintergrund berichten häufiger vom Mobbing durch Vorgesetzte (13.3 zu 9.0 %), vom Vorenthalten des Lohnes (6.0 zu 3.3 %) und vom Arbeiten trotz Krankheit (15.3 zu 8.7 %). Bezüglich des Nicht-Einhaltens von Vereinbarungen gibt es zwar mit Blick auf den Gesamtindex keinen signifikanten Unterschied; bei zwei Items dieses Index zeigen sich aber signifikante Unterschiede, nach denen Befragte mit Migrationshintergrund häufiger den vereinbarten Urlaub nicht nehmen konnten und an Feiertagen/Wochenenden arbeiten mussten.

Für die drei Indexe, für die signifikante Unterschiede im Vergleich der Befragten mit und ohne Migrationshintergrund gefunden werden konnten, sind in Abbildung 16 die Anteile an Befragten differenziert für die einzelnen Gruppen aufgeführt, die entsprechende Erlebnisse aufweisen. Mobbing durch Vorgesetzte berichten demnach Befragte mit deutschem und portugiesischem Migrationshintergrund am häufigsten. Lohnzahlungen vorenthalten wurden am häufigsten Befragten mit portugiesischem Hintergrund. Dass man aus Angst trotz Krankheit gearbeitet hat, berichten Befragte aus Ländern Süd- und Osteuropas deutlich am häufigsten.

Abbildung 16: Erleben von arbeitsbezogenen Opfererfahrungen in den letzten zwölf Monaten nach Migrationshintergrund (in %; gewichtete Daten; nur Befragte, die einer Erwerbsarbeit nachgehen)



Die Auswertungen wurden zudem auch im Vergleich verschiedener Erwerbssektoren vorgenommen. Hierzu wurden die Befragten gebeten, anzugeben, in welchem Sektor sie tätig sind, wobei die Sektoren recht allgemein erfragt wurden. Die Befragten ordneten sich wie folgt den Sektoren zu:

- Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei: 2.8 %
- Restaurants und Gastgewerbe: 3.6 %

¹⁷ Im Vergleich der Sprachregionen finden sich signifikante Unterschiede für das Nicht-Einhalten von Vereinbarungen und das Mobbing durch Kollegen. Das Nicht-Einhalten von Vereinbarungen kommt in der französischsprachigen Schweiz am häufigsten vor (34.7 %), in der italienischsprachigen Schweiz am seltensten (20.5 %, deutschsprachige Schweiz: 28.0 %). Das Mobbing durch Kollegen wird in der italienischsprachigen Schweiz am häufigsten berichtet (13.9 %), am seltensten in der französischsprachigen Schweiz (7.4 %; deutschsprachige Schweiz: 12.1 %).

- Baugewerbe: 7.6 %
- produzierendes und verarbeitendes Gewerbe (Industrie): 9.1 %
- Handwerk und Instandhaltung bzw. Reparatur: 4.2 %
- Verkauf und Handel: 10.2 %
- staatliche und internationale Institutionen, Behörden, öffentliche Verwaltung: 13.1 %
- sozialer, pädagogischer oder medizinischer Dienstleistungsbereich: 25.0 %
- Dienstleistungen in der IT- bzw. Kommunikations-Branche: 5.9 %
- Finanzen, Banken, Versicherungen, Immobilien: 5.2 %
- Anderer Bereich: 13.3 %

Im Vergleich der Sektoren ergeben sich drei signifikante Unterschiede: 1. Die Nicht-Einhaltung von Vereinbarungen wird seltener im Baugewerbe und produzierendem/verarbeitendem Gewerbe berichtet (20.2 bzw. 19.5 %) und häufiger im Bereich Behörden/Verwaltung bzw. IT-Dienstleistungen (35.2 bzw. 37.5 %); 2. Mobbing durch Kollegen kommt im IT-Dienstleistungsbereich und im Landwirtschaftssektor seltener vor (4.2 bzw. 6.8 %), im Handwerksbereich mit 21.7 % am häufigsten; 3. Physische Übergriffe ereignen sich laut Auskunft der Befragten am seltensten im produzierendem Gewerbe, Verkauf und Handel sowie im Finanzsektor (jeweils 0.0 %); die höchsten Prävalenzraten ergeben sich für diese Viktimisierung im Bereich Landwirtschaft und im Bereich IT-Dienstleistungen (4.5 bzw. 4.2 %). Daneben ergibt sich für das Item zur Korruption ein durchaus relevanter Unterschied (bei $p < .10$): Am häufigsten werden solche Hinweise in den Sektoren Landwirtschaft, Restaurants/Gastgewerbe und Handwerk festgestellt (7.0 bzw. 7.0 bzw. 5.8 %), am seltensten im sozialen, pädagogischen usw. Dienstleistungsbereich sowie im Finanzbereich (0.7 bzw. 1.2 %).

Mit Ausnahme des Vorenthaltens des Lohnes hat sich gezeigt, dass alle betrachteten arbeitsbezogenen Viktimisierungsformen die Lebenszufriedenheit beeinflussen: Personen, die vom Erleben einer Viktimisierung berichten, weisen eine signifikant niedrigere Lebenszufriedenheit auf als Personen, für die das nicht der Fall ist. In der multivariaten Analyse erweist sich dabei das Erleben von physischer Gewalt als besonders bedeutsam für die Lebenszufriedenheit, gefolgt vom Erleben von Kollegen-Mobbing, vom Erleben von Korruption und vom Erleben des Nicht-Einhaltens von Vereinbarungen.

4.1.5 Opfererfahrungen in der Kindheit durch die Eltern

Im Fragebogen wurde der Teil, in dem es um das Thema elterliche Erziehung ging, wie folgt eingeleitet: „Eltern erziehen ihre Kinder in sehr unterschiedlicher Weise. Im Folgenden finden Sie einige Verhaltensweisen von (Stief-)Eltern beschrieben. Denken Sie nun an Ihre Kindheit und Jugend (bis zum 16. Lebensjahr). Wie oft kam in der Vergangenheit Folgendes vor?“ Erhoben wurden insgesamt drei Formen der elterlichen Erziehung: der Einsatz elterlicher Gewalt, die elterliche Zuwendung und die elterliche Kontrolle. Der Einsatz elterlicher Gewalt wurde mit vier Aussagen erfasst, die auf das Instrument von Baier et al. (2009, S. 52) zurückgehen, wobei die Antwortkategorien im Vergleich zu diesem Instrument verändert wurden. Die nachfolgenden Aussagen waren von den Jugendlichen von „1 – nie“ bis „5 – sehr oft“ zu beantworten: Meine (Stief-)Eltern haben

- mir eine runtergehauen (z.B. Ohrfeige).
- mich hart angepackt oder gestossen.
- mich mit einem Gegenstand geschlagen.
- mich mit der Faust geschlagen, mich getreten, mich geprügelt oder zusammengeschlagen.

In Anlehnung an Baier et al. (2009) wird zwischen zwei Formen der elterlichen Gewalt unterschieden: Zur Züchtigung werden die ersten beiden Formen der physischen Gewalt zusammengefasst, zur schweren Gewalt die letzten beiden Formen. In den Auswertungen wird dabei nicht mehr die Häufigkeit des Erlebens der einzelnen Gewaltformen unterschieden, sondern es wurde folgendermassen ein Index

gebildet: Wenn ein Befragter mindestens selten mindestens eine Form der schweren Gewalt erlebt hat, wird die entsprechende Angabe im Index berücksichtigt (auch wenn er zusätzlich Züchtigungen erlebte); hat ein Befragter ausschliesslich Züchtigungen erlebt (mindestens eine Form mindestens selten), dann geht diese Angabe in den Index ein. Im Ergebnis zeigt sich, dass 22.7 % aller Befragten schwere Gewalt in der Vergangenheit erlebt haben, 53.5 % Züchtigungen. Dies bedeutet, dass insgesamt drei Viertel aller Befragten (76.2 %) mindestens selten irgendeine Form der elterlichen Gewalt erfahren haben (vgl. Abbildung 17).

Die Aussagen zur Erfassung der weiteren Erziehungsstile lauteten wie folgt¹⁸: Meine (Stief-)Eltern haben

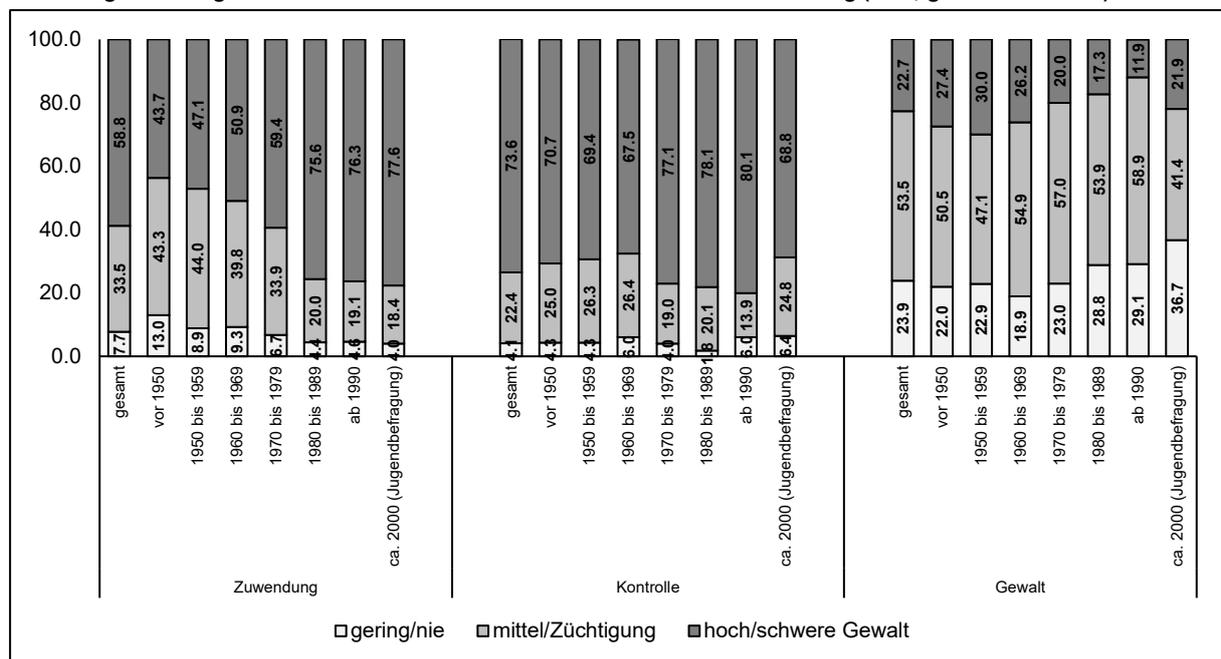
- mich gelobt, wenn ich etwas gut gemacht hatte. (Zuwendung)
- sich echt um mich gekümmert. (Zuwendung)
- mich getröstet, wenn ich traurig war. (Zuwendung)
- gewusst, wo ich bin, wenn ich nicht zu Hause war. (Kontrolle)
- gewusst, was ich mache, wenn ich nicht zu Hause war. (Kontrolle)
- gewusst, mit welchen Freunden ich zusammen bin, wenn ich nicht zu Hause war. (Kontrolle)

Um die verschiedenen Aussagen einer Erziehungsstildimension zusammen zu fassen, wurde in einem ersten Schritt geprüft, ob die Aussagen tatsächlich unterschiedliche Erziehungsstile messen. Eine explorative Faktorenanalyse bestätigt dies: Die sechs Items laden auf zwei Faktoren, wobei jeder Faktor eine der beiden Erziehungsstildimensionen abbildet. Da es bei diesen Erziehungsstilen nicht darum geht, zu identifizieren, ob mindestens einmal ein bestimmtes Verhalten von Seiten der Eltern gezeigt wurde, sondern ein durchschnittliches Erziehungsverhalten sichtbar gemacht werden soll, wurden die Antworten zu den jeweils drei Aussagen einer Erziehungsstildimension durch Mittelwertbildung zusammengefasst. Befragte mit Mittelwerten von 1.00 bis 2.34 weisen eine geringe Zuwendung/Kontrolle auf, Befragte mit Mittelwerten über 2.34 bis 3.67 eine mittlere Zuwendung/Kontrolle (über 3.67 hohe Zuwendung/Kontrolle). Entsprechend der in Abbildung 17 dargestellten Ergebnisse dieser Mittelwertskalen gilt, dass 58.8 % aller Befragten eine hohe Zuwendung, 73.6 % eine hohe Kontrolle erlebt haben. Von einer geringen Zuwendung berichten demgegenüber nur 7.7 % der Befragten, von einer geringen Kontrolle 4.1 %.

Neben den Ergebnissen der Gesamtstichprobe berichtet Abbildung 17 differenzierte Auswertungen für verschiedene Geburtskohorten. Da es sich um Opfererfahrungen handelt, die z.T. weit in der Vergangenheit liegen, werden an dieser Stelle nicht Altersgruppen, sondern Kohorten miteinander verglichen. Diese Vorgehensweise erlaubt zugleich, Aussagen zur Entwicklung der elterlichen Erziehung in den letzten Jahrzehnten zu treffen. Zusätzlich sind die Befunde der schweizweiten Jugendbefragung dargestellt, bei deren Befragten es sich um durchschnittlich im Jahr 2000 geborene Personen handelt; es wird also eine weitere Kohorte in den Vergleich einbezogen, die in der Erwachsenenbefragung weitestgehend nicht erreicht wurde. Bei der Zuwendung ist erkennbar, dass der Anteil von Befragten, die über hohe Zuwendung berichten, von Kohorte zu Kohorte steigt. Die beiden ab 1990 bzw. um das Jahr 2000 herum geborenen Personen weisen mit 76.3 bzw. 77.6 % den höchsten Anteil an Befragten auf, die hohe Zuwendung erlebt haben. Bei der Kontrolle zeigen sich hingegen keine starken Veränderungen: Bereits die älteren Geburtskohorten berichten zu ca. 70 %, dass sie hohe elterliche Kontrolle erfahren haben; dieser Anteil liegt in den jüngeren Kohorten insgesamt nur zwischen fünf und zehn Prozentpunkt höher (Kohorte ab 1990: 80.1 %). Elterliche Kontrolle hat sich demnach über die Jahrzehnte hinweg nicht sonderlich stark verändert. In der Jugendbefragung wird ein unterdurchschnittlich hoher Anteil an Befragten festgestellt, die hohe Kontrolle erlebt haben.

¹⁸ In den Klammern ist nach jedem Item die zugehörige Erziehungsstildimension aufgeführt. Die Items sind am Instrument von Doering und Baier (2011, S. 77) angelehnt. Die Antwortkategorien waren dieselben wie bei der Erfassung der elterlichen Gewalt.

Abbildung 17: Häufigkeit des Erlebens verschiedener Formen elterlicher Erziehung (in %; gewichtete Daten)



Bezüglich der elterlichen Gewalt ergibt sich folgender Trend: Der Anteil gewaltfrei erzogener Personen steigt über die Kohorten hinweg: Während vor 1950 geborene Personen nur zu 22.0 % keine Gewalt erlebt haben, sind es in der Kohorte der ab 1990 geborenen Personen bereits 29.1 %, in der Jugendbefragung sogar 36.7 %. Parallel dazu sinkt primär der Anteil an Befragten mit schweren Gewalterfahrungen: Lag dieser Anteil bei älteren Kohorten noch bei ca. 30 %, fällt er auf 11.9 % in der Kohorte der ab 1990 geborenen Befragten. In der Jugendbefragung fällt der Anteil mit 21.9 % wiederum höher aus. Fraglich ist, ob sich hierin ein erneuter Anstieg der elterlichen Gewalt abzeichnet oder ob für diesen Befund Stichprobenbesonderheiten zu beachten sind, bspw., dass über die Jugendbefragung deutlich mehr Personen mit Migrationshintergrund erreicht wurden. Die Befunde zur elterlichen Gewalt machen zudem deutlich, dass der Anteil an Befragten, die höchstens Züchtigungen erlebt haben, nahezu unverändert bleibt. Alles in allem sind die Veränderungen in der elterlichen Gewalt daher nicht besonders stark. Zwar sinkt die schwere Gewalt, nicht aber die Züchtigung, weshalb auch der Anteil an Befragten ohne Gewalterfahrungen nicht stark steigt. Gewalt zumindest in der eher leichteren Form der Züchtigungen ist damit noch immer recht verbreitet in der Schweiz.

Abbildung 18 berichtet die Entwicklung der Erziehungsstile im Geschlechtervergleich. Die Zunahme des Anteils an mit hoher Zuwendung erzogener Befragter findet sich dabei sowohl für männliche als auch für weibliche Befragte. Dass in der Kohorte der ab 1990 geborenen Personen ein Geschlechterunterschied sichtbar wird, sollte an dieser Stelle mit Vorsicht interpretiert werden, insofern die Fallzahlen zu dieser Geburtskohorte geringer sind als bei den anderen Kohorten. Hinsichtlich der Kontrolle gilt, dass männliche Befragte in fast allen Kohorten seltener vom Erleben hoher Kontrolle berichten als weibliche Befragte. Tendenziell zeigt sich für beide Geschlechter ein leichter Anstieg der Kontrolle. Das Erleben schwerer elterlicher Gewalt geht sowohl bei männlichen als auch bei weiblichen Befragten zurück. Während in den älteren Geburtskohorten festzustellen ist, dass männliche Befragte häufiger schwere Gewalt berichten, gleichen sich die Raten in den jüngeren Kohorten an. Erneut sollte der Geschlechterunterschiede der jüngsten Kohorte aufgrund der geringen Fallzahlen mit Vorsicht betrachtet werden.

Abbildung 18: Häufigkeit des Erlebens verschiedener Formen elterlicher Erziehung im Geschlechtervergleich (in %; gewichtete Daten)

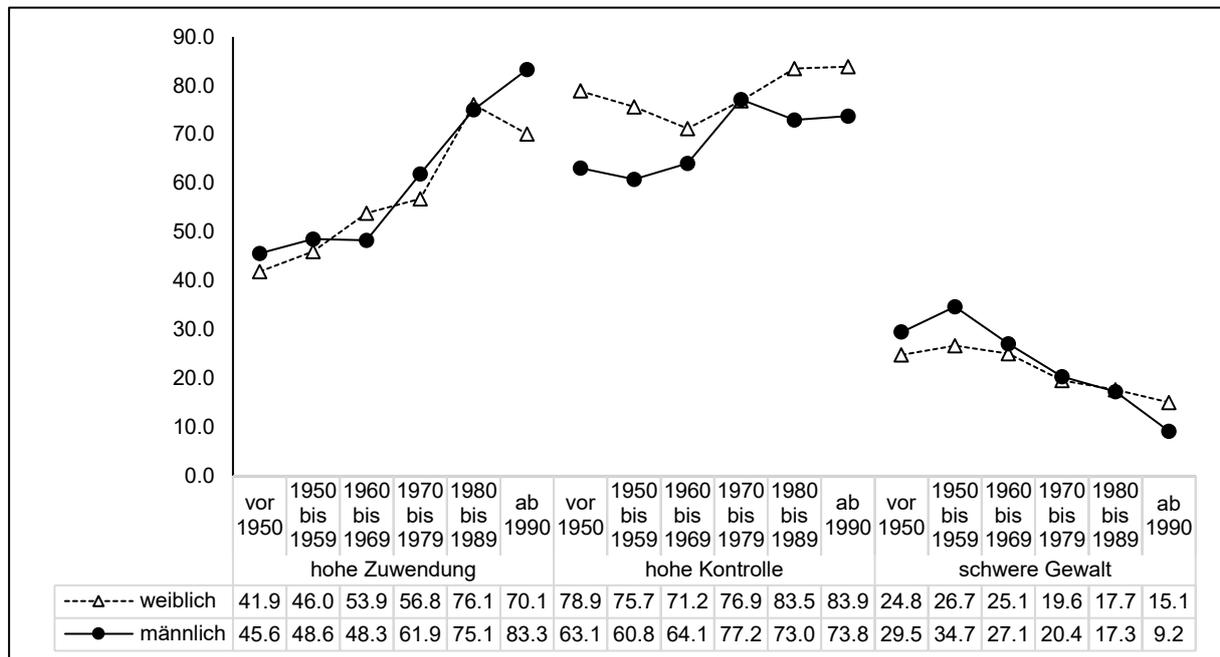
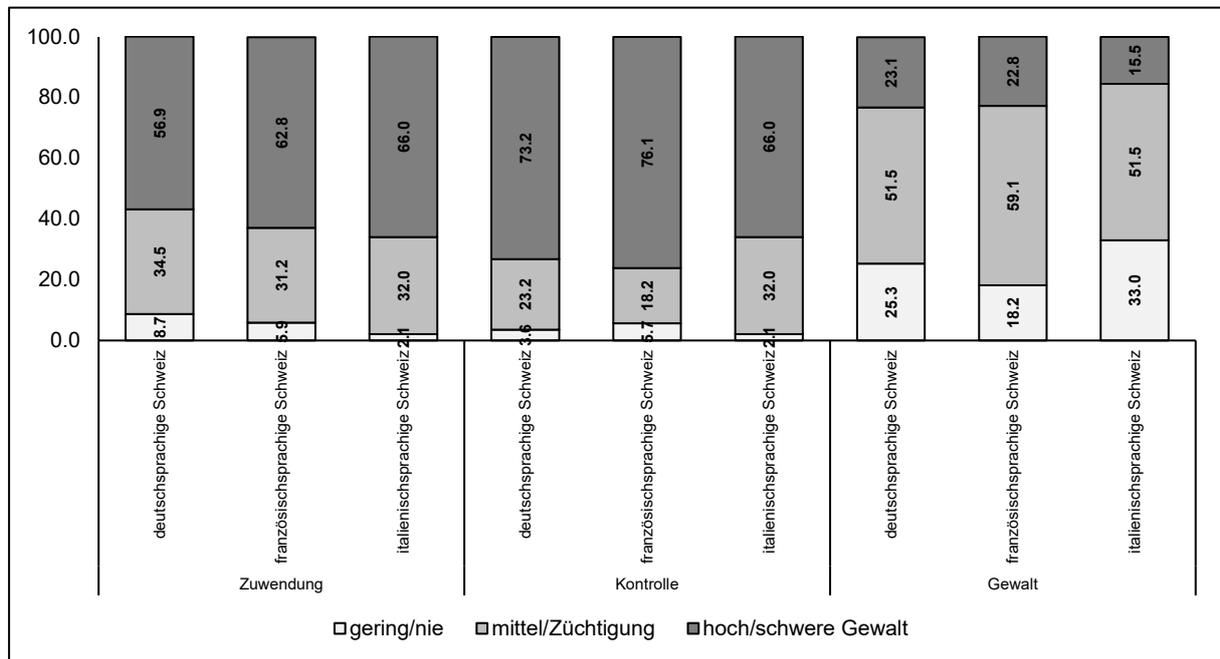


Abbildung 19 vergleicht die Erziehungserfahrungen für die drei Sprachregionen der Schweiz. Für alle drei Erziehungsstile ergeben sich dabei signifikante Unterschiede. Zu beachten ist, dass die aktuelle Sprachregionszugehörigkeit berücksichtigt wird; ob diese auch mit der Regionszugehörigkeit in der Kindheit übereinstimmt, kann nicht gesagt werden. Bezüglich der Zuwendung gilt, dass Befragte der deutschsprachigen Schweiz am seltensten, Befragte der italienischsprachigen Schweiz am häufigsten vom Erleben hoher Zuwendung berichten. Hohe Kontrolle findet sich hingegen in der französischsprachigen Schweiz am häufigsten, in der italienischsprachigen Schweiz am seltensten. Züchtigungen werden am häufigsten von Befragten der französischsprachigen Schweiz berichtet, Erlebnisse schwerer elterlicher Gewalt am häufigsten von Befragten der deutschsprachigen und der französischsprachigen Schweiz. Werden die Auswertungen auf Befragte ohne Migrationshintergrund beschränkt (ohne Abbildung), dann ergeben sich identische Befunde. Da es sich bei diesen Befragten häufiger um Personen handeln dürfte, die auch bereits in der Kindheit in derselben Sprachregion gelebt haben, kann gefolgert werden, dass mit den präsentierten Auswertungen prävalente Erziehungskulturen in den Sprachregionen sichtbar gemacht werden. Die Auswertungen lassen dabei alles in allem den Schluss zu, dass sich die Erziehung in den Regionen nicht dramatisch unterscheidet. Im Vergleich der Regionen scheinen grössere Unterschiede zur italienischsprachigen Schweiz zu existieren; hier sind aber die eher geringen Fallzahlen der Befragten in dieser Sprachregion zu beachten.

Abbildung 19: Häufigkeit des Erlebens verschiedener Formen elterlicher Erziehung im Vergleich verschiedener Sprachregionen (in %; gewichtete Daten)



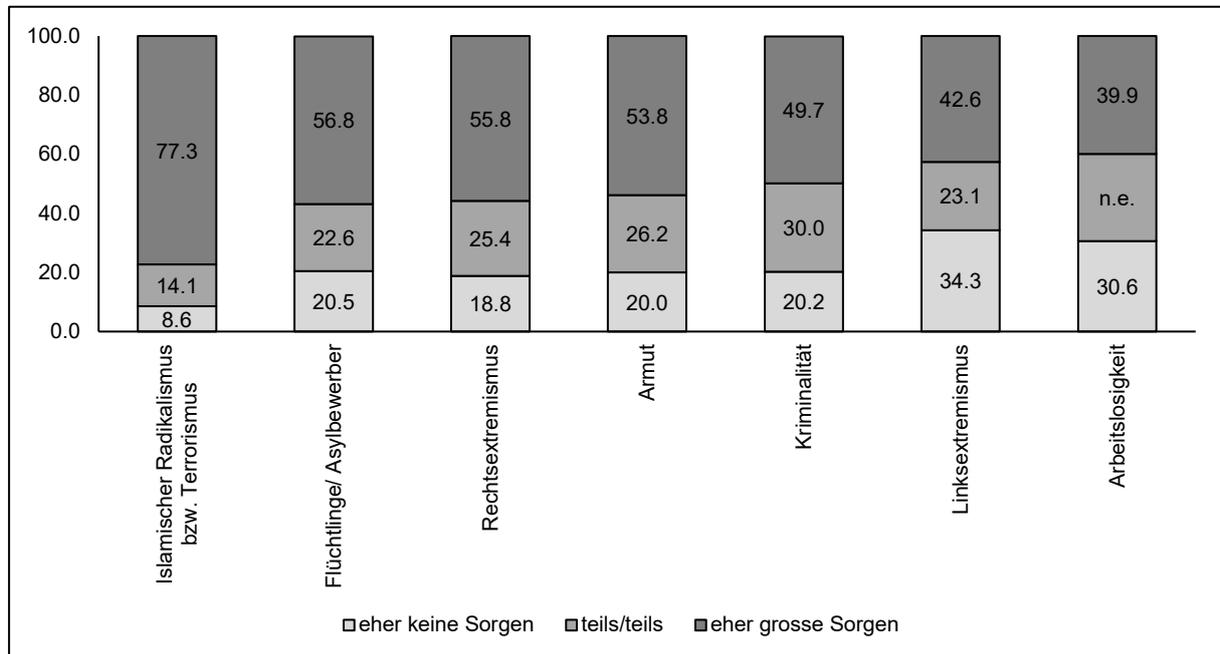
Das Erleben elterlicher Gewalt steht in keiner signifikanten Beziehung mit der Lebenszufriedenheit. Zwar fällt die Lebenszufriedenheit jener Befragter, die schwere elterliche Gewalt erlebt haben, niedriger aus als die Zufriedenheit der Personen, die Züchtigungen oder keine Gewalt erlebt haben; die Unterschiede werden aber nicht als signifikant ausgewiesen. *Insofern lässt sich in Bezug auf alle vorgestellten Auswertungen zu Opferschaften festhalten, dass insbesondere jünger zurückliegende Viktimisierungen als weiter in der Vergangenheit liegende Viktimisierungen von Bedeutung für die Lebenszufriedenheit sind. Zudem sind sowohl physische Gewalterfahrungen (z.B. Körperverletzungen mit Waffen, physische Opferschaften am Arbeitsplatz) als auch psychische Opfererfahrungen (z.B. Stalking, psychische Gewalt durch Partner, Cyberbullying, Mobbing durch Kollegen) wichtig, insofern sie die Lebenszufriedenheit signifikant senken. Dies unterstreicht, dass Gewalt vielfältige Formen annehmen kann, die zugleich in ähnlicher Weise folgenreich sind, hier illustriert anhand der Lebenszufriedenheit.*

4.2 Kriminalitätsbezogene Wahrnehmungen

4.2.1 Sorge über Kriminalität

Um zu ermitteln, ob sich die Befragten grundsätzlich Sorgen über das Thema Kriminalität machen, wurde im Fragebogen eine Reihe an Themen präsentiert, über die in der Schweiz immer wieder diskutiert wird. Auf eine Skala von „1 – bereitet mir gar keine Sorgen“ bis „5 – bereitet mir grosse Sorgen“ sollten die Befragten mitteilen, ob ihnen persönlich diese Themen Sorgen bereiten. Befragte mit den Antworten eins und zwei wurden zur Gruppe „eher keine Sorgen“, Befragte mit den Antworten vier und fünf zur Gruppe „eher grosse Sorgen“ zusammengefasst. In Bezug auf das Thema islamischer Radikalismus findet sich der höchste Anteil an Befragten, die angaben, dass sie darüber besorgt sind: 77.3 % der Befragten äusserten sich entsprechend; nur für 8.6 % handelt es sich um ein Thema, das keine Sorgen bereitet. Demgegenüber stehen die Themen Linksextremismus und Arbeitslosigkeit, die für weniger als die Hälfte der Befragte sorgen bereitende Themen sind (42.6 bzw. 39.9 %). Über Kriminalität macht sich fast die Hälfte der Befragten Sorgen (49.7 %); noch sorgenbesetztere Themen sind aber die Themen Armut, Rechtsextremismus und Flüchtlinge.

Abbildung 22: Zustimmung zu Sorgenthemen (in %; gewichtete Daten)



In Bezug auf das Thema Kriminalität finden sich verschiedene signifikante Gruppenunterschiede in der Sorgeneinschätzung. Weibliche Befragte äussern bspw. signifikant häufiger, dass ihnen dieses Thema eher grosse Sorgen bereitet als männliche Befragte (53.4 zu 46.0 %). Mit dem Alter nimmt zudem die Sorge über dieses Thema zu: 61- bis 85-jährige haben zu 59.0 % eher grosse Sorgen über Kriminalität, 18- bis 40-jährige nur zu 47.4 % (41- bis 60-jährige: 45.5 %). In ländlichen Gebieten findet sich ein höherer Anteil an Befragten, die eher grosse Sorgen haben, als in kleinstädtischen und städtischen Gebieten (53.3 zu 50.3 zu 43.4 %). Zudem ergibt sich ein deutlicher Unterschied zwischen den Sprachregionen: In der italienischsprachigen Schweiz berichten mit 76.5 % deutlich mehr Befragte Sorgen als in der deutschsprachigen und der französischsprachigen Schweiz (47.6 bzw. 50.6 %).

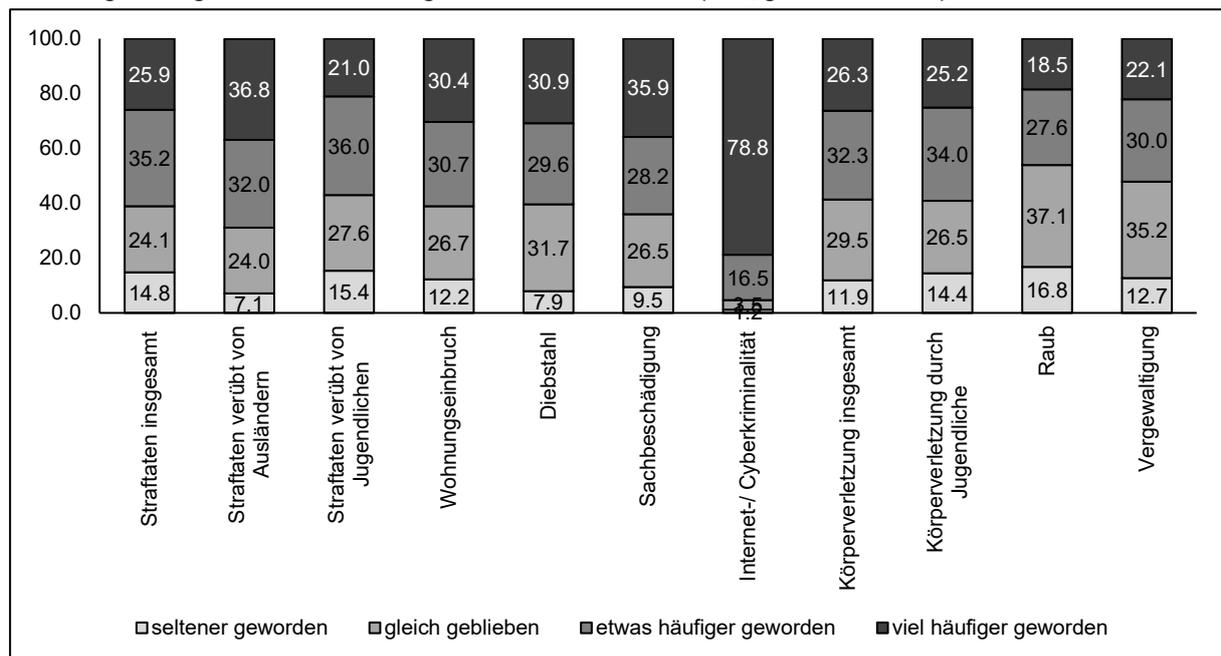
4.2.2 Einschätzung der Kriminalitätsentwicklung

Die tatsächliche Entwicklung der Kriminalität – abgebildet bspw. über die Polizeiliche Kriminalstatistik – ist die eine Seite der Kriminalität (vgl. Kapitel 2); die andere Seite ist, wie die Menschen die Entwicklung der Kriminalität wahrnehmen. Beide Seiten müssen dabei nicht notwendiger Weise übereinstimmen. Um die wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung zu erheben, wurden die Befragten gebeten, einzuschätzen, wie sich ausgewählte Straftaten in den letzten zehn Jahren in der Schweiz entwickelt haben, wobei die Antwortkategorien von „1 – sehr viel seltener geworden“ bis „7 – sehr viel häufiger geworden“ reichten.

In Abbildung 23 sind die verschiedenen abgefragten Straftaten aufgeführt. Erkennbar ist, dass es keinen Straftatenbereich gibt, bei dem eine Mehrheit der Befragten angegeben hat, dass es in den zurückliegenden zehn Jahren zu einem Rückgang gekommen ist. Nur zwischen 1.2 und 16.8 % gaben an, dass Delikte seltener geworden sind. Allerdings war zwischen einem Viertel und einem Drittel der Befragten der Meinung, dass die verschiedenen Straftaten in etwa gleichgeblieben sind (Ausnahme: Cyberkriminalität). Mehr als die Hälfte vertritt jeweils die Ansicht, dass Straftaten etwas oder viel häufiger geworden sind. Eine Ausnahme bildet der Raub: Hier waren insgesamt nur 46.1 % der Meinung, dass dieser in den letzten zehn Jahren in der Schweiz zugenommen hat. Ein besonders grosser Anteil an Befragten

gab an, dass Delikte aus dem Bereich Internet-/Cyberkriminalität gestiegen sind: Insgesamt 95.3 % sehen hier eine Zunahme (16.5 plus 78.8 %). Auch in Bezug auf Straftaten verübt von Ausländern sowie Sachbeschädigungen geht ein grosser Anteil der Befragten von einem Anstieg aus (68.8 und 64.1 %). Hinsichtlich der Straftaten insgesamt zeigt sich, dass 35.2 % der Befragten eine Zunahme, 25.9 % sogar eine starke Zunahme wahrnehmen. Wie oben berichtet, betrug der Rückgang der Straftaten in der Schweiz in den zurückliegenden Jahren etwa ein Drittel; die deutliche Mehrheit der Bevölkerung schätzt die Kriminalitätsentwicklung insofern falsch ein. Nur die 14.8 %, die angegeben haben, dass die Straftaten insgesamt seltener geworden sind, lagen mit ihrer Einschätzung richtig.

Abbildung 23: Eingeschätzte Entwicklung verschiedener Straftaten (in %; gewichtete Daten)



In Bezug auf die Einschätzung zu Straftaten insgesamt zeigt sich, dass weibliche Befragte signifikant häufiger eine Zunahme wahrnehmen als männliche Befragte und dass dies gleichermassen für ältere Befragte im Vergleich zu jüngeren Befragten bzw. Befragte ohne Migrationshintergrund im Vergleich zu Befragten mit Migrationshintergrund gilt. Besonders deutliche Unterschied finden sich aber im Vergleich der Sprachregionen: Befragte aus der italienischsprachigen Schweiz geben zu 48.4 % an, dass die Straftaten viel häufiger geworden sind, Befragte aus der französischsprachigen Schweiz nur zu 20.6 % (deutschsprachige Schweiz: 26.4 %). Was sich zudem zeigt, ist, dass es eine positive Korrelation zwischen der Einschätzung zur Kriminalitätsentwicklung und der Sorge bzgl. des Themas Kriminalität gibt: Wer angibt, dass sich die Straftaten insgesamt erhöht haben, äussert eine grössere Kriminalitätssorge ($r = .47$).¹⁹

4.2.3 Kriminalitätsfurcht

Neben der Einschätzung der wahrgenommenen Kriminalitätsentwicklung stellt die Kriminalitätsfurcht einen weiteren Bereich kriminalitätsbezogener Wahrnehmungen dar. Bezüglich der Messung von Kriminalitätsfurcht hat sich dabei mittlerweile die Auffassung durchgesetzt, dass eine differenzierte Erfassung notwendig ist. In Anlehnung an andere Studien (vgl. Baier et al. 2011) wurde die Kriminalitätsfurcht

¹⁹ Berichtet wird der Pearson-Korrelationskoeffizient, der Werte zwischen 0 und 1 (bzw. -1) annehmen kann. Je höher die Korrelation ausfällt, umso stärker ist ein Zusammenhang.

im Rahmen der vorliegenden Befragung daher mittels verschiedener Indikatoren erfasst, die mehrere Dimensionen der Furcht abbilden:

1. Die kognitive Kriminalitätsfurcht beinhaltet die Einschätzung, als wie wahrscheinlich es eine Person erachtet, innerhalb eines bestimmten Zeitraums Opfer verschiedener Straftaten zu werden.
2. Die affektive Kriminalitätsfurcht bezieht sich auf die Häufigkeit von Befürchtungen, diese Straftaten erleben zu müssen.
3. Die konative Kriminalitätsfurcht bzw. das Vermeidungsverhalten umfasst spezifische Verhaltensweisen, die unternommen werden, um einer möglichen Viktimisierung zu entgehen.

Die kognitive und die affektive Kriminalitätsfurcht werden gewöhnlich als zwei Subdimensionen eines übergeordneten Konstrukts, der personalen Kriminalitätsfurcht betrachtet. Personen werden damit erst dann als hoch furchtsam eingestuft, wenn sie sowohl die starke Befürchtung haben, Opfer von Übergriffen zu werden, als auch der Meinung sind, dass solche Übergriffe mit hoher Wahrscheinlichkeit geschehen werden. Die affektive und die kognitive Komponente müssen also gleichermassen auf eine hohe Furcht hindeuten. Personen, die bspw. eine hohe Furcht haben, gleichzeitig aber nicht der Meinung sind, dass Übergriffe geschehen könnten, weisen damit nur eine mittlere Furcht auf. Und Personen, die zwar der Meinung sind, dass Übergriffe sehr wahrscheinlich sind, vor diesen aber keine Furcht haben, können ebenfalls nicht als hoch furchtsam eingestuft werden.

Zur Erfassung der *personalen Kriminalitätsfurcht* wurden die Befragten gebeten, erstens einzuschätzen, wie oft sie die Befürchtung haben, Opfer von sechs Übergriffen zu werden und zweitens einzustufen, als wie wahrscheinlich sie es erachten, in den nächsten zwölf Monaten Opfer derselben Übergriffe zu werden. Zu folgenden Übergriffen sollte die Befürchtung bzw. die Eintrittswahrscheinlichkeit eingeschätzt werden:

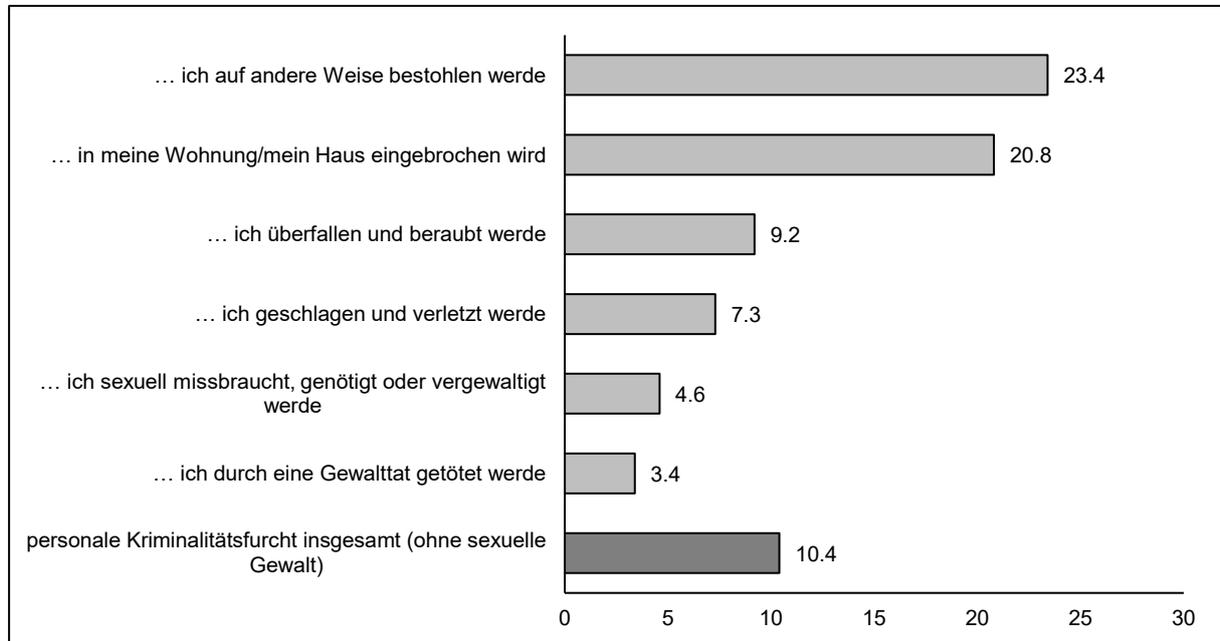
- dass in die Wohnung eingebrochen wird,
- dass man auf andere Weise bestohlen wird,
- dass man geschlagen und verletzt wird,
- dass man überfallen und beraubt wird,
- dass man sexuell missbraucht, genötigt oder vergewaltigt wird,
- dass man durch eine Gewalttat getötet wird.

Die Antwortkategorien bei der Befürchtung reichten von „1 – nie“ bis „5 – sehr oft“, die Antwortkategorien bei der Wahrscheinlichkeitseinschätzung von „1 – sehr unwahrscheinlich“ bis „5 – sehr wahrscheinlich“. In der Befragung korreliert die Einstufung der Befürchtung und die Einstufung der Eintrittswahrscheinlichkeit deliktsbezogen zu mindestens $r = .60$ miteinander. Eine hohe Befürchtung bspw. bzgl. des Wohnungseinbruchs geht also mit einer höheren Wahrscheinlichkeitseinschätzung des Wohnungseinbruchs einher.

Um ein Mass der personalen Kriminalitätsfurcht konstruieren zu können, wurde der Mittelwert aus beiden Einschätzungen (Befürchtung und Eintrittswahrscheinlichkeit) für jedes Delikt gebildet. Im Ergebnis liegt damit für jedes Delikt eine Furchteinschätzung vor, die zwischen eins und fünf variieren kann. In Abbildung 24 ist der Anteil an Befragten dargestellt, die einen Mittelwert über 3.00 aufweisen. Zusätzlich wurde aus den Einschätzungen zu den Einzeldelikten ein Mittelwert gebildet, mit dem der Anteil an Befragten bestimmt werden kann, die personale Kriminalitätsfurcht aufweisen. Aus dieser Skalenbildung wurde dabei das Item zur sexuellen Gewalt ausgeschlossen, weil es insbesondere für weibliche Befragte relevant ist. Alle anderen Items können hingegen gleichermassen weibliche und männliche Befragte ansprechen. Die Reliabilität der Fünf-Item-Skala ist mit Cronbachs Alpha = .86 als sehr gut zu bewerten, d.h. die fünf Items messen in reliabler Weise personale Kriminalitätsfurcht. Deutlich wird, dass Furcht vor Diebstahl recht verbreitet ist: 23.4 % der Befragten weisen eine entsprechende Furcht auf.

Die Furcht davor, durch eine Gewalttat getötet zu werden, findet sich hingegen am seltensten (3.4 %). Insgesamt weisen 10.4 % aller Befragten eine personale Kriminalitätsfurcht auf.

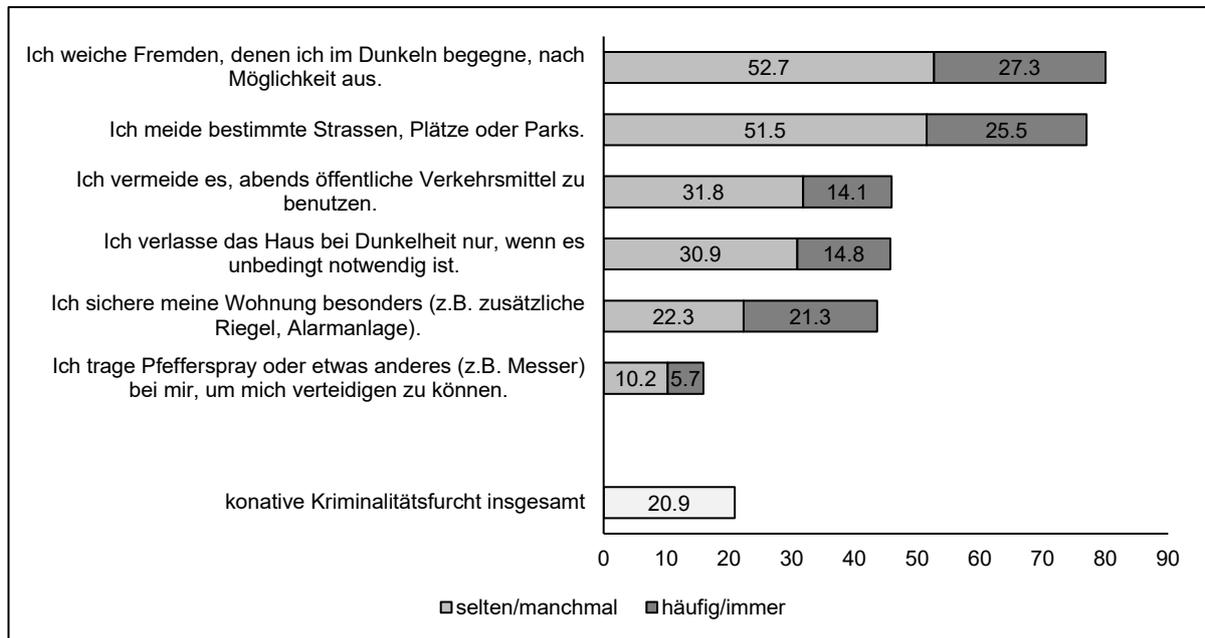
Abbildung 24: Anteil Befragter mit personaler Kriminalitätsfurcht (in %; gewichtete Daten)



Der Vergleich der verschiedenen Befragten Gruppen zeigt, dass Frauen signifikant häufiger personale Kriminalitätsfurcht aufweisen als Männer (12.4 zu 8.3 %). Die Altersgruppen unterscheiden sich hingegen nicht signifikant voneinander. Es gilt aber, dass Befragte mit Migrationshintergrund häufiger Furcht berichten als Befragte ohne Migrationshintergrund (12.9 zu 9.6 %). Im ländlichen Raum ist die Furcht am geringsten (7.9 %), im kleinstädtischen Raum am höchsten (13.8 %; städtisch: 9.6 %). Zwischen den Sprachregionen finden sich keine signifikanten Unterschiede, wenngleich auch in der deutschsprachigen Schweiz der Anteil an Befragten mit personaler Furcht am geringsten ausgeprägt ist (9.4 %; französischsprachige Schweiz: 12.8 %, italienischsprachige Schweiz: 12.5 %). Die personale Kriminalitätsfurcht korreliert positiv mit der Sorge bzgl. des Themas Kriminalität ($r = .42$) und mit der Wahrnehmung des Anstiegs der Straftaten insgesamt ($r = .30$).

Das *Vermeidungsverhalten (konative Kriminalitätsfurcht)* als weitere Furchtdimension wurde über sechs Einzelitems erfasst, die in Abbildung 25 abgebildet sind. Die Häufigkeit des Ausübens der Verhaltensweisen konnte von „1 – nie“ bis „5 – immer“ eingeschätzt werden. In der Abbildung sind die Antworten „2 – selten“ und „3 – manchmal“ sowie die Antworten „4 – häufig“ und „5 – immer“ zusammengefasst. Immerhin 80.0 % der Befragten gaben an, dass sie Fremden im Dunkeln ausweichen, 77.0 % meiden bestimmte Strassen, Plätze oder Parks. Insgesamt 15.9 % der Befragten gaben an, Pfefferspray oder etwas Anderes mit sich zu tragen, um sich verteidigen zu können.

Abbildung 25: Anteil Befragter mit konativer Kriminalitätsfurcht (in %; gewichtete Daten)



Anhand einer explorativen Faktorenanalyse konnte festgestellt werden, dass die sechs Items kein einheitliches Konstrukt „konative Kriminalitätsfurcht“ abbilden. Stattdessen werden zwei Dimensionen unterschieden. Auf der ersten Dimension laden die ersten vier in Abbildung 25 dargestellten Items, auf der zweiten Dimension die anderen beiden Verhaltensweisen. Eine inhaltliche Interpretation dieses Ergebnisses ist schwierig. Erstgenannte Items umfassen eher niedrigschwelligere Verhaltensweisen, die mit weniger Kosten verbunden sein dürften; die anderen Items umfassen eher höherschwellige Verhaltensweisen, bei denen Kosten für die Anschaffung bestimmter Sicherheitstechniken bzw. für die Beschaffung von Pfefferspray, Waffen o.ä. entstehen. Da die zweite Dimension nur von zwei Items bestimmt wird, soll dieses seltenere Verhalten nachfolgend nicht weiter untersucht werden. Die Skala „konative Kriminalitätsfurcht“ soll demgegenüber von den vier ersten Items gebildet werden. Aus den Antworten zu den vier Items wurde der Mittelwert gebildet; die Reliabilität der 4-Item-Skala ist mit Cronbachs Alpha .84 als hoch einzustufen.

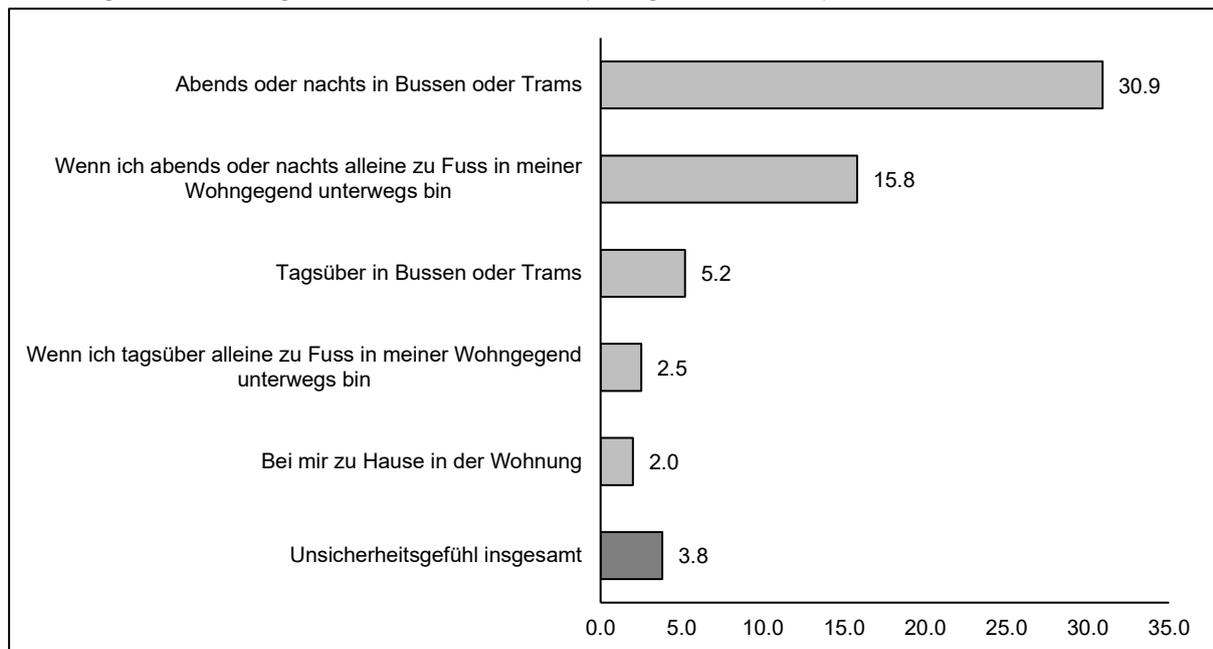
Werden die Befragten auf Basis des Mittelwerts der vier Items in zwei Gruppen eingeteilt (geringe vs. hohe Furcht; Werte bis 3.0 bzw. über 3.0), so ergibt sich, dass 20.9 % konative Furcht aufweisen. Bei Frauen ist die konative Kriminalitätsfurcht signifikant stärker ausgeprägt als bei Männern (32.8 zu 8.8 % Furcht). Auch die Altersgruppen unterscheiden sich signifikant voneinander: 18- bis 40-jährige Befragte und 41- bis 60-jährige Befragte gehören seltener zur Gruppe der Befragten mit hoher Furcht als ab 61-jährige Befragte (17.2 und 16.8 zu 32.5 %). Beide Befunde lassen sich mit einer erhöhten Vulnerabilität von Frauen bzw. Älteren erklären. Befragte ohne und mit Migrationshintergrund unterscheiden sich nicht signifikant voneinander, ebenso wenig wie Befragte ländlicher und städtischer Regionen oder Befragte der deutschsprachigen, französischsprachigen und italienischsprachigen Schweiz. Die konative Furcht und die personale Furcht korrelieren hoch positiv miteinander ($r = .45$). Zudem finden sich hohe Korrelationen zwischen der konativen Furcht auf der einen Seite und der Wahrnehmung eines Kriminalitätsanstiegs und der Sorge bzgl. des Themas Kriminalität auf der anderen Seite ($r = .32$ bzw. $.46$).

4.2.4 Unsicherheitsgefühl

Insgesamt fünf Aussagen erfassten das Unsicherheitsgefühl. Abbildung 26 stellt diese Aussagen vor, die mit „Wie sicher bzw. unsicher fühlen Sie sich an folgenden Orten“ eingeleitet wurden. Dargestellt ist

der Anteil an Befragten, die mit „1 – sehr unsicher“ bzw. „2 – eher unsicher“ geantwortet haben (weitere Antwortkategorien: „3 – eher sicher“, „4 – sehr sicher“). Immerhin 30.9 % der Befragten gaben an, dass sie sich abends oder nachts in öffentlichen Verkehrsmitteln unsicher fühlen würden. Etwa halb so viele Befragten meinten, dass sie sich unsicher fühlen, wenn sie abends oder nachts allein in der Wohngegend unterwegs sind (15.8 %). Nur 2.0 % der Befragten fühlen sich zu Hause in der Wohnung unsicher.

Abbildung 26: Anteil Befragter, die sich unsicher fühlen (in %; gewichtete Daten)



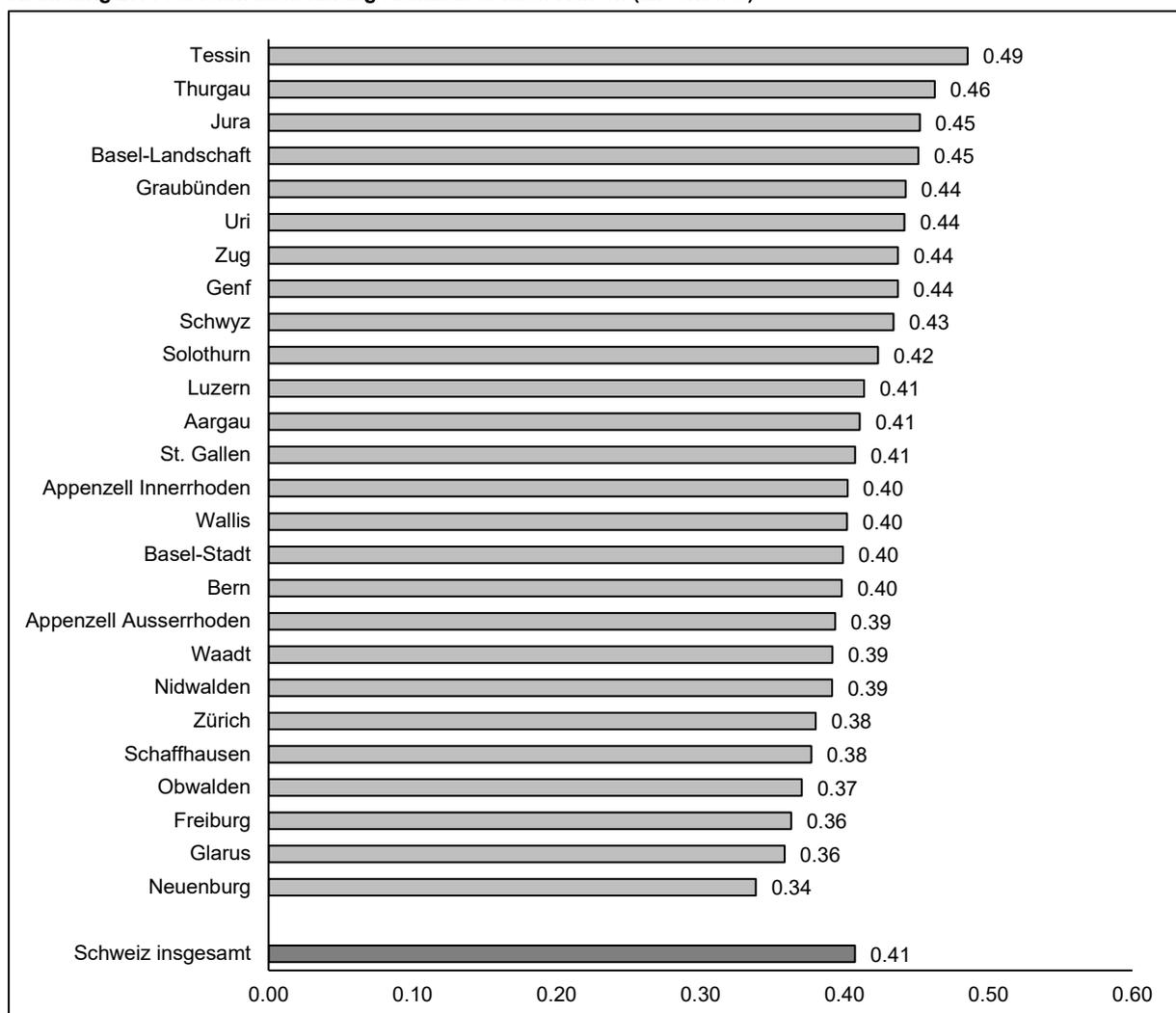
Die fünf Items korrelieren ausreichend hoch miteinander, um sie zu einer Skala zusammenzufassen (Cronbachs Alpha = .79). Aus den fünf Antworten eines Befragten wurde daher der Mittelwert gebildet; Mittelwerte unter 2.5 stehen für hohe Unsicherheitsgefühle. Für 3.8 % der Befragten gilt, dass sie ein hohes Unsicherheitsgefühl aufweisen (Abbildung 26). Weibliche Befragte äussern ein signifikant höheres Unsicherheitsgefühl als männliche Befragte (4.7 zu 2.8 %). Mit dem Alter nimmt das Unsicherheitsgefühl signifikant zu (18- bis 40-jährige: 2.6 %, 41- bis 60-jährige: 3.4 %, ab 61-jährige: 5.9 %). Zusätzlich ergibt sich ein signifikanter Unterschied im Vergleich der Sprachregionen: In der französischsprachigen Schweiz geben mehr Befragte Unsicherheitsgefühle an (6.1 %) als in der italienischsprachigen bzw. deutschsprachigen Schweiz (4.1 und 2.8 %). Für das Unsicherheitsgefühl ergeben sich ebenfalls signifikante Korrelationen mit den anderen kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen. Die nachfolgende Tabelle 11 fasst für alle bislang vorgestellten Indikatoren die Korrelationen zusammen. Hierfür wurden die insgesamt fünf Indikatoren auf eine Spannbreite von 0 bis 1 standardisiert, da sie in der ursprünglichen Form entsprechend der verschiedenen Antwortvorgaben unterschiedliche Spannweiten hatten. Die Mittelwerte aus Tabelle 11 können daher direkt miteinander verglichen werden. Dabei zeigt sich, dass der höchste Mittelwert für die Einschätzung der Entwicklung der Straftaten insgesamt festzustellen ist, hier also besonders viele Befragte zustimmten (d.h. einen Anstieg wahrnehmen). Der Mittelwert zum Unsicherheitsgefühl ist demgegenüber am geringsten; d.h. hier stimmten wenige Befragte zu. Die Korrelationen zwischen den Wahrnehmungen sind durchweg positiv und in mittlerer Höhe, so dass die verschiedenen Indikatoren zu einem Index zusammengeführt werden können (Cronbachs Alpha = .77). Dieser Mittelwertindex, der beschreibt, in welchem Ausmass Kriminalität als Problem wahrgenommen wird, hat für die gesamte Stichprobe einen Mittelwert von 0.41.

Tabelle 11: Mittelwerte und Korrelationen (Pearson r) verschiedener kriminalitätsbezogener Wahrnehmungen

	Mittelwert	Einschätzung Entwicklung Straftaten insgesamt	Sorge Thema Kriminalität	personale Kriminalitätsfurcht	konative Kriminalitätsfurcht
Einschätzung Entwicklung Straftaten insgesamt	0.64	-	-	-	-
Sorge Thema Kriminalität	0.61	.47	-	-	-
personale Kriminalitätsfurcht	0.29	.30	.42	-	-
konative Kriminalitätsfurcht	0.32	.32	.46	.45	-
Unsicherheitsgefühl	0.18	.23	.36	.47	.57

Inwieweit sich verschiedene sozio-demografische Gruppen hinsichtlich dieser Problemwahrnehmung unterscheiden, wird in Abschnitt 4.2.6. geprüft. Abbildung 27 stellt daneben dar, dass sich die Kantone der Schweiz bezüglich dieser Problemwahrnehmung signifikant unterscheiden ($F = 3.532$, $p < .001$). Im Tessin ist entsprechend der aufgeführten Mittelwerte die Problemwahrnehmung am ausgeprägtesten, in Neuenburg äussern demgegenüber die Menschen deutlich weniger Sorgen und Furcht.

Abbildung 27: Problemwahrnehmung Kriminalität nach Kanton (Mittelwerte)



4.2.5 Punitivität

Das Konzept der Punitivität ist multidimensional. Von Punitivität wird mit Blick auf die Gefangenenraten eines Landes ebenso gesprochen wie mit Blick auf dessen Gesetzgebung oder die Berichterstattung in den Medien. In der Befragung wurde aber ausschliesslich die individuelle Punitivität betrachtet. Punitivität meint in diesem Sinne „die Tendenz, vergeltende Sanktionen vorzuziehen und versöhnende zu vernachlässigen“, d.h. Strafsanktionen zu befürworten, die auf „Härte und Schärfe“ setzen (Lautmann/Klimke 2004, S. 9). Punitivität wird als eine Einstellung aufgefasst, die beinhaltet, dass sich positiv zu harten Strafen gegenüber Personen positioniert wird, die Normen brechen. Dementsprechend wird synonym zum Begriff der Punitivität auch von strafharten Einstellungen gesprochen.

Bislang existiert kein Konsens darüber, wie diese Einstellungen in empirisch quantitativen Studien erfasst werden sollen. Mindestens drei Konzeptionen sind zu unterscheiden (vgl. Suhling et al. 2005): Einzelitem-Instrumente, Punitivitäts-Skalen und die Vignettentchnik. Unter anderem aufgrund ökonomischer Überlegungen kommen in Studien zum Thema Punitivität häufig Einzelitem-Instrumente zum Einsatz. Beispiele hierfür sind die Frage nach der Zufriedenheit mit den von den Gerichten verhängten Strafen oder die Frage zur Einstellung zur Todesstrafe. An dieser Messung entzündete sich in der Vergangenheit vielfach Kritik. Wesentlicher Kritikpunkt ist, dass die Menschen zu verschiedene Assoziationen haben, wenn sie global die Arbeit der Gerichte beurteilen oder sich zur Todesstrafe positionieren sollen. Es wurden daher ebenfalls verschiedene Punitivitäts-Skalen entwickelt, die aus mehreren Items bestehen. Allerdings wird gegen diese Skalen eingewendet, dass sie oftmals heterogene Aspekte erfassen, d.h. etwa Items zur Strafhärte, zur Effektivität bestimmter Strafformen oder zum Verhalten von Straftätern im Allgemeinen. Damit gilt letztlich auch, was gegenüber den Einzelitem-Instrumenten kritisiert wird: Die Items rufen bei den Befragten Assoziationen hervor, die sehr unterschiedlich ausfallen können. Unter einem „Straftäter“ mag der eine Befragte einen Betrüger, der andere einen Sexualstraftäter subsumieren, mit sehr unterschiedlichen Folgen für das Strafbedürfnis.

Vignetten ermöglichen es, die Pluralität von Assoziationen zu reduzieren, insofern sie eine konkrete Schilderung einer Straftat beinhalten. Als weiterer Vorteil der Vignettentchnik wird angeführt, dass die Bewertung in Form eines verhängten Strafmasses sehr viel konkreter ist. Vignetten haben aber auch nicht zu vernachlässigende Nachteile. Ihre Spezifität bedeutet letztlich, dass die Generalisierbarkeit begrenzt ist. Aussagen über das allgemeine Punitivitätsniveau eines Befragten sind aus den Antworten schwer abzuleiten.

Da es bislang diese verschiedenen Formen der Erhebung von Punitivität gibt, wurden diese sämtlich auch in der vorliegenden Befragung eingesetzt. Im Detail wurden folgende Instrumente genutzt:

1. Einzelitem-Instrumente: Die Befragten sollten einerseits angeben, „welchen Eindruck Sie von den Strafen, die von Schweizer Gerichten verhängt werden“ haben. Die Antwortvorgaben reichten von „1 – viel zu gering“ bis „7 – viel zu hoch“. Die Antworten „1 – viel zu gering“ bis „3 – eher zu gering“ werden an dieser Stelle als punitiv klassifiziert (Bezeichnung „Punitivität Einzelitem (Strafen zu gering)“). Zusätzlich wurden die Befragten gebeten, mitzuteilen, wie sie über die Todesstrafe denken, wobei aus den Antwortvorgaben „dagegen“, „unentschieden“ und „dafür“ gewählt werden konnte. Befragte, die mit „dafür“ geantwortet haben, gelten als punitiv („Punitivität Einzelitem (für Todesstrafe)“).
2. Punitivitäts-Skala: Hier waren insgesamt vier Aussagen auf einer Skala von „1 – trifft überhaupt nicht zu“ bis „6 – trifft voll und ganz zu“ zu bewerten.²⁰ Die Antworten auf die Aussagen korrelieren hoch miteinander (Cronbachs Alpha = .89), weshalb aus den Antworten zu den vier Items

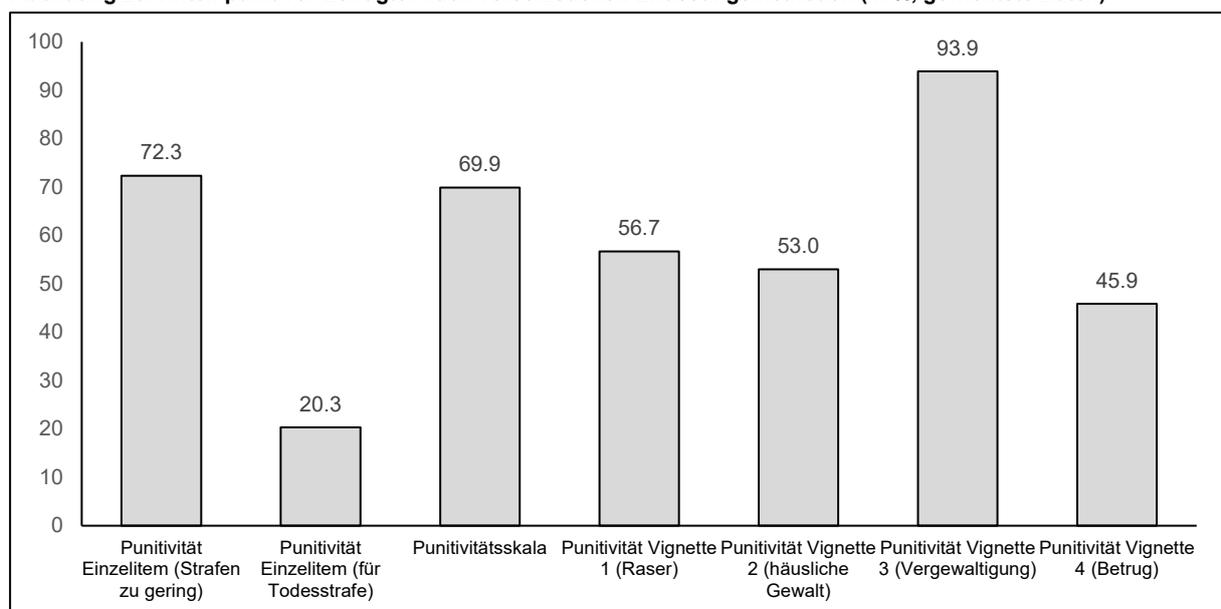
²⁰ Die Aussagen lauteten: „Bei vielen Täterinnen/Tätern hilft gegen erneute Straffälligkeit nur noch Abschreckung durch harte Strafen.“, „Auf viele Straftaten sollte mit härteren Strafen reagiert werden als bisher.“, „In den Gefängnissen sollte härter mit den Häftlingen umgegangen werden.“ und „Harte Strafen sind notwendig, damit andere davon abgehalten werden, Straftaten zu begehen.“

der Mittelwert gebildet wurde. Befragte mit Mittelwerten über 3.5 werden als punitiv eingestuft („Punitivitätsskala“).

3. Vignetten: Im Fragebogen wurden insgesamt vier kurze Fälle von strafbaren Handlungen geschildert.²¹ In der ersten Vignette handelte es sich um den Fall eines Rasers, der wie folgt geschildert wurden: „Ein 33-jähriger Mann wurde festgenommen, als er auf der Autobahn mit einer Geschwindigkeit von 232 Stundenkilometern statt der erlaubten 120 fuhr. Diesem Mann wurde der Führerausweis schon viermal wegen Geschwindigkeitsüberschreitung entzogen. Vor 5 Jahren hat er ausserdem einen Verkehrsunfall verursacht, wobei eine Person verletzt wurde. Vor dem Gericht gibt er an, dass das Automobil seit jeher sein Vergnügen sei, und dass niemand ihn daran hindern könne, so schnell zu fahren, wie er wolle.“ Im Anschluss an diese Vignetten sollten die Befragten mitteilen, wie sie den Täter bestrafen würden. Hierbei standen verschiedene Antwortmöglichkeiten zur Auswahl (von „nicht bestrafen“ über „Geldstrafe“ hin zu „Gefängnisstrafe“). Als punitiv werden diejenigen Befragten eingestuft, die „Gefängnisstrafe“ oder „lebenslängliche Gefängnisstrafe“ antworteten. In der zweiten Vignette wurde ein Vorfall von häuslicher Gewalt geschildert (Mann schlägt seine Frau), in der dritten Vignette eine Vergewaltigung und in der vierten Vignette ein Betrug (ein Banker wirtschaftet in die eigene Tasche). Bei allen Vignetten waren männliche Personen die Täter; bei den Vignetten zwei bis vier wurde zusätzlich mitgeteilt, dass der Täter bislang bei der Justiz unbekannt war.

Entsprechend der Ergebnisse aus Abbildung 28 zeigt sich, dass sich der Anteil punitiver Befragter je nach zugrundeliegender Messung deutlich unterscheidet. Am geringsten fällt der Anteil aus, wenn das Item zur Todesstrafe herangezogen wird: 20.3 % der Befragten sprachen sich für die Todesstrafe aus (62.6 % dagegen, 17.0 % unentschieden). Zugleich meinten 72.3 % der Befragten, dass die von den Gerichten verhängten Strafen zu gering ausfallen würden. Unter Nutzung der Punitivitätsskala liegt der Anteil punitiv eingestellter Befragter bei 69.9 %. Mit Blick auf die Vignetten zeigt sich, dass 93.9 % im Fall der Vergewaltigung eine Gefängnisstrafe verhängen würden. Bei den anderen geschilderten Delikten war es jeweils ca. die Hälfte der Befragten, die sich für eine Gefängnisstrafe aussprachen.

Abbildung 28: Anteil punitiver Befragter nach verschiedenen Erfassungsmethoden (in %, gewichtete Daten)



²¹ Die eingesetzten Vignetten orientierten sich an den Vignetten von Kuhn et al. (2004) sowie von Singelstein und Habermann (2019). Der Autor bedankt sich bei Prof. Dr. André Kuhn und bei Prof. Dr. Tobias Singelstein dafür, dass er auf die Vignetten zurückgreifen durfte.

Die verschiedenen Masse der Punitivität korrelieren unterschiedlich hoch miteinander. Die Einzelitems korrelieren zu Spearmans $\rho = .36$ miteinander; die Korrelationen der Einzelitems mit der Skala liegen bei $.63$ (von Gerichten verhängte Strafen) bzw. bei $.47$ (Todesstrafe). Alle anderen Korrelationen liegen unter $.20$, was bedeutet, dass vor allem die Zusammenhänge mit den Vignettenangaben eher niedrig ausfallen. Die Frage ist damit, ob bestimmte Einstufungen (Plädoyer für Gefängnisstrafe) tatsächlich Ausdruck einer übermässigen punitiven Orientierung sind. Die Angaben zu den Vignetten bedürfen insofern vertiefter Analysen. Aus diesem Grund wird im Folgenden die Punitivitätsskala im Mittelpunkt der Auswertungen stehen, dies auch deshalb, weil ein Mehr-Item-Instrument generell eine höhere Reliabilität aufweist als ein Einzelitem.

In Bezug auf diese Punitivitätsskala zeigt sich kein Geschlechterunterschied; d.h. weibliche und männliche Befragte weisen gleich häufig eine hohe Punitivität auf. Auch in Bezug auf die Altersgruppen oder im Vergleich von Befragten ohne und mit Migrationshintergrund ergeben sich keine signifikanten Unterschiede. Befragte aus städtischen Gebieten sind signifikant seltener punitiv eingestellt (62.1%) als Befragte aus ländlichen und kleinstädtischen Gebieten (73.8 bzw. 72.3%). Zudem zeigt sich, dass insbesondere Befragte aus der italienischsprachigen Schweiz punitiv eingestellt sind (81.1%) im Vergleich zu Befragten aus der deutschsprachigen und der französischsprachigen Schweiz (70.6 und 66.0%).²²

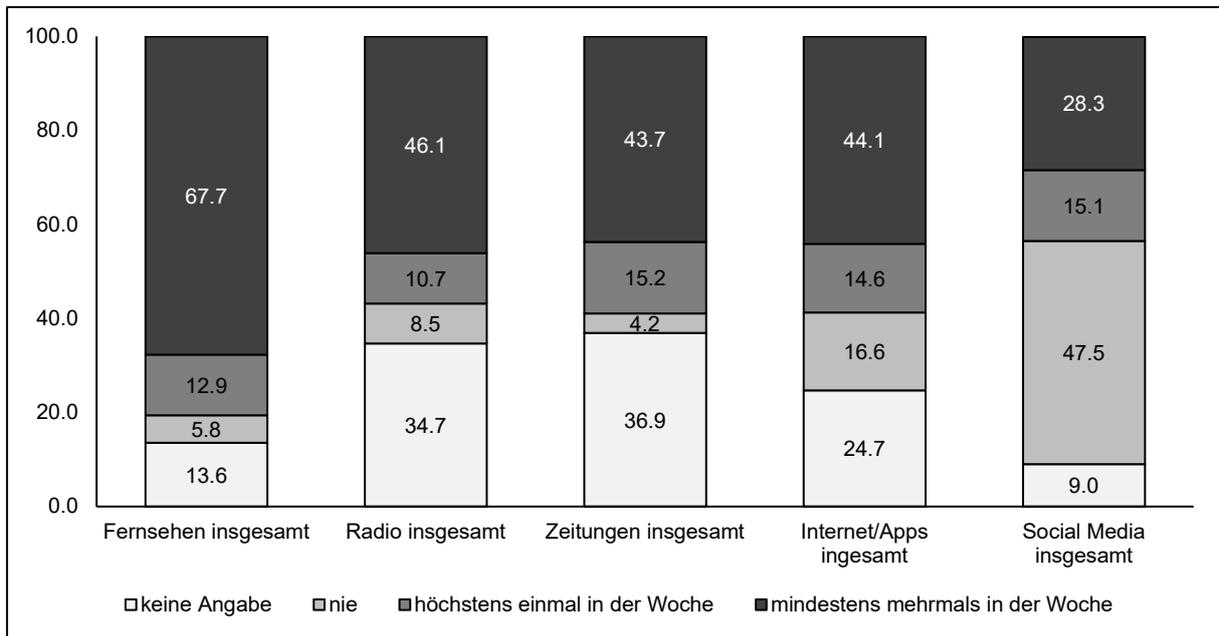
4.2.6 Medienkonsum und kriminalitätsbezogene Wahrnehmungen

Dass der Medienkonsum für kriminalitätsbezogene Wahrnehmungen eine Rolle spielt, wurde wiederholt empirisch gezeigt (u.a. Baier et al. 2011; für die Schweiz: Philipp et al. 2016). In der Befragung wurde der Medienkonsum in verschiedener Hinsicht erfasst. Zunächst wurden die Befragten ganz allgemein gebeten, mitzuteilen, wie häufig sie Fern sehen, Radio hören, Zeitungen lesen, Internet/Apps nutzen oder Social Media nutzen, um sich über aktuelle Nachrichten zu informieren. Im Anschluss wurde konkreter nach den genutzten Angeboten gefragt. Dies wurde in Bezug auf das Fernsehen und das Zeitunglesen in geschlossener Form getan; in Bezug auf Internet/Apps und Social Media erfolgte dies in offener Form, d.h. hier konnten die Befragten in ein Feld notieren, welche Angebote sie nutzen. Da hierbei eine Vielzahl an Nennungen erfolgte, können diese im Folgenden nicht vorgestellt werden.

Abbildung 29 berichtet zunächst, wie häufig die Befragten allgemein verschiedene Medien nutzen. Die Antwortvorgaben reichten von „1 – nie“ bis „6 – (fast) täglich“; zu besseren Darstellungen wurden die Antworten zwei bis vier und die Antworten fünf und sechs zusammengefasst. Zusätzlich hat sich gezeigt, dass eine recht hohe Anzahl an Befragten keine Aussage über die Häufigkeit der Nutzung der Medien gemacht hat („keine Angabe“). Warum dies der Fall gewesen ist, kann an dieser Stelle nicht gesagt werden. Im Vergleich aller Medien wird das Fernsehen noch immer am häufigsten genutzt, um sich über aktuelle Nachrichten zu informieren: 67.7% der Befragten gaben an, mindestens mehrmals wöchentlich fern zu sehen. Auch das Radio, Zeitungen und das Internet werden von jeweils mehr als vier von zehn Befragten häufig genutzt. Mit Blick auf Social-Media-Kanäle gilt, dass immerhin bereits 28.3% eine mehrmals wöchentliche Nutzung berichten; zugleich gibt auch fast jeder zweite Befragte an, nie auf Social-Media-Kanäle zuzugreifen, um sich zu informieren.

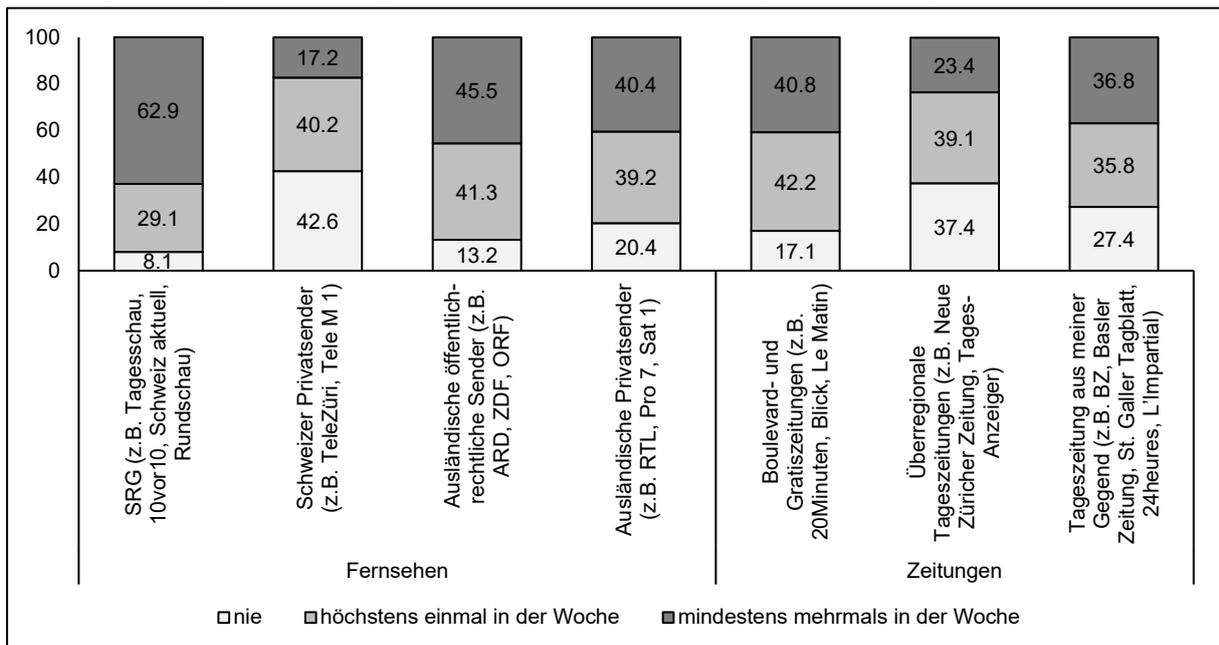
²² Im Vergleich der Kantone zeigen sich ebenfalls signifikante Unterschiede: Der Anteil punitiv eingestellter Befragter fällt dabei besonders niedrig in den Kantonen Genf (55.8%), Neuenburg (59.5%) und Freiburg (59.7%) aus; besonders hoch liegt der Anteil in den Kantonen Nidwalden (90.0%), Schwyz (80.6%) und Thurgau (80.4%).

Abbildung 29: Häufigkeit der Nutzung verschiedener Medien (in %; gewichtete Daten)



Werden in Bezug auf das Fernsehen und die Zeitungen verschiedene Formate betrachtet, dann ergibt sich das in Abbildung 30 dargestellte Bild.²³ Immerhin 62.9 % der Befragten berichten, dass sie mindestens mehrmals pro Woche SRG-Angebote nutzen, um sich über Nachrichten zu informieren. Ausländische Sender – öffentlich wie privat – sind ebenfalls recht beliebt. Schweizer Privatsender sehen hingegen nur 17.2 % der Befragten häufiger. Daneben gaben 40.8 % der Befragten an, mindestens mehrmals in der Woche Boulevard- und Gratiszeitungen zu nutzen; 23.4 % greifen bzgl. der eigenen Information häufiger auf überregionale Tageszeitungen zurück. Regionale Tageszeitungen sind ebenfalls recht beliebt: 36.8 % der Befragten lesen diese mindestens mehrmals in der Woche.

Abbildung 30: Häufigkeit der Nutzung verschiedener Fernseh- und Zeitungsformate (in %; gewichtete Daten)



²³ Bei den einzelnen Items liegt der Anteil fehlender Werte deutlich niedriger (zwischen 3.7 und 5.5 %), weshalb darauf verzichtet wurde, diesen gesondert auszuweisen.

Geprüft wurde in einem weiteren Auswertungsschritt, ob der Konsum der vorgestellten Medienformate mit kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen in Beziehung steht. Hierfür wurden Erklärungsmodelle einerseits für den Index „Problemwahrnehmung Kriminalität“, andererseits für die Punitivitätsskala durchgeführt. Berechnet wurden OLS-Regressionen mit diesen beiden Variablen als abhängige Variablen und einer Vielzahl an unabhängigen, erklärenden Variablen. In Tabelle 12 sind die Ergebnisse der Analysen festgehalten, wobei Beta-Koeffizienten aufgeführt werden, die Werte zwischen 0 und 1 bzw. 0 und -1 annehmen können; je mehr sich ein Koeffizient Richtung 1 (positiver Zusammenhang) bzw. Richtung -1 (negativer Zusammenhang) annähert, umso stärker ist ein Zusammenhang. Koeffizienten nahe 0 stehen dementsprechend für einen fehlenden Zusammenhang. Neben den Medienvariablen²⁴ wurden zusätzlich sozio-demografische Variablen integriert sowie das Erleben einer Opferschaft in den zurückliegenden zwölf Monaten und die politische Orientierung. Letztgenannte wurde über diese Frage erhoben: „Viele Leute verwenden die Begriffe ‘links’ und ‘rechts’, wenn es darum geht, politische Ansichten zu kennzeichnen. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten denken: Wo würden Sie diese Ansichten einstufen?“ Die Antwortmöglichkeiten reichten von „1 – links“ bis „10 – rechts“. Als linksorientiert wurden Befragte eingestuft, die die Antworten eins bis drei wählten (13.9 %), als politisch rechts Befragte mit den Antworten acht bis zehn (20.2 %). In der Mitte (Antworten vier bis sieben) verorteten sich 49.8 % der Befragte. Zudem konnte sich eine recht grosse Gruppe an Befragten (16.2 %) nicht auf dem Links-Rechts-Spektrum verorten und geht mit „keine Angabe“ in die Analysen ein.

Die Ergebnisse der Analysen unterstreichen, dass dem Medienkonsum ein wichtiger Einfluss bzgl. der kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen zukommt. *Befragte, die häufiger Privatsender nutzen oder Boulevard-/Gratiszeitungen lesen, haben eine signifikant erhöhte Problemwahrnehmung und Punitivität. Demgegenüber senkt das Lesen überregionaler Tageszeitungen die kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen und strafharten Einstellungen. Zudem zeigt sich ein geringer schützender Effekt des Sehens von SRG-Angebote*; das Lesen von regionalen Zeitungen hat keinen Einfluss.

Neben diesen Ergebnissen wird zudem bestätigt, dass im Vergleich zu eher linksorientierten Personen Befragte, die sich in der Mitte oder politisch eher rechts verorten, deutlich höhere Problemwahrnehmungen und Punitivitätswerte erreichen. Befragte, die in den zurückliegenden zwölf Monaten eine Straftat erlebt haben, messen dem Kriminalitätsthema ebenfalls einen höheren Stellenwert zu; die punitiven Einstellungen werden aber nur geringfügig erhöht.

Vereinzelt ergeben sich zudem signifikante Zusammenhänge mit sozio-demografischen Variablen. Männliche Befragte weisen eine signifikant geringere Problemwahrnehmung auf; hinsichtlich der punitiven Einstellungen zeigt sich aber kein signifikanter Geschlechterunterschied. Für ältere Befragte hat das Thema Kriminalität insgesamt einen höheren Stellenwert als für jüngere Befragte; im Ausmass der Punitivität unterscheiden sich die Altersgruppen hingegen nicht voneinander. Der Migrationshintergrund spielt keine bedeutsame Rolle; Befragte mit Migrationshintergrund äussern etwas seltener punitiven Einstellungen. Die regionale Herkunft (Stadt-Land) steht in keinem Zusammenhang mit den Einschätzungen. Es zeigt sich aber, dass Befragte aus der französischsprachigen Schweiz eine geringer ausgeprägte Problemwahrnehmung und Punitivität haben als Befragte aus der deutschsprachigen Schweiz. Daneben gilt, dass Befragte der italienischsprachigen Schweiz dem Thema Kriminalität mehr Bedeutung beimessen. Der Bildungsstand weist im multivariaten Modell keinen direkten Zusammenhang mit den beiden Einschätzungen auf. Allerdings verweisen die Vorzeichen der Koeffizienten darauf, dass eine höhere Bildung vor einer stärkeren Problemwahrnehmung und Punitivität schützt.

²⁴ Die Häufigkeit der Nutzung von Schweizer Privatsendern und ausländischen Privatsendern wurden zusammengefasst. Dabei wurde der Maximalwert berücksichtigt. Wenn ein Befragter bspw. (fast) täglich Schweizer Privatsender nutzt aber nie ausländische Privatsender, dann geht der Wert zur Nutzung Schweizer Privatsender in den Index ein.

Tabelle 12: Einflussfaktoren der Problemwahrnehmung Kriminalität und der Punitivitätsskala (OLS-Regressionen; abgebildet: Beta-Koeffizienten; gewichtete Daten; * p < .05, ** p < .01, * p < .001)**

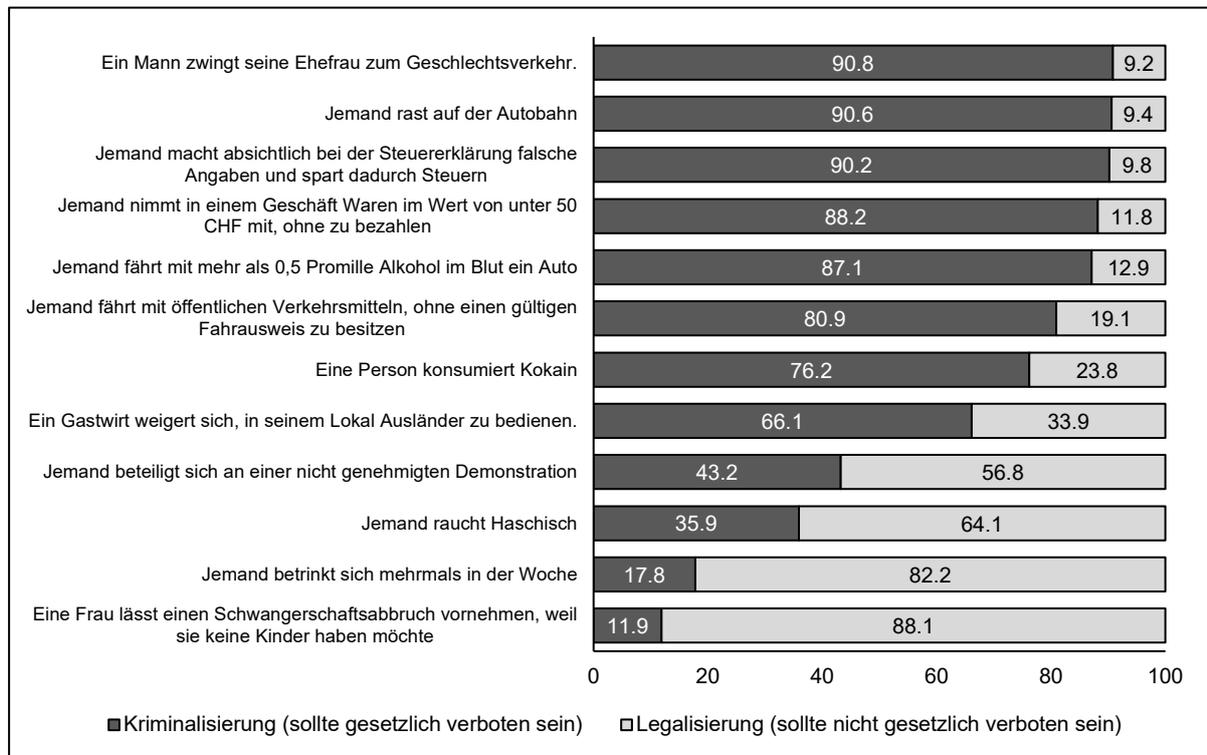
	Problemwahrnehmung Kriminalität	Punitivitätsskala
Geschlecht: männlich	-.25 ***	.00
Alter: 18 bis 40	Referenz	Referenz
Alter: 41 bis 60	.02	-.03
Alter: 61 bis 85	.13 ***	.01
Migrationshintergrund: ja	-.01	-.04 *
ländlich (unter 5000 Einwohner)	Referenz	Referenz
kleinstädtisch (unter 20000 Einwohner)	.01	-.03
städtisch (ab 20000 Einwohner)	-.02	-.04
deutschsprachige Schweiz	Referenz	Referenz
französischsprachige Schweiz	-.08 ***	-.05 *
italienischsprachige Schweiz	.06 **	.00
geringe Bildung	Referenz	Referenz
mittlere Bildung	-.02	-.00
hohe Bildung	-.06	-.09
SRG	-.05 *	-.04
Privatsender (Schweizer/ausländisch)	.19 ***	.17 ***
Boulevard- und Gratiszeitungen	.08 ***	.11 ***
Überregionale Tageszeitungen	-.11 ***	-.17 ***
Tageszeitung aus der Gegend	-.03	.03
politische Orientierung: eher links	Referenz	Referenz
politische Orientierung: Mitte	.22 ***	.24 ***
politische Orientierung: eher rechts	.37 ***	.38 ***
politische Orientierung: keine Angabe	.25 ***	.28 ***
mindestens eine Straftat in letzten 12 Monaten erlebt	.13 ***	.05 *
N	1792	1773
korr. R²	0.278	0.227

4.2.7 Legalisierung vs. Kriminalisierung

Gesellschaftliche Diskurse kreisen immer wieder um die Frage, ob bestimmte Verhaltensweisen verboten werden bzw. verboten bleiben sollen oder ob sie zu entkriminalisieren sind. Beispiele hierfür sind u.a. der Cannabiskonsum, der Ladendiebstahl oder das Schwarzfahren. Die Befragung wurde deshalb genutzt, um zu einigen ausgewählten Verhaltensweisen in Erfahrung zu bringen, wie die Schweizer Bevölkerung mit Blick auf die Legalisierung vs. Kriminalisierung zu diesen Verhaltensweisen steht. Abbildung 31 berichtet die Ergebnisse. Für fünf Verhaltensweisen zeigt sich, dass eine deutliche Mehrheit von ca. neun von zehn Befragten für eine Kriminalisierung plädiert. Hierzu gehört der nicht einvernehmliche Geschlechtsverkehr in der Partnerschaft als eine Form schwerer häuslicher Gewalt, das Rasen auf der Autobahn, die Steuerhinterziehung, der Ladendiebstahl und das Fahren unter Alkoholeinfluss. Damit bestätigt sich bspw., dass eine Legalisierung des Ladendiebstahls in der Bevölkerung eher auf Unverständnis denn auf Unterstützung stösst. Gleiches gilt für das Schwarzfahren: Acht von zehn Befragten gaben an, Schwarzfahren weiterhin gesetzlich verboten sein sollte.

Bereits 23.8 % der Befragten gaben an, dass der Konsum von Kokain legalisiert werden sollte. Für andere Verhaltensweisen fällt die Zustimmung zu einer Legalisierung noch grösser aus. In Bezug auf den Cannabiskonsum sprachen sich 64.1 % der Befragten für eine Legalisierung aus. Die Mehrheit der Bevölkerung unterstützt also eine entsprechende Initiative. 33.9 % sprachen sich dafür aus, dass nicht gesetzlich verboten werden sollte, wenn ein Gastwirt die Bedienung von Ausländern verweigert; 56.8 % der Befragten meinten, dass die Beteiligung an nicht genehmigten Demonstrationen nicht unter Strafe stehen sollte. Mehr als acht von zehn Befragten waren zudem der Meinung, dass übermässiger Alkoholkonsum wie auch der Schwangerschaftsabbruch keine Straftaten darstellen.

Abbildung 31: Anteil Befragte, die für eine Kriminalisierung bzw. Legalisierung von Verhaltensweisen sind (in %; gewichtete Daten)

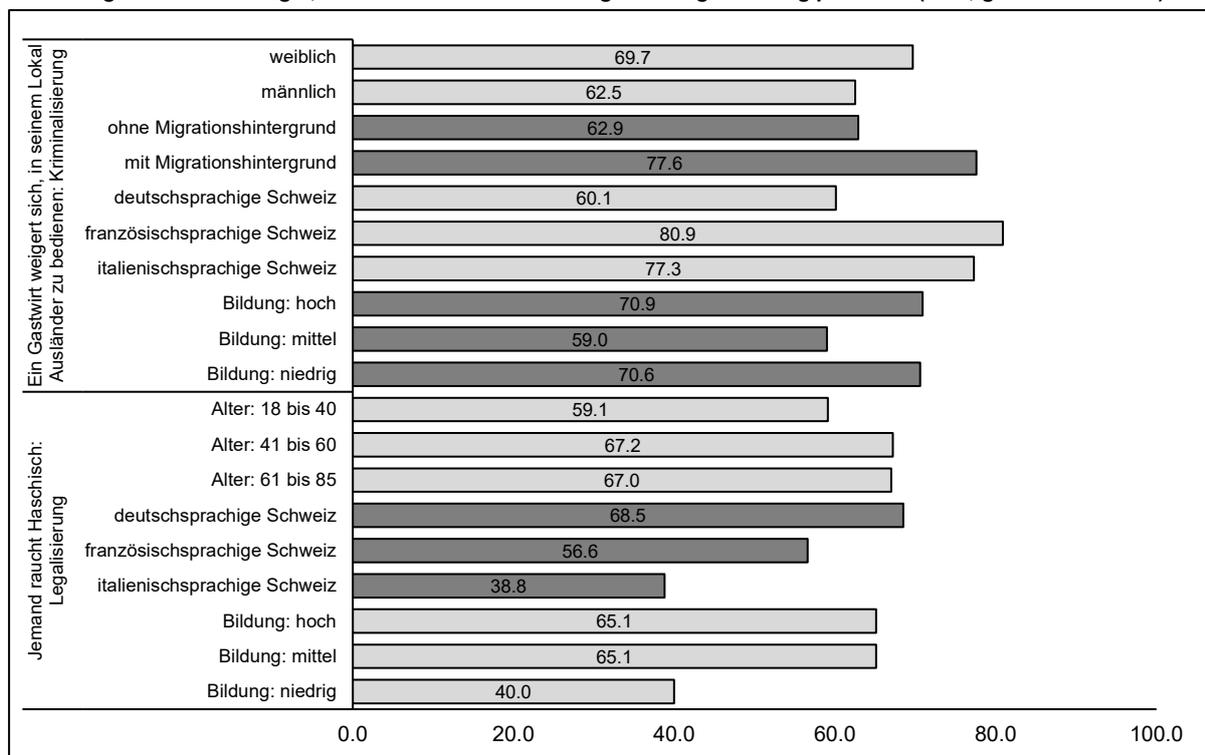


Da für einige Verhaltensweisen weitestgehend Konsens darüber besteht, ob sie kriminalisiert oder legalisiert werden sollten, erscheint eine Betrachtung nach verschiedenen sozio-demografischen Gruppen nicht notwendig. Stattdessen berichtet Abbildung 32 für zwei Verhaltensweisen, zu denen die Meinungen etwas stärker auseinandergehen, jene Gruppenunterschiede, die sich als signifikant erwiesen haben: zum Cannabiskonsum und zur Weigerung der Bedienung von Ausländern.

Wird zuerst das Verhalten der Weigerung der Bedienung betrachtet, so findet sich, dass weibliche Befragte häufiger als männliche Befragte dafür plädieren, dass ein solches Verhalten gesetzlich verboten sein sollte. Deutliche Unterschiede zeigen sich zudem zwischen Befragten ohne und mit Migrationshintergrund: Letztgenannte sind häufiger der Ansicht, dass dieses Verhalten kriminalisiert werden sollte. Ein interessanter Unterschied ergibt sich zwischen den Befragungsregionen: In der deutschsprachigen Schweiz sprechen sich mit 60.1 % weniger Befragte für eine Kriminalisierung aus als in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz (80.9 bzw. 77.3 %). Höher gebildete Befragte äussern ebenfalls häufiger als Befragte mittlerer Bildung, dass eine solche Weigerung unter Strafe zu stellen ist.

Beim Cannabiskonsum stellt Abbildung 32 den Anteil an Befragten dar, die sich für eine Legalisierung aussprechen. Etwas überraschend zeigt sich dabei zunächst, dass die jüngste Altersgruppe am seltensten für eine Legalisierung ist, die mittlere und ältere Altersgruppe etwas häufiger. In der deutschsprachigen Schweiz äussern 68.5 %, dass sie für eine Legalisierung des Cannabiskonsums sind, in der französischsprachigen Schweiz sind es 56.6 %, in der italienischsprachigen Schweiz nur 38.8 %. Darüber hinaus zeigt sich, dass Befragte mit hoher und mittlerer Bildung deutlich häufiger als Befragte mit niedriger Bildung für eine Legalisierung des Cannabiskonsums sind.

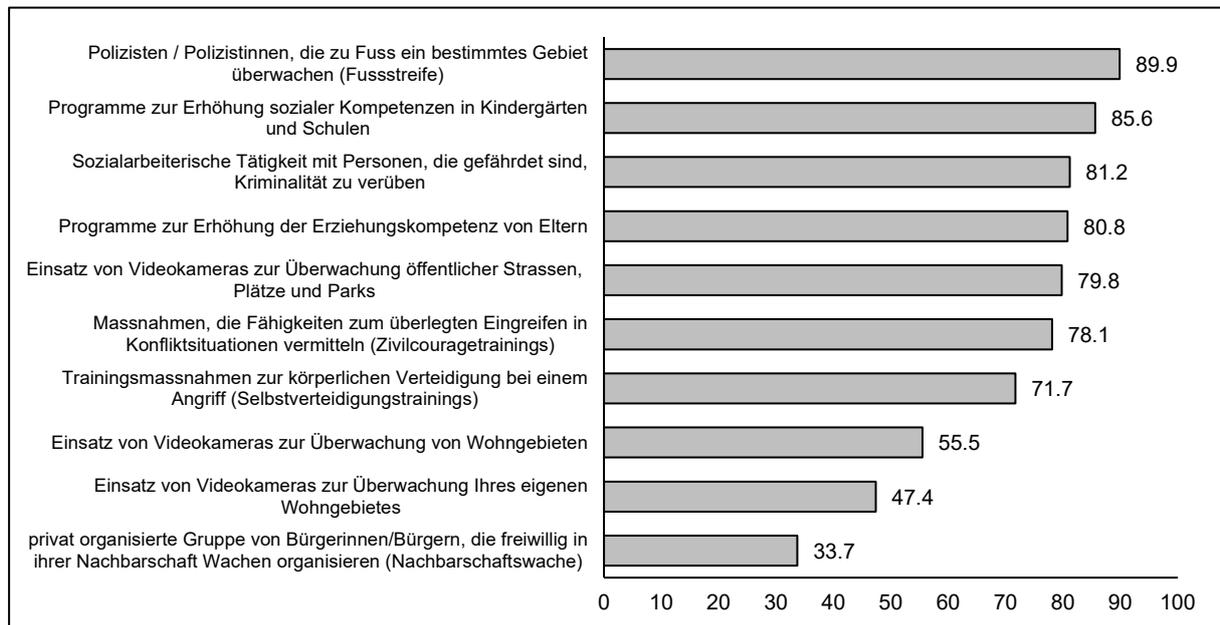
Abbildung 32: Anteil Befragte, die für eine Kriminalisierung bzw. Legalisierung plädieren (in %; gewichtete Daten)



4.2.8 Einschätzung verschiedener Präventionsmassnahmen

Welche Massnahmen die Befragten als sinnvoll erachten, um die Kriminalität zu senken, zeigt Abbildung 33. Im Fragebogen wurden insgesamt zehn Massnahmen präsentiert. Die Befragten wurden gebeten, ihre Zustimmung zu folgender Aussage anzugeben: „Diese Massnahme ist sinnvoll, um Kriminalität zu senken“. Die Antwortkategorien reichten von „1 – stimmt nicht“ bis „4 – stimmt genau“; die Antworten drei und vier werden dabei als Zustimmung gewertet. Verschiedene Massnahmen werden von einem Grossteil der Befragten als sinnvoll eingestuft. Die höchste Zustimmung erhält die polizeiliche Fussstreife; neun von zehn Befragten erachten diese als sinnvolle Massnahme, um Kriminalität zu senken. Programme zur Erhöhung sozialer Kompetenzen werden ebenfalls häufig befürwortet, ebenso wie sozialarbeiterische Tätigkeiten: 81.2 % unterstützen, dass sich Sozialarbeitende um gefährdete Personen kümmern. Auch Programme zur Verbesserung der elterlichen Erziehungskompetenz werden von 80.8 % der Befragten gutgeheissen. Zivilcourage- ebenso wie Selbstverteidigungstrainings werden jeweils von ca. drei Viertel der Befragten als sinnvolle Massnahme eingestuft. Am seltensten befürworten die Befragten Nachbarschaftswachen. Interessante Unterschiede zeigen sich in der Bewertung von Videokameras: Demnach stimmen 79.8 % der Befragten der Aussage zu, dass Videokameras zur Überwachung des öffentlichen Raums eine sinnvolle Präventionsmassnahme darstellen. In Bezug auf Wohngebiete meinen dies zugleich nur noch 55.5 %. Für das eigene Wohngebiet wird dies von der Minderheit der Befragten als sinnvolle Präventionsmassnahme eingestuft (47.4 %). Videokameras in der eigenen Nachbarschaft werden damit seltener gutgeheissen als Videokameras an anonymen Orten. Allerdings wäre für die weitere Interpretation dieser Zahlen wichtig, zu wissen, ob die Befragten überhaupt der Ansicht sind, dass Massnahmen zur Senkung der Kriminalität im Wohngebiet notwendig sind. Wenn keine solchen Massnahmen als notwendig erachtet werden, braucht es auch keine Videokameras.

Abbildung 33: Anteil Befragte, die verschiedene Präventionsmassnahmen als sinnvoll zur Senkung der Kriminalität einstufen (in %; gewichtete Daten)



Bezüglich der Befürwortung von Videokameras im öffentlichen Raum wurde analysiert, ob es Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen gibt. Als bedeutsam hat sich das Alter erwiesen: Ältere Befragte sind häufiger der Ansicht, dass es sich um eine sinnvolle Massnahme handelt als jüngere Befragte. Auch Befragte aus ländlichen Gebieten sprechen sich eher für diese Massnahme aus als Befragte aus städtischen Gebieten. Im Vergleich der Sprachregionen zeigt sich, dass Befragte der italienischsprachigen Schweiz am häufigsten für die Videoüberwachung als Präventionsmassnahme sind; Befragte aus der deutschsprachigen und der französischsprachigen Schweiz unterscheiden sich bezüglich dieser Einschätzung nicht voneinander. Daneben gilt, dass geringer gebildete Befragte häufiger eine positive Haltung zu Videokameras im öffentlichen Raum haben als höher gebildete Befragte.

Exkurs: Waffenbesitz

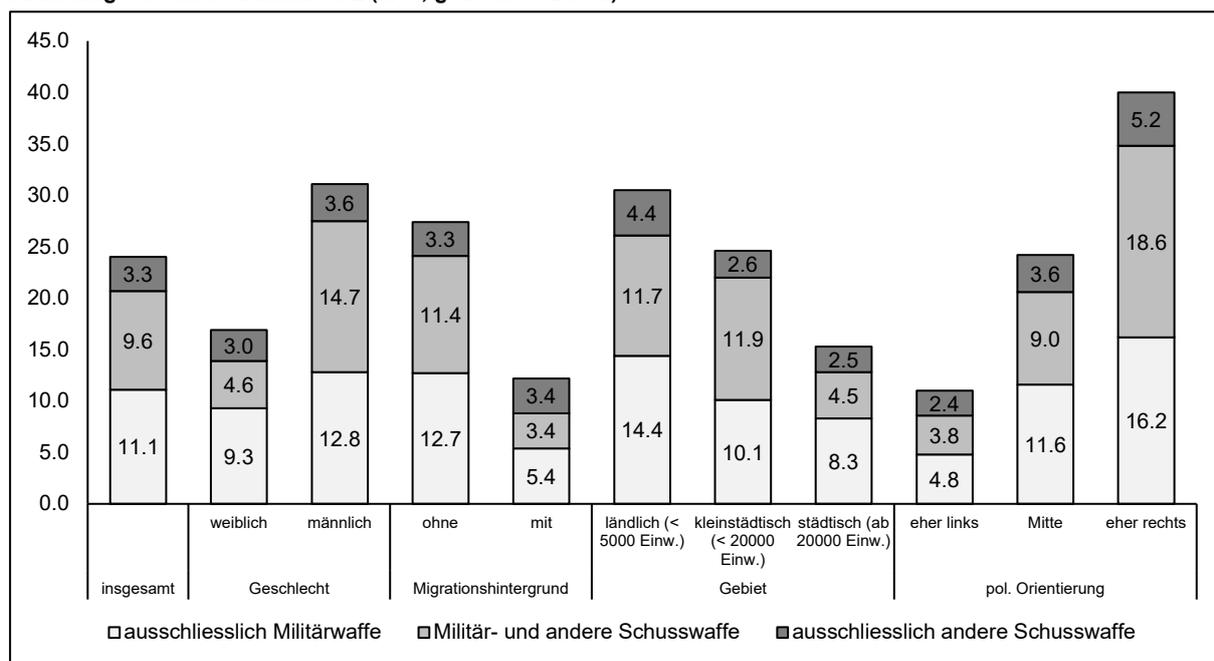
Der Besitz von Schusswaffen wurde in der Befragung mit zwei Fragen erhoben. Zunächst wurde gefragt, ob die befragte Person selbst oder jemand anderes aus dem Haushalt eine oder mehrere Militärwaffen besitzt. Im Anschluss wurde gefragt, ob sich jenseits davon andere echte Schusswaffen im Haushalt befinden. Explizit darauf hingewiesen wurde, dass Schreckschuss-, Reizstoff-, SoftAir- und Paintball-Waffen, sowie Luftdruck- oder CO₂-Waffen nicht gemeint sind. Aus den Angaben wurden vier Gruppen von Befragten gebildet: Befragte ohne Zugang zu Schusswaffen, Befragte mit Zugang zu ausschliesslich Militärwaffen, Befragte mit Zugang zu sowohl Militär- als auch anderen Schusswaffen und Befragte mit Zugang zu ausschliesslich anderen Schusswaffen. Aus Abbildung 34 geht hervor, dass in insgesamt 24.0 % aller Haushalte (d.h. in jedem vierten Haushalt) irgendeine Form von Schusswaffe vorhanden ist. In 11.1 % der Haushalte gibt es ausschliesslich Militärwaffen, in 3.3 % ausschliesslich andere Schusswaffen und in 9.6 % beide Formen von Schusswaffen.

Zusätzlich in Abbildung 34 dargestellt sind Befragtengruppen, zu denen sich signifikante Unterschiede hinsichtlich des Waffenbesitzes ergeben haben. Das bspw. die Sprachregion nicht dargestellt ist, bedeutet damit, dass es keinen signifikanten Unterschied im Waffenbesitz nach Sprachregion gibt.²⁵ Deut-

²⁵ In der deutschsprachigen Schweiz liegt der Anteil an Haushalten mit Waffen bei 25.1 %, in der französischsprachigen Schweiz bei 20.6 %, in der italienischsprachigen Schweiz bei 26.5 %.

liche Unterschiede zeigen sich für die Geschlechter: Männer geben zu insgesamt 31.1 % einen Waffenbesitz an, Frauen nur zu 16.9 %. Dieser Unterschied ist deshalb überraschend, weil sich beim Antworten auf den Haushalt bezogen werden sollte. Insofern Frauen und Männer i.d.R. in einem Haushalt zusammenleben, sollten die Angaben stärker beieinanderliegen. Eine mögliche Erklärung ist, dass Männer den Besitz der Schusswaffe ihren Frauen gegenüber verschweigen, so dass diese ihn seltener berichten. Besonders häufig scheinen Männer den Besitz weiterer Schusswaffen neben ihren Militärwaffen zu verschweigen, insofern die Diskrepanz zwischen den Angaben der Frauen und den Angaben der Männer hier am grössten ist. Neben dem Geschlechts- findet sich auch ein Herkunftsgruppenunterschied: Befragte ohne Migrationshintergrund berichten zu 27.4 % den Besitz von Schusswaffen, Befragte mit Migrationshintergrund nur zu 12.2 %. Daneben findet sich, dass sich in ländlichen Regionen häufiger Schusswaffen in Haushalten befinden als in kleinstädtischen, insbesondere aber in städtischen Regionen. Sichtbar gemacht werden kann zusätzlich, dass der Schusswaffenbesitz mit der politischen Orientierung korreliert: Politisch eher links orientierte Befragte geben nur zu 11.0 % an, Schusswaffen zu besitzen, politisch rechts orientierte Befragte zu 40.0 %. Wird die Sondergruppe der in ländlichen Gebieten lebenden, eher rechts orientierten Befragten ohne Migrationshintergrund betrachtet, steigt dieser Anteil sogar auf 46.4 % (ohne Abbildung). Die Auswertungen verdeutlichen damit, dass es eine Affinität politisch rechts orientierter Personen zu Schusswaffen gibt.

Abbildung 34: Schusswaffenbesitz (in %; gewichtete Daten)



An die Frage, ob sich jenseits von Militärwaffen noch andere Schusswaffen im Haushalt befinden, schlossen sich noch weitere Fragen an. So wurde bspw. gefragt, wie häufig die befragte Person pro Jahr mit der anderen Schusswaffe schießt. Ein Viertel (25.5 %) antwortete, dass sie nie mit der Waffe schießen, 17.5 % tun dies mindestens mehrmals pro Monat (entsprechend 57.1 % ein- bis zwölfmal). Gefragt wurde ebenfalls danach, wo mit der anderen Schusswaffe geschossen wird. Etwa ein Drittel (36.6 %) antworteten, dass sie im Verein schießen, 46.1 % in Schiesskellern. Weitere 17.3 % der Befragten antworteten, dass sie woanders mit der Waffe schießen, und zwar u.a. auf der Jagd, auf dem Schiessstand oder auf Privatgelände.

4.3 Einstellungen zu Strafgefangenen

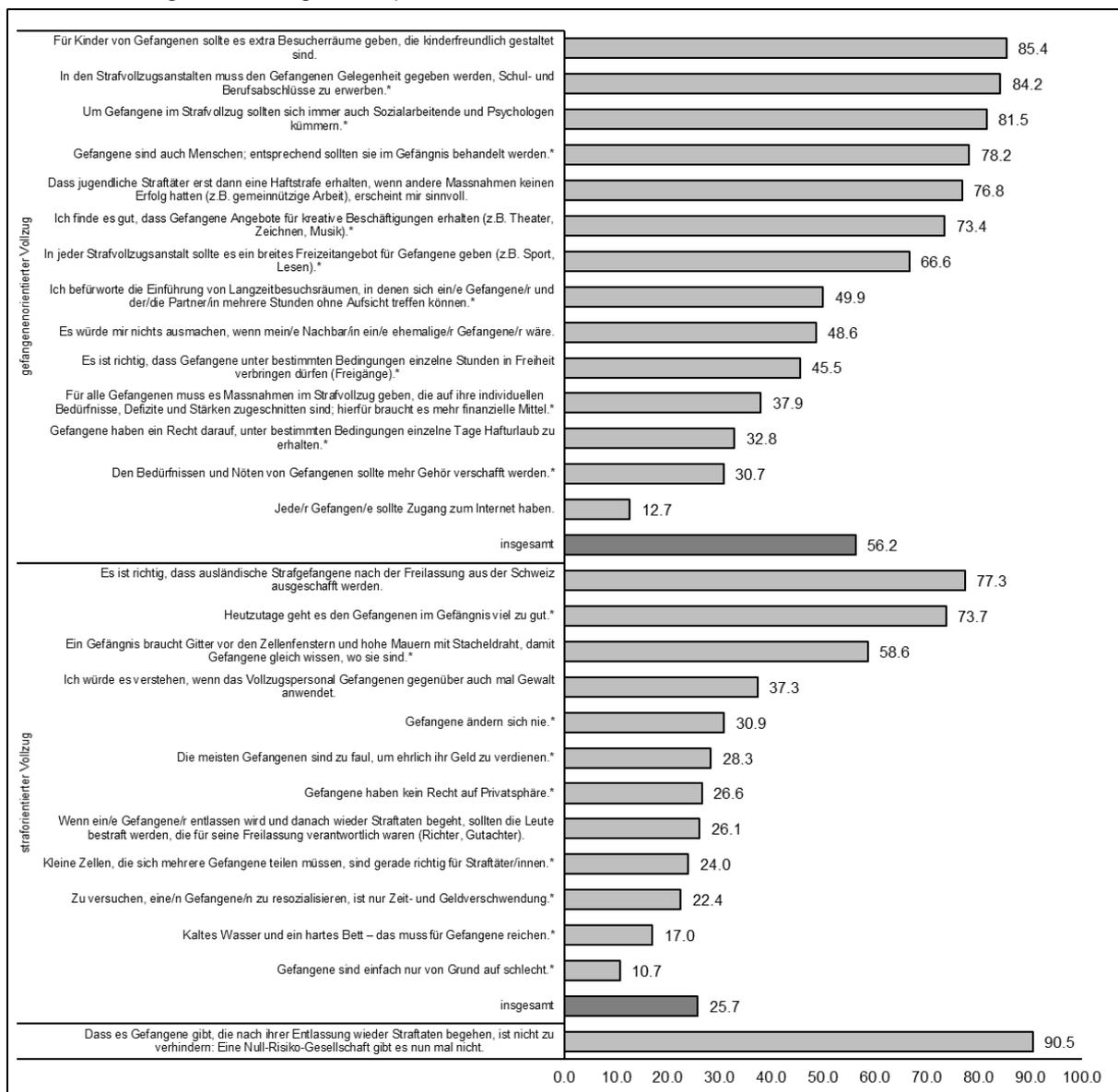
Ein Modul des Fragebogens widmete sich Einstellungen zu Strafgefangenen. In dieses Modul wurden einerseits Aussagen integriert, die in der Vergangenheit genutzt wurden, um entsprechende Aussagen zu erfassen (u.a. Lehmann/Greve 2003, S. 29). Andererseits wurden entsprechend aktueller Diskussionen in der Schweiz neue Aussagen formuliert. Insgesamt sollten die Befragten 27 Items auf einer Antwortskala von „1 – stimmt gar nicht“ bis „6 – stimmt völlig“ bewerten. In Abbildung 35 sind die Aussagen und der Anteil zustimmender Befragter dargestellt, wobei als Zustimmung die Antwortkategorien „4 – stimmt eher“, „5 – stimmt grösstenteils“ und „6 – stimmt völlig“ gewertet wurden. Die Aussagen wurden dabei entlang von zwei Dimensionen angeordnet: erstens Aussagen, die Einstellungen erheben, die einen gefangenenorientierten, die Betreuung, Entwicklung und Resozialisierung von Straftätern gutheissenden Vollzug implizieren; und zweitens Aussagen, die Einstellungen erheben, die einen straforientierten Vollzug befürworten, die also Härte und Strenge im Umgang mit Inhaftierten fordern. Diese Anordnung ist Resultat von Faktorenanalysen, in denen sich eine zweifaktorielle Struktur der erhobenen Einstellungen zeigte. Eine Aussage konnte keiner der beiden Dimensionen zugeordnet werden: 90.5 % der Befragten stimmten der Aussage zu, dass es eine Null-Risiko-Gesellschaft nicht geben kann. Dies bedeutet, dass der grossen Mehrheit der Schweizer Bevölkerung bewusst ist, dass der Strafvollzug nicht alle Inhaftierten derart zu verändern vermag, dass sie zukünftig auf delinquentes Verhalten verzichten.

An dieser Stelle werden nicht alle Aussagen und deren Zustimmungsanteile im Detail diskutiert. Einige Befunde sind dennoch erwähnenswert:

- 85.4 % der Befragten stimmen der Aussage zu, dass es kinderfreundlich gestalteter Besuchsräume im Vollzug geben sollte. Ebenfalls jeweils ca. acht von zehn Befragten befürworten, dass Gefangene die Möglichkeit haben sollten, Schul- oder Berufsabschlüsse zu erwerben, dass Gefangene von Sozialarbeitenden und Psychologen betreut werden sollten oder dass Gefangene Gelegenheit haben sollten, sich kreativ zu beschäftigen.
- Fast die Hälfte der Befragten (49.9 %) sprach sich für Langzeitbesuchsräume aus, in denen sich Gefangene und deren Partnerinnen und Partner für längere Zeit treffen können. Ebenfalls fast die Hälfte der Befragten (45.5 %) sprach sich für die Möglichkeit von Freigängen aus.
- Immerhin fast jeder zweite Befragte (48.6 %) stimmte der Aussage zu, dass es ihr oder ihm nichts ausmachen würde, einen ehemaligen Gefangenen als Nachbar zu haben.
- Bezüglich weiterer Angebote äusserte sich eine Mehrheit der Befragten jedoch skeptisch: Hafturlaube befürworten nur 32.8 % der Befragten, einen Internetzugang sogar nur 12.7 %.
- Obwohl viele Befragte einen gefangenenorientierten Vollzug zustimmen, sagen zugleich 73.7 %, dass es den Gefangenen im Gefängnis derzeit viel zu gut gehen würde. Gefangenenorientierte und straforientierte Einstellungen schliessen sich also nicht kategorisch aus, sondern können gleichzeitig bei einem Befragten vorkommen.
- Mehr als drei von vier Befragten befürwortet, dass ausländische Strafgefangene aus der Schweiz ausgeschafft werden.
- Einige der straforientierten Aussagen erhalten zugleich nur von einer Minderheit der Befragten Zustimmung: So attestieren nur 30.9 % der Befragten den Gefangenen, dass sie sich nicht ändern könnten; nur 22.4 % stimmen zu, dass Resozialisierungsarbeit Zeitverschwendung ist. Die Einstellung, dass Gefangene von Grund auf schlecht sind, vertreten insgesamt nur 10.7 % der Befragten.
- Ein Viertel der Befragten (26.1 %) unterstützt die Forderung, dass diejenigen Personen bestraft werden sollen, die bei einem rückfälligen Straftäter für dessen Freilassung verantwortlich waren. Diese in jüngerer Zeit zu hörende Forderung wird damit nur von einer Minderheit der Bevölkerung unterstützt.

Aus den verschiedenen Items wurden zwei Einstellungsskalen gebildet, wobei die Aussagen einbezogen wurden, die in Abbildung 35 mit einem Sternchen kenntlich gemacht sind. Dies bedeutet, dass bei der Bildung der Skala „Befürwortung eines gefangenenorientierten Vollzugs“ insgesamt zehn Items (Cronbachs Alpha = .88), bei der Skala „Befürwortung eines strafforientierten Vollzugs“ neun Items (Cronbachs Alpha = .86) berücksichtigt wurden. Aus den Antworten eines Befragten wurde der Mittelwert für die jeweilige Skala gebildet; Werte über 3.5 werden als Zustimmung zu einer Einstellungsdimension gewertet. Wie Abbildung 35 zeigt, fällt der Anteil an Befragten, die einen gefangenenorientierten Vollzug befürworten, mit 56.2 % höher aus als der Anteil an Befragten, die einen strafforientierten Vollzug befürworten (25.7 %). Beide Skalen korrelieren hoch negativ miteinander (Pearsons $r = -.71$), d.h. gefangenenorientierte Befragte sind eher nicht strafforientiert eingestellt und umgekehrt.

Abbildung 35: Zustimmung zu verschiedenen Aussagen über Strafgefangene (in %; gewichtete Daten; * Items, die bei der Skalenbildung berücksichtigt wurden)



Die Unterschiede in der Zustimmung zu den beiden Einstellungsdimensionen sind zwischen den verschiedenen Befragten Gruppen eher gering ausgeprägt. Weibliche Befragte stimmen signifikant häufiger

gefangenenorientierten Einstellungen zu als männliche Befragte (59.2 zu 53.2 %). Ein grosser Unterschied findet sich zugleich mit Blick auf die regionale Herkunft: Befragte aus ländlichen Gebieten (49.0 %) sind deutlich seltener gefangenenorientiert als Befragte kleinstädtischer und städtischer Gebiete (54.5 und 67.5 %). Dies ist auch ein Bildungseffekt insofern höher gebildete Befragte häufiger in städtischen Gebieten leben und zugleich häufiger gefangenenorientiert eingestellt sind: Befragte mit geringerer Bildung äussern sich nur zu 36.0 % gefangenenorientiert, Befragte mit höherer Bildung zu 63.2 % (mittlere Bildung: 48.5 %).

Zu den straforientierten Einstellungen zeigt sich ein spiegelbildliches Ergebnis: Männer stimmen diesen Einstellungen häufiger zu als Frauen (28.2 zu 23.3 %). Befragte höherer Bildung äussern sich nur zu 19.5 % zustimmend, Befragte geringerer Bildung zu 39.5 % (mittlere Bildung: 32.6 %).

Erhoben wurde in der Befragung ebenfalls, welche Strafzwecke die Befragten befürworten. In der Literatur (u.a. Kunz/Singelstein 2016, S. 284ff) wird diesbezüglich zwischen Generalprävention (auf die Gesellschaft gerichtet) und Spezialprävention (auf den Täter gerichtet) sowie zwischen positiver (Gesellschaft: Vertrauen in Rechtsordnung stärken; Täter: Resozialisierung fördern) und negativer Prävention (Gesellschaft: Abschreckung, Täter: Inhaftieren, Abschrecken) unterschieden. Eingeleitet mit „Wozu dient Ihrer Ansicht die Bestrafung von Straftätern und –täterinnen ganz allgemein“ sollten die Befragten insgesamt zehn Aussagen zu Strafzwecken beantworten, die in Abbildung 36 dargestellt sind. Die Antwortskala reichte von „1 – trifft überhaupt nicht zu“ bis „6 – trifft voll und ganz zu“, wobei die Antwortkategorien vier, fünf und sechs als Zustimmung gewertet werden.

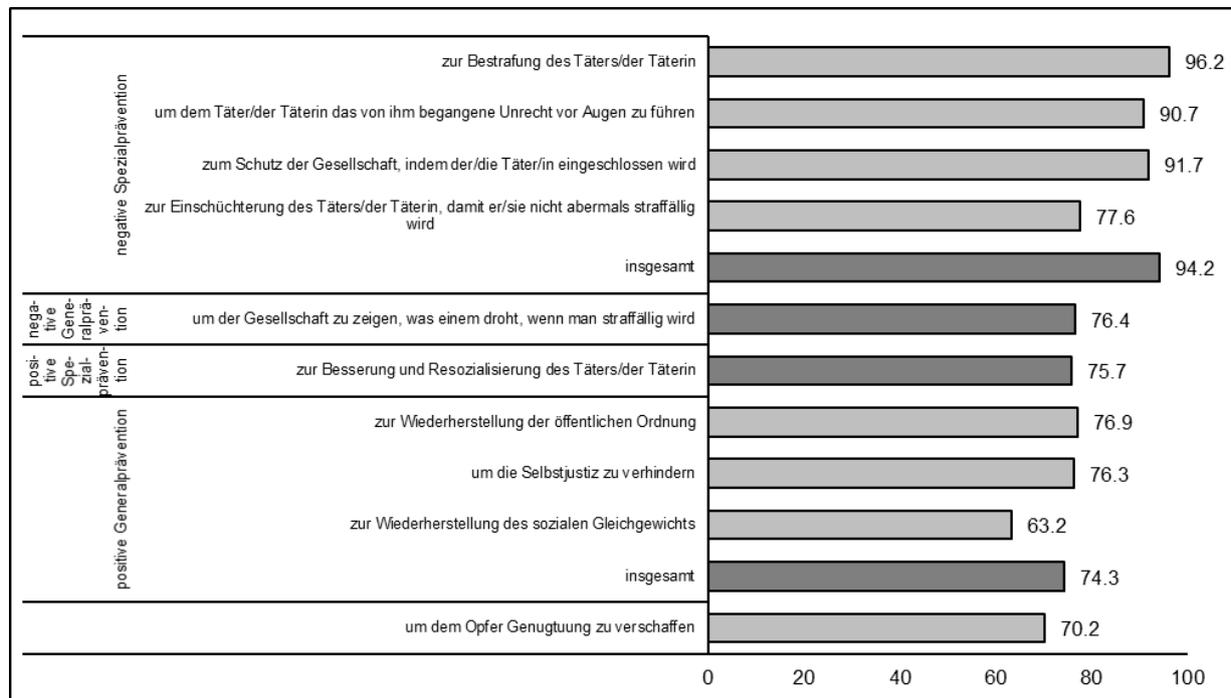
Vier Items haben die Zustimmung zur negativen Spezialprävention erfragt. Die höchste Zustimmung erhielt die Aussage, dass Strafen der Bestrafung des Täters dienen (96.2 %); 77.6 % meinten, dass Strafen für die Einschüchterung eines Täters wichtig sind. Die vier Aussagen wurden zu einer Skala zusammengefasst (Cronbachs Alpha = .66), anhand der gefolgert werden kann, dass 94.2 % der Befragten die negative Spezialprävention befürworten.

Allen anderen Strafzwecken wird seltener zugestimmt, wobei jeweils dennoch drei von vier Befragten eine befürwortende Haltung einnehmen. Die negative Generalprävention wurde nur mit einer Aussage erfasst: 76.4 % stimmen zu, dass eine Bestrafung deshalb wichtig ist, damit der Gesellschaft gezeigt wird, was bei Straffälligkeit droht. Insgesamt 75.7 % vertreten die Meinung, dass Bestrafen auch der Resozialisierung dient (positive Spezialprävention). Der positiven Generalprävention stimmen 74.3 % der Befragten zu. Die Einstellung wurde mit drei Aussagen erfasst, zu denen der Mittelwert gebildet wurde (Cronbachs Alpha = .66). Eine Aussage lässt sich keiner der vier Strafzwecke zuordnen und wird daher separat ausgewiesen. 70.2 % der Befragten waren der Ansicht, dass Strafen auch deshalb notwendig sind, um dem Opfer Genugtuung zu verschaffen.

Die vier Strafzweck-Masse korrelieren durchweg positiv miteinander, d.h. sie schliessen sich gegenseitig nicht aus. Die geringste Korrelation besteht zwischen der negativen Generalprävention und der positiven Spezialprävention (Pearsons $r = .03$), die höchste Korrelation zwischen der negativen Spezial- und der negativen Generalprävention ($r = .52$).

Im Vergleich der verschiedenen sozio-demografischen Gruppen ergeben sich vor allem Unterschiede im Vergleich der Altersgruppen: Jüngere Befragte stimmten der negativen Spezial- wie der negativen Generalprävention signifikant häufiger zu als ältere Befragte. Die positive Spezialprävention wird demgegenüber von den älteren Befragten stärker befürwortet als von den jüngeren Befragten; hinsichtlich der positiven Generalprävention findet sich für die Altersgruppen kein Unterschied.

Abbildung 36: Zustimmung zu Strafzwecken (in %; gewichtete Daten)

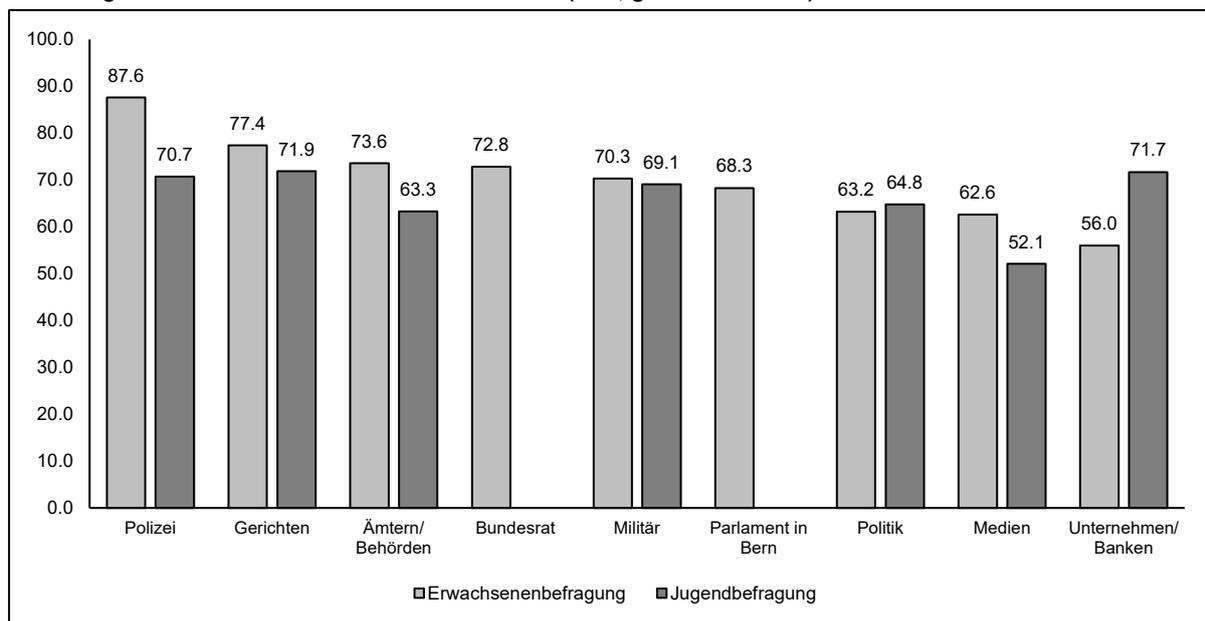


4.4 Politikbezogene und soziale Einstellungen

4.4.1 Institutionsvertrauen und Demokratiezufriedenheit

In diesem und den nachfolgenden Abschnitten werden verschiedene politikbezogene Einstellungen vorgestellt. Dabei werden wiederholt Vergleiche mit der Jugendbefragung vorgenommen, da in dieser teilweise identische Messinstrumente eingesetzt wurden. Eine erste in Abbildung 37 vorgestellte Auswertung beschäftigt sich mit dem Vertrauen in verschiedene Schweizerische Institutionen. Auf einer Antwortskala von „1 – vertraue überhaupt nicht“ bis „10 – vertraue voll und ganz“ sollten die Befragten zu neun verschiedenen Institutionen ihr Vertrauen berichten; die Antworten sechs bis zehn werden dabei als Vertrauen gewertet. In der Jugendbefragung wurde das Vertrauen weitestgehend vergleichbar erfasst, wobei in dieser nicht nach dem Bundesrat und dem Parlament gefragt wurde. Aus Abbildung 37 geht hervor, dass die Polizei das höchste Vertrauen genießt: 87.6 % der Befragten antworteten, dass sie der Polizei (eher) vertrauen. Dabei besteht ein substantieller Unterschied zur Jugendbefragung, in der mit 70.7 % deutlich weniger Befragte ein Vertrauen berichteten. Von Seiten der Jugend wird der Polizei also mehr Skepsis entgegengebracht. Jeweils ca. drei von vier Befragten der Erwachsenenbefragung gaben an, dass sie den Schweizerischen Gerichten, Ämtern und Behörden bzw. dem Bundesrat vertrauen würden. Bei den Jugendlichen ist das Vertrauen etwas niedriger ausgeprägt, insbesondere mit Blick auf die Ämter und Behörden. Unter Erwachsenen, aber ebenso unter Jugendlichen findet sich, dass dem Militär hohes Vertrauen entgegengebracht wird: 70.3 % der Erwachsenen und 69.1 % der Jugendlichen bestätigten dies. Der Politik, den Medien und den Unternehmen bzw. Banken wird von einem geringeren Anteil der Befragten Vertrauen entgegengebracht. So gaben nur 56.0 % der Erwachsenen an, dass sie den Unternehmen bzw. Banken vertrauen. In Bezug auf zwei Institutionen ergeben sich dabei deutlichere Unterschiede im Vergleich zu den Jugendlichen: Die Jugendlichen vertrauen den Medien seltener, den Unternehmen und Banken häufiger als die Erwachsenenbevölkerung.

Abbildung 37: Vertrauen in verschiedene Institutionen (in %; gewichtete Daten)



Für die Institutionen der Polizei, der Politik und der Medien wurden für die Erwachsenenbefragung noch weitere nach sozio-demografischen Gruppen vergleichende Analysen durchgeführt. Geschlechterunterschiede ergeben sich dabei weitestgehend nicht. Im Vergleich der Befragten ohne und mit Migrationshintergrund ergibt sich mit Blick auf das Vertrauen in die Politik ein signifikanter Befund: Befragte mit Migrationshintergrund vertrauen der Politik zu 73.5 %, Befragte ohne Migrationshintergrund nur zu 60.1 %. Migranten haben also ein höheres Vertrauen in die Schweizer Politik als die einheimischen Schweizer. Für alle drei Institutionen ergibt sich zudem ein Bildungseffekt: Befragte mit hoher Bildung weisen ein signifikant höheres Vertrauen auf als Befragte mittlerer und niedriger Bildung. Im Vergleich der Sprachregionen findet sich nur ein signifikanter Unterschied für das Vertrauen in die Medien: In der deutschsprachigen Schweiz ist dieses Vertrauen mit 60.0 % am niedrigsten ausgeprägten, in der französischsprachigen und italienischsprachigen Schweiz hingegen höher (68.2 bzw. 70.4 %).

Tabelle 13 stellt weitere Kurzskalen vor, die im Rahmen der Erwachsenen- und der Jugendbefragung zum Einsatz kamen. Die Messung der externalen politischen Wirksamkeit orientiert sich am Instrument von Beierlein et al. (2012), die Messung der politischen Deprivation am Instrument von Rippl und Baier (2005). Da alle Instrumente mit zwei Items gemessen wurden, wird als Mass der Reliabilität der Messung der Pearson-Korrelationskoeffizient berichtet. Dieser fällt durchweg ausreichend hoch aus, so dass die Items über eine Mittelwertbildung zu einer Skala zusammengefasst werden können. Alle Aussagen konnten von „1 – stimmt gar nicht“ bis „6 – stimmt völlig“ beantwortet werden; die Antworten vier bis sechs bzw. Mittelwerte über 3.5 werden als Zustimmung eingestuft.

In der Erwachsenenbefragung stimmten mehr als neun von zehn Befragten den Aussagen zur Messung der Demokratiezufriedenheit zu; unter den Jugendlichen fällt die Zustimmung etwas niedriger aus, d.h. diese sind etwas unzufriedener mit der Demokratie. Insgesamt äussern 90.9 % der Erwachsenen und 82.2 % der Jugendlichen Demokratiezufriedenheit. Die Demokratie stösst also auf grosse Akzeptanz. Gleichzeitig wird den Politikern von deutlich weniger Befragten attestiert, dass sie sich um die einfachen Leute kümmern und Kontakt zur Bevölkerung halten. Unter den Erwachsenen sind nur 33.5 % der Meinung, dass die Politiker in dieser Hinsicht wirksam sind, bei den Jugendlichen fällt die Zustimmung mit 50.6 % merklich höher aus. Eine politische Deprivation, d.h. eine eigene politische Wirksamkeit attes-

tieren sich 30.0 bzw. 29.2 % der Erwachsenen bzw. Jugendlichen. Obwohl die Zustimmung zur Demokratie also weit verbreitet ist, geht fast ein Drittel der Befragten davon aus, dass ihr Einfluss auf das politische Geschehen beschränkt ist.

Tabelle 13: Skalen zur Messung von Demokratiezufriedenheit, politischer Wirksamkeit und politischer Deprivation (gewichtete Daten)

		Erwachsenenbefragung		Jugendbefragung	
		Mittelwert	Zustimmung in %	Mittelwert	Zustimmung in %
Demokratie-zufriedenheit	Alles in allem bin ich mit der Demokratie, wie sie in der Schweiz besteht, zufrieden.	4.80	93.2	4.57	85.0
	Die Demokratie ist die beste Staatsform.	5.08	92.3	4.72	84.6
	Skala	4.94	90.9	4.64	82.2
	Pearsons r	.40		.52	
externale politische Wirksamkeit	Die schweizerischen Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken.	3.19	41.0	3.64	59.9
	Die schweizerischen Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.	3.36	47.9	3.66	60.9
	Skala	3.28	33.5	3.65	50.6
	Pearsons r	.59		.46	
politische Deprivation	Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.	3.52	49.8	3.28	42.9
	Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.	2.84	29.5	2.90	32.3
	Skala	3.18	30.0	3.09	29.2
	Pearsons r	.40		.37	

Die drei Einschätzungen korrelieren in mittlerer Höhe miteinander (Erwachsenenstichprobe): Befragte, die eine Demokratiezufriedenheit äussern, stimmen der politischen Wirksamkeit eher zu ($r = .29$), der politischen Deprivation weniger ($r = -.33$). Die politische Wirksamkeit und die politische Deprivation korrelieren ebenfalls negativ miteinander ($r = -.33$).

In der Erwachsenenstichprobe zeigt sich zur Demokratiezufriedenheit, dass das Geschlecht, die Wohnregion (Stadt-Land), die Herkunft (ohne bzw. mit Migrationshintergrund) und die Sprachregion keine Bedeutung für die Einschätzung haben. Demgegenüber zeigen sich signifikante Unterschiede im Vergleich der Alters- und Bildungsgruppen. Jüngere Befragte (18 bis 40 Jahre) äussern zu 89.1 % Demokratiezufriedenheit, 41- bis 60-jährige Befragte zu 90.8 %, ab 60-jährige Befragte zu 93.9 %. Befragte mit eher niedriger Bildung stimmten zu 78.6 % zu, Befragte mittlerer Bildung zu 88.5 %. Die Befragtengruppe mit hoher Bildung weist die höchste Demokratiezufriedenheit auf (93.5 %).

Exkurs: Einstellungen und Erfahrungen mit der Polizei bzw. Einstellungen zu Bodycams

Die Befragten wurden gebeten, im Fragebogen mitzuteilen, ob sich ein Polizist oder eine Polizistin ihnen gegenüber schon jemals bzw. in den zurückliegenden zwölf Monaten aggressiv verhalten hat. Im Detail wurden dabei die drei Opfererfahrungen erfragt, die in Tabelle 9 dargestellt sind. In Bezug auf das gesamte Leben gaben 8.2 % der Befragten an, Opfer aggressiver Verhaltensweisen von Polizisten geworden zu sein. Am häufigsten wurde von Beschimpfungen oder Provokationen berichtet, selten hingegen vom Schlagen o.ä. Die Prävalenzraten fallen für den Zeitraum der letzten zwölf Monate deutlich niedriger aus. Insgesamt berichteten 1.3 % aller Befragten, in den letzten zwölf Monaten aggressives Verhalten erlebt zu haben. 1.1 % wurden beschimpft oder provoziert, 0.4 % geschubst oder festgehalten. Kein Befragter gab an, dass er durch einen Polizisten geschlagen oder getreten worden ist. Mit Blick auf die Gesamtrate in den zurückliegenden zwölf Monaten finden sich keine Unterschiede zwischen verschiedenen Befragtengruppen (Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund, Gebiet). Erwähnenswert ist dennoch, dass Befragte mit Migrationshintergrund häufiger Viktimisierungen berichten als Befragte ohne

Migrationshintergrund (2.1 zu 1.0 %, nicht signifikant) und dass in der französischsprachigen und italienischsprachigen Schweiz etwas höhere Raten als in der deutschsprachigen Schweiz berichtet werden (1.7 und 2.0 zu 1.0 %, nicht signifikant).

Tabelle 9: Prävalenzraten aggressiven Verhaltens durch Polizisten (in %, gewichtete Daten)

	Lebenszeitprävalenz	12-Monats- Prävalenz
beschimpft, provoziert oder Ähnliches.	7.1	1.1
geschubst, festgehalten oder Ähnliches.	2.5	0.4
geschlagen, getreten oder Ähnliches.	0.5	0.0
aggressives Verhalten insgesamt	8.2	1.3

Neben negativen Erfahrungen im Kontakt mit Polizisten sollten die Befragten zusätzlich ihre Einstellungen zur Polizei berichten. Um diese Einstellungen zu erfassen, kamen insgesamt drei Items zum Einsatz, die in Tabelle 10 dargestellt sind. Den Aussagen konnte von „1 – stimme überhaupt nicht zu“ bis „5 – stimme voll und ganz zu“ zugestimmt werden. Die Mittelwerte fallen zu allen Items recht hoch aus, was darauf hinweist, dass die Mehrheit der Befragten ein hohes Polizeivertrauen aufweist. Wird der Anteil der Befragten ausgewiesen, die mit vier oder fünf geantwortet haben, bestätigt sich dies: 80.0 % der Befragten stimmten zu, dass die Polizei für Sicherheit sorgt; 74.6 % gaben an, dass sie ein grosses Polizeivertrauen haben. Dass die Polizei versucht, den Opfern von Straftaten zu helfen, meinten daneben 69.2 %. Da die Antworten zu den einzelnen Aussagen hoch miteinander zusammenhängen (Cronbachs Alpha = .77), wurde eine Mittelwertskala gebildet, d.h. es wurde als Mass für das Polizeivertrauen der Durchschnittswert zu allen drei Items berechnet. Befragte mit einem Mittelwert über 3.0 weisen ein hohes Vertrauen auf. Dies sind insgesamt 83.8 % aller Befragten, was bedeutet, dass mehr als vier von fünf Befragten positiv gegenüber der Polizei eingestellt sind. Männliche Befragte unterscheiden sich bzgl. dieses Anteils nicht signifikant von weiblichen Befragten; ebenso finden sich keine Unterschiede zwischen den Altersgruppen oder zwischen Befragten ohne und mit Migrationshintergrund. Die Polizei geniesst also in ganz verschiedenen Bevölkerungsgruppen hohes Vertrauen. Es gilt aber zugleich, dass Opfer aggressiven Verhaltens durch die Polizei deutlich seltener Vertrauen berichten: Wenn Befragte angegeben haben, dass die in den zurückliegenden zwölf Monaten aggressives Verhalten durch die Polizei erlebt haben, berichten sie nur zu 44.4 % hohes Vertrauen, Befragte ohne Viktimisierungserfahrungen hingegen zu 84.2 %.

Tabelle 10: Items zur Erfassung des Polizeivertrauens (gewichtete Daten)

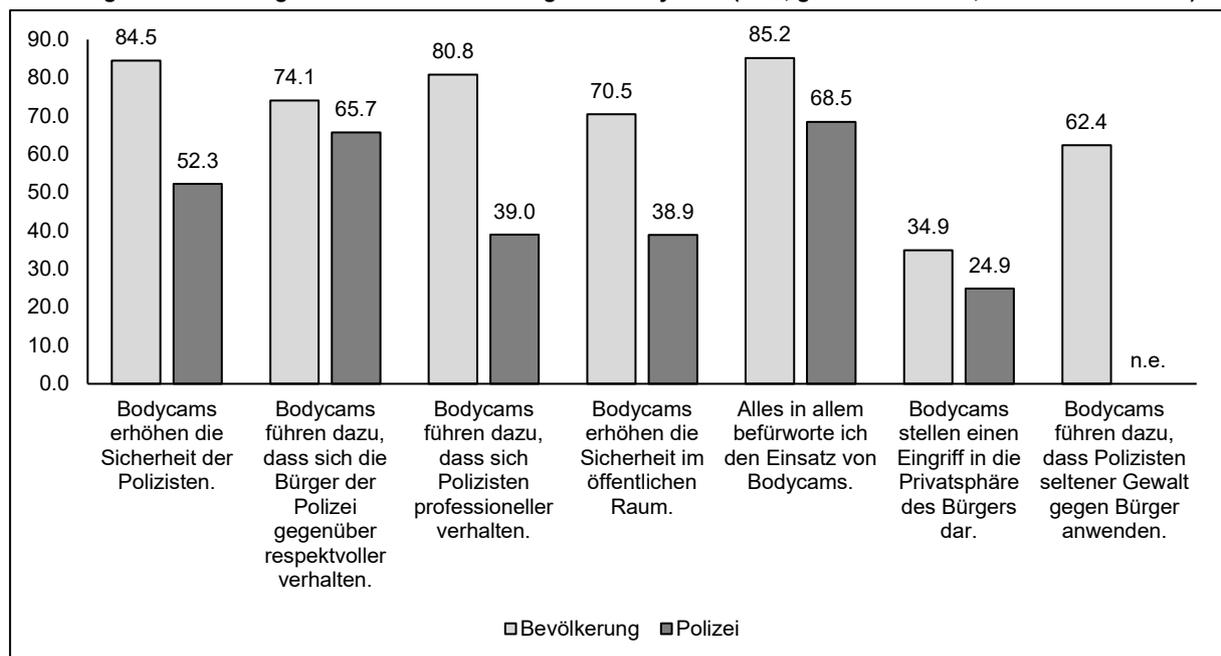
	Mittelwert	Zustimmung in %
Die Polizei sorgt bei uns für Sicherheit.	4.15	80.0
Ich habe grosses Vertrauen in die Polizei.	3.98	74.6
Die Polizei versucht, den Opfern von Straftaten zu helfen.	3.85	69.2
Insgesamt	3.99	83.8

Ebenfalls erfragt wurden Einstellungen zu Bodycams, insofern über die Einführung dieses polizeilichen Einsatzmittels immer wieder öffentlich diskutiert wird. Um diese Einstellungen zu erheben, wurde auf Aussagen zurückgegriffen, die in einer Evaluation eines Pilotprojekts zur Einführung von Bodycams in der Stadtpolizei Zürich bzw. der Transportpolizei zum Einsatz kamen (vgl. Manzoni/Baier 2018, S. 12f). Zusätzlich wurde eine weitere Aussage aufgenommen, die in der Evaluation noch nicht genutzt wurde, um Einstellungen zu Bodycams zu messen („Bodycams führen dazu, dass Polizisten seltener Gewalt gegen Bürger anwenden“). Alle Aussagen sowie die Anteile zustimmender Befragter sind in Abbildung 20 dargestellt. Als Zustimmung wurden die Antworten „4 – stimmt eher“, „5 – stimmt grösstenteils“ und „6 – stimmt völlig gewertet“ (weitere Antworten von „1 – stimmt gar nicht“ bis „3 – stimmt eher nicht“). Zusätzlich ist in Abbildung 20 dargestellt, welcher Anteil an Polizisten des Pilotprojekts den Aussagen

zustimmte, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede bzgl. der Einschätzungen sichtbar zu machen. Zu beachten ist einerseits, dass es sich um Polizisten der Stadtpolizei Zürich handelte, also nicht um eine schweizweite Polizistenbefragung. Andererseits wurden die Einschätzungen zur ersten Polizistenbefragung aufgenommen. Die Evaluation beinhaltete insgesamt zwei Befragungen, zu Beginn und am Ende des Pilotprojektzeitraums.

Insgesamt nur eine Minderheit von 34.9 % der Befragten stimmte zu, dass Bodycams einen Eingriff in die Privatsphäre darstellen würden; auch unter den Polizisten lag die Zustimmung zu diesem Item mit 24.9 % niedrig. Die höchste Zustimmung sowohl von Seiten der Bevölkerung als auch von Seiten der Polizisten erhielt die Aussage „Alles in allem befürworte ich den Einsatz von Bodycams“. Allerdings ist die Zustimmung auf Seiten der Bevölkerung mit 85.2 % deutlich höher als die Zustimmung auf Seiten der Polizisten (68.5 %). Die Bevölkerung ist bei dieser, aber auch bei allen anderen Aussagen deutlich positiver den Bodycams gegenüber eingestellt als die Polizisten. Eine besonders grosse Diskrepanz wird bei der Aussage „Bodycams führen dazu, dass sich Polizisten professioneller verhalten“ sichtbar: Die Bevölkerung äusserte sich hier zu 80.8 % zustimmend, Polizisten nur zu 39.0 %. Insgesamt ist es immer die deutliche Mehrheit der Bevölkerung, die den einzelnen Aussagen zustimmte. Immerhin 62.4 % waren der Ansicht, dass Bodycams dazu führen, dass Polizisten seltener Gewalt gegen Bürger anwenden.

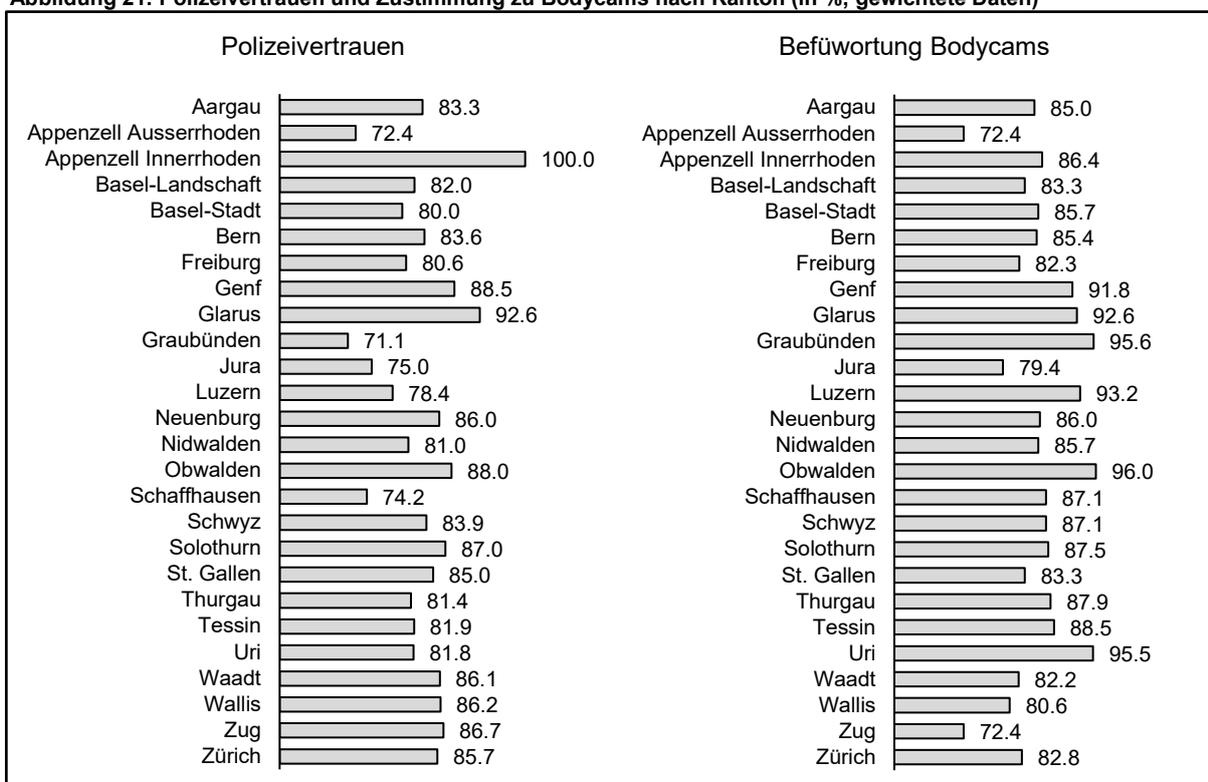
Abbildung 20: Zustimmung zu verschiedenen Aussagen zu Bodycams (in %; gewichtete Daten; n.e. = nicht erhoben)



Für das Item „Alles in allem befürworte ich den Einsatz von Bodycams“ wurden zusätzlich Auswertungen für verschiedene Befragtengruppen durchgeführt. Dabei hat sich gezeigt, dass sich männliche und weibliche Befragte ebenso wie Befragte ohne und mit Migrationshintergrund nicht hinsichtlich ihrer Einstellung zu Bodycams unterscheiden. Im Vergleich der Altersgruppen ergibt sich aber ein signifikanter Unterschied: 18- bis 40-jährige äussern sich seltener zustimmend als 41- bis 60-jährige und diese wiederum seltener als 61- bis 85-jährige (81.6 zu 85.0 zu 90.8 %). In der italienischsprachigen Schweiz fällt die Zustimmung etwas höher aus (89.6 %) als in der deutschsprachigen und der französischsprachigen Schweiz (85.2 und 84.5 %) – diese Unterschiede sind aber nicht signifikant.

Abbildung 21 präsentiert zudem Vergleiche zwischen den Kantonen. Mit Blick auf die Befürwortung von Bodycams (Zustimmung zur Aussage „Alles in allem befürworte ich den Einsatz von Bodycams“) ergeben sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den Kantonen. Die niedrigste Zustimmung – wobei sich gleichwohl fast drei Viertel der Befragten positiv äussern – findet sich in Appenzell Ausserrhoden und Zug; in Obwalden, Graubünden und Uri stimmen jeweils über 95 % zu. Ebenfalls dargestellt in Abbildung 21 ist der Anteil an Befragten mit hohem Polizeivertrauen. Auch bzgl. dieses Anteils finden sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den Kantonen. Etwas niedriger ist das Vertrauen in Graubünden und Appenzell Ausserrhoden ausgeprägt (wobei dennoch mehr als sieben von zehn Befragten ein hohes Vertrauen aufweisen); in Appenzell Innerrhoden sind es hingegen alle Befragten, die der Polizei Vertrauen attestierten.

Abbildung 21: Polizeivertrauen und Zustimmung zu Bodycams nach Kanton (in %; gewichtete Daten)



4.4.2 Verschwörungstheorien, Autoritarismus und Anomie

Tabelle 14 stellt weitere Einstellungsmasse vor, die in der Erwachsenen- wie der Jugendbefragung erhoben wurden. Bei der Messung der Verschwörungsmentalität wurde sich am Instrument von Imhof (2014), bei der Messung von Autoritarismus am Instrument von Baier und Pfeiffer (2011), bei der Messung von Anomie am Instrument von Fischer und Kohr (2014) orientiert. Die Reliabilität der Instrumente fällt ausreichend hoch aus, auch wenn beim Autoritarismus die Cronbachs-Alpha-Werte eher moderat sind. Die Antwortvorgaben reichten wiederum von „1 – stimmt gar nicht“ bis „6 – stimmt völlig“.

Sowohl für die Erwachsenen- als auch die Jugendstichprobe ergibt sich eine hohe Zustimmung zu den Items der Verschwörungsmentalität. Der Aussage, dass es geheime Organisationen gibt, die Einfluss auf politische Entscheidungen haben, stimmten bspw. 46.2 % aller Befragten zu. Insgesamt 35.9 % der Erwachsenen und 31.4 % der Jugendlichen äusserten sich im Durchschnitt zustimmend zu den drei Aussagen und orientieren sich in diesem Sinne an Verschwörungstheorien. Autoritäre Einstellungen kommen demgegenüber seltener vor: 19.7 % der Erwachsenen und 25.4 % der Jugendlichen werden

als autoritär eingestuft. Insbesondere die Aussage, dass härter gegen Randständige und Unruhestifter vorgegangen werden sollte, erhält hohe Zustimmung: Bei den Jugendlichen waren es 42.5 %, die eine Akzeptanz äusserten. Dass sich Kinder den Vorstellungen der Eltern anpassen sollten, meinten sowohl 21.7 % der Erwachsenen also auch 21.8 % der Jugendlichen. Unter den jüngeren Menschen erhalten autoritäre Einstellungen anscheinend vermehrt Zuspruch. Dies zeigt sich auch im Vergleich der Altersgruppen der Erwachsenenbefragung: Während hier die 41- bis 60-jährigen Befragten nur zu 16.4 % zustimmten, beträgt dieser Anteil bei den 18- bis 40-jährigen 19.3 %, bei den ab 61-jährigen 25.0 %.

Anomische Einstellungen, d.h. die Ansicht, dass in der Gesellschaft Regeln und Normen gegenwärtig weniger Geltung haben als früher und insofern alles unsicherer geworden ist, vertreten 46.4 % der Erwachsenen und 58.5 % der Jugendlichen. Auch hier überrascht, dass sich bei den Jugendlichen höhere Zustimmungen zeigen als bei den Erwachsenen. Im Vergleich der Altersgruppen der Erwachsenenbefragung bestätigt sich dieser Befund jedoch ebenfalls wieder: Die geringste Zustimmung zu anomischen Einstellungen weisen 41- bis 60-jährige auf (42.2 %), die höchste 18- bis 40-jährige (48.9 %) und ab 61-jährige (48.5 %). Erwähnenswert an dieser Stelle ist, dass zwei Drittel der Befragten der Jugendbefragung die Ansicht teilten, dass in diesen Tagen alles so unsicher geworden ist, dass man auf alles gefasst sein muss. Ein Unsicherheitsempfinden ist also im Jugendalltag recht weit verbreitet.

Tabelle 14: Skalen zur Messung von Verschwörungsmentalitäten, Autoritarismus und Anomie (gewichtete Daten)

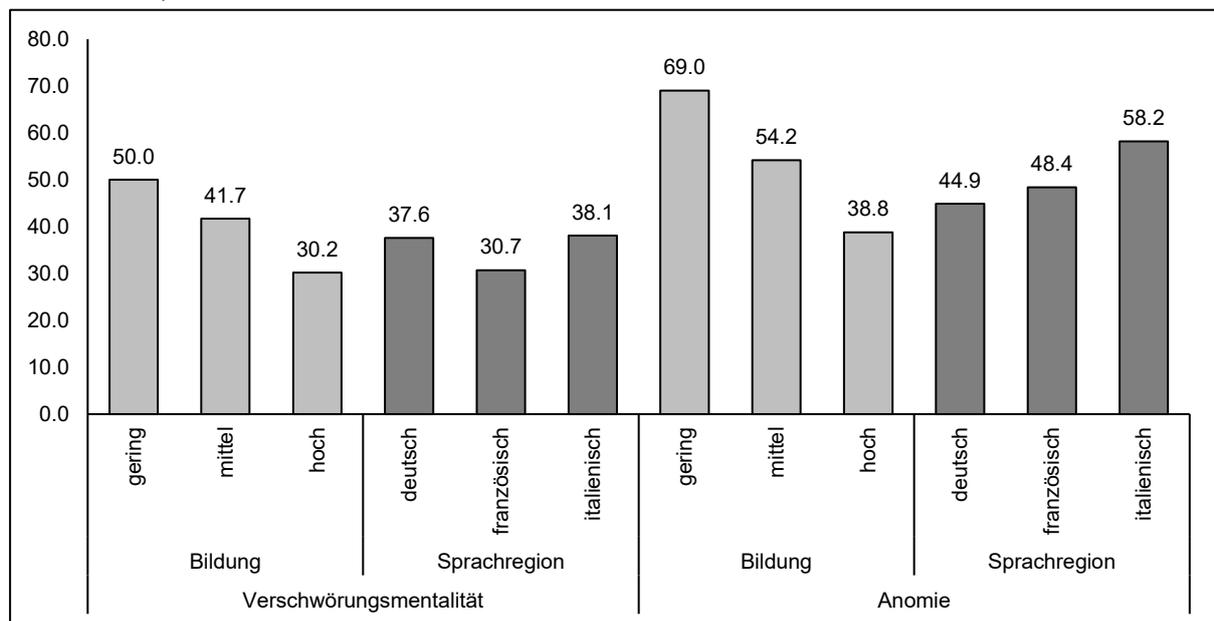
		Erwachsenenbefragung		Jugendbefragung	
		Mittelwert	Zustimmung in %	Mittelwert	Zustimmung in %
Verschwörungsmentalität	Die meisten Menschen erkennen nicht, in welchem Ausmass unser Leben durch Verschwörungen bestimmt wird, die im Geheimen ausgeheckt werden.	2.92	35.6	2.78	35.1
	Es gibt geheime Organisationen, die grossen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.	3.29	46.2	3.02	40.5
	Politiker und andere Führungspersonlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte.	3.24	41.5	2.81	33.4
	Skala	3.15	35.9	2.87	31.4
	Cronbachs Alpha		.74		.81
Autoritarismus	Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen, was wir tun sollen und was nicht.	2.75	30.2	2.92	33.8
	Kinder sollten sich den Vorstellungen der Eltern anpassen.	2.50	21.7	2.51	21.8
	Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Randständige (z.B. Obdachlose, Drogenabhängige) und Unruhestifter vorgehen	2.98	34.7	3.23	42.5
	Skala	2.74	19.7	2.89	25.4
	Cronbachs Alpha		.50		.55
Anomie	Früher waren die Leute besser dran, weil jeder wusste, was er zu tun hatte.	3.04	36.3	3.24	41.0
	In diesen Tagen ist alles so unsicher geworden, dass man auf alles gefasst sein muss.	3.50	53.5	3.97	67.5
	Wenn man die Ereignisse der letzten Jahre betrachtet, wird man richtig unsicher.	3.57	56.2	3.82	64.9
	Skala	3.37	46.4	3.68	58.5
	Cronbachs Alpha		.73		.63

Die drei Einstellungen korrelieren in unterschiedlicher Höhe miteinander (Erwachsenenbefragung): Verschwörungsmentalitäten gehen demnach weniger mit autoritären Einstellungen einher ($r = .19$) als mit anomischen Einstellungen ($r = .51$). Autoritäre und anomische Einstellungen korrelieren in mittlerer Höhe miteinander ($r = .33$).

Da sich für die Verschwörungsmentalität ebenso wie für die Anomie recht hohe Zustimmungswerte ergeben, wurden diese noch einmal getrennt für verschiedene sozio-demografische Gruppen betrachtet. Dabei haben sich signifikante Unterschiede weitestgehend nur für die Bildungsgruppen und Sprachre-

gionen gezeigt. Abbildung 38 verdeutlicht die Unterschiede: Je höher das Bildungsniveau eines Befragten ist, desto geringer fällt die Zustimmung zur Verschwörungsmentalität und zu anomischen Einstellungen aus. Sehr deutlich ist das Bildungsgefälle bei den anomischen Einstellungen: Befragte mit geringer Bildung stimmen diesen zu 69.0 % zu, Befragte mit hoher Bildung nur zu 38.8 %. Die Zustimmung zur Verschwörungsmentalität ist in der deutschsprachigen und italienischsprachigen Schweiz am verbreitetsten. Zugleich gilt, dass auch anomische Einstellungen in der italienischsprachigen Schweiz die höchste Zustimmung erhalten; Befragte aus der deutschsprachigen Schweiz stimmen diesen Einstellungen am seltensten zu.

Abbildung 38: Zustimmung zu Verschwörungsmentalität und Anomie nach sozio-demografischen Gruppen (in %; gewichtete Daten)



4.4.3 Homophobie

Zur Messung homophober Einstellungen wurde auf eine Zwei-Item-Skala zurückgegriffen, die auf dem Instrument von Heyder et al. (2005) beruht. Die Items sind in Tabelle 15 aufgeführt. Zu beachten ist, dass ein Item ein sog. Umkehritem darstellt, bei dem Zustimmung eine positive Einstellung zu Homosexuellen indiziert. Für die Auswertungen wurden die Antworten entsprechend umkodiert, so dass hohe Werte für Homophobie stehen. Die Antwortvorgaben reichten von „1 – stimmt gar nicht“ bis „6 – stimmt völlig“. Die Korrelation zwischen beiden Items liegt in der Erwachsenenstichprobe bei $r = .64$, in der Jugendstichprobe nur bei $r = .44$. In der Jugendstichprobe hängt eine Zustimmung zu einem Item also in geringerem Ausmass mit der Zustimmung zum anderen Items zusammen. Allerdings ist die Korrelation noch ausreichend hoch, um eine Mittelwertskala aus beiden Items zu bilden; Werte über 3.5 stehen für eine Zustimmung zu homophoben Einstellungen.

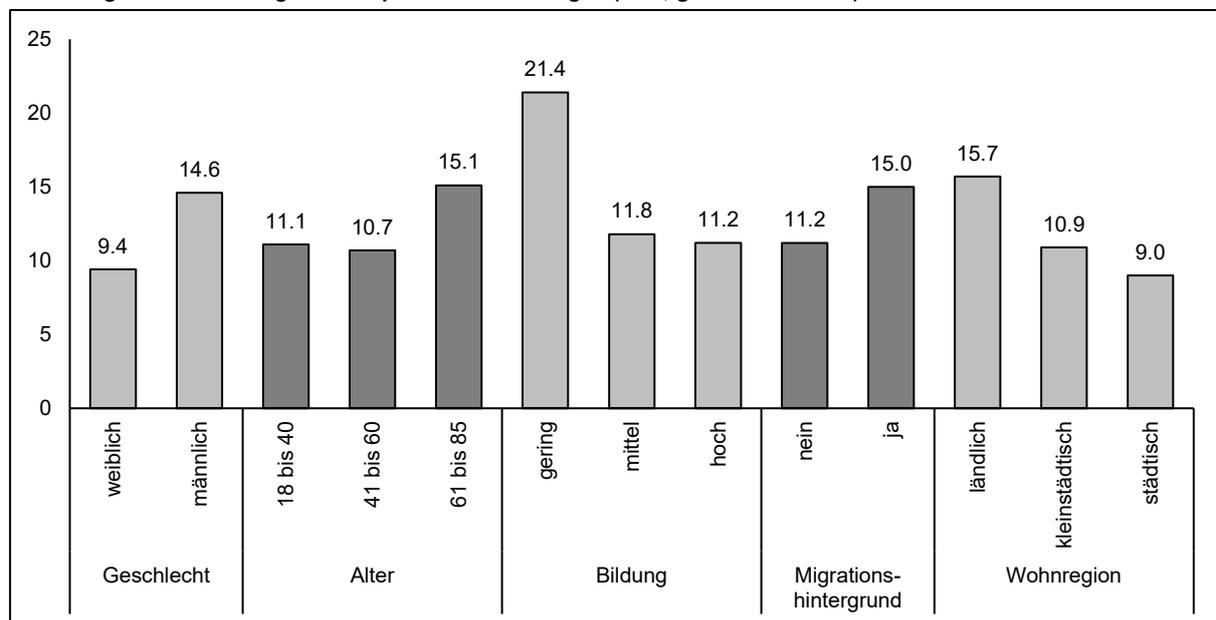
In beiden Stichproben wird dem zweiten Item häufiger zugestimmt als dem ersten Item: 22.7 % der Erwachsenen und 29.9 % der Jugendlichen sprachen sich dagegen aus, dass Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwei Männern erlaubt werden sollten. Durchschnittlich beiden Items stimmten jedoch in etwa gleich viele Erwachsene wie Jugendliche zu. In der Erwachsenenstichprobe werden 12.0 % der Befragten als homophob eingestuft, in der Jugendstichprobe 12.9 %

Tabelle 15: Skala zur Messung von Homophobie (gewichtete Daten; - Umkehritem; die zugehörigen Auswertungen beziehen sich auf das umkodierte Item)

		Erwachsenenbefragung		Jugendbefragung	
		Mittelwert	Zustimmung in %	Mittelwert	Zustimmung in %
Homophobie	Homosexualität ist unmoralisch.	1.73	10.8	1.89	14.3
	Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwei Männern sollten erlaubt sein. (-)	2.37	22.7	2.65	29.9
	Skala	2.06	12.0	2.27	12.9
	Pearsons r	.64		.44	

Mit Ausnahme der Sprachregion finden sich durchweg signifikante Unterschiede im Vergleich verschiedener sozio-demografischer Gruppen hinsichtlich der Zustimmung zu homophoben Einstellungen (Erwachsenenstichprobe; Abbildung 39). Männliche Befragte werden dabei häufiger als homophob eingestuft als weibliche Befragte (9.4 zu 14.6 %). Befragte der ältesten Altersgruppe äussern sich am häufigsten homophob. Das Bildungsniveau steht wiederum derart mit den Einstellungen in Beziehung, dass höher gebildete Befragte seltener zustimmen als geringer gebildete Befragte. Zudem zeigt sich, dass Befragte mit Migrationshintergrund häufiger homophoben Einstellungen zustimmen als Befragte ohne Migrationshintergrund. Im Vergleich der einzelnen Herkunftsgruppen zeigt sich dabei, dass Befragte aus Süd-/Osteuropa zu 27.9 % zustimmen, Befragte aus Italien zu 19.1 %. Alle andere Herkunftsgruppen äussern deutlich seltener als diese beiden Gruppen Zustimmung. Im Vergleich der Wohnregion ergibt sich ebenfalls ein signifikanter Unterschied: Im ländlichen Raum sind demnach homophobe Einstellungen verbreiteter als im kleinstädtischen und städtischen Raum.

Abbildung 39: Zustimmung zu homophoben Einstellungen (in %; gewichtete Daten)



4.4.4 Linksextreme, rechtsextreme und gewaltbereite extremistische Einstellungen

Unter Verwendung einiger Aussagen der umfangreichen Instrumente von Manzoni et al. (2018) wurden in der Erwachsenenbefragung linksextreme und rechtsextreme Einstellungen erhoben. Tabelle 16 präsentiert zunächst die insgesamt sechs Aussagen, die zur Messung linksextremer Einstellungen in den Fragebogen aufgenommen wurden. Drei Items messen dabei Kapitalismusfeindlichkeit, drei weitere Items die Befürwortung des Kommunismus bzw. Anarchismus. Beide Skalen korrelieren in der Erwachsenenbefragung nur zu $r = .19$ miteinander, weshalb sie nicht zu einem Instrument zusammengefasst

wurden. Den verschiedenen Aussagen konnte von „1 – stimmt gar nicht“ bis „6 – stimmt völlig“ zugestimmt werden. Die Antworten vier bis sechs bzw. Skalenmittelwerte über 3.5 gelten als Zustimmung. Die Angaben zur Reliabilität (Cronbachs Alpha) bestätigen, dass die jeweils drei Items zu einer Skala zusammengefasst werden können; in keine Stichprobe zu keiner Skala fällt dieser Wert unter .58.

Die Zustimmungswerte variieren zwischen den verschiedenen Items ausgesprochen stark. Die Aussagen zur Kapitalismusfeindlichkeit erhalten in der Erwachsenen- wie auch in der Jugendstichprobe die höchste Zustimmung. So stimmten 82.2 % der Erwachsenen der Aussage zu, dass die Reichen und Mächtigen die einfachen Menschen immer mehr ausbeuten; in der Jugendstichprobe liegt die Zustimmung zu dieser Aussage bei 68.8 %. Demgegenüber waren nur 4.0 % der Erwachsenen der Ansicht, dass der Staat abgeschafft werden sollte; in der Jugendstichprobe liegt der Anteil mit 12.0 % dreimal so hoch. Als kapitalismusfeindlich eingestellt werden letztlich 74.7 % der Erwachsenen und 60.1 % der Jugendlichen eingestuft; d.h. fast zwei Drittel bis drei Viertel aller Befragten äussern sich kapitalismuskritisch. Die Forderung nach einem kommunistischem bzw. anarchistischem Gesellschaftsmodell wird dagegen kaum geteilt: 2.0 % der Erwachsenen und 6.7 % der Jugendlichen wiesen eine zustimmende Haltung auf. Eine Betrachtung verschiedener sozio-demografischer Gruppen erfolgt an späterer Stelle.

Tabelle 16: Skalen zur Messung linksextremer Einstellungen (gewichtete Daten)

		Erwachsenenbefragung		Jugendbefragung	
		Mittelwert	Zustimmung in %	Mittelwert	Zustimmung in %
Linksextremismus: Kapitalismusfeindlichkeit	Die Reichen und Mächtigen beuten die einfachen Menschen immer mehr aus.	4.46	82.2	4.04	68.8
	Heutzutage bestimmen nur noch die weltweiten Grossunternehmen, wo es langgeht.	4.26	77.9	3.88	65.6
	Die weltweiten Grossunternehmen sind verantwortlich für Armut und Hunger in der Welt.	3.68	58.0	3.39	49.0
	Skala	4.13	74.7	3.77	60.1
	Cronbachs Alpha		.73		.68
Linksextremismus: Kommunismus/Anarchismus	Wir brauchen keinen Staat und keine Parteien; wir können uns selbst am besten regieren.	1.84	5.6	1.95	9.7
	Wirklich frei können wir nur dann sein, wenn der ganze Staat abgeschafft wird.	1.54	4.0	1.97	12.0
	Das Eigentum sollte abgeschafft werden; alles sollte allen gehören.	1.52	5.8	1.87	11.4
	Skala	1.63	2.0	1.93	6.7
	Cronbachs Alpha		.58		.65

Die Skala zur Messung rechtsextremer Einstellungen besteht aus insgesamt sechs Aussagen, die islamophobe, xenophobe und nationalistische Einstellungen erheben (Tabelle 17). Die Skala kann als ein-dimensional betrachtet werden; Cronbachs Alpha der Skala ist in beiden Stichproben ausreichend hoch. Alle Aussagen konnten von „1 – stimmt gar nicht“ bis „6 – stimmt völlig“ beantwortet werden. In der Erwachsenenstichprobe zeigt sich, dass 71.7 % der Befragten der Aussage zustimmen, dass Schweizer Interessen gegenüber dem Ausland hart und energisch durchgesetzt werden sollten; in der Jugendstichprobe liegt die Zustimmung mit 31.6 % deutlich niedriger. Dieses Muster der geringeren Zustimmung der Jugendlichen zeigt sich bei allen Items, wenn auch der Unterschied nicht immer derart deutlich ist. Ein zweites Item, dass in beiden Stichproben recht häufig Zustimmung erfährt, bezieht sich auf Ausländer in der Schweiz: Die Aussage, dass zu viele Ausländer hier leben würden, befürworten 51.9 % der Erwachsenen und 34.6 % der Jugendlichen. Die beiden Islamophobie messenden Aussagen erhalten von den Jugendlichen mit 15.3 und 15.8 % die geringste Zustimmung; bei den Erwachsenen liegt der Anteil zustimmender Befragter bei beiden Items höher. Die Erwachsenen stimmten am seltensten der Aussage zu, dass die Schweiz nur jenen Menschen gehören sollte, die schon seit vielen Generationen hier leben (19.2 %). Wenn der Mittelwert über alle Items gebildet wird und jene Befragten mit Werten über 3.5 als rechtsextrem eingestellt klassifiziert werden, so zeigt sich, dass dieser Anteil bei den Erwachsenen mit 27.4 % deutlich höher ausfällt als bei den Jugendlichen mit 15.4 %. Werden die

Auswertungen in beiden Stichproben auf Befragte ohne Migrationshintergrund beschränkt, so steigt jeweils der Anteil rechtsextrem eingestellter Personen (Erwachsene: 30.7 %, Jugendliche: 22.2 %), ein Unterschied zwischen beiden Stichproben bleibt gleichwohl erhalten. Demnach scheinen jüngere Menschen rechtsextremen Haltungen gegenüber weniger aufgeschlossen zu sein als ältere Menschen.

Tabelle 17: Skala zur Messung rechtsextremer Einstellungen (gewichtete Daten; in Klammern: Wert für Befragte ohne Migrationshintergrund)

		Erwachsenenbefragung		Jugendbefragung	
		Mittelwert	Zustimmung in %	Mittelwert	Zustimmung in %
Rechtsextremismus	Muslimen sollte die Zuwanderung in die Schweiz untersagt werden.	2.69	27.9	2.08	15.3
	Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in der Schweiz lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	2.63	25.0	2.25	19.0
	Die Schweiz sollte allein den Schweizern gehören, die schon seit vielen Generationen hier leben.	2.27	19.2	2.24	18.9
	Muslimen sollte jede Form der Religionsausübung in der Schweiz untersagt werden.	2.51	21.6	2.13	15.8
	Wir müssen Schweizer Interessen gegenüber dem Ausland hart und energisch durchsetzen.	4.13	71.7	2.73	31.6
	Es leben zu viele Ausländer in der Schweiz.	3.46	51.9	2.84	34.6
	Skala	2.95	27.4 (30.7)	2.39	15.4 (22.2)
Cronbachs Alpha		.88		.87	

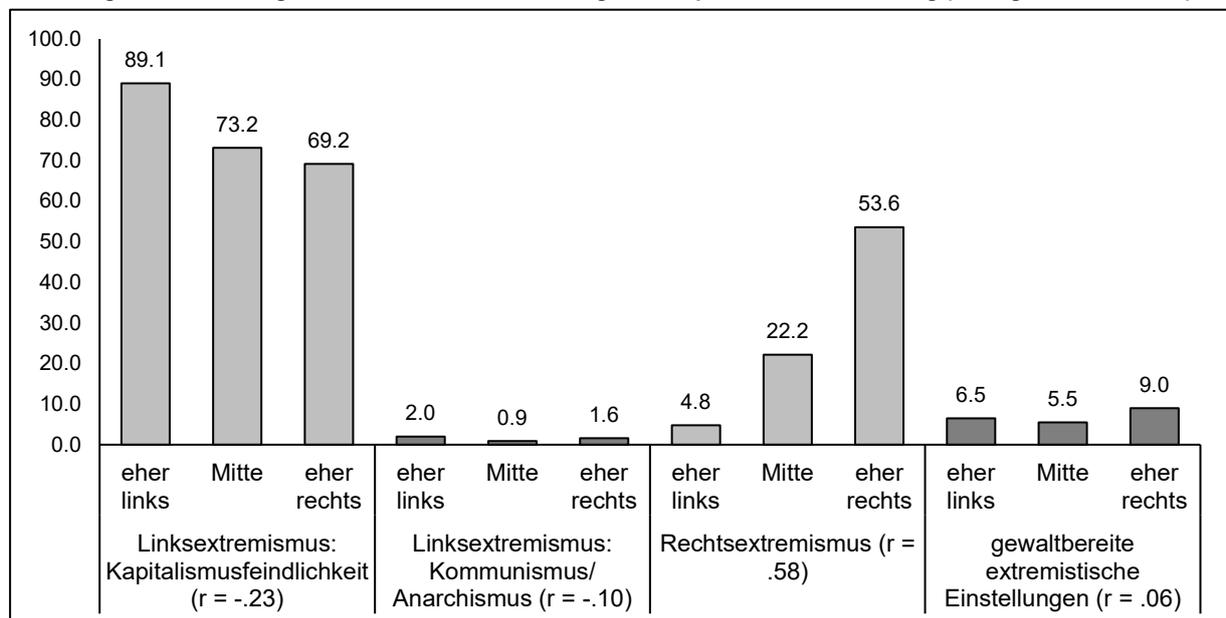
Mittels des Instruments von Ribeaud et al. (2017) wurden schliesslich gewaltbereite extremistische Einstellungen erfasst. Hierbei handelt es sich um Einstellungen, die nicht allein rechts- oder linksextrem motiviert sind; es geht vielmehr um die Befürwortung einer allgemeinen Bereitschaft, Gewalt zur Durchsetzung bestimmter politischer oder weltanschaulicher Ziele anzuwenden. Das Instrument hat vier Items, denen von „1 – stimmt gar nicht“ bis „6 – stimmt völlig“ zugestimmt werden konnte (Tabelle 18). Die Antworten korrelieren ausreichend hoch miteinander, so dass eine Mittelwertskala gebildet werden konnte. Bei allen Items zeigt sich, dass Befragte der Jugendstichprobe häufiger zustimmen als Befragte der Erwachsenenstichprobe, wenn auch beim dritten Item die Unterschiede gering ausfallen. In beiden Stichproben erhält die Aussage, dass es manchmal nötig ist, mit Gewalt, Anschlägen oder Entführungen für eine bessere Welt zu kämpfen, am wenigsten Zustimmung (7.0 bzw. 11.5 %). Die höchste Zustimmung ist in beiden Stichproben bei der vierten Aussage festzustellen. Werden die Befragten betrachtet, die im Durchschnitt den vier Aussagen zustimmen (Mittelwerte über 3.5), so beträgt deren Anteil in der Erwachsenenstichprobe 7.4 %, in der Jugendstichprobe 13.1 %. Jüngere Menschen sind also dem gewaltbereiten Extremismus gegenüber etwas aufgeschlossener als Erwachsene. Zugleich bedeutet der Anteil von 13.1 % in der Jugendstichprobe, dass sich hier 86.9 % gegen den gewaltbereiten Extremismus aussprechen.

Tabelle 18: Skala zur Messung gewaltbereiter extremistischer Einstellungen (gewichtete Daten)

		Erwachsenenbefragung		Jugendbefragung	
		Mittelwert	Zustimmung in %	Mittelwert	Zustimmung in %
gewaltbereite extremistische Einstellungen	Es ist in Ordnung, Gruppen zu unterstützen, die mit Gewalt gegen Ungerechtigkeiten kämpfen.	2.05	12.0	2.55	29.5
	Es ist manchmal nötig, mit Gewalt, Anschlägen oder Entführungen für eine bessere Welt zu kämpfen.	1.62	7.0	1.78	11.5
	Manchmal müssen Menschen zu Gewalt greifen, um ihre Werte, Überzeugungen oder ihren Glauben zu verteidigen.	2.29	21.3	2.27	22.2
	Es ist manchmal nötig, Gewalt anzuwenden, um gegen Dinge zu kämpfen, die sehr ungerecht sind.	2.34	23.7	2.69	33.0
	Skala	2.08	7.4	2.33	13.1
Cronbachs Alpha		.75		.76	

Dass die Skalen die jeweils intendierte politische Orientierung abbilden, lässt sich mit einer Validitätsprüfung zeigen: Wie bereits erwähnt, wurden die Befragten an anderer Stelle des Fragebogens gebeten, sich politisch entlang des Links-Rechts-Spektrums zu verorten. Hierfür konnten sie auf einer Skala von „1 – links“ bis „10 – rechts“ eine Einschätzung vornehmen. Diese Selbsteinschätzung kann hinsichtlich der Zusammenhänge mit den vier vorgestellten Extremismusinstrumenten geprüft werden. In Abbildung 40 sind die Korrelationskoeffizienten abgebildet; zusätzlich erfolgt eine grafische Veranschaulichung, in dem die Befragten mit den Antworten eins bis drei als „eher links“, mit den Antworten vier bis sieben als „Mitte“ und mit den Antworten acht bis zehn als „eher rechts“ eingestuft wurden. Für diese Gruppen ist dann jeweils die Zustimmung zu den Skalen dargestellt. Sehr deutlich wird, dass es einen Zusammenhang zwischen einer eher rechten Orientierung und der Zustimmung zu rechtsextremen Einstellung gibt. Die Korrelation fällt hoch positiv aus (je rechter die politische Selbstverortung, desto höher die Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen). Zudem stimmen 53.6 % der sich als eher rechts einstufenden Befragten rechtsextremen Einstellungen zu; bei den sich als eher links einstufenden Befragten sind es nur 4.8 %. Für die Dimension der Kapitalismusfeindlichkeit ergibt sich ebenfalls ein erwarteter Befund: Je weiter sich ein Befragte als rechts einstuft, umso niedriger fällt die Zustimmung zur Kapitalismusfeindlichkeit aus. Die Korrelation ist negativ und erreicht eine mittlere Höhe ($r = -.23$). Auch für die Dimension des Kommunismus/Anarchismus ergibt sich eine negative Korrelation (je weiter rechts, desto weniger Zustimmung) – der Zusammenhang fällt aber insgesamt schwächer aus. Für die gewaltbereiten extremistischen Einstellungen findet sich eine Korrelation nahe null. Dies bedeutet, dass die Aussagen ein gewisses Ausmass an Zustimmung von verschiedenen politischen Positionen erhalten. Gewaltbereite extremistische Einstellungen lassen sich insofern weder politisch rechts noch politisch links verorten; sie kommen unter Anhängern verschiedener Lager vor.

Abbildung 40: Zustimmung zu extremistischen Einstellungen nach politischer Orientierung (in %; gewichtete Daten)



Um die Zusammenhänge zwischen verschiedenen sozio-demografischen Variablen sowie anderen Einstellungen auf der einen Seite, extremistischen Einstellungen auf der anderen Seite zu untersuchen, wurden erneut OLS-Regressionen berechnet. Die Ergebnisse der multivariaten Analysen sind in Tabelle 19 dargestellt. Die Ergebnisse lauten im Einzelnen:

- Männliche Befragte stimmen signifikant seltener der Dimension des Kommunismus/ Anarchismus zu und zugleich signifikant häufiger rechtsextremen Einstellungen, insbesondere aber gewaltbereiten extremistischen Einstellungen.

- Das Alter spielt weitestgehend keine bedeutsame Rolle. Ältere Befragte sind etwas häufiger kapitalismusfeindlich und etwas seltener kommunistisch eingestellt. Zum Rechtsextremismus belegen die Auswertungen, dass die Altersgruppe der 18- bis 40-jährigen im Vergleich zu den anderen beiden Altersgruppen die geringste Zustimmung aufweist. Bezüglich der gewaltbereiten extremistischen Einstellungen ergeben sich keine signifikanten Beziehungen mit dem Alter.
- Befragte mit Migrationshintergrund stimmen etwas häufiger der Linksextremismusdimension Kommunismus/ Anarchismus zu; der Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus fällt aber stärker aus: Befragte mit Migrationshintergrund sind seltener rechtsextrem eingestellt als Befragte ohne Migrationshintergrund.
- Das Wohngebiet (Stadt-Land) ist wiederum nur wenig bedeutsam. In städtischen Gebieten ist die Kapitalismusfeindlichkeit und der Rechtsextremismus etwas geringer ausgeprägt.
- Im Vergleich der Sprachregionen ergeben sich signifikante Effekte im Vergleich der deutschsprachigen und der französischsprachigen Schweiz: In der französischsprachigen Schweiz fällt vor allem die Zustimmung zur Kapitalismusfeindlichkeit deutlich höher aus als in der Deutschschweiz. Daneben liegt in der französischsprachigen Schweiz auch die Zustimmung zum Kommunismus/ Anarchismus sowie die Zustimmung zu gewaltbereiten extremistischen Einstellungen signifikant höher als in der deutschsprachigen Schweiz.
- Das Bildungsniveau steht in den multivariaten Modellen in keinem direkten Zusammenhang mehr mit den verschiedenen Einstellungsskalen.
- Eine hohe Demokratiezufriedenheit schützt insbesondere davor, Kommunismus/ Anarchismus zu befürworten und gewaltbereite extremistische Einstellungen gutzuheissen.
- Die externale politische Wirksamkeit und die politische Deprivation sind weitestgehend keine bedeutsamen Einflussfaktoren der verschiedenen Einstellungen. Hervorzuheben ist nur, dass eine hohe Wirksamkeit die Zustimmung zu Rechtsextremismus senkt, zu gewaltbereiten extremistischen Einstellungen überraschender Weise erhöht. Dieser überraschende Zusammenhang bedarf weiterer Analysen insofern in der bivariaten kein entsprechender Zusammenhang besteht ($r = -.04$, n.s.).
- Eine Verschwörungsmentalität ist ein wichtiger Einfluss beider linksextremer Einstellungsdimensionen. Zudem gilt, dass Befragte mit hoher Verschwörungsmentalität häufiger gewaltbereiten extremistischen Einstellungen zustimmen.
- Je autoritär eingestellt ein Befragter ist, desto geringer ist die Kapitalismusfeindlichkeit ausgeprägt und desto eher wird rechtsextremen bzw. gewaltbereiten extremistischen Einstellungen zugestimmt.
- Anomische Einstellungen haben einerseits zur Folge, dass eine stärkere Kapitalismusfeindlichkeit ausgebildet wird; andererseits gibt es einen mittelstarken verstärkenden Zusammenhang zwischen anomischen Einstellungen und rechtsextremen Einstellungen.
- Homophobie steht primär mit rechtsextremen Einstellungen in Verbindung: Je homophober sich ein Befragter äussert, umso eher stimmt er rechtsextremen Einstellungen zu.

Die Auswertungen belegen, dass es keine Variable gibt, die in gleicher Weise alle betrachteten Formen extremistischer Einstellungen vorhersagt. Stattdessen weist jede betrachtete Einstellung zumindest in Teilen ein eigenes Profil der Erklärungsfaktoren auf. Drei Faktoren sind dennoch hervorzuheben: 1. Die Demokratiezufriedenheit kann als Schutzfaktor extremistischer Einstellungen betrachtet werden – nur in Bezug auf die Kapitalismusfeindlichkeit existiert ein geringer positiver Zusammenhang. 2. Verschwörungsmentalitäten sind ein Risikofaktor für verschiedene Formen des politischen Extremismus – einzig in Bezug auf die rechtsextremen Einstellungen fällt der Zusammenhang niedrig (aber dennoch positiv aus). 3. In der französischsprachigen Schweiz findet sich eine höhere Affinität zum Extremismus, zumindest mit Blick auf linksextreme Einstellungen und gewaltbereite extremistische Einstellungen.

Tabelle 19: Einflussfaktoren verschiedener Einstellungen (OLS-Regressionen; abgebildet: Beta-Koeffizienten; gewichtete Daten; * p < .05, ** p < .01, * p < .001)**

	Linksextremismus: Kapitalismusfeindlichkeit	Linksextremismus: Kommunismus/Anarchismus	Rechtsextremismus	gewaltbereite extremistische Einstellungen
Geschlecht: männlich	-.03	-.04 *	.05 **	.16 ***
Alter: 18 bis 40	Referenz	Referenz	Referenz	Referenz
Alter: 41 bis 60	.06 *	.01	.05 *	-.01
Alter: 61 bis 85	.05 *	-.06 **	.06 **	.00
Migrationshintergrund: ja	.03	.04 *	-.16 ***	.04
ländlich (unter 5000 Einwohner)	Referenz	Referenz	Referenz	Referenz
kleinstädtisch (unter 20000 Einwohner)	-.06 **	.02	-.03	.05 *
städtisch (ab 20000 Einwohner)	-.01	.03	-.05 **	.01
deutschsprachige Schweiz	Referenz	Referenz	Referenz	Referenz
französischsprachige Schweiz	.17 ***	.07 **	-.03	.05 *
italienischsprachige Schweiz	-.01	.03	-.01	.01
geringe Bildung	Referenz	Referenz	Referenz	Referenz
mittlere Bildung	.05	-.05	.04	.00
hohe Bildung	.06	-.07	.01	.01
Demokratiezufriedenheit	.05 *	-.32 ***	-.05 **	-.15 ***
externe politische Wirksamkeit	-.05 *	.04	-.11 ***	.09 ***
politische Deprivation	-.01	.07 **	.02	.04
Verschwörungsmentalität	.38 ***	.17 ***	.04	.22 ***
Autoritarismus	-.15 ***	-.01	.36 ***	.08 ***
Anomie	.13 ***	.01	.25 ***	.04
Homophobie	-.03	-.02	.18 ***	.06 **
korr. R²	0.225	0.201	0.480	0.161
N	2019	2020	2020	2019

Tabelle 20 enthält Auswertungen zu ausgewählten Einstellungsskalen im Kantonsvergleich, wobei die dargestellten Unterschiede als signifikant ausgewiesen werden. Gekennzeichnet wurden dabei jeweils jene drei Kantone mit dem positivsten Ergebnis, d.h. mit dem höchsten Mittelwert bei der Demokratiezufriedenheit und dem niedrigsten Wert bei der Verschwörungsmentalität, der Kapitalismusfeindlichkeit und dem Rechtsextremismus. Die Auswertungen zum Rechtsextremismus wurde auf Befragte beschränkt, die keinen Migrationshintergrund aufweisen. Entsprechend der Ergebnisse findet sich in den Kantonen Basel-Stadt, Zürich und Appenzell Innerrhoden die höchste durchschnittliche Demokratiezufriedenheit. Verschwörungsmentalitäten sind in den Kantonen Basel-Stadt, Obwalden und Waadt am geringsten verbreitet. Mit Blick auf die Kapitalismusfeindlichkeit gilt, dass Befragte aus Appenzell Innerhoden, Nidwalden und Solothurn am seltensten entsprechenden Einstellungen vertreten. Hinsichtlich des Rechtsextremismus finden sich die niedrigsten Zustimmungswerte in den Kantonen Basel-Stadt, Glarus und Neuenburg.

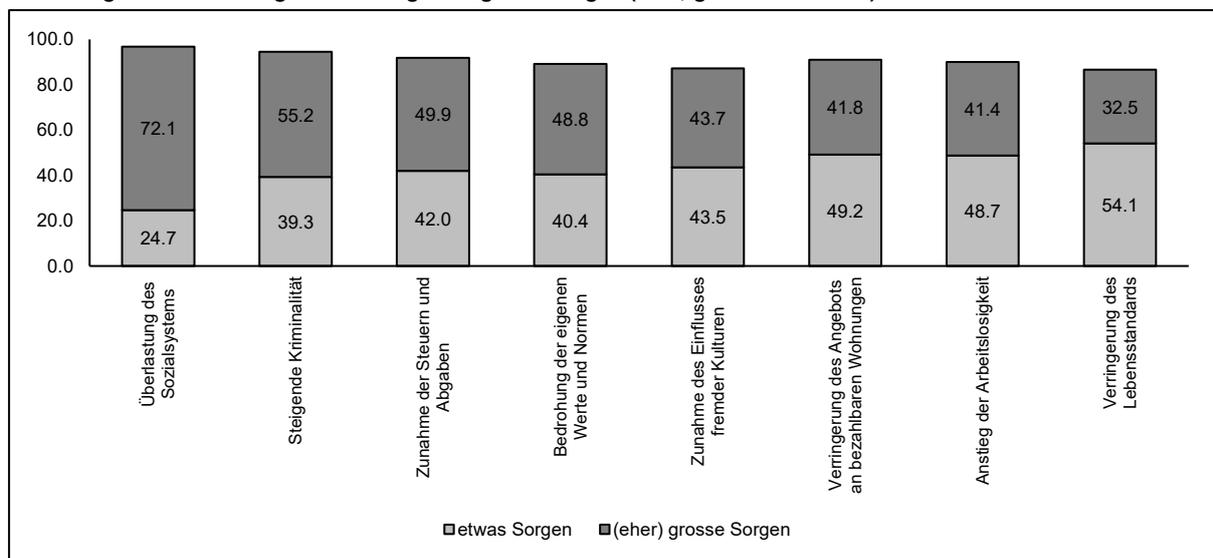
Tabelle 20: Mittelwerte ausgewählter Einstellungsskalen nach Kanton (gewichtete Daten; fett: positive Werte)

	Demokratiezu- friedenheit	Verschwörungs- mentalität	Kapitalismus- feindlichkeit	Rechtsextremismus (nur Befragte ohne Migrationshintergrund)
Aargau	4.90	3.27	4.22	3.13
Appenzell Ausserrhoden	4.48	2.95	4.01	2.91
Appenzell Innerrhoden	5.17	3.00	3.67	3.45
Basel-Landschaft	4.92	3.46	4.01	3.05
Basel-Stadt	5.21	2.94	4.07	2.70
Bern	4.89	3.18	4.18	3.01
Freiburg	4.82	3.09	4.13	2.94
Genf	4.86	2.97	4.52	2.79
Glarus	5.14	3.10	4.18	2.70
Graubünden	5.00	3.21	4.22	3.15
Jura	4.58	3.12	4.73	3.40
Luzern	5.00	3.12	4.07	3.14
Neuenburg	4.99	2.97	4.60	2.33
Nidwalden	4.70	3.11	3.87	3.17
Obwalden	4.96	2.78	3.93	3.01
Schaffhausen	5.08	3.08	4.32	3.00
Schwyz	4.97	3.18	3.96	3.44
Solothurn	4.90	3.15	3.79	3.40
St. Gallen	4.87	3.31	4.03	3.33
Thurgau	4.97	3.35	4.07	3.50
Tessin	4.67	3.28	4.03	3.22
Uri	5.10	3.56	4.02	3.43
Waadt	4.90	2.91	4.35	2.99
Wallis	4.73	3.28	4.30	3.02
Zug	4.81	3.34	3.92	3.09
Zürich	5.14	3.09	3.90	2.99

4.4.5 Flüchtlingsbezogene Sorgen

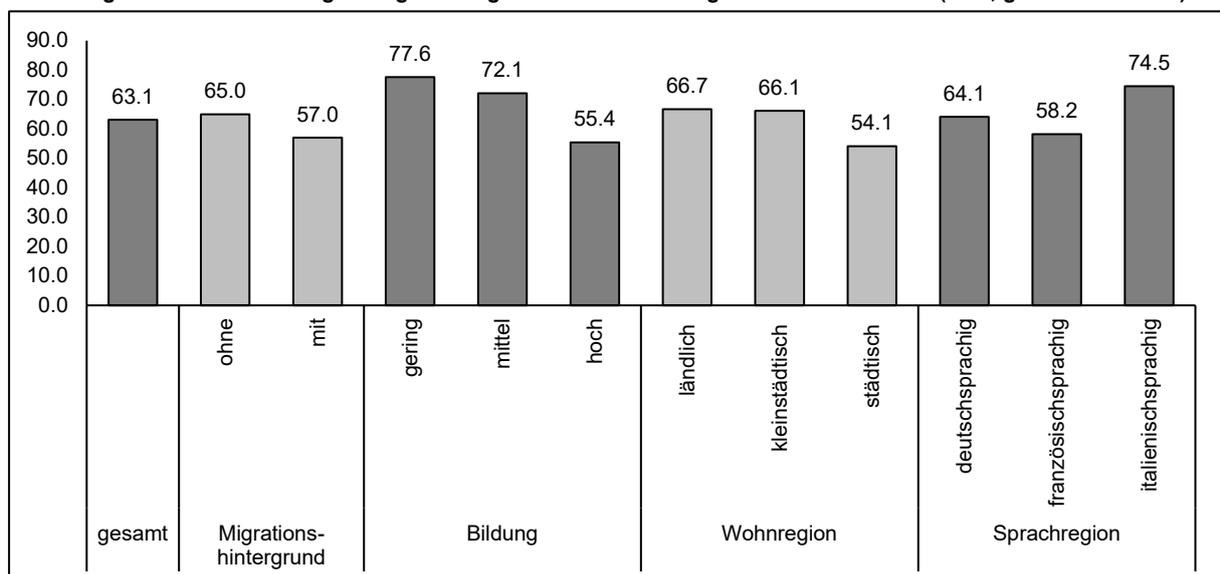
Die Befragung wurde auch genutzt, Einschätzungen zum Zuzug von Flüchtlingen zu erheben. Von besonderem Interesse waren dabei mögliche Sorgen, die die Bevölkerung in Bezug auf diese Migrationsbewegungen hat. Mit folgenden Sätzen wurde die Erhebung möglicher Sorgen eingeleitet: „In den letzten Jahren haben vermehrt Flüchtlinge in der Schweiz Asyl gesucht. Wenn über diese Flüchtlinge gesprochen wird, dann werden auch verschiedene Folgen dieser Einwanderung diskutiert. Nachfolgend finden Sie verschiedene Folgen, die in der Schweiz eintreten könnten. Bereiten Ihnen diese Themen Sorgen?“ Im Anschluss daran wurden acht Sorgenbereiche erfragt und die Teilnehmenden wurden gebeten, von „1 – bereitet mir keine Sorgen“ bis „5 – bereitet mir grosse Sorgen“ das Ausmass ihrer Sorgen mitzuteilen. Für eine bessere Darstellung wurden die Antworten zwei und drei zu „etwas Sorgen“, die Antworten vier und fünf zu „(eher) grosse Sorgen“ zusammengefasst. Aus Abbildung 41 geht hervor, dass für die meisten Befragten eine mögliche Überlastung des Sozialsystems mit dem Zuzug an Flüchtlingen einhergeht: 72.1 % der Befragten gaben an, diesbezüglich (eher) grosse Sorgen zu haben; letztlich nur 3.2 % berichteten, bezüglich dieser möglichen Veränderung keine Sorgen zu haben. Der Bereich, der am zweithäufigsten Sorgen bereitet, ist die Kriminalität, gefolgt von der Angst, dass Steuern und Abgaben steigen könnten. Insgesamt nur 32.5 % der Befragten gaben an, (eher) grosse Sorgen im Hinblick auf eine Verringerung des Lebensstandards zu haben. Letztlich waren es in Bezug auf diesen Sorgenbereich aber auch nur 13.4 %, die keine Sorgen berichteten; d.h. immerhin 54.1 % teilten mit, dass eine mögliche Verringerung des Lebensstandards zumindest etwas Sorgen bereitet.

Abbildung 41: Zustimmung zu flüchtlingsbezogenen Sorgen (in %; gewichtete Daten)



Die Antworten zu den acht Sorgenbereichen korrelieren sehr hoch miteinander; Cronbachs Alpha beträgt .91. Aus diesem Grund wurde der Mittelwert zu allen Items gebildet; Befragte mit einem Mittelwert über 3.0 weisen eine hohe Sorge in Bezug auf den Flüchtlingszuzug auf. Dies sind, wie Abbildung 42 zeigt, 63.1 % aller Befragten. Dabei unterscheiden sich verschiedene sozio-demografische Gruppen signifikant voneinander. Dies trifft weniger auf das Geschlecht und die Altersgruppen zu, stattdessen aber bspw. auf die Herkunft: Befragte ohne Migrationshintergrund äussern zu 65.0 % hohe Sorgen, Befragte mit Migrationshintergrund zu 57.0 %. Die Bildung erweist sich darüber hinaus ebenfalls als bedeutsam: Höher gebildete Befragte geben seltener Sorgen an als geringer gebildete Befragte. Im ländlichen und kleinstädtischen Raum sind Sorgen in Bezug auf Flüchtlinge häufiger anzutreffen als im städtischen Raum. Zudem äussern insbesondere Befragte aus der italienischsprachigen Schweiz Sorgen bzgl. des Flüchtlingszuzugs; in der französischsprachigen Schweiz sind Sorgen hingegen am geringsten verbreitet. Ein weiterer, in Abbildung 42 nicht dargestellter Einflussfaktor ist die politische Orientierung: Politisch eher links stehende Befragte haben nur zu 27.0 % Sorgen bzgl. des Flüchtlingszuzugs, politisch eher rechts orientierte Befragte zu 87.3 % (Mitte: 59.4 %). Sorgen vor Flüchtlingen sind also ein Thema, das primär Personen mit rechter Orientierung beschäftigt.

Abbildung 42: Grosse flüchtlingsbezogene Sorgen nach sozio-demografischen Merkmalen (in %; gewichtete Daten)



4.4.6 Einstellungen zur Erziehung

Bereits in Abschnitt 4.1.5. wurde auf verschiedene Erziehungserfahrungen der Befragten eingegangen, u.a. darauf, ob sie selbst mit Gewalt erzogen worden sind oder nicht. An anderer Stelle im Fragebogen wurden zusätzlich individuelle Einstellungen zu Aspekten der Erziehung erhoben. Abbildung 43 stellt die insgesamt sieben Items und die Zustimmungsraten dar. Ihre Meinung zu den Aussagen konnten die Befragten auf einer Skala von „1 – stimmt gar nicht“ bis „6 – stimmt völlig“ angeben; Werte ab vier werden als Zustimmung eingestuft. Aus den Items konnten drei Skalen gebildet werden, die in Abbildung 43 hervorgehoben sind. Die Reliabilität der Skala „Befürwortung gewaltfreier Erziehung“ beträgt $r = .30$, die der Skala „Befürwortung elterlicher Züchtigung“ Cronbachs Alpha = $.77$, die der Skala „Ablehnung staatlicher Eingriffe“ $r = .63$.

Die beiden Items, die eine Befürwortung von gewaltfreier Erziehung erheben, erhielten die höchste Zustimmung. So waren mit 97.6 % nahezu alle Befragten der Ansicht, dass Eltern mehr mit ihren Kindern reden sollten anstatt sie zu schlagen. Im Durchschnitt stimmen 88.6 % der Befragten beiden Items zu; aus den Antworten zu beiden Items wurde der Mittelwert gebildet – Mittelwerte über 3.5 indizieren Zustimmung. Die Befürwortung der Züchtigung fällt dagegen deutlich niedriger aus: 24.7 % der Befragten teilten die Ansicht, dass die Anwendung von Züchtigungen zur Erziehung dazu gehört. Gleichwohl gaben immerhin 40.6 % der Befragten an, dass Kinder ab und zu einen Klaps verdienen. Insgesamt 22.5 % aller Befragten sprechen sich dagegen aus, dass staatliche Eingriffe in die Familien und die familiäre Erziehung erfolgen sollten.

Die drei Skalen korrelieren in zu erwartender Weise miteinander: Befragte, die sich für eine gewaltfreie Erziehung aussprechen, stimmen der Anwendung von Züchtigungen signifikant seltener zu ($r = -.38$) und sind auch signifikant seltener der Ansicht, dass staatliche Eingriffe in die Erziehung unterbleiben sollten ($r = -.18$). Befragte hingegen, die sich für die elterliche Züchtigung aussprechen, befürworten auch stärker, dass staatliche Eingriffe in Familie und Erziehung unterlassen werden sollten ($r = .41$).

Abbildung 43: Zustimmung zu Erziehungseinstellungen (in%; gewichtete Daten)

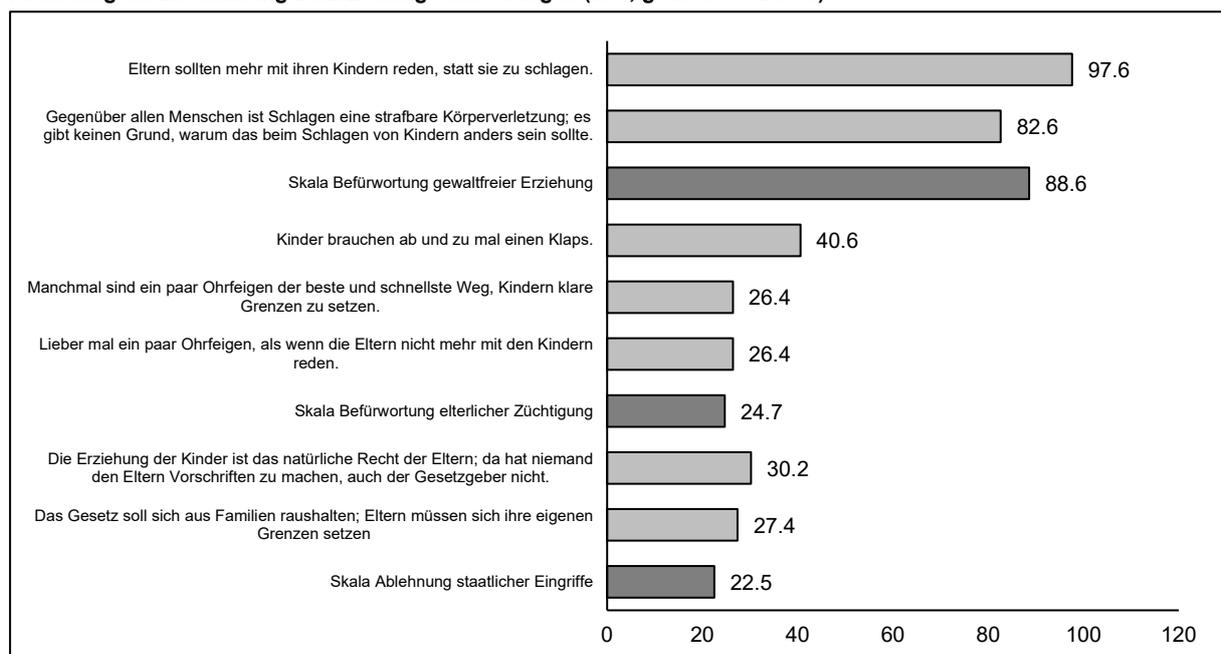
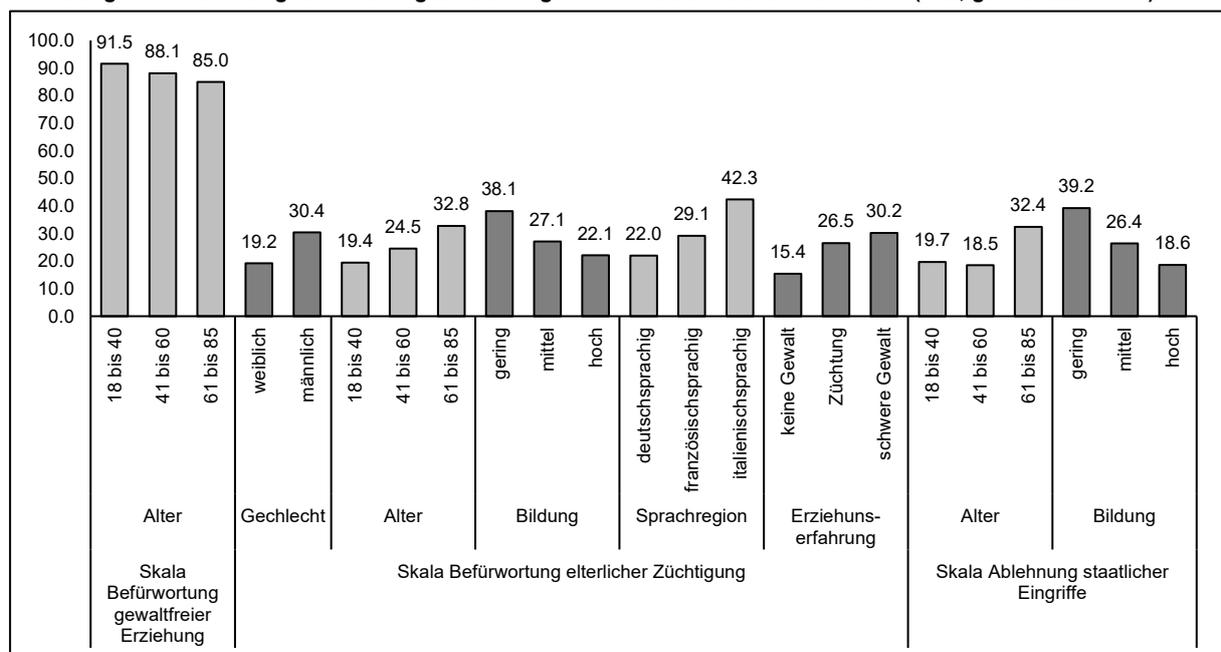


Abbildung 44 stellt jene sozio-demografischen Gruppen gegenüber, zu denen sich signifikante Unterschiede in der Zustimmung zu einzelnen Erziehungseinstellungen ergeben haben. Für alle drei Skalen

erweist sich das Alter der Befragten als bedeutsam: Ältere Befragte sprechen sich seltener für eine gewaltfreie Erziehung und häufiger für die Züchtigung bzw. eine Zurückhaltung bei staatlichen Eingriffen aus. Eine höhere Bildung geht mit einer selteneren Befürwortung der elterlichen Züchtigung und ebenso mit einer Ablehnung der Haltung gegenüber einher, dass staatliche Eingriffe in Familie und Erziehung unterbleiben sollten. Weitere Unterschiede finden sich dann vor allem mit Blick auf die Skala Befürwortung elterlicher Züchtigung. Männliche Befragte äussern sich deutlich häufiger zustimmend als weibliche Befragte (30.4 zu 19.2 %). Zudem finden sich Unterschiede zwischen den Sprachregionen: In der französischsprachigen Schweiz, insbesondere aber in der italienischsprachigen Schweiz wird der Anwendung elterlicher Züchtigungen häufiger zugestimmt als in der deutschsprachigen Schweiz. Zudem zeigt sich ein Zusammenhang zwischen eigenen Erziehungserfahrungen und Einstellungen zur Züchtigung: Befragte, die in der Kindheit Züchtigungen oder schwere Gewalt von Seiten der Eltern erlebt haben, stimmen häufiger dem Einsatz von Züchtigungen in der Erziehung zu als Befragte ohne elterliche Gewalterfahrungen. Allerdings ist in Bezug auf diese Auswertung hervorzuheben, dass selbst nur 30.2 % der Befragten mit schweren Gewalterfahrungen eine positive Haltung zu Züchtigungen vertreten. Die Mehrheit der Befragten, die selbst elterliche Gewalt erlebten, spricht sich damit gegen Züchtigungen aus.

Abbildung 44: Zustimmung zu Erziehungseinstellungen nach verschiedenen Merkmalen (in%; gewichtete Daten)



4.4.7 Akzeptanz Moderner Mythen über sexuelle Aggression

Unter Verwendung von drei Items der umfangreichen Skala zur Messung der Akzeptanz Moderner Mythen über sexuelle Aggression (Greger et al. 2013) wurden die in Tabelle 21 aufgeführten Items in den Fragebogen aufgenommen. Zusätzlich wurden zwei weitere Items berücksichtigt. Hierbei handelt es sich einerseits um ein Item der Skala zur Erfassung der Akzeptanz von Mythen über sexuelle Belästigung (Diehl/Bohner 2014), andererseits um ein selbst konstruiertes Item. Die Aussagen konnten von „1 – stimmt gar nicht“ bis „6 – stimmt völlig“ bewertet werden. In Tabelle 21 ist der Anteil an Befragten dargestellt, die mit vier bis sechs antworteten. Dabei ergeben sich recht grosse Unterschiede in den Zustimmungsanteilen: So wird der Aussage, dass sich viele Frauen über sexuelle Übergriffe beschweren, nur um als emanzipiert zu gelten, zu 42.2 % zugestimmt. Zugleich teilen nur 4.3 % der Befragten

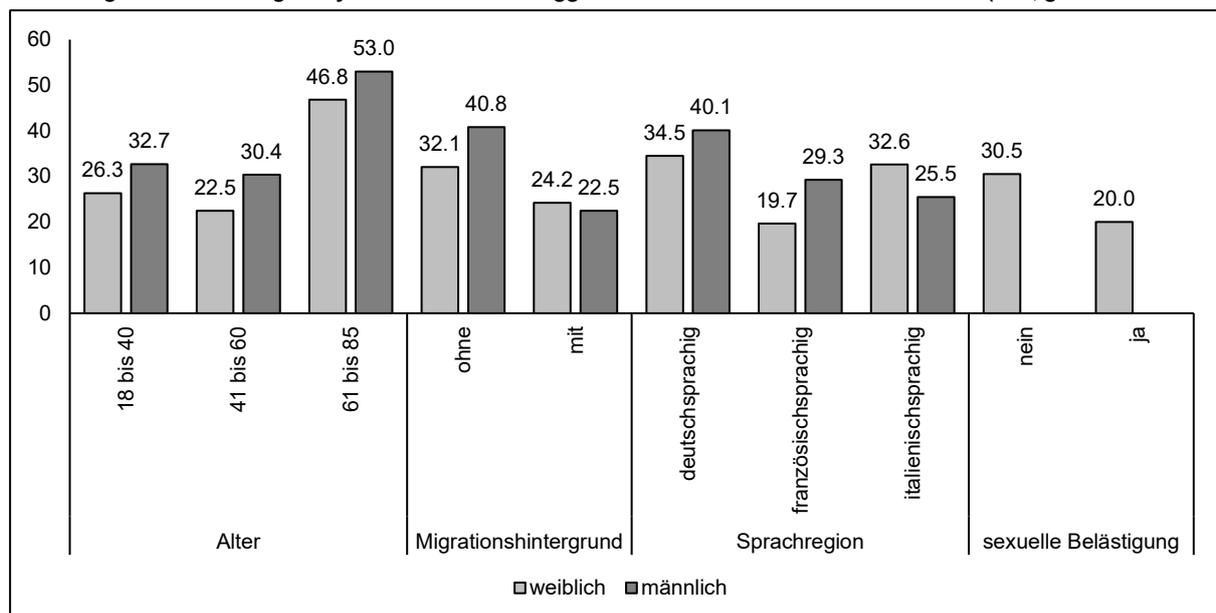
die Ansicht, dass es in Ordnung ist, wenn Frauen einen Klaps auf den Po bekommen. Weibliche Befragte stimmen allen Aussagen in geringerem Ausmass zu. Ein Unterschied findet sich beim vierten Item, bei dem 24.3 % beider Geschlechter zustimmen. Aus den ersten drei Items lässt sich eine Skala bilden (Cronbachs Alpha = .85). Der Anteil an Befragten, die Mythen über sexuelle Aggression zustimmen, beträgt in der Stichprobe 33.6 %; bei weiblichen Befragten liegt der Anteil bei 30.5 %, bei männlichen Befragten bei 36.8 %. Jeder dritte Befragte stimmt diesen Mythen damit im Durchschnitt zu.

Tabelle 19: Skala zur Messung Moderner Mythen über sexuelle Aggression (gewichtete Daten)

	gesamt	weiblich	männlich
Viele Frauen beschwerten sich schon aus nichtigem Anlass lautstark über sexuelle Übergriffe, nur um als emanzipiert zu gelten.	42.2	37.2	47.3
Frauen bezichtigen ihre Männer häufig einer Vergewaltigung in der Ehe, um sich für eine gescheiterte Beziehung zu rächen.	25.5	21.9	29.2
Viele Frauen neigen dazu, eine nett gemeinte Geste zum "sexuellen Übergriff" hochzuspielen.	37.3	33.8	40.7
Skala	33.6	30.5	36.8
Die meisten Frauen fühlen sich geschmeichelt wenn sie sexuelle Aufmerksamkeit von Männern bekommen, mit denen sie arbeiten.	24.3	24.3	24.3
Es ist in Ordnung, wenn Frauen in Bars, Clubs oder Diskotheken auch mal einen Klaps auf den Po bekommen.	4.3	3.3	5.4

Abbildung 45 stellt die Zustimmung zur Skala „Mythen über sexuelle Aggression“ im Vergleich verschiedener Befragtengruppen und jeweils differenziert nach Geschlecht vor. Für beide Geschlechter ergibt sich ein Alterseffekt: Ältere Befragte stimmen den Mythen deutlich häufiger zu als jüngere Befragte. Dementsprechend gilt bspw., dass 53.0 % der männlichen ab 61-jährigen Mythen über sexuelle Aggression befürwortet. Ebenfalls für beide Geschlechter findet sich, dass Befragte mit Migrationshintergrund seltener zustimmen als Befragte ohne Migrationshintergrund. Männliche Befragte ohne Migrationshintergrund berichteten zu 40.8 % Zustimmung, Befragte mit Migrationshintergrund hingegen nur zu 22.5 %. Signifikante Unterschiede finden sich zudem im Vergleich der Sprachregionen: Befragte aus der deutschsprachigen Schweiz stimmen – unabhängig davon, ob weiblich oder männlich – häufiger zu als Befragte der französischsprachigen und italienischsprachigen Schweiz. Nur in Bezug auf weibliche Befragte lässt sich zudem untersuchen, inwieweit das Erleben eigener sexueller Belästigungen für die Akzeptanz von Mythen folgenreich ist. Dabei zeigt sich, dass Opfer von Belästigungen signifikant seltener den Mythen zustimmen als Befragte, die keine sexuellen Belästigungen erlebt haben.

Abbildung 45: Zustimmung zu Mythen über sexuelle Aggression nach verschiedenen Merkmalen (in%; gewichtete Daten)



5 Zusammenfassung

Anliegen repräsentativer Befragungen ist es, die Häufigkeit des Vorkommens verschiedener Merkmale in einer Grundgesamtheit zu schätzen (Prävalenzschätzungen). Die vorliegende Studie beansprucht dementsprechend, auf Basis einer Stichprobe von 2111 zufällig ausgewählten Befragten, Aussagen über die Verbreitung von Kriminalitätsoffererfahrungen bzw. von kriminalitätsbezogenen Wahrnehmungen in der gesamten Schweiz zu treffen. Der Bericht konzentrierte sich mit diesem Anspruch übereinstimmend auf deskriptive Auswertungen; Zusammenhangsanalysen wurden nur an wenigen Stellen präsentiert. Bevor die Ergebnisse der Befragung entlang der eingangs formulierten Forschungsfragen zusammengefasst werden, ist darauf hinzuweisen, dass trotz der Zufallsauswahl der Befragten die Repräsentativität der Befragung eingeschränkt ist, die Ergebnisse daher nur vorläufige Schätzungen darstellen und durch weitere Studien geprüft werden sollten. Mindestens drei Gründe sind hierfür zu benennen: Erstens konnte die Zufallsziehung der Befragungsteilnehmerinnen und –teilnehmer nicht anhand des Registers des Bundesamts für Statistik erfolgen, sondern anhand einer nur eine reduzierte Anzahl an Personen beinhaltenden Adressliste eines Marketing-Unternehmens. Zweitens musste aus ressourcengründen auf den Einsatz von monetären oder anderen Anreizen verzichtet werden. Dies führt letztlich zu einer Rücklaufquote von 20.1 %, was bedeutet, dass vier von fünf zur Befragung eingeladene Personen nicht teilgenommen haben. Dass es sich bei den Teilnehmenden um eine selektive Gruppe handelt, zeigt der Vergleich mit Daten der Grundgesamtheit: Frauen, jüngere Personen und Menschen mit Migrationshintergrund sind unterrepräsentiert. Zwar wurden die Daten zumindest mit Blick auf das Geschlecht, das Alter und die Kantonszugehörigkeit gewichtet; aus den genannten Gründen kann eine Gewichtung die mit einem selektiven Rücklauf verbundenen Probleme aber nicht beheben. Drittens ist die Fallzahl der Stichprobe letztlich noch zu gering, um verlässliche Schätzungen über selten vorkommende Delikte bzw. für Subgruppen von Befragten vorzunehmen. Dies ist insbesondere mit Blick auf die kantonsvergleichenden Auswertungen zu beachten, die z.T. auf nur ca. 20 Befragten beruhen. Auf die Ergebnisse der Kantonsvergleiche wird daher in dieser Zusammenfassung nicht gesondert eingegangen. Mit Blick auf die in der Einleitung formulierten Fragen lassen sich folgende Ergebnisse festhalten:

1. Wie häufig werden Erwachsene in der Schweiz Opfer von Straftaten?

Laut Polizeilicher Kriminalstatistik wurden im Jahr 2017 2.8 % der Wohnbevölkerung Opfer irgendeiner Straftat. Der Vergleich mit der Dunkelfeldbefragung zeigt einmal mehr, dass dies eine deutliche Unterschätzung darstellt. Die in der Befragung festgestellten Zwölf-Monats-Prävalenzraten zu einzelnen Delikten übersteigen z.T. bereits diese Gesamtrate deutlich. Am häufigsten berichteten die Befragten demnach Erfahrungen von Cyberkriminalität (11.5 %) und Sachbeschädigung (10.4 %). Die Befragung weist insofern darauf hin, dass internetbezogene Kriminalität, hier erfasst über Datenverlust durch Viren o.ä., Datenmissbrauch und Betrug, einen wichtigen Kriminalitätsbereich darstellt und Präventionsmassnahmen zu intensivieren sind. Ebenfalls recht verbreitet sind Erfahrungen des Diebstahls allgemein sowie zusätzlich des Fahrraddiebstahls. 4.3 % der Befragten gaben an, Stalking erlebt zu haben, ein Verhalten, das bislang in der Schweiz nicht unter Strafe steht. Die Befragung macht zugleich darauf aufmerksam, dass schwere, die physische Integrität schädigende Delikte sehr selten vorkommen: Eine Körperverletzung mit Waffe haben 0.3 % der Befragten erlebt, eine sexuelle Nötigung/Vergewaltigung 0.2 %, einen Raub 0.4 %. Ohne Zweifel sind diese Raten noch immer zu hoch und weitere Anstrengungen der Gewaltprävention und der Unterstützung von Gewaltopfern notwendig; zugleich sind die niedrigen Raten und die positiven Trends, die sich beim Raub im Hell- wie im Dunkelfeld zeigen, bei einfachen Körperverletzungen im Hellfeld, sowie die Stabilität der Raten zu Vergewaltigungen und schweren Körperverletzungen, kein Anlass dafür, die bisherigen Aktivitäten der Gewaltprävention und Nachsorge in Frage zu stellen.

2. Welche Personengruppen sind häufiger, welche weniger häufig vom Erleben von Straftaten betroffen?

Die Viktimisierungswahrscheinlichkeit variiert nur teilweise nach sozio-demografischen Gruppen; für die Mehrheit der Delikte existieren keine signifikanten Unterschiede zwischen diesen. Insbesondere für jüngere Befragte (18 bis 40 Jahre) aber auch für Befragte der mittleren Altersgruppe (41 bis 60 Jahre) liegen die Prävalenzraten höher als für ältere Befragte (61 bis 85 Jahre) – bei Körperverletzungen und sexuellen Belästigungen sind diese Unterschiede besonders stark ausgeprägt. Für weibliche Befragte ergibt sich eine häufigere Betroffenheit von sexuellen Belästigungen und Stalking-erlebnissen. Hinzuweisen ist zudem darauf, dass Befragte mit Migrationshintergrund meist höhere Opferraten aufweisen als Befragte ohne Migrationshintergrund; beim Fahrzeug- und Einbruchdiebstahl wie bei der Körperverletzung und beim Betrug sind besonders deutliche Unterschiede festzustellen. Stadt-Land-Unterschiede sind weitestgehend nicht vorhanden; einzig Sachbeschädigungen und Einbruchdiebstähle kommen in städtischen Regionen häufiger vor als in ländlichen Regionen. Auch die Sprachregionen der Schweiz unterscheiden sich hinsichtlich der Viktimisierungswahrscheinlichkeit weitestgehend nicht voneinander. Die Auswertungen zu den verschiedenen Personengruppen lassen sich daher so zusammenfassen, dass vor allem das Alter für die Opferwerdung eine Rolle spielt. Die beobachteten Unterschiede können dabei vor allem mit der Theorie der Routineaktivitäten erklärt werden: Der Lebensstil und das Freizeitverhalten jüngerer Menschen macht sie insgesamt anfälliger dafür, Opfer von Kriminalität zu werden. Dies bedeutet selbstverständlich nicht, dass den jüngeren Menschen eine Schuld für ihre Opferschaft zugeschrieben wird – für das Verhalten eines Täters ist dieser selbst verantwortlich, nicht das Opfer. Die Sichtweise der Theorie der Routineaktivitäten hilft aber dabei, die Prävention von Kriminalität zu verbessern, da neben täterbezogenen Massnahmen auch sozialräumliche Massnahmen und opferverhaltenbezogene Massnahmen in den Fokus genommen werden. Am Beispiel des Fahrraddiebstahls heisst dies: Die Verfügbarkeit gesicherter Abstellmöglichkeiten (sozialräumliche Massnahme) hat auf dieses Delikt ebenso einen Einfluss wie die Nutzung sicherer Fahrradschlösser (opferverhaltenbezogene Massnahme).

3. Wie häufig kommt es zur Anzeige erlebter Straftaten?

Die Anzeigequote wurde nur in Bezug auf Körperverletzungen erhoben. Dabei hat sich gezeigt, dass etwa jede dritte Körperverletzung zur Anzeige gebracht wird (30.7 %), d.h. zwei Drittel der Körperverletzungen im Dunkelfeld verbleiben. Bekannte Täterinnen und Täter werden deutlich seltener angezeigt als unbekannte Täterinnen und Täter, einheimische Täterinnen und Täter seltener als Täterinnen und Täter mit vermuteten Migrationshintergrund. Gerade der letzte Befund ist mit Blick auf die Interpretation der Polizeilichen Kriminalstatistik von hoher Relevanz: Die höhere Kriminalitätsbelastung der ausländischen Bevölkerung in der Kriminalstatistik lässt sich neben anderen Faktoren auch darauf zurückführen, dass die Täterinnen und Täter häufiger angezeigt werden und damit ins Hellfeld gelangen.

4. Welche Folgen hat das Erleben von Straftaten?

Straftaten haben einerseits mehr oder weniger ausgeprägte physische Folgen. Dies konnte mit Blick auf Körperverletzungen gezeigt werden: Bei jeder vierten Körperverletzung (24.4 %) sind die Schädigungen derart, dass eine ärztliche Behandlung notwendig ist. Gleichzeitig konnten die Auswertungen zumindest mit Blick auf einen Indikator psychische Folgen von Straftaten illustrieren: Das Erleben von Straftaten senkt die Lebenszufriedenheit. Das Erleben von schweren Körperverletzungen (hier: Körperverletzungen mit Waffe) ist dabei, wenig überraschend, besonders einflussreich. Bedeutsam ist zugleich der Befund, dass auch vermeintlich leichtere Straftaten fast ebenso wichtig für die Lebenszufriedenheit sind: Befragte, die Stalking oder sexuelle Belästigung erlebt haben, weisen ebenfalls eine reduzierte Lebenszufriedenheit auf.

5. Welche Erfahrungen haben die Erwachsenen mit besonderen Formen der Viktimisierung?

In der Befragung wurde sich, z.T. erstmalig in dieser Form für die Schweiz, verschiedenen besonderen Viktimisierungen gewidmet. Dabei zeigt sich alles in allem, dass insbesondere leichtere Viktimisierungsformen recht verbreitet sind. So haben 13.7 % der Befragten psychische Gewalt durch den Lebenspartner erlebt (u.a. lächerlich machen, demütigen), 2.9 % physische Gewalt – weibliche und männliche Befragte erleben diese Verhaltensweisen in etwa gleichhäufig. Cyberbullying oder sexuelle Online-Belästigungen werden von ca. jedem 14. Befragten berichtet; hierbei handelt es sich also um Verhaltensweisen, die nicht nur im Jugendalter verbreitet sind. Für Befragte, die einer Erwerbsarbeit nachgehen, wurde zudem geprüft, welchen negativen Handlungen sie in den letzten zwölf Monaten ausgesetzt waren: Von Mobbing durch Kolleginnen und Kollegen oder durch Vorgesetzte berichtet jeweils etwa jeder zehnte Befragte, von physischen Übergriffen 1.4 % der Befragten. Fast jeder dritte Befragte (29.4 %) gibt an, dass Vereinbarungen nicht eingehalten wurden (u.a. nicht vereinbarte Überstunden leisten). Bei einigen Befragten wurde der Lohn verspätet oder gar nicht ausgezahlt (3.9 %). Befragte mit Migrationshintergrund sind von verschiedenen Verhaltensweisen stärker betroffen als Befragte ohne Migrationshintergrund.

6. Welche subjektive Wahrnehmung der Kriminalität findet sich unter Erwachsenen der Schweiz?

Die Auswertungen unterstreichen grundsätzlich, dass das Thema Kriminalität die Bevölkerung recht stark bewegt – und das in einer Zeit eher rückläufiger Kriminalität. Etwa die Hälfte der Befragten macht sich grosse Sorgen über Kriminalität, über die Hälfte der Befragten ist der Meinung, dass die Straftaten in der Schweiz zugenommen haben. In Bezug auf einzelne Delikte sind die Einschätzungen teilweise noch negativer. Jeder fünfte Befragte hat die Furcht, einen Diebstahl oder einen Wohnungseinbruch zu erleben; nicht wenige Befragte legen u.a. aufgrund dieser Befürchtungen bestimmte Verhaltensweise der Vermeidung von Opferschaften an den Tag, die auch so weit reichen, dass Pfefferspray oder andere Verteidigungsmittel mitgeführt werden (zumindest von jedem sechsten Befragten). Ein Unsicherheitsgefühl besteht insbesondere bei Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln abends oder nachts bzw. dann, wenn man abends oder nachts allein unterwegs ist. Einen Niederschlag findet diese kriminalitätsbezogene Problemwahrnehmung in strafharten Einstellungen: Zwar befürworten nur 20.3 % der Befragten explizit die Todesstrafe; Forderungen nach insgesamt härteren Strafen teilen aber mehr als zwei von drei Befragten (69.9 %). Die Auswertungen zeigen dabei, dass die Wahrnehmungen und strafharten Einstellungen nur z.T. von eigenen Erfahrungen geprägt sind: Zwar gilt, dass das Erleben einer Straftat in den letzten zwölf Monaten mit einer höheren Problemwahrnehmung und stärkeren Punitivität einher geht; jenseits davon ergeben sich aber insgesamt bedeutsamere Effekte für zwei andere Bereiche: Einerseits schlägt sich der Medienkonsum in den Wahrnehmungen und Einstellungen nieder, und zwar derart, dass ein häufiger Konsum privater Fernsehsender verstärkend, von überregionalen Tageszeitungen reduzierend wirkt, was mit der Art und Weise der Berichterstattung über Kriminalität in Zusammenhang stehen dürfte. Zweitens ist die politische Orientierung von hoher Bedeutsamkeit: Je weiter rechts sich ein Befragter verortet, umso eher ist er der Meinung, dass Kriminalität ein Problem ist und umso eher fordert er höhere Strafen. Die Auswertungen ergeben damit einen Hinweis auf eine doppelte Instrumentalisierung des Themas Kriminalität: Einerseits nutzen verschiedene Medien dieses Thema, um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung für ihre Angebote sicherzustellen. Andererseits nutzen eher konservative bis rechtsgerichtete politische Akteure das Thema, um Wähler zu binden. Welche Folgen diese Formen der Instrumentalisierung haben, bleibt abzuwarten. Es ist allerdings fraglich, ob sie einer rationalen Kriminalpolitik zuträglich sind.

7. Welche Einstellungen zur Polizei und welche Erfahrungen mit der Polizei haben die Erwachsenen?

Die Polizei genießt ein hohes Vertrauen in der Bevölkerung – dies zeigt nicht nur die hier vorgestellte Befragung (vgl. u.a. auch Szvircsev Tresch et al. 2019): 83.8 % äussern sich in dieser Hinsicht positiv

über die Polizei. Ein möglicher Grund hierfür ist, dass aggressives Verhalten von Seiten der Polizei eine Seltenheit darstellt: Kein Befragter berichtete davon, dass ein Polizist oder eine Polizistin ihn geschlagen oder getreten hat; 1.1 % gaben an, beschimpft oder provoziert worden zu sein. Die Befragung konnte zudem deutlich machen, dass in der Bevölkerung eine positive Einstellung zum Einsatz von Bodycams besteht: 85.2 % gaben an, den Einsatz von Bodycams zu befürworten. Damit liegt die Zustimmung deutlich höher als unter Polizistinnen und Polizisten selbst, was anhand der Studie von Manzoni und Baier (2018) gezeigt werden konnte.

8. Welche politischen Orientierungen finden sich in der Erwachsenenbevölkerung?

In der Befragung wurde eine Bandbreite politischer Orientierungen erhoben, wobei jeweils nur Kurzinstrumente zum Einsatz kamen, was bedeutet, dass spezifische politische Positionen nicht im Detail abgebildet werden konnten. Auf die Frage, ob sich die Befragten politisch eher links, in der Mitte oder eher rechts sehen, zeigt sich, dass die Mehrheit eine Position in der Mitte vertritt. Zugleich gibt es ca. ein Drittel mehr Befragte, die sich als (eher) rechts als (eher) links positionieren. Hinsichtlich konkreter politischer Ziele wird diese Verteilung (mehr rechts- als linksorientierte Befragte) nur z.T. bestätigt: Der eher linken Position der Kapitalismusfeindlichkeit stimmen 74.7 % und damit die deutliche Mehrheit der Befragten zu, als eher rechtsextrem werden demgegenüber 27.4 % der Befragten eingestuft. Zugleich erhalten kommunistische/anarchistische politische Forderungen nur von einer Minderheit der Befragten (2.0 %) Zustimmung. Einzelne Aussagen, die auf eine eher rechte Orientierung hindeuten, erhalten zugleich bedenklich hohe Befürwortung: So stimmten 51.9 % der Befragten der Aussage zu, dass zu viele Ausländer in der Schweiz leben, 27.9 % waren der Meinung, dass Muslimen die Zuwanderung in die Schweiz untersagt werden sollte. Diese negativen Bilder über Ausländer allgemein, Musliminnen und Muslime im Besonderen, sind unter Erwachsenen weiterverbreitet als unter Jugendlichen, wie ein Vergleich mit einer Jugendbefragung deutlich machen konnte. Eine relevante gesellschaftliche Aufgabe ist daher, bestehende Vorurteile gegenüber verschiedenen Gruppen in der Erwachsenenbevölkerung zu bekämpfen. Dies gilt auch in Bezug auf Homosexuelle, insofern immerhin 12.0 % der Befragten homophobe Einstellungen vertreten. Zwei weitere Befunde zu politischen Einstellungen verdienen an dieser Stelle noch Erwähnung: So gilt erstens, dass in der Bevölkerung grundsätzlich eine hohe Zufriedenheit mit der Demokratie in der Schweiz besteht; neun von zehn Befragten äussern sich dementsprechend – was zugleich nicht ausschliesst, dass die Tätigkeit von Politikerinnen und Politikern auch kritisch eingeschätzt wird (so waren bspw. nur 41.0 % der Meinung, dass die Politiker sich darum kümmern, was einfache Leute denken). Zweitens äussert eine kleine Minderheit der Befragten (7.4 %) die Ansicht, dass Gewalt ein Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele ist; diesbezüglich sind die Erwachsenen deutlich friedlicher eingestellt als die Jugendlichen, die den entsprechenden Aussagen zu 13.1 % zugestimmt haben.

9. Welche Einstellungen bestehen in der Bevölkerung zu Strafgefangenen?

Erstmals in umfassender Form für die Schweiz wurde sich in der Befragung den Einstellungen der Bevölkerung zu Strafgefangenen gewidmet. Dabei sprach sich eine Mehrheit der Befragten für einen gefangenenorientierten Vollzug aus. Breite Zustimmung erfahren dabei Angebote wie kinderfreundliche Besuchsräume, Bildungsangebote, sozialarbeiterische bzw. psychologische Betreuung, kreative und andere Freizeitangebote. Negativen Aussagen über Gefangene wird hingegen nur von einer Minderheit der Befragten zugestimmt (z.B. „Gefangene sind von Grund auf schlecht“). Der Resozialisierungsgedanke ist in der Bevölkerung stark verwurzelt, was sich explizit daran zeigt, dass nur 22.4 % der Befragten befürwortet, dass Resozialisierungsarbeit „Zeit- und Geldverschwendung“ ist. Dass mit der Resozialisierungsarbeit Risiken verbunden sind, ist den Befragten bewusst: Neun von zehn Befragten stimmten der Aussage zu, dass es eine Null-Risiko-Gesellschaft nicht gibt. Allerdings zeigt sich in den Antworten auch eine gewisse Ambivalenz was die Bereitschaft anbelangt, Risiken einzugehen: So erhalten der Resozialisierung dienende Massnahmen wie die Gewährung von Freigängen oder Hafturlauben von

weniger als der Hälfte der Befragten Zustimmung; die Praxis der Ausschaffung von ausländischen Strafgefangenen wird von drei Viertel der Befragten befürwortet. Alles in allem kann gefolgert werden, dass die derzeitige Praxis des Strafvollzugs in der Schweiz, die auf Resozialisierung ausgerichtet ist, einen Rückhalt in der Bevölkerung hat; den Vollzug punitiver, härter auszugestalten, ist aus Sicht der Bevölkerung eher nicht notwendig.

10. Wie steht die Schweiz zu Kriminalisierung bzw. Legalisierung verschiedener Verhaltensweisen?

Die Befragung ergab mit Blick auf einige Verhaltensweisen eine grosse Einheitlichkeit hinsichtlich der Einschätzungen der Bevölkerung: Mindestens acht von zehn Befragten meinten, dass erzwungener Geschlechtsverkehr in der Ehe, schnelles Autofahren (Rasen), Betrug bei der Steuererklärung, Ladendiebstahl, Fahren unter Alkoholeinfluss und Schwarzfahren verbotene Verhaltensweisen darstellen, Schwangerschaftsabbruch und häufiger Alkoholkonsum hingegen erlaubte Verhaltensweisen sind. Bei anderen Verhaltensweisen gehen die Meinungen stärker auseinander: Dabei gaben 64.1 % an, dass der Konsum von Haschisch, und 23.8 %, dass der Konsum von Kokain legales Verhalten darstellt. Zwei Drittel der Befragten gaben an, dass niedrigschwelliges ausländerfeindliches Verhalten (hier: ein Gastwirt bedient ausländische Gäste nicht) ein gesetzlich zu verbotenes Verhalten ist. Insgesamt unterstreichen die Auswertungen, dass Legalisierungsdiskurse mit Blick auf Ladendiebstahl und Schwarzfahren in der Bevölkerung auf Unverständnis stossen dürften; hinsichtlich des Themas Cannabis scheint hingegen eine Bereitschaft vorzuliegen, Forderungen bzgl. eines liberaleren Umgangs zu unterstützen.

11. Welche Sorgen finden sich in der Bevölkerung in Bezug auf Flüchtlinge?

Die Befunde zeigen, dass Flüchtlinge ein sorgenbesetztes Thema in der Schweizer Bevölkerung sind, unter geringer gebildeten Befragten, Befragten aus eher ländlichen Gebieten und Befragten aus der italienischsprachigen Schweiz noch stärker als unter anderen Befragten. Zwei Bereiche bereiten dabei einer Mehrheit der Befragten Sorgen: Dass durch den Zuzug von Flüchtlingen die Sozialsysteme übermässig belastet werden und dass die Kriminalität steigt. Mit Blick auf das Thema Anstieg der Kriminalität sind die Befunde der wissenschaftlichen Forschung noch uneinheitlich (vgl. u.a. Baier/Kliem 2019, Simmler/Schär 2017). Um möglichen übermässigen Sorgen der Bevölkerung entgegen zu treten, bedarf es weiterer Studien zum Zusammenhang von Zuwanderung und Kriminalität.

Neben diesen Befunden sind abschliessend noch zwei weitere Ergebnisse zu würdigen, die durch die Befragung erarbeitet werden konnten. Dabei ist erstens auf das Thema Erziehung einzugehen. Im Vergleich verschiedener Geburtskohorten konnte gezeigt werden, dass die emotionale Zuwendung in der Erziehung immer grössere Verbreitung erfährt; drei Viertel der jüngsten Kohorte gaben an, dass sie häufig von den Eltern getröstet oder gelobt wurden. Parallel dazu sinkt – allerdings nicht in vergleichbarem Tempo – die Anwendung elterlicher Gewalt. In Bezug auf die jüngste Kohorte zeigt sich bspw., dass mehr als zwei von drei Befragten Gewalt erlebt haben, wobei Züchtigungen (Ohrfeigen, hartes Anpacken/Stossen) sehr viel weiter verbreitet sind als schwere Gewaltübergriffe (mit Gegenstand oder Faust schlagen). Gerade mit Blick auf die Züchtigungen scheint es damit in der Schweiz noch keinen Konsens zu geben, dass es sich um physische Gewalt handelt, die ebenfalls negative Folgen für Kinder und Jugendliche hat (vgl. hierfür u.a. Baier et al. 2018). Die Auswertungen zu den erhobenen Erziehungseinstellungen stützen diese Überlegungen: Immerhin 24.7 % der Befragten sprachen sich für den Einsatz von Züchtigungen (explizit Ohrfeigen) in der Erziehung aus; 22.5 % gaben zudem an, dass sie staatliche Eingriffe in die Erziehung ablehnen. Eine gesetzliche Verankerung des Züchtigungsverbots, wie dies u.a. in Deutschland in der Vergangenheit geschehen ist, könnte dazu beitragen, auch den Einsatz von Züchtigungen in der Erziehung weiter einzudämmen.

Ebenfalls wichtig erscheint zweitens der Hinweis auf das Thema Verschwörungsmentalität, aus zweierlei Gründen: Einerseits weist entsprechend der Ergebnisse ein Drittel der Befragten eine Affinität zu

solch einer Mentalität auf; 46.2 % stimmten bspw. der Aussage zu, dass es geheime Organisationen gibt, die grossen Einfluss auf politische Entscheidungen haben. Auch unter Jugendlichen erhalten entsprechende Aussagen eine hohe Zustimmung. Andererseits belegen die Auswertungen, dass Befragte mit Verschwörungsmentalität häufiger extremistischen Standpunkten zustimmen. Verschwörungsmentalitäten sind insofern folgenreich für weitere Einstellungen, möglicherweise auch für Verhaltensweisen. Sicherlich spielen für die zunehmende Verbreitung von Verschwörungstheorien Internet und Soziale Medien eine wichtige Rolle. Umso wichtiger ist es für die Zukunft, solchen Theorien und Mentalitäten in diesen Kanälen noch stärker entgegen zu treten und eine weitere Verbreitung zu verhindern.

Der Bericht hat insgesamt zahlreiche detaillierte Befunde zu Erfahrungen und Wahrnehmungen bzw. Einstellungen präsentiert. Wenn diese zu drei zentralen Erkenntnissen verdichtet werden sollen, so könnten diese wie folgt lauten, wobei diese selbstverständlich nur eine Auswahl darstellen:

1. Kriminalität allgemein, Gewaltkriminalität im Besonderen ist in der Schweiz stabil bis rückläufig. Weder aus dem Dunkelfeld noch aus dem Hellfeld ergeben sich Hinweise auf einen Anstieg von Delikten, mit der Ausnahme von Cyberkriminalität (inkl. Betrug). Auch wenn sich in Bezug auf Subgruppen in der Bevölkerung gegenläufige Trends abzuzeichnen beginnen (vgl. mit Blick auf Jugendliche Baier 2019), liefern die vorhandenen Daten keinen Anlass, Kriminalität und Gewalt in der Schweiz übermässig in den Mittelpunkt medialer und politischer Diskussionen zu rücken. Stattdessen sollten die insgesamt eher positiven Nachrichten grössere Würdigung und Verbreitung erfahren.
2. Die Diskussionen über Kriminalität in der Vergangenheit haben Spuren hinterlassen. Die Bevölkerung macht sich Sorgen, fürchtet sich vor Kriminalität, zeigt Unsicherheitsgefühle. Hieraus erwächst dann die Forderung nach härteren Strafen, die hohe Zustimmung genießt. Gleichwohl wäre es falsch, der Bevölkerung zu unterstellen, sie hätte einen eindimensionalen, repressiven Lösungsansatz fokussierenden Blick auf das Thema Kriminalität. An verschiedenen Stellen wird deutlich, dass die Bevölkerung umsichtig urteilt: So werden hinsichtlich der Präventionsmassnahmen Nachbarschaftswachen eher abgelehnt, Kompetenztrainings und sozialarbeiterische Tätigkeiten geschätzt. In Bezug auf Gefangene wird von der Mehrheit am Ziel der Resozialisierung festgehalten; positive general- und spezialpräventive Ansätze werden weitestgehend befürwortet.
3. Es gibt Bereiche, in denen besteht Handlungsbedarf, was die Prävention anbelangt; wie diese aussieht, bleibt an dieser Stelle freilich offen. Das Thema Cyberkriminalität ist hier zweifellos zu nennen, aber ebenso das Thema Stalking, das in der Schweiz noch nicht als Straftat definiert ist, hinsichtlich der Folgen aber anderen Straftaten vergleichbar ist. Weitere wichtige zukünftige Handlungsfelder stellen negative Verhaltensweisen im Arbeitsumfeld, ausländerfeindliche und rechtsextreme Einstellungen und Züchtigungen guttheissende Erziehungsvorstellungen dar.

Literatur

Baier, D. (2015). Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung. KFN: Forschungsbericht Nr. 127.

Baier, D. (2019). Jugendkriminalität in der Schweiz. Entwicklung und Einflussfaktoren. Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe 30, im Druck.

Baier, D., Kemme, S., Hanslmaier, M., Doering, B., Rehbein, F., Pfeiffer, C. (2011). Kriminalitätsfurcht, Strafbedürfnisse und wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung Ergebnisse von bevölkerungsrepräsentativen Befragungen aus den Jahren 2004, 2006 und 2010. KFN: Forschungsbericht Nr. 117.

Baier, D., Kliem, S. (2019). Gewaltkriminalität von Geflüchteten – Befunde aus Deutschland. Journal für Strafrecht 6, 109-118.

Baier, D., Manzoni, P., Haymoz, S., Isenhardt, A., Kamenowski, M., Jacot, C. (2018). Elterliche Erziehung unter besonderer Berücksichtigung elterlicher Gewaltanwendung in der Schweiz. Ergebnisse einer Jugendbefragung. ZHAW: Forschungsbericht.

Baier, D., Pfeiffer, C. (2011). Jugendliche als Opfer und Täter von Gewalt in Berlin. KFN: Forschungsbericht Nr. 114.

Baier, D., Pfeiffer, C., Simonson, J., Rabold, S. (2009). Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt. Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN. KFN: Forschungsbericht Nr. 107.

Beierlein, C., Kemper, C. J., Kovaleva, A., Rammstedt, B. (2014). Political Efficacy Kurzsкала (PEKS). Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen. GESIS-Working Papers

Biberstein, L., Killias, M., Walser, S., Iadanza, S., Pfammater, A. (2016). Studie zur Kriminalität und Opfererfahrungen der Schweizer Bevölkerung. Analysen im Rahmen der schweizerischen Sicherheitsbefragung 2015.

Birkel, C., Guzy, N., Hummelsheim, D., Oberwittler, D., Pritsch, J. (2014). Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2012. Erste Ergebnisse zu Opfererfahrungen, Einstellungen gegenüber der Polizei und Kriminalitätsfurcht. Arbeitsberichte. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg i.Br.

Bundesamt für Statistik (2019). Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS). Jahresbericht 2018 der polizeilich registrierten Straftaten. Neuchâtel.

Diehl, C., Bohner, G. (2014). AMSB-Skala. Skala zur Erfassung der Akzeptanz von Mythen über sexuelle Belästigung. In: Richter, D., Brähler, E., Strauß, B. (Hrsg.), Diagnostische Verfahren in der Sexualwissenschaft. Göttingen: Hogrefe, S. 27-31.

Doering, B., Baier, D. (2011). Jugendliche als Opfer und Täter von Gewalt im Landkreis Emsland. KFN: Forschungsberichte Nr. 113.

Edwards, P., Roberts, I., Clarke, M., DiGiuseppi, C., Pratap, S., Wentz, R., Kwan, I. (2002). Increasing Response Rates to Postal Questionnaires: Systematic Review. British Medical Journal 324, 1183-1185.

- Farrell, G. (2013) Five Tests for a Theory of the Crime Drop. *Crime Science* 2, 1-8.
- Fischer, A., Kohr, H. (2014). Sozio-Politische Einstellungen. In: Danner, D., Glöckner-Rist, A. (Hrsg.), *Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen*.
- Gerger, H., Kley, H., Bohner, G., Siebler, F. (2013). *Skala zur Messung der Akzeptanz moderner Mythen über sexuelle Aggression (AMMSA)*. Bielefeld University.
- Guzy, N. (2015). Nonresponse Bias in telefonischen Opferbefragungen. Forschungsstand und Ergebnisse einer Nonresponseanalyse. In: Schupp, J., Wolf, C. (Hrsg.), *Nonresponse Bias. Qualitätssicherung sozialwissenschaftlicher Umfragen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 161-207.
- Heyder, A., Küpper, B., Zick, A. (2005). Dokumentation der Entwicklung und Überprüfung von Kurzskalen: Homophobie, Behinderten- und Obdachlosenabwertung. *GMF-Arbeitsbericht 2005/01*. Bielefeld.
- Imhof, R. (2014). Fragebogen zur Erfassung von Verschwörungsmentalität – Kurzform. In: Kemper, C.J., Brähler, E., Zenger, M. (Hrsg.), *Psychologische und sozialwissenschaftliche Kurzskalen. Standardisierte Erhebungsinstrumente für Wissenschaft und Praxis*. Berlin: Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, S. 334-336.
- Kuhn, A., Villettaz, P., Willi-Jayet, A., & Willi, F. (2004). Öffentliche Meinung und Strenge der Richter: Vergleich zwischen den von schweizerischen Richtern ausgesprochenen Strafen und den von der Öffentlichkeit gewünschten Sanktionen. *Schweizerische Zeitschrift für Kriminologie* 1/2014, 28-32.
- Kunz, K.-L., Singelstein, T. (2016). *Kriminologie* (7. Aufl.). Stuttgart: Haupt.
- Landeskriminalamt Niedersachsen (2015). *Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen. Abschlussbericht zur ersten Befragung im Frühjahr 2013*.
- Lautmann, R., Klimke, D. (2004). Punitivität als Schlüsselbegriff für eine kritische Kriminologie. In Lautmann, R., Klimke, D., Sack, F. (Hrsg.), *Punitivität*. (Kriminologisches Journal, 8. Beiheft). Weinheim: Juventa, S. 9–29.
- Lehmann, A., Greve, W. (2003). Justizvollzug als Profession. Herausforderungen eines besonderen Tätigkeitbereichs: Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im niedersächsischen Justizvollzug. *Das Forschungsprojekt und der Erhebungsbogen der standardisierten Befragung*. KFN: Forschungsbericht Nr. 90.
- Manzoni, P., Baier, D. (2018). *Evaluation des Pilotprojekts zum Einsatz von «Bodycams» bei der Stadtpolizei Zürich und der Transportpolizei*. Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.
- Manzoni, P., Baier, D., Haymoz, S., Isenhardt, A., Kamenowski, M., Jacot, C. (2018). *Verbreitung extremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen unter Jugendlichen in der Schweiz*. Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften: Forschungsbericht.
- Pfeiffer, C., Windzio, M., Kleimann, M. (2005). Media Use and its Impacts on Crime Perception, Sentencing Attitudes and Crime Policy. *European Journal of Criminology*, 2, 259–285.

Philipp, C., Koch, K., Borchard, B., Regli, D., Znoj, H. (2016). Wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung, Strafbedürfnis und Kriminalitätsfurcht. *Kriminalistik* 70, 570 – 573.

Prätor, S. (2015). Ziele und Methoden der Dunkelfeldforschung. Ein Überblick mit Schwerpunkt auf Dunkelfeldbefragungen im Bereich der Jugenddelinquenz. In: Eifler, S., Pollich, D. (Hrsg.), *Empirische Forschung über Kriminalität. Methodologische und methodische Grundlagen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 31-65.

Reuband, K.-H. (2001). Möglichkeiten und Probleme des Einsatzes postalischer Befragungen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 53, 307-333.

Reuband, K.-H. (2015). Ausschöpfung und Nonresponse Bias in postalischen Befragungen. In: Schupp, J., Wolf, C. (Hrsg.), *Nonresponse Bias. Qualitätssicherung sozialwissenschaftlicher Umfragen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 209-251.

Ribeaud, D., Eisner, M., Nivette, A. (2017). Können gewaltbereite extremistische Einstellungen vorausgesagt werden? *Forschungsmemo*. Universität Zürich.

Rieckmann, J., Kraus, M. (2015). Tatort Internet: Kriminalität verursacht Bürgern Schäden in Milliardenhöhe. *DIW Wochenbericht* 12/2015, 295-301.

Rippl, S., Baier, D. (2005). Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. *Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57, 644-666.

Simmler, M., Schär, N. (2017). Chancen und Risiken der aktuellen Flüchtlingsbewegung für die Schweizer Kriminalitätsentwicklung – Ergebnisse einer Befragung von Asylsuchenden in der Ostschweiz. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 100, 45-66

Singelstein, T., Habermann, J. (2019). Punitivität in Deutschland – Strafeinstellungen in der Bevölkerung und Möglichkeiten ihrer Messung. In: Goeckenjan, I., Puschke, J., Singelstein, T. (Hrsg.), *Für die Sache – Kriminalwissenschaften aus unabhängiger Perspektive*. Berlin: Duncker und Humblot, S. 126-149.

Stadler, L., Bieneck, S., Pfeiffer, C. (2012). Repräsentativbefragung sexueller Missbrauch 2011. *KFN: Forschungsbericht* Nr. 118.

Suhling, S., Löbmann, R., Greve, W. (2005). Zur Messung von Strafeinstellungen. Argumente für den Einsatz von fiktiven Fallgeschichten. *Zeitschrift für Sozialpsychologie* 36, 203–213.

Szvircev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Giovanoli M., Moehlecke de Baseggio, E., Reiss, T., Rinaldo, A., Schneider, O., Scurrill, J. V. (2019). Sicherheit 2019 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. *Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich, Zürich und Birmensdorf*.

Anhang

Tabelle A1: Anzahl registrierter Straftaten in der Schweiz seit 2009 (Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, Bundesamt für Statistik)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	
Bevölkerung (31.12. Vorjahr)	7701856	7785806	7870134	7954662	8039060	8139631	8237666	8327126	8419550	8484130	
Straftaten Insgesamt	553421	527897	559877	611903	575138	526066	487611	467731	439001	432754	
Gewalt	Tötungsdelikt	236	240	230	229	209	173	198	232	236	199
	Schwere KV	524	487	487	597	568	609	616	573	586	585
	Raub	3530	2853	3113	3603	3196	2367	1859	1876	1746	1644
	Einfache KV	9787	9338	9033	8728	8527	7782	7381	7787	7437	7624
sexuelle Gewalt	Sexuelle Beläst.	1208	1221	1089	1120	1075	1019	1058	1190	1160	1267
	Sexuelle Nötigung	617	642	606	639	600	690	736	702	654	665
	Vergewaltigung	666	543	552	569	571	556	532	588	619	626
Diebstahl/ Sachbe- schä- di- gung	Fahrzeugdiebstahl	53933	49649	51652	47514	44079	47762	44900	42178	41903	41796
	Einbruchdiebstahl	51758	50210	52735	61128	56930	52338	42416	36970	32534	30383
	Taschendiebstahl	17318	18678	27450	34131	30014	24659	20303	17961	15243	13283
	Sachbeschädigung	64508	57809	53435	50279	48130	46942	44890	43618	42925	42243
Betrug/ Cyber-kri- minalität	Unbef. Datenbe- schaff.	191	446	1700	1852	1221	664	767	975	1063	1151
	Unbef. Eindringen Datensystem	126	185	200	264	354	314	312	383	404	591
	Betrüg. Missbrauch EDV-Anlage	4688	4606	5520	6323	5559	4219	4370	4788	4956	5583
	Betrug	7821	9403	6307	8066	9304	9563	11874	15749	13259	16319

Tabelle A2: Entwicklung von Opferzahlen für ausgewählte Delikte seit 2009 (Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, Bundesamt für Statistik, eigene Berechnungen)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	
Bevölkerung (31.12. Vorjahr)	7701856	7785806	7870134	7954662	8039060	8139631	8237666	8327126	8419550	8484130	
Opfer	Insgesamt	306098	292460	320988	342580	322228	291044	267518	254208	244447	240224
	Schwere KV	447	478	481	584	556	601	595	558	572	573
	Raub	3820	3479	3664	4153	3681	2816	2228	2215	2021	1917
	Vergewaltigung	633	525	529	549	551	538	509	568	594	604
	Fahrzeugdiebstahl	44337	41952	42910	40083	38233	39646	37909	35851	35783	35687
	Betrug	6027	5895	5493	6577	7663	7770	9392	9441	11275	14233
Opferzahl	Insgesamt	3974.3	3756.3	4078.6	4306.7	4008.3	3575.6	3247.5	3052.8	2903.3	2831.5
	Schwere KV	5.8	6.1	6.1	7.3	6.9	7.4	7.2	6.7	6.8	6.8
	Raub	49.6	44.7	46.6	52.2	45.8	34.6	27.0	26.6	24.0	22.6
	Vergewaltigung	8.2	6.7	6.7	6.9	6.9	6.6	6.2	6.8	7.1	7.1
	Fahrzeugdiebstahl	575.7	538.8	545.2	503.9	475.6	487.1	460.2	430.5	425.0	420.6
	Betrug	78.3	75.7	69.8	82.7	95.3	95.5	114.0	113.4	133.9	167.8
Opferzahl 2009 = 100	Insgesamt	100	94.5	102.6	108.4	100.9	90.0	81.7	76.8	73.1	71.2
	Schwere KV	100	105.8	105.3	126.5	119.2	127.2	124.5	115.5	117.1	116.4
	Raub	100	90.1	93.9	105.3	92.3	69.8	54.5	53.6	48.4	45.6
	Vergewaltigung	100	82.0	81.8	84.0	83.4	80.4	75.2	83.0	85.8	86.6
	Fahrzeugdiebstahl	100	93.6	94.7	87.5	82.6	84.6	79.9	74.8	73.8	73.1
	Betrug	100	96.8	89.2	105.7	121.8	122.0	145.7	144.9	171.1	214.4

Tabelle A3: Opferzahlen insgesamt und im Geschlechtervergleich (Jahr 2017; Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, Bundesamt für Statistik, eigene Berechnungen)

	gesamt	gesamt (Personen)	gesamt (ab 18-jährige Personen)	Prävalenz (ab 18-jährige Personen)	männlich	weiblich	
Bevölkerung (31.12. Vorjahr)	8419550	8419550	6909664	-	4173437	4246113	
Insgesamt	244447	206932	192956	2.793	115067	91865	
Gewalt	Tötungsdelikt	235	235	221	0.003	154	81
	Schwere KV	572	572	507	0.007	447	125
	Raub	2021	1841	1577	0.023	1263	578
	Einfache KV	7225	7225	6329	0.092	4514	2711
sexuelle Gewalt	Sexuelle Beläst.	1168	1168	895	0.013	103	1065
	Sexuelle Nötigung	628	628	421	0.006	93	535
	Vergewaltigung	594	594	483	0.007	0	594
Diebstahl/ Sachbe- schädi- gung	Fahrzeugdiebstahl	35783	34942	32153	0.465	21852	13090
	Einbruchdiebstahl	33596	23410	23257	0.337	13899	9511
	Taschendiebstahl	15298	15199	14167	0.205	6426	8773
	Sachbeschädigung	30415	18882	18601	0.269	11840	7042
Betrug/ Cy- ber-krimi- nalität	Unbef. Datenbeschaff.	1075	845	832	0.012	432	413
	Unbef. Eindringen Datensystem	449	278	264	0.004	128	150
	Betrüg. Missbrauch EDV-Anlage	4709	3805	3712	0.054	1811	1994
	Betrug	11275	8704	8497	0.123	4790	3914

Tabelle A4: Opferzahlen im Altersgruppenvergleich (Jahr 2017; Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik)

	<10	10-14	15-17	18-19	20-24	25-29	30-34	35-39	40-49	50-59	60-69	70-99
Bevölkerung	850571	404420	254895	181580	495535	568581	596100	590339	1228909	1244853	911076	1092691
Insgesamt	1918	4324	7418	6612	18192	21784	20808	19424	37584	32356	18340	17856
Gewalt	Tötungsdelikt	4	2	4	9	20	29	28	39	44	26	14
	Schwere KV	7	15	35	36	93	91	73	55	79	57	15
	Raub	1	34	229	170	276	225	164	126	231	221	84
	Einfache KV	154	305	424	388	1017	1093	910	704	1093	714	243
sexuelle Gewalt	Sexuelle Beläst.	21	81	169	123	227	149	95	81	112	70	18
	Sexuelle Nötigung	39	84	84	46	88	79	48	40	81	24	6
	Vergewaltigung	4	32	75	53	90	89	78	54	83	25	5
Diebstahl/ Sachbe- schädigung	Fahrzeugdiebstahl	48	967	1772	1218	2826	3962	3938	3669	7922	5708	2023
	Einbruchdiebstahl	22	38	84	148	791	1531	2003	2091	4547	5098	3572
	Taschendiebstahl	126	187	701	889	2184	1745	1375	1136	1808	1680	1381
	Sachbeschädigung	16	110	148	226	1155	1688	1805	1788	3932	3893	2345
Betrug/ Cy- ber-krimina- lität	Unbef. Datenbeschaff.	0	2	11	12	68	98	86	85	183	162	79
	Unbef. Eindringen Da- tensystem	0	5	9	9	15	25	34	33	58	43	30
	Betrüg. Missbrauch EDV-Anlage	15	14	60	90	278	345	332	330	669	600	436
	Betrug	8	18	134	262	802	799	777	772	1619	1406	888

Zürcher Hochschule
für Angewandte Wissenschaften

Departement Soziale Arbeit

Institut für Delinquenz und Kriminalprävention

Pfingstweidstrasse 96
Postfach 707
CH-8005 Zürich

Telefon +41 58 934 89 04
ldk.sozialarbeit@zhaw.ch
www.zhaw.ch/sozialarbeit